Dienstag, 7. Oktober 1986 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 233 - 41.W. - Preis 1.20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 350 TL



WELT-Report Wirtschaftsstandort Hamburg

Hamburg – die unbekannte oder verkannte Wirtschaftsmacht? Wie stark ist der zweitgrößte deutsche Stadtstaat wirklich? Wo liegt seine Zukunft? Welche Hypotheken hat er zu tragen? Der WELT-Report „Wirtschaftsstandort Hamburg" analysiert die Lage einer Stadt zwischen Hafenmisere und Medienboom, geprägt von Werftenkrise und Elbchaussee, von Umdenken und Aufbruchstimmung. Seiten I-XIV

POLITIK

Luftangriffe: Erstmals seit 15 Monaten hat die israelische Luftwaffe gestern wieder Ziele im von Syrien kontrollierten Nordlibanon angegriffen. Ein Militärsprecher in Tel Aviv sagte, der Angriff habe einem palästinensischen Guerrilla-Stützpunkt nördlich von Tripolis gegolten.

Hilfegesuch: Frankreich hat Syrien um Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus gebeten. Premierminister Chirac sagte, Syrien müsse die Terroristen kennen und verfüge über die besseren Informationen. Ein französischer Minister ist deshalb nach Damaskus geschickt worden.

Waldschäden: In Nordrhein-Westfalen sind Waldflächen größer als das gesamte Saarland von Waldschäden gezeichnet. Düsseldorfs Umweltminister Matthiesen sagte, gegenüber dem Vorjahr habe sich die geschädigte Waldfläche um mehr als zehn Prozent auf 347 000 Hektar ausgeweitet. (S. 22)

Störfälle: Im vergangenen Jahr gab es in den damals 22 arbeitenden deutschen Atomkraftwerken 237 Störfälle, die den Behörden gemeldet wurden. Radioaktivität sei dabei in keinem Fall festgestellt worden, stellte Bundesumweltminister Wallmann gestern in einem Bericht fest.

Österreich: Die österreichischen Streitkräfte haben gestern ihre größten Manöver seit 1945 begonnen. Rund 33 000 Soldaten üben bis zum 18. Oktober in grenznahen Gebieten der Steiermark, Kärntens, Salzburgs und des Burgenlandes. Die Kosten: umgerechnet 9,3 Millionen Mark.

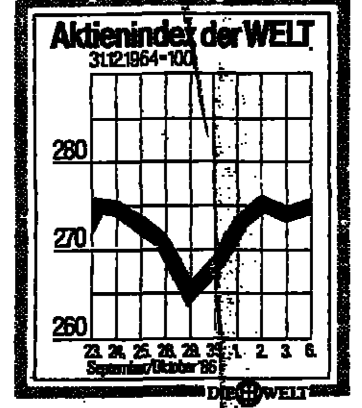
Studentenaustausch: Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Berchem, dringt darauf, daß mehr deutsche Studenten zu Studien und Forschungsaufenthalten nach Japan gehen. 1985 hätten 1109 Japaner an deutschen Hochschulen studiert, umgekehrt nur 100.

WIRTSCHAFT

Prognose: Die Bundesregierung will den Jahreswirtschaftsbericht wegen der Bundestagswahl schon Mitte Januar 1987 vorlegen. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Grüner auf eine Anfrage von Graf Lambsdorff. Grüner sagte, die als Basis der Jahresprojektion benötigten vorläufigen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stünden in der ersten Januarhälfte zur Verfügung.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Am Rentenmarkt konnten sich öffentliche Anleihen bis zu 0,35 Prozent verbessern. WELT-Aktienindex 275,50 (274,99). BHF-Rentenindex 106,999 (106,921).

BHF-Performance-Index 107,261 (107,154). Dollarmittelkurs 1,9942 (2,0095) Mark. Goldpreis je Feinunze 436,90 (436,90) Dollar.



KULTUR

Soziologentag: „Technik und sozialer Wandel" – so lautete das Thema des 23. Deutschen Soziologentages, der jetzt im Congress-Centrum von Hamburg zu Ende gegangen ist. 1500 Teilnehmer waren der Einladung der 1909 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) gefolgt. (S. 21)

Freischütz: Rudolf Noelte hat in Bremen den „Freischütz" von Carl Maria von Weber inszeniert. Die Aufführung ist nicht recht geglückt, obwohl Noelte ausgezeichnete Sänger einsetzt. Alles Interesse gilt in der Inszenierung den einzelnen Menschen. Deren Lebensumstände werden ausführlich dargelegt. (S. 21)

SPORT

Fußball: Für den verletzten Rudi Völler (Werder Bremen) wird Herbert Waas (Bayer Leverkusen) am Mittwoch nächster Woche beim Länderspiel in Hannover gegen Spanien neben dem Kölner Klaus Allofs stürmen. Erstmals im Aufgebot von Teamchef Franz Beckenbauer ist der Münchner Hansi Pflügler. (S. 8)

Hockey: Die deutsche National-mannschaft der Herren startete bei der Weltmeisterschaft in London nur mit einem 0:0 gegen den Außenseiter Spanien. Heute um 16.30 Uhr trifft das deutsche Team im zweiten Spiel auf den Turnierfavoriten Australien. Die Begegnung wird live im ZDF übertragen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Tauchgang: Im Bodensee liegt das Wrack des Schaufelraddampfers „Jura". Das Schiff war im Jahre 1864 nach einer Kollision mit der „Stadt Zürich" gesunken. 122 Jahre nach dem Unglück, bei dem ein Matrose ertrank, beschreibt Tauchleiter Kurt Amsler für die WELT die Entdeckung des Wracks in 40 Meter Tiefe. (S. 22)

Canstatter Wasen: Die Attraktion auf dem schwäbischen Volksfest ist der „Thriller", eine elf Millionen Mark teuere Achterbahn mit vier Loopings. Die „heißeste der Welt", wie die Besucher finden. Das „Familienfest fürs Ländle" zieht über sechs Millionen Besucher in einer Woche zum Vergnügungsgelände am Neckar. (S. 22)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 7
Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 20
Wetter: Ruhiges Herbstwetter Seite 22

Atom-U-Boot gesunken. Experten dämpfen Ängste

Bewaffnung weiter ungewiß / Weinberger äußert Zweifel an Zahl der Opfer

DW. **Washington**

Das sowjetische Atom-U-Boot, das vor drei Tagen durch eine Explosion schwer beschädigt wurde und seitdem hilflos im Atlantik lag, ist gestern 800 Kilometer südöstlich der Bermuda-Insel gesunken. Russische Frachter hatten zuvor vergeblich versucht, das U-Boot der „Yankee"-Klasse über den Ozean Richtung Europa abzuschleppen. Das U-Boot sank gegen 9.00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit, 80 Meilen vom Ort des ursprünglichen Unglückes entfernt.

Als Grund für das Sinken haben amerikanische Militärexperten einen Wassereinbruch ausgemacht. Wie der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Oberst Marvin Braman, mitteilte, sei der Schaden so groß gewesen, daß ein Wassereinbruch nicht zu verhindern gewesen sei. Die sowjetischen Frachter hatten die Schlepptrosse gekappt und das U-Boot sank tiefer und tiefer. Der Atlantik ist an dieser Stelle 5400 Meter tief. Andere Stellen haben mittlerweile berichtet, das Boot sei durch die Explosion am Rumpf und möglicherweise auch an einem Raketenrohr beschädigt worden.

Die beherrschende Frage, ob von den vermutlich an Bord des U-Bootes befindlichen Atomraketen Gefahr ausginge, wurde von amtlicher sowjetischer Stelle verneint. Wie die Nach-

SEITE 10:
Weitere Beiträge

richtenagentur Tass versicherte, bestehe keine Gefahr einer Atomexplosion oder einer Verstrahlung. Auch der ehemalige Komandant des amerikanischen Atom-Unterseebottes „Polaris", James Bush, teilte mit, Untersuchungen seien zu dem Ergebnis gekommen, daß von einem solchen Unglück keine Gefahren zu erwarten seien. Falls aus den Atomreaktoren Radioaktivität entweiche, werde diese vom Meer verdünnt.

Sowjetische U-Boote vom Typ „Yankee" patrouillieren seit mehr als 20 Jahren vor den Küsten der Vereinigten Staaten. Auf die Frage, ob von den wahrscheinlich an Bord befindlichen Nuklear-Raketen Gefahr ausgehen könnte, antwortete ein Sprecher der britischen Marine in London: „Die Raketengefechtsköpfe können nicht detonieren."

Über die Zahl der Opfer unter der 120köpfigen Besatzung lagen ebenfalls noch keine genauen Angaben vor. An der in ersten Agenturmeldungen genannten Zahl von drei Toten hat der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger Zweifel geäußert. Während eines Fluges nach Tokio erklärte er vor Journalisten, es habe wahrscheinlich mehr Tote gegeben.

Der Sprecher des Bonner Verteidigungsministeriums, Ulrich Hundt, erklärte gestern auf Anfrage: „Es gibt kein maritimes Tschernobyl." Nach Auffassung des Ministeriums werde die sowjetische Marine beabsichtigen, den Liegeplatz des gesunkenen Schiffes zu orten, um seinen Zustand zu untersuchen. „Möglicherweise wird man auch versuchen, die Gefechtsköpfe zu entfernen."

DER KOMMENTAR

Gesunken

FRITZ WIRTH

Es ist, so weit sich derzeit abschätzen läßt, noch kein „Tschernobyl zur See", was sich südöstlich der Bermudas zutrug. Dennoch hinterläßt das gesunkene sowjetische Atom-U-Boot mit vermutlich 16 Nuklearraketen an Bord, beträchtliches Unbehagen.

Unbehagen nicht nur darüber, daß diese Raketen irgendwann weite Teile des Atlantik radioaktiv verseuchen könnten. Bohrende Unruhe bleibt zurück: Beherrschen die Sowjets, die binnen weniger Monate zweimal eine nukleare „Havarie" zu verantworten haben, wirklich noch souverän die moderne Technologie? Sind ihre Sicherheitsmaßnahmen ausreichend und risikogerecht? Wann erfolgt die exakte Aufklärung, welche atomaren Anlagen auf den Meeresgrund gesunken sind? Und nicht zuletzt: Wieviel Menschenleben sind zu beklagen?

Dennoch hat die amerikanische Regierung hat die Nuklear-Katastrophe zur See bisher mit bemerkenswerter Zurückhaltung zur Kenntnis genommen und kaum ein kritisches Wort über dieses Unglück verloren. Im Gegenteil: Sie zeigte sich zufrieden und beeindruckt über die prompte Informationspolitik der Sowjets. Das sind deutliche Zeichen von Gipfel-Goodwill. Sie belegen, wie abrupt sich seit einer Woche das amerikanisch-sowjetische Klima vom Daniloff-Tief zum Reykjavik-Hoch gewandelt hat und in welchem Maße beide Seiten in Island offenbar einen Gipfelerfolg suchen. Das ist ermutigend.

Zugleich jedoch sollte sich der Kreml nicht in der Illusion wiegen, mit dem Verschwinden des sowjetischen U-Boots sei der Fall erledigt. Das Unglück ist vielmehr für die UdSSR vor dem Gipfel ein bedeutender Rückschlag. Denn sie wollte, wie ihr Sprecher Gerasimow gestern noch erklärte, die Frage der Nuklear-Teststopps zum Thema Nummer eins in Reykjavik erheben.

Ronald Reagan kann dies nur recht sein. Denn sein Hauptmotiv, an diesen Tests festzuhalten, war es niemals, mehr Nuklearwaffen zu bauen, sondern sicherere, die Unfälle wie den im Atlantik auszuschließen. Mit einem Satz: Gorbatschow kommt plötzlich in dieser Sache mit sehr viel schlechteren Karten nach Island.

Rot-grüne Bündnisse in Niedersachsen?

Biedenkopf zur WELT: Die Union hat die Bundestagswahl noch nicht gewonnen

mj/DW. **Hannover**

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat nach den Verlusten von CDU und FDP bei den niedersächsischen Kommunalwahlen die Sozialdemokraten und ihre Wähler aufgefordert „jetzt wirklich aufs Ganze zu gehen!" Rau: „Niemand weiß heute, wie hoch die Spekulationsgewinne der CDU durch ihre gehässige Neue-Heimat-Kampagne waren. Aber das Gesamtergebnis zeigt dennoch klar: Es gibt auch in Niedersachsen keinen ‚Besitzstand' der CDU mehr." Auf die Bundestagswahl im Januar 1987 anspielend sagte Rau an die Adresse seiner eigenen Partei: „Da brauchen wir nicht nur den Trend, da brauchen wir den Durchbruch".

Der CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann kommentierte das Abschneiden seiner Partei (Verluste von rund vier Prozentpunkten) mit den Worten: „Die CDU hat sich auf hohem Niveau als führende Kommunalpartei stabilisiert." Von einer „gewissen Normalisierung" sprach auch der Bundesparteivorsitzende Helmut Kohl. Berücksichtigt werden müsse auch die geringe Wahlbeteiligung von 73,5 Prozent. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Professor Kurt Biedenkopf wies im Gespräch mit der WELT darauf hin, daß das gute Kommunalwahlergebnis von 1981 vom „Auseinanderfallen der Regierung Schmidt" beeinflußt gewesen

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

sei. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse gäben „keinen Anlaß, daraus Zweifel abzuleiten, daß die gegenwärtige Koalition die Bundestagswahl gewinnen könnte". Biedenkopf: „Daß wir die Wahl noch nicht gewonnen haben, sondern hart kämpfen und arbeiten müssen, haben wir schon vorher gewußt. Das wird durch das Ergebnis in Niedersachsen bestätigt."

Bei der CDU in Niedersachsen wurde gestern herausgestellt, daß die SPD auch Bündnisse mit den Grünen eingehen müßte, wenn sie mancherorts den Oberbürgermeister oder den Landrat stellen will. „Jede Kombination zwischen SPD und Grünen wird zum Dementi der Abgrenzung gegenüber den Grünen, das der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau für sich in Anspruch nimmt". Landesvorstandsmitglied Helmut Lippelt von den Grünen äußerte sich zuversichtlich, daß die Niedersachsen-SPD „ohne Angst vor der Schelte von Rau" die gemeinsamen kommunalpolitischen Chancen nutzen werde.

Gleichzeitig sprach SPD-Landesvorsitzender Johan Bruns von „möglicherweise acht" SPD-Oberbürgermeistern und „vielleicht sogar 15" SPD-Landräten in Niedersachsen, deren Wahl in der Mehrzahl der Fälle grüne Stimmen erfordern würde. Bruns: Es werde „weder politische Ausgrenzungen noch natürliche Bündnispartner" geben.

Davon abgesehen mißt Bruns seiner Partei „gute Chancen" zu, aus der kommenden Bundestagswahl erstmals wieder als stärkste Partei in Niedersachsen hervorzugehen.

FDP will das Umweltministerium

Baum grenzt sich von CDU/CSU ab / Sorgen vor der Bayernwahl am Sonntag

DIETHART GOOS, **Bonn**

Nur einen Tag nach der für sie enttäuschenden niedersächsischen Kommunalwahl hat die FDP den Versuch unternommen, sich in bestimmten Bereichen von der CDU/CSU abzugrenzen. Dieser Trend zeichnete sich nach der gestrigen Präsidiumssitzung der Freien Demokraten ab, wo Gerhart Baum, Innenminister der früheren sozialliberalen Koalition, für sich und seine Partei unmißverständlich den Anspruch auf das von Walter Wallmann (CDU) geführte neue Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bekräftigte.

Baum berief sich im Beisein von FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann dabei auf umweltpolitische Positionen seiner Partei, die der Bundesvorstand am 13. Oktober verabschieden wird und die den Bundesparteitag dann am 21./22. November in Mainz vorlegt werden.

Ziel der Initiative sei nach Darstellung des zum linksliberalen Flügel gehörenden Politikers, die führende Position seiner Partei auf dem umweltpolitischen Gebiet wieder zurückzugewinnen. Schon im Wahlprogramm von 1983 habe die FDP ein eigenständiges Bundesumweltministerium gefordert.

Zugleich legte Baum einen Forderungskatalog vor, der bei einer Neuauflage der gegenwärtigen Regierung in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl präsentiert werden soll. Wichtigste Forderungen: Mit der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz und Umweltschutzorganisationen soll im Falle einer Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes die Verbandsklage ermöglicht werden.

Diese FDP-Positionen unterscheiden sich teilweise deutlich von den Auffassungen der CDU/CSU. Baum ergänzte das Umweltprogramm mit energiepolitischen Forderungen, die mit denjenigen der Union ebenfalls nicht deckungsgleich sind. Er widersprach der These von Umweltminister Wallmann, wonach die Nutzung der Kernenergie moralisch zu verantworten sei. Atomenergie sei für die FDP lediglich eine Übergangsenergie, deren Anteil von gegenwärtig etwa 35 Prozent an der Stromerzeugung nicht erhöht werden dürfe. Vielmehr seien drastische Anstrengungen und erheblich mehr Finanzmittel notwendig, um die Erforschung alternativer Energien zu beschleunigen.

Das magere Ergebnis bei der niedersächsischen Kommunalwahl mit landesweit nur noch 4,9 Prozent gegenüber 6,4 Prozent im Jahre 1981 führt die FDP-Parteispitze sowohl auf organisatorische Schwächen wie auf unscharfe Positionen der liberalen Politik zurück.

Mit Sorge sieht man in der Bonner FDP-Zentrale daher der bayerischen Landtagswahl am kommenden Sonntag entgegen. Trotz eines bisher nie erlebten Einsatzes der gesamten Bundesprominenz ist die Rückkehr der Liberalen in den Münchner Landtag keineswegs sicher. Als zusätzlicher Nachteil erweist sich die plötzliche Erkrankung des nach wie vor prominentesten FDP-Politikers Hans-Dietrich Genscher.

Schäuble weist DGB-Kritik zurück

E.N. **Bonn**

Die „pauschale Kritik" des Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Politik der Bundesregierung, wie sie in den für den 8. Oktober vorbereiteten DGB-„Wahlprüfsteinen" zum Ausdruck kommt, hat Bundeskanzleramtsminister Schäuble als unberechtigt zurückgewiesen. Trotz Divergenzen in Grundsatzfragen habe die Bundesregierung seit der letzten Veröffentlichung eines solchen Papiers durch den DGB im Jahre 1983 einer großen Mehrzahl der hierin erhobenen Einzelforderungen „ganz oder überwiegend Rechnung getragen".

Als beispielhaft nannte Schäuble in einer Gegenüberstellung der DGB-„Wahlprüfsteine" von 1983 und für 1987 die Forderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung der beruflichen Qualifikation. Zu den erfüllten Forderungen werden auch „rentenpolitische Vorstellungen" und die Einführung des Elternurlaubs aufgezählt.

London: Vorwurf gegen Syrien

rtr, **London**

Ein britischer Staatsanwalt hat Syrien bezichtigt, an dem Anschlag im April auf ein israelisches Verkehrsflugzeug in London beteiligt gewesen zu sein. Kronanwalt Roy Amlot sagte gestern bei Prozeßeröffnung gegen den 32jährigen Jordanier Nesar Hindawi, dieser habe einen syrischen Paß mit falschen Namen bei sich gehabt. Es gebe „überzeugende Beweise", daß Hindawi in Kontakt mit syrischen Agenten gestanden habe. Der Anklage zufolge soll seiner schwangeren Freundin ohne deren Wissen eine Bombe, die später entschärft werden konnte, ins Gepäck gelegt haben. Hindawi war einen Tag nach dem versuchten Anschlag auf die Maschine der israelischen Fluggesellschaft „El Al", die 375 Menschen an Bord hatte, verhaftet worden. Nach Darstellung des Kronanwaltes handelte Hindawi im Auftrag einer Gruppe, die sich „Jordanische Revolutionäre Bewegung" nennt.

Gorbatschow-Brief an den Kanzler

Co. **Bonn**

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat Bundeskanzler Helmut Kohl Ende vergangener Woche brieflich über Sinn und Zweck seines bevorstehenden Treffens mit Präsident Ronald Reagan in Reykjavik unterrichtet. Reagan hatte den Kanzler schon vor Bekanntgabe des „Vorgipfels" informiert.

Kohl will dem Präsidenten und dem Parteichef in den nächsten Tagen antworten. Dabei wird er beide darauf hinweisen, daß die Bundesregierung sehr an einer Verbesserung des West-Ost-Klimas und an konkreten Fortschritten bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle interessiert sei. Besondere Betonung wird der Kanzler auf eine Beschränkung der Mittelstreckenraketen, auf eine baldige Einigung über ein weltweites Verbot chemischer Waffen und auf Verbesserungen der Verifikation eines atomaren Teststoppabkommens legen.

Papst mahnt Priester, sich dem Zeitgeist zu widersetzen

Anhänger Lefebvres weihen ein weiteres Priesterseminar ein

KNA/DW. **Lyon**

Am dritten und vorletzten Tag seiner Frankreich-Reise hat Papst Johannes Paul II. gestern nachdrücklich das „Mysterium des Priesteramtes" verteidigt. Ohne ausdrücklich auf die kürzlich von der vatikanischen Glaubenskongregation abgelehnten Thesen des in den Niederlanden lehrenden belgischen Theologen Schillebeeckx einzugehen, unterstrich er, die Feier der Eucharistie und die Sündenvergebung in der Beichte könnten „niemals auf Laien übertragen werden".

Das Priestertum stehe nur Männern offen, sagte der Papst. Er fügte allerdings hinzu: „Auf charismatischer Ebene beleben die Frauen die Kirche aber genauso wie die Männer." Er riet dazu, sich den Trends der modernen Zeit zu widersetzen und warnte vor einem „systematischen Mißtrauen gegenüber Rom".

Der Papst sprach zu Seminaristen, Diakonen und Priestern in Ars bei Lyon, dem Wirkungsort des Heiligen Pfarrers von Ars, Jean-Marie Vianney, Schutzpatron der katholischen Priester. Er warnte vor einer Resignation angesichts des Priestermangels.

Während sich im Frankreich der 40er Jahre noch jährlich rund 1200 Männer entschlossen, Priester zu werden, waren es 1985 nur noch 116.

Nicht weit von der Papstroute entfernt hatte am Sonntag die traditionalistische Priestergemeinschaft des amtsenthobenen Erzbischof Marcel Lefebvre in Flavigny-sur-Ozerain ihr sechstes Priesterseminar eingeweiht. Der Leiter des Seminars bezeichnete das Zusammentreffen der Ereignisse als „Zeichen der Vorsehung".

Vor seinem Besuch in Ars war Johannes Paul II. in Lyon von 30 000 Jugendlichen begeistert empfangen worden. „Liebe Freunde, hier ist der Papst, er steht ganz zu Eurer Verfügung", rief er ihnen zu. „Ihr müßt mithelfen, die Kirche des Jahres 2000 zu bauen". Er ermahnte die Jugendlichen, für die Übel in der Welt nicht immer nur die Großmächte und die Politiker verantwortlich zu machen.

Im Wallfahrtsort Paray-le-Monial hatte der Papst zuvor vor 100 000 Gläubigen Abtreibung und Scheidung verurteilt. Er erinnerte an die Werte der christlichen Familie, ehelichen Treue und wahren Liebe. Seite 3: „Entfremdetes Kind"

Gipfel mit Damen

DW. **Reykjavik**

Bei dem amerikanisch-sowjetischen „Vorgipfel" am 11. und 12. Oktober in der isländischen Hauptstadt Reykjavik werden US-Präsident Reagan und der Kremlführer Gorbatschow wahrscheinlich von ihren Frauen begleitet werden. Moskau hat bereits das Kommen von Raissa Gorbatschowa angekündigt. Washington ließ unterdessen erkennen, daß Nancy Reagan ebenfalls nach Reykjavik reisen wird, um der Ehefrau des sowjetischen Parteichefs nicht den exklusiven Auftritt zu überlassen.

Leck in belgischem Atomkraftwerk

rtr, **Brüssel**

Nach dem Austritt radioaktiven Kühlwassers ist eines der drei Kernkraftwerke in Tihange bei Lüttich vorübergehend abgeschaltet worden. Die Betreibergesellschaft Intercom teilte gestern mit, die 900 Megawatt leistende Anlage habe über das Primär-Kühlsystem einige tausend Liter leicht strahlenverseuchten Wassers verloren. Doch bestünden weder für die Belegschaft noch für die Bevölkerung Gefahren. Das Kraftwerk werde voraussichtlich eine Woche lang stillgelegt bleiben.

Orlow will in den USA für seine Landsleute kämpfen

„Warum bin ich hier, und sie sind weiter in der Sowjetunion?"

DW. **New York**

„Ich bin glücklich, ein freies Leben zu beginnen. Endlich kann ich sagen, was ich will." Mit diesen Worten kommentierte der von der Sowjetunion freigelassene Regimekritiker Juri Orlow in New York seine Ankunft in den USA.

Orlow war in Begleitung seiner Frau Irina an Bord einer Linienmaschine der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot" in New York eingetroffen. Das Ehepaar wurde von dem amerikanischen Geschäftsträger in Moskau, Richard Combs, begleitet, der die Sonderpapiere mit sich führte, die es beiden gestatteten, die USA ohne Visa zu betreten.

„Ich habe meine Heimat, meine Kultur, meine Freunde verlassen. Es wird nicht einfach sein", sagte Orlow weiter. Gegenüber den anderen sowjetischen Dissidenten, welche in der UdSSR zurückblieben, fühle er sich in gewisser Hinsicht schuldig. „Warum bin ich hier, und sie sind weiter in der Sowjetunion?" fragte Orlow.

In den USA wolle er nun wissenschaftliche Forschung betreiben und die „Rechte des sowjetischen Volkes verteidigen", meinte der Regimekritiker. Er werde seine Meinung weiter offen sagen. Seine Frau sagte zur Freilassung ihres Mannes lediglich: „Ich bin glücklich, daß Juri endlich frei ist."

Die Freilassung des 61jährigen Physikers nach sechs Jahren Lagerhaft in Sibirien und zweijähriger innerer Verbannung war als Teil des Arrangements um die Freilassung des US-Journalisten Nicholas Daniloff und die Abschiebung des sowjetischen UNO-Angestellten Gennadi Sacharow zwischen Moskau und Washington vereinbart worden. Vor seiner Abreise wurde Orlow die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. Seine Frau bleibt dagegen auch nach der Ausreise sowjetische Staatsbürgerin.

Orlow war 1956 aus der KPdSU ausgeschlossen worden, weil er für eine liberalere Linie innerhalb der Partei plädierte. Nach den Beschlüssen von Helsinki gründete er die Moskauer Helsinki-Gruppe. 1978 wurde er zu Lagerhaft verurteilt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Tief überwunden

Von Michael Jach

Ob der Vergleich von Bundes- und Kommunalebene nun zulässig ist oder nicht, die Parteien nutzen die niedersächsische Kommunalwahl, nicht anders als demnächst die Landeswahlen in Bayern und Hamburg, im Vorfeld des 27. Januar zur bundespolitischen Pulsmessung. Ein Vierteljahr nur nach der haarscharfen *Entscheidung* über die *Mehrheiten im hannoverschen* Landtag und mit derselben Wählerschaft als Vergleichsbasis halten sie den Rückschluß für erlaubt.

Da findet sich die in Bonn und Hannover regierende CDU bestätigt im wiedergefundenen Selbstbewußtsein nach dem sommerlichen „Tschernobyl-Tief". Mit der niedersächsischen Landtagswahl vom 15. Juni hatte sie das Stimmungstal offenbar durchschritten. Für die SPD-Strategen ist die Frage keineswegs erledigt, welche Folge es hatte, daß sie damals von *Bundeskanzler Kohls „Schicksalswahl"* orakelte. In Niedersachsen jedenfalls hat sich der Anhang der Kanzlerpartei stabilisiert; wenn die Demoskopen recht haben mit ihrer Annahme, daß fünf Prozent CDU-Wähler der Wahl fernblieben, könnten für die CDU gar an die 48 Prozent zu Buche stehen.

Für die Sozialdemokraten ändert die gleiche Wahlbeteiligungs-Rechnung nichts an dem Befund, daß ihre 42 Landtagswahl-Prozente unwiederholbar blieben. Nichtsdestoweniger werden sie der Landes-CDU Pein bereiten mit dem Wechsel so *mancher* Stadt- *und* Kreisregierung. Dies indes zumeist nur kraft hauchdünner rot-grüner Mehrheitsbündnisse. Das „Niemals" des Kohl-Herausforderers Johannes Rau wider die Grünen darf in Göttingen oder der Wesermarsch offenbar mißachtet werden. Indes, man erinnert sich: Nach der Landtagswahl leistete Rau selbst sich den verräterischen Versprecher, in Hannover fehle „eine einzige Stimme" zur Mehrheit. Zur rotgrünen, versteht sich. Rau hatte es „übersehen".

Sorgenthema der Bonner Koalition bleibt der Juniorpartner. *Ohne CDU-Leihstimmen wie am* 15. *Juni* reicht es kaum noch. Wenn es so weitergeht, muß die FDP den Rang der „dritten Kraft" an die Grünen abtreten. Zum Trost für die Ökopaxe, die ihren Prozent-Zenith sichtlich überschritten haben.

Wenn ihr es wollt

Von Ernst Cramer

Es war am frühen Morgen des gestrigen Tages auf einem Berliner Waldfriedhof. Im leichten Nieselregen legte ein älteres Ehepaar einen Blumenstrauß auf eines der Gräber. „Kannten Sie den Mann, der hier begraben liegt?" wurden die beiden von einem anderen Friedhofsbesucher gefragt. „Nein, aber er hat Berlin gerettet", war die überraschende Antwort.

Nach einer kurzen Pause fuhr der Mann fort: „Als alle abhauten, kam er zu uns. Als alle Berlin aufgeben wollten, *verlegte er die Zentrale seines Verlages hierher und baute* ein großes Haus direkt an die Sektorengrenze. Heute vor zwanzig Jahren hat er es eingeweiht. Später wollten ihn die linken Studenten aus der Stadt vertreiben. Aber er blieb. Ohne sein Beispiel wäre diese Stadt untergegangen."

Als Axel Springer am 25. Mai 1959 den ersten Spatenstich für den Bau des neuen Verlagshauses an der Mauer tat, war das ein Akt der trotzigen Selbstbehauptung: Diese Grundsteinlegung fand in der Zeit statt, in der der sowjetische Partei- und *Staatschef Nikita Chruschtschow ultimativ gedroht hatte*, den Status von Berlin grundsätzlich zu verändern.

Als Springer sieben Jahre später das trotz des Mauerbaus termingerecht fertiggestellte Gebäude seiner Bestimmung übergab, legte er ein glühendes Bekenntnis für einen richtig verstandenen Patriotismus ab. Von der Vision, daß Berlin eines Tages erneut die Hauptstadt eines wiedervereinigten, demokratischen Staates sein werde, ließ er sich durch nichts abbringen. Zeit seines Lebens blieb er der Mahner für die *Einheit des Vaterlandes. Dabei ging es ihm hauptsächlich um* die Freiheit auch für diejenigen, die „auf der Schattenseite des deutschen Schicksals" leben.

Das Verlagshaus an der „Wasserscheide zwischen Sklaverei und Freiheit" hinterließ er der Nachwelt als Mahnmal. Die Kleinmütigen erinnerte er an den Satz des Dichters Ernst Moritz Arndt: „Als Deutschland durch seine Zwietracht nichts mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit." Nicht zufällig aber zitierte er noch häufiger den Ausspruch von *Theodor Herzl, dem Begründer des modernen Zionismus*: „Wenn ihr es wollt, ist es kein Märchen."

Kompetenz der Tories

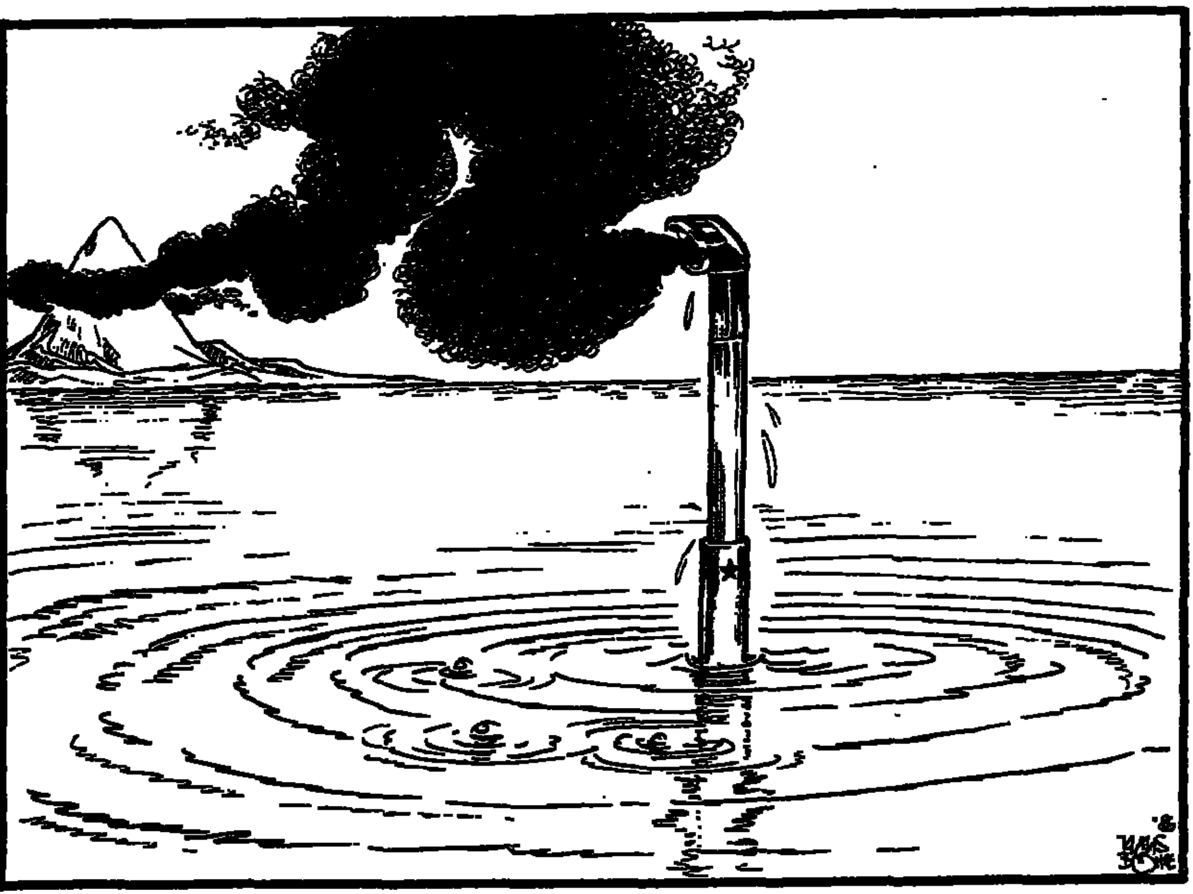
Von Reiner Gatermann

Der britische Wähler hegt trotz der vielen Versprechungen auf dem Labour-Parteitag und der überschwenglichen Harmonie-Demonstration weiterhin eine gehörige Portion Skepsis. In einer Schlüsselfrage, der Verteidigung, ist eine deutliche relative Mehrheit nach Labours Raketen-Beschlüssen der Meinung, daß die Tories eher als Labour in der Lage seien, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Es muß den Labour-Vorsitzenden Neil Kinnock nachdenklich stimmen, daß sich der für ihn persönlich so erfolgreiche Parteikongreß in keinem Stimmenzuwachs bei den Umfragen niedergeschlagen hat. Nach der jüngsten Umfrage verblieb Labour bei 41 Prozent, die Konservativen verbesserten sich auf 38 Prozent, während die Allianz als Folge des verteidigungspolitischen Debakels beim liberalen Partner mit 20 Prozent auf den niedrigsten Punkt seit achtzehn Monaten zurückfiel.

Nun müssen allerdings die Tories noch beweisen, daß sie nicht denselben Fehler wie Labour machen, dem sie bisher leichter als die Konkurrenz verfielen. Immer häufiger beschränken sich ihre internen Diskussionen auf die Frage, wie sie ihre Politik besser „verkaufen" können, wie ihre Minister im Fernsehen ankommen und ob man die Werbeagentur wechseln sollte. Parallel zum heutigen Konferenzbeginn startet man eine Anzeigenkampagne für eine Million Mark. Die Tories sollten von den Labour-Erfahrungen lernen: Es reicht nicht, die rote Fahne gegen eine rote Rose auszuwechseln.

Von der Sache her sollte es den Konservativen nicht schwer fallen, Neil Kinnocks Politik, vor allem in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft, zu widerlegen. Ihr Defizit liegt auf einem anderen Gebiet: Das kompromißlose Durchpeitschen von politischen Dogmen, insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen, stößt nicht nur bei den direkt Betroffenen auf Widerstand. Auch wenn es sich bei ihnen um eine Minderheit handelt, ist diese in Großbritannien inzwischen so groß geworden, daß sie den Ausgang einer Wahl entscheidend beeinflussen kann. Hier liegt ein Grund, warum Frau Thatcher es so schwer hat, Vertrauen zu gewinnen, wenn sie von ihren Plänen einer „fürsorgenden Gesellschaft" spricht.



KLAUS BÖHLE

Schuß ins eigene Tor

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Auch dieses Mal will der DGB es sich nicht nehmen lassen, mit „Wahlprüfsteinen" Einfluß auf *den Ausgang der Bundestagswahl* auszuüben. Seine rhetorischen Fragen stellt er den Parteien, adressiert sie aber in Wirklichkeit an die Bürger, die sie sich in der Wahlkabine selbst beantworten sollen. Es ist dies die schon zur DGB-Tradition gewordene Form, Parteilichkeit zugunsten der SPD im Gewande formaler Überparteilichkeit unter die Leute zu bringen.

Sooft sich der DGB als selbsternannte politische Bewegung aller Arbeitnehmer in Szene setzt, gerät er in Spannung zum grundgesetzlichen Auftrag. Seine Industrie-Gewerkschaften nehmen das verfassungsmäßige Koalitionsrecht wahr. Gemeinsam mit den Arbeit*gebern verwirklichen sie die im* Grundgesetz verankerte Tarifautonomie. Sie nehmen paritätischen (gleichberechtigten) Anteil an der Entwicklung unserer freiheitlichen *Wirtschaftsordnung*. Aber *sie tun* sich damit immer noch schwer.

Das liegt daran, daß der DGB sich 1949 als eine sozialistische Organisation in Marsch gesetzt hat. Eine Minderheit der Funktionäre – ein Drittel vielleicht – marschiert weiter in diese Richtung. Die meisten Funktionäre hingegen haben wohl begriffen, daß die „kapitalistische", die freie und soziale Marktwirtschaft ihr Lebenselement ist, das Wasser, in dem sie munter wie die Fische schwimmen. Sie verfallen auch nicht mehr in Schüttelkrämpfe, wenn man zutreffend sagt, die Gewerkschaften stünden als Mitgestalter der Tarifautonomie in einer Ordnungsfunktion. Just in dieser Funktion haben sie sich unbestreitbare Verdienste erworben: Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitnehmerschaft, vor allem die Arbeiter, in unseren Staat und seine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu integrieren.

Doch immer dann, wenn sich manche DGB-Gewerkschaften als politische Bewegung, als „Gegenmacht", aufführen, hat die Minderheit der Radikalen das Wort – voran die mächtige IG Metall und in ihrem Gefolge leider der derzeitige DGB-Vorsitzende. Das agitatorische Vokabular der IG Metall stammt aus jener Zeit, da um die Grundorientierung der Wirtschaftsordnung gekämpft wurde, *aus den zwanziger Jahren.*

Dieser Kampf ist in der Bundesrepublik Deutschland längst entschieden. Ludwig Erhard hat ihn gewonnen. Jene, denen diese klare Tatsache gegen den Strich ihrer sozialistischen Tradition geht, beweisen eigenhändig die Richtigkeit dessen, was Erhard durchgesetzt hat.

Erstes Beispiel: Einst gebot die SPD über eine große, unternehmerisch eigene Pressemacht. Sie hat sie ruiniert, weil sie weder publizistisch noch wirtschaftlich die Zeichen der Zeit begriff.

Zweites Beispiel: Als moralische Anstalt wider die verruchte Profitgier der „kapitalistischen" Wirtschaft baute der DGB ein gewaltiges Imperium eigener Unternehmen als „Gemeinwirtschaft" auf. Er wollte jedermann zeigen, wie man im Gegensatz zu den angeblich ausbeuterischen Privatunternehmern die Wirtschaft uneigennützig, sozial und gerecht organisieren könne. Der Neue-Heimat-Skandal *ist die vorerst letzte* Station im Niedergang dieses Experiments. Offensichtlich ist der DGB in die menschlichen Schwächen und die wirtschaftliche Unfähigkeit, welche er anderen so gern donnernd vorwirft, dermaßen verstrickt, daß er seine hehre Idee buchstäblich in Grund und Boden wirtschaftet.

Stets war es so, daß die Wahlprüfsteine des DGB die Fortsetzung vorausgegangener politischer Kampagnen darstellten. Auch diesmal werden sie die Parolen enthalten, die dem Publikum von den Demonstrationen der Gewerkschaften bis zum Überdruß bekannt sind. Es ist kein großes Risiko, dies vorwegzunehmen.

Parole „Sozialabbau": Arm in Arm mit der SPD schmettert der DGB dieses diffamierende Reizwort gegen die Bundesregierung und ihren Kanzler. Jetzt trifft die *Parole aber ungebremst den DGB* selbst. Die Mieter der Neuen Heimat, zumeist brave Gewerkschafter, werden dem DGB den „Sozialabbau" rechts und links um die Ohren schlagen.

Parole „Umverteilung zugunsten der Reichen": Selten ist skrupelloser umverteilt worden als im Fall der Neuen Heimat. Der DGB hat das Mammutunternehmen für eine Mark an einen Privatunternehmer verscherbelt. Er hat den gewiß risikofreudigen Mann zum „One-Dollar-Man" neuen Typs gemacht.

Parole „Beschneidung der Arbeitnehmerrechte": Als der DGB die Neue Heimat verhökerte, trat er die Mitbestimmung mit Füßen. Wie *will er je wieder als Vorkämpfer* der Arbeitnehmerrechte auftreten?

Parole „Aushöhlung des Streikrechts": Wenn das Streikrecht ein Schutzrecht abhängiger Menschen ist, so hätte es jetzt den Mietern der Neuen Heimat zustehen müssen. Dem DGB ist dieser Gedanke nicht einmal gekommen.

Parole „Massenarbeitslosigkeit": Der DGB leistet einen jammervollen Beitrag zur Arbeitslosigkeit vieler Mitarbeiter der Neuen Heimat. Wie will er da noch den Mund vollnehmen?

Wie man es dreht und wendet, der DGB steht im Begriff, ein Eigentor zu schießen. Diesmal werden die DGB-Gewerkschaften erleben, daß die Bürger, unter ihnen auch die Gewerkschaftsmitglieder, nicht die Parteien, sondern den DGB an seinen Wahlprüfsteinen messen. Das Ergebnis läßt sich vor*hersagen: ein galliges, darum* vernichtendes homerisches Gelächter.



An den eigenen Wahlprüfsteinen zu messen: DGB-Vorsitzender Breit
FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Mathieu Kerekou

Benin meldet sich

Von Achim Remde

Die engen Beziehungen, die Frankreich zu seinen ehemaligen Kolonien in Afrika pflegt, haben manchen von ihnen die französische Kulturrevolution der sechziger Jahre gebracht. In Kongo-Brazzaville und im westafrikanischen Dahomey – später in Benin umbenannt – wurden Volksrepubliken auf der Basis des „wissenschaftlichen Sozialismus" proklamiert. Sie unterscheiden sich von den ostblockhörigen Volksrepubliken Afrikas – Angola und Äthiopien – dadurch, daß sie mehr afrikanisch als sozialistisch sind und vor *allem natürlich mehr französisch.*

Die Spruchbänder mit den forschen Parolen, die die proletarische Revolution hochleben lassen und den Neokolonialismus in Grund und Boden verdammen, verschwinden, wenn man die Haupt- und Hafenstadt Cotonou verläßt. In der nahen Lagune leben die Fischer im Pfahldorf Ganvié genauso wie vor der Revolution, und die Somba in ihren Lehmburgen im Norden des Landes sprechen kein Wort Französisch. Benin hat touristische Attraktionen, die längst nicht ausgewertet sind.

„Die Revolution" war der Staatsstreich Kerekous, der 1972 einer Serie von vier Staatsstreichen ein Ende setzte und das sozialistische Einheitsparteisystem einführte. Der einundfünfzigjährige Soldat, der vom 8. bis 10. Oktober zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik kommt, hat es seitdem verstanden, zwischen sozialistischer Theorie und kapitalistischer Praxis zu manövrieren. Die offiziell propagierten Freunde, der Ostblock, Kuba und Libyen, haben ohnehin mit ihren wirtschaftlichen Hilfeleistungen den Erwartungen nicht entsprochen. In Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Reform der personell überbesetzten Staatsbetriebe fordert, hat sich Kerekou als Realist erwiesen.

Kerekou sagt, daß er ein „Ost-West-Spiel" nicht mitmachen wolle. „Wir wollen niemandes Satellit sein, unser Ziel ist Entwicklung!" Innenpolitisch spricht die vierzehnjährige Dauer seiner Regierungszeit in dieser turbulenten Region für seine Fähigkeiten. Es bleibt abzuwarten, ob er die unruhigen Gruppen der Bevölkerung, vor allem die Studenten, die früher im Staatsdienst versorgt wurden, angesichts der vom IWF auferlegten Streichung vieler Privilegien bei der Stange halten kann.



Links reden, rechts anklopfen: Benins Kerekou FOTO: AP

Das ist nicht leicht, weil das kleine Benin wirtschaftlich in hohem Maße von seinen Nachbarn, besonders vom großen Nigeria, abhängig ist. Cotonou ist auch Hafen für Burkina Faso und Niger. Die Ausweisung der Gastarbeiter aus Nigeria und die Schließung der Grenzen hat zeitweilig schwere Probleme gebracht. Gemeinsame Industrieprojekte mit Nigeria – eine Zucker- und eine Zementfabrik – haben sich, nicht zuletzt wegen des Verfalls der nigerianischen Wirtschaft, als Fehlschlag erwiesen. So kommt Kerekou immer wieder auf die Freunde im Westen zurück.

Die Bundesrepublik ist nach Frankreich das größte Geber- und vor Frankreich das größte Käuferland. Sie hat *1979* Benin alle Schulden erlassen und gewährt ihre Finanzhilfe seitdem in Form von Zuschüssen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Saarbrücker Zeitung

Sie bemerkt zu den waffentragenden Wehrdienstverweigerern:

Der Beschluß der Bundesregierung, wonach Kriegsdienstverweigerer aus der Bundesrepublik, die nachgewiesenermaßen im Ausland – beispielsweise als sogenannte Aufbauhelfer in Nicaragua – Waffen getragen haben, sich nach ihrer Rückkehr erneut dem Prüfungsausschuß stellen und *damit* rechnen müssen, daß ihnen die Anerkennung entzogen wird, ist eigentlich nur die Umsetzung einer Selbstverständlichkeit in administrative Schritte.

WZ Westdeutsche Zeitung

Die Düsseldorfer Zeitung schreibt zu den Kommunalwahlen:

Wer gedacht hätte, die mysteriösen Umstände um den Verkauf des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat würden die SPD viel Sympathie kosten, hat sich zumindest bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen getäuscht. Die Sozialdemokraten erzielten ein besseres Ergebnis als bei den Wahlen vor fünf Jahren, die CDU mußte Federn lassen. Doch man sollte sich hüten, den gestrigen Urnengang zu einem Test für die Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres hochzuspielen.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zu den Wahlen in Niedersachsen:

In einer großen Zahl von Städten, Kreisen und Gemeinden wird die *SPD nur mit Hilfe der Grünen* regieren können. Rot-grüne Bündnisse aber müssen die Position Raus wegen seiner strikten Ablehnung einer Kooperation mit der Öko-Partei belasten. Sie werden verstärkt wieder die Frage nach der Glaubwürdigkeit der SPD-Wahlaussage aufwerfen.

Die Presse

Unabhängige Tageszeitung für Österreich

Die Wiener Zeitung kommentiert zum sowjetischen U-Boot:

Abermals hat ein hochsensibles atomares, mit Sowjetmenschen bemanntes Instrument offenkundig versagt. Und doch keimt da auch Hoffnung auf ... Der Hinweis, es sei nichts zu befürchten, läßt annehmen, daß seit Tschernobyl auch die Russen Angst haben; vor Kernreaktoren – und wohl auch vor Atomraketen, von denen das U-Boot etliche an Bord hatte. Wo aber menschliche Regungen vom Regime zur Kenntnis genommen werden müssen, vermenschlicht zunehmend auch dieses.

DER BUND

Die Berner Zeitung meint zur Lage in Polen:

Daß die Kommunisten, auch etwaige Sympathisanten mitgerechnet, in Polen eine Minderheit sind und bleiben, haben sie auch selber erkannt ... Dem „anderen" Polen bietet die Kirche Zuflucht, aber keine Tribüne, um auf die Staatsgeschäfte Einfluß zu suchen. In Jugendlagern, Intelligenzklubs, Volkshochschulkursen wird nichtkommunistisches Gedankengut gepflegt – vielleicht im historischen Hinblick auf eine nächste Welle des Widerstands, aber ohne diese direkt zu organisieren.

Ost-Berlin vorn – in der Produktion von Statistiken

Was es mit dem „Zuwachs" wirklich auf sich hat, ist schwer nachzurechnen / Von Hans-Jürgen Mahnke

In einem ist die „DDR" der Bundesrepublik auf den ersten Blick überlegen: in der Statistik. Schon jetzt, unmittelbar vor dem Jahrestag der „DDR" am 7. Oktober, melden die Ostberliner Zeitungen recht detaillierte Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten neun Monaten. Etwas, was in der Bundesrepublik erst in einigen Wochen vorliegen wird.

Danach stieg das produzierte Nationaleinkommen in der „DDR" – ein Indikator für die Leistung einer Volkswirtschaft, in etwa vergleichbar mit dem Bruttosozialprodukt – von Januar bis September um 4,3 *Prozent, verglichen mit der gleichen* Zeit des Vorjahres. Damit wurde der im Plan für das Gesamtjahr 1986 vorgesehene Zuwachs von 4,4 Prozent nicht ganz erreicht, was *in den nächsten Monaten* noch möglich sein könnte. Aber im „Neuen Deutschland" wird der Bezug zum Volkswirtschaftsplan auch gar nicht erst gezogen. Dabei liegt die Vermutung *nahe*, daß der Plan, obwohl erst wenige Monate alt, wegen des Preisverfalls auf den Ölmärkten und des Kursrückgangs des Dollar *in wichtigen Bereichen* obsolet ist, daß Korrekturen unvermeidlich sind.

Allerdings hatte Ost-Berlin schon zum Jahresbeginn die Erwartungen leicht gedämpft. Die Zeiten eines extensiven Wachstums sind auch in der „DDR" vorbei. Die Zahl der Beschäftigten steigt in den nächsten Jahren kaum noch. Den Grundsatz der „DDR"-Wirtschaftspolitik beschrieb das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kürzlich so: „Wachstum ist für den Sozialismus unverzichtbar, es ist zu *erreichen durch ‚Intensivierung'*, also durch bessere Nutzung aller Ressourcen, insbesondere durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt." Und Günter Mittag, der im *SED-Politbüro* für Wirtschaftsfragen zuständig ist, sagte jetzt: „Was wir wollen und brauchen, ist eine generelle Beschleunigung des Entwicklungstempos der Produktivität." Oder schlichter: Wie kann [illegible]

In der „DDR", und das zeigen *auch die jetzigen Veröffentlichungen*, wird das alles mehr oder weniger auf die technische Seite beschränkt. Es wird mit Zahlen über den verstärkten Einsatz von Computern hantiert, weil sie gegenwärtig zur Schlüsselgröße erklärt wurden. Und das, obwohl auch die „DDR" erfahren mußte, daß der Kauf westlicher Technologie nur dann zu einem dem Weltmarktstandard entsprechenden Ergebnis führt, wenn beispielsweise die Vormaterialien adäquat sind. Was nützt ein Computer, wenn die Preise für die eingesetzten Faktoren nicht die ökonomischen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln? Nicht sehr viel.

Auch Günter Mittag könnte, falls er wollte, an die Frage nur zum Teil herangehen. Den Kern, das Problem der Effektivität des Systems, klammert er aus. Es geht zum Beispiel um ein rationales Preisgefüge oder um die Motivation der „Werktätigen".

[illegible]ar soll der Einzelhandelsum[illegible] ein Wohlstandsindikator, in den ersten neun Monaten um 4,2 Prozent gestiegen sein. Allerdings fehlen Angaben über die Teuerungsrate. Denn bei allen Angaben handelt es sich um nominale Größen. Die Inflationsrate, die es offiziell nicht gibt, wird für die „DDR" in westlichen Untersuchungen auf zwei bis vier Prozent veranschlagt. Dies relativiert den „Konsumanstieg".

Überhaupt: Wenn aus der jetzt veröffentlichten Wachstumsrate der Preiseffekt herausgerechnet wird, dann ist die Wirtschaft der „DDR" auch in diesem Jahr langsamer gewachsen als die der Bundesrepublik. Der Abstand wurde sogar pro Kopf größer.

Daran wird sich auch nichts ändern, auch wenn jetzt in der „DDR" die Schichtarbeit propagiert wird, damit die teuren Maschinen besser ausgelastet werden können. Denn die Zahl solcher Anlagen nimmt nur langsam zu. Zwar wurden jetzt Angaben über die Entwicklung in den einzelnen Bezirken veröffentlicht, aber keine über Investitionen, einer Größe, die entscheidend für die Perspektive einer Volkswirtschaft ist.

Nach den bisherigen Planvorstellungen soll die Zunahme nominal unter vier Prozent in den nächsten Jahren liegen, real wohl weniger als die Hälfte. Da sich die Produktivität am leichtesten über höhere Investitionen, also über eine Modernisierung, erreichen läßt, sind auch in dieser Beziehung die Aussichten für die „DDR" nicht gerade günstig.

Und das schlägt sich auch in einer Schlüsselgröße nieder, nämlich in der Senkung der Selbstkosten je 100 Mark Warenproduktion. Eine Größe, die wohl noch am besten die notwendige „Intensivierung" widerspiegelt. Für die ersten neun Monate wird die Reduzierung mit 1,8 Prozent angegeben, weniger, als noch vor drei Monaten publiziert und im Plan angepeilt wurde. Aber solche Bezüge werden auch nicht hergestellt.

Trotzdem: Beachtlich ist das Tempo, mit dem die Statistik „hergestellt" wurde. Mehr aber auch nicht.



Der Heilige Vater besucht sein ‚entfremdetes Kind'

80 Prozent bezeichnen sich als Katholiken, doch nur 16 Prozent gehen zur Messe. Viele Franzosen, auch Priester, nennen Johannes Paul II. „antiquiert". Der Papst ist bei kritischen Gläubigen zu Gast.

Von PETER RUGE

Wir stehen vor einem himmlischen Rätsel", sagt der Direktor der SNCF, der französischen Staatsbahnen, François Batisse. „Zwischen Paris und Lyon muß uns ein Pilgerzug abhanden gekommen sein. Radio Notre Dame an der Seine behauptet, sieben TGV seien auf die Strecke geschickt worden. An der Rhône sind aber nur sechs der Super-Schnellbahnzüge angekommen."

Macht sich die Kirche also etwas vor, was den Erfolg des Papst-Besuches in Frankreich angeht? Nach außen ist dieser Drei-Tage-Auftritt so glänzend inszeniert, daß er fast blendet. „Sogar die Sonne spielt mit", sagt der Erzbischof von Lyon, Albert Decourtray. Die Zahlen könnten beeindrucken: 60 000 Jugendliche im Stadion Gerland, 150 000 bei der Messe in Paray-le-Monial, 350 000 im Ausstellungsgelände – doch wer hinter die Kulissen schaut, wird stutzig. Da werden kiloweise Hostien wieder weggetragen; weinende Nonnen trösten sich gegenseitig, daß nicht wie erwartet mehr Gläubige vor dem Heiligen Vater auf die Knie fallen.

Von den Franzosen bezeichnen sich 80 Prozent als Katholiken, aber nur 16 Prozent gehen zur Messe. Johannes Paul II. hat in der dichtbevölkerten Region um Lyon nicht einmal jedem Hundertsten Beine gemacht, die Scharen wurden aus allen Ecken der Republik herangekarrt.

Zu wem ist der Papst eigentlich gekommen? „Ich stehe zu eurer Disposition", ruft dieser kantige Pole mit dem Hirtenstab den Jugendlichen im Stadion zu. Beifall braust auf. Von seinen Fans hat er nichts zu befürchten. Angeheizt durch zwei Stunden Rockmusik, stimmen sie immer wieder den Song an: „Stehe auf und wandle." Als das „Papa-Mobil" den Fußballrasen überquert, werden Tausende Tücher geschwenkt. Die Regie hat die Show-Effekte der Olympia-Eröffnung von München abgeguckt. Bunte Tafeln werden unter den Sitzen hervorgeholt, auf den Rängen formen sich christliche Symbole – ein Kreuz am oberen Stadionrand flammt auf.

Die Zahl der Seelsorger ist dramatisch gesunken

Das ist die Stunde, in der die Kirche einen Fischzug zu machen hofft, denn es fehlt ihr an Priestern. In den letzten zehn Jahren ging die Zahl der Seminaristen von 6000 auf 1175 zurück. Durch Austritte und mangelnden Nachwuchs verringerte sich der Bestand an Seelsorgern von 40 000 auf 28 000. Eine Umfrage in den Diözesen rund um Lyon hat ergeben, daß fast ein Viertel der katholischen Pfarrer diesen Papst ablehnt. Er sei antiquiert.

Die Pilgerei hat eigentlich nur ein Ziel: das verschlafene Dorf Ars in Burgund. Alles andere scheint sich darum zu ranken. Die Seligsprechung des Arbeiterpriesters Antoine Chevrier, der Besuch der Brüder von Taizé, das Gedenken an die christlichen Märtyrer, wie zum Beispiel in der römischen Arena von Lyon, wo Schwester Blandine erst von einem Löwen verschmäht, dann von einem Stier auf die Hörner genommen wurde, bis sie auf Speerspitzen von Legionären den Tod erlitt.

Die auf insgesamt 16 Stunden angesetzten Messen, der Besuch bei Kranken – das gilt dem Volk, das diesen Johannes Paul II. liebt, weil er so einfach ist. Verklärt sagt ein Jugendlicher: „Ich bin nicht für die Messe, aber dieser Mann berührt mich – das ist ein Mac, einfach klasse."

Doch dieser Papst ist in der katholischen Kirche Frankreichs nicht unumstritten. Ars symbolisiert diesen Machtkampf. Johannes Paul II. begibt sich zu dem Schrein des Landpfarrers Jean-Marie Vianney, der nach der Französischen Revolution, als „die Vernunft" regierte, mit seiner Einfachheit, seinem Verständnis für die Nöte seiner Mitmenschen der Kirche Zulauf brachte. Schon zu Lebzeiten wurde er wie ein Heiliger verehrt, heute aber ist er für den Klerus in Frankreich passé. Kardinal Decourtray: „Der Curé von Ars war ein Mann, der in seine Zeit paßte."

Auf dem Rasen des Stadions Gerland bilden 600 Tänzer ein Spalier: Ein Mann im Priestergewand tritt aus dem Dunkel, verschafft sich mit langen Sprüngen Zutritt, ergreift körperlich Raum. Der Barfüßige stellt den Pfarrer von Ars dar. Als er zu Jazz-Rhythmen seine Verrenkungen vollführt, sich dem Papst auf dem Podium nähert, flammen Tausende von Streichhölzern auf den Rängen auf. Ein Aufschrei in den Massen: „In unserer Dunkelheit, zünde Du das Licht an, auf daß es niemals erlösche."

„Ein Veitstanz", murmelt ein Priester neben mir. „Damit will Johannes Paul II. seine Fortschrittlichkeit demonstrieren, aber er täuscht die anderen. Er ist ein Retro-Papst." Die französische Kirche kann 1962 nicht vergessen, das Zweite Vatikanische Konzil.

Damals gehörte Karol Wojtyla den Erneuerern an, denen also, die an Mitsprache dachten, an eine Öffnung der Theologie gegenüber den Problemstellungen des Jahrhunderts.

In Frankreich, mit seinem Hang, individuelle Freiheiten vor Dirigismus und Obrigkeitsdenken aufbegehrend zu verteidigen, war die „Hoffnung von Rom" wie eine Bestätigung empfunden worden, auf dem Weg der Arbeiterpriester und des Engagements für die Nöte der Welt voranzuschreiten.

Daß mit dieser Loslösung von der vatikanischen Gängelei eine Unsicherheit unter der Priesterschaft einsetzte, daß das Selbstverständnis litt, wurde als Übergangserscheinung abgetan. Daß inzwischen am Tiber ein Johannes Paul II. die Erneuerung im Sinne einer Berufung des Priesters zum Seelsorger auszulegen begann, befremdete viele französische Priester – nicht nur in Notre Dame von Paris.



Vor dem Bild des seliggesprochenen Arbeiterpriesters Antoine Chevrier: Papst Johannes Paul II. und der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz, Jean Vilnet FOTO: DPA

Zu den Oppositionellen zählten auch Bischöfe. So der Monsignore Jacques Gaillot, der Hirte von Evreux, der ein Dokument unterzeichnete, das von 250 Priestern zur letzten Synode aufgesetzt wurde, mit der Forderung nach „freier Aussprache" unter den Teilnehmern.

Die französische Kirche nimmt auch politisch Stellung. 1981, ein Jahr, nachdem der Papst Frankreich zum ersten Mal besuchte, kamen die „Linken" an die Macht – mit wohlwollender Unterstützung des Klerus. Auch das irritierte viele. Nach dem Kriege hatte der Episkopat rechts gestanden, nun galt das Wohlwollen dem Sozialismus, bis diese katholische Welt in Frankreich von den „Fortschrittlichen" in ihren Grundfesten erschüttert wurde, als es um die Abschaffung der Konfessionsschulen ging. Da auf einmal fühlten sich die Bischöfe bedroht: nicht so sehr von den Linken, mehr waren es die Eltern, die die Geistlichkeit zu einem eindeutigen Positionswechsel herausforderten.



Sicherheit hat beim Papst-Besuch Vorrang: Leibesvisitation auch bei Priestern FOTO: AP

Als der Papst vor sechs Jahren zum ersten Mal französischen Boden betrat, war seine Warnung in die Frage gekleidet: „Frankreich, älteste Tochter der Kirche, was hast du aus deinem Taufgelübde gemacht?" Sein dritter Besuch will wohl diesem „entfremdeten Kind" den Weg weisen: „Seht nach Ars. Dort ist das Vorbild meines Priesteramtes zu finden."

Ob die Botschaft angenommen wird? Der Erzbischof von Lyon, Kardinal Decourtray, darf sich eines halben Sieges erfreuen. Der Bischof opponierte offen gegen die neue restriktive Ausländerpolitik der französischen Regierung. Er empfing, sehr zum Ärger von Premierminister Chirac, zwei junge Araber, die in einen Hungerstreik getreten waren. Als der Papst dem Abgesandten des Premiers, Innenminister Pasqua, gegenübertrat, sagte er: „Die Kirche erhebt hier ihre Stimme für die, die keine Stimme haben."

Dieser Papst trägt die Bürde mit Wonne

Schwenkt Johannes Paul II. also auf die Linie der fortschrittlichen Priester in Frankreich ein? Er wird auch dieses Päckchen schultern, heißt es zuversichtlich bei den Gläubigen – er, der endlich Schluß macht mit der Leidens-Aura seiner Vorgänger, die unter der Last des Amtes stöhnten; dieser trägt die Bürde mit Wonne. Hat er deshalb das Vertrauen seiner Gläubigen?

Die Pariser Regierung könnte das Wort des Papstes in der Ausländerfrage fast als Einmischung in innere Angelegenheiten auslegen. Die Kommentare in der Presse klangen entsprechend gar nicht gut. „Der Papst ist der einzige fremde Souverän, der seine Macht in unserem Land ausübt: Er kann nämlich Bischöfe ohne die Zustimmung der Regierung ein- und absetzen." Klarer ausgedrückt heißt das: Johannes Paul II., erkenne deine Grenzen.

Ein Papst zum Anfassen ist er nicht mehr. Hinter Panzerglas versteckt rollt er durch die Straßen, auf freiem Feld ist er mindestens 300 Meter von den Gläubigen entfernt, von einem Regiment von Sicherheitsbeamten umgeben. Der Präfekt von Lyon, Georges Bastelica, hat nur ein Stoßgebet: „Bitte, lieber Gott, laß die Prophezeiung von Nostradamus nicht eintreten." Vor 400 Jahren hatte der Hellseher ein Unheil für einen Papst vorausgesagt, „in einer Stadt, wo zwei Ströme zusammenfließen". Lyon, an der Mündung der Saône in die Rhône gelegen, gilt als terroristisches Zentrum.

So machen die Polizeikontrollen auch nicht vor Mönchen und Nonnen halt. Das Abtasten, das Öffnen der Taschen, ist obligatorisch, stundenlanges Warten vor und nach dem Auftritt des Papstes wird geduldig ertragen. Doch obwohl viele Johannes Paul II. nicht zu sehen bekommen, sondern nur zu hören, fühlen sie doch seine Anwesenheit so, „als ob Gott aus ihm spräche". Das mag alle die trösten, die als Pilger der elektronischen Kontrolle zum Opfer fielen. Die Nonne, die ihre Büßerketten unter dem Gewand nicht ablegen wollte oder der Pfadfinder, in dessen Gepäck sich zwei Messer befanden: Sie erreichten ihre Freiheit erst wieder auf dem Bahnhof, als die TGV-Superzüge von Lyon nach Paris zurückfuhren.

Die Grenzen zu diesem Papst ziehen in Frankreich auch die Medien: „Ich kann nicht länger bleiben, weil ich meinem Vorgesetzten gehorchen muß", sagt Johannes Paul II. und erntet einen Lacherfolg. „Nein, nicht was Sie meinen", schwächt er ab, als ob er die Gedanken erraten hätte, „es ist die Eurovision, die mich zwingt, mich zu beeilen."

Er weiß in diesem Augenblick nicht, daß er längst abgeschaltet ist, daß der Fernsehkanal bereits einem anderen Glaubenskult gehört: dem Islam in Frankreich.

Der steinige Weg der ‚Waisen' zurück zu ihren Eltern

Als in den letzten Kriegstagen die Japaner aus der Mandschurei flüchteten, blieben etwa 6000 Kinder zurück. Mehr als vier Jahrzehnte später suchen Hunderte dieser Menschen ihre Eltern in Japan. Und viele finden sie auch. Doch es ist nicht einfach, vom Chinesen zum Japaner zu werden.

Von FRED de LA TROBE

Die Fernsehkamera hält eine ergreifende Szene fest. Ein greiser japanischer Bauer hat gerade seine vor 42 Jahren in China verschollene Tochter wiedergefunden. Die beiden wechseln scheue, doch zärtliche Blicke. Über einen chinesischen Dolmetscher vertraut die Frau ihrem Vater schluchzend an, daß dies der schönste Tag ihres Lebens sei.

In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs ließen japanische Siedler bei ihrer Flucht aus der Mandschurei vor den anrückenden sowjetischen Truppen an die 6000 Kinder – die meisten waren rund vier Jahre alt – in der Obhut chinesischer Bekannter zurück, um ihnen die Mühsal des Abzugs zu ersparen. In den Nachkriegswirren und nach der kommunistischen Machtübernahme im Reich der Mitte brachen die Kontakte nach Japan ab. Die zurückgebliebenen Kinder wuchsen wie Chinesen auf und waren sich oft ihrer Herkunft und Identität nicht bewußt.

Für ein fünfjähriges Programm zur Suche von Angehörigen und Rückführung von „Kriegswaisen", das Ende März nächsten Jahres ausläuft, hat die japanische Regierung zwölf Millionen Mark bereitgestellt. Der Staat zahlt vielfach die Reisen, gibt den Spätheimkehrern ungefähr 1000 Mark Starthilfe und sucht Unterkünfte. Inzwischen läßt sich schon eine Bilanz ziehen: Bisher kamen unter dem Programm 1242 Personen zu mehrtägigen Erkundungsbesuchen nach Japan. Von ihnen konnten 424 ihre Familienangehörigen finden.

Ein Intensivkurs in Sprache und Sitten

In China helfen die Behörden mit, die „Kriegswaisen" aufzuspüren. 2140 Personen ließen sich bisher als gebürtige Japaner identifizieren. Für manchen ist es eine große Überraschung: „Ich kann es noch nicht fassen", staunte so die bis vor kurzem ahnungslose Spätheimkehrerin Kan In Un. „40 Jahre lang war ich Chinesin, jetzt bin ich plötzlich Japanerin."

Die anreisenden „Kriegswaisen" bringen meist alte Fotos oder andere Erkennungszeichen mit. In Kleidung und Sprache unterscheiden sie sich kaum von den im Vergleich zu den modischeren Japanern schlicht wirkenden Genossen im kommunistischen China. Kommt es dann aber zu einer Begegnung mit Angehörigen, so verblüfft meist die Ähnlichkeit mit den Verwandten.

Die japanische Regierung hat in der Nähe von Tokio ein Aufnahmelager für 180 Familien eingerichtet, in dem die Rücksiedler einen viermonatigen Intensivkurs in Japanisch sowie in Sitten und Gebräuchen Nippons erhalten können. Danach, in den Alltag des Landes ihrer Träume entlassen, beginnen für viele die Probleme. Die Anpassung an die noch sehr geschlossene Industrie-Gesellschaft fällt den meisten schwer. Für manchen wird der Traum dann zum Trauma.

Die größten Probleme ergeben sich bei Sprache und Arbeitsplatz-Suche. Die Mehrheit der Rücksiedler ist in den Mittvierzigern und empfindet das Erlernen einer neuen Sprache als echten Härtetest. „Ich lerne seit drei Jahren Japanisch, bis jetzt ist es mir aber nicht gelungen, in der japanischen Gesellschaft Fuß zu fassen", klagt die 50jährige Ayako Igarashi, die heute in Osaka als Arbeitslose von Sozialhilfe lebt und unter den ersten Rücksiedlern war.

Die Japaner lassen Toleranz vermissen

„Die Anpassung an die japanischen Sitten ist in dieser gegenüber abweichenden Bräuchen wenig toleranten Gesellschaft das größte Problem", stellt ein freiwilliger Helfer der „Kriegswaisen" fest. „Es ist wichtig, zunächst die einfachen Dinge wie den richtigen Gebrauch eines japanischen Bades oder korrekte Tischmanieren – einschließlich des Verzehrs von Wassermelonen – zu lernen. Sonst ist schon mit Kritik der Nachbarn zu rechnen." Laut Iwao Yoriya, dem Vorsitzenden des „Beirats für chinesische Kriegswaisen", tun sich die Spätheimkehrer in Japan schwer. Fälle von Depression sind häufig. Es gab sogar Rücksiedler, die von eigener Hand starben, und auch zwei Mordfälle.

Die japanischen Verwandten haben sich meist als wenig hilfsbereit erwiesen. In der arbeitswütigen Leistungsgesellschaft Japans fehlt ihnen oft die Zeit, es reicht nur zu kurzen Besuchen. Durch die Verständigungs-Schwierigkeiten flauen auch die überschwenglichen Gefühle nach dem ersten Wiedersehen bald ab. Hinzu kommt, daß nur etwa die Hälfte der in Japan eingegliederten „Waisen" Beschäftigung gefunden hat – die meisten als Fabrikarbeiter. Die anderen empfangen noch Sozialhilfe, mit der sie aber nur kümmerlich leben können.

Der 47jährige Kesao Sekikawa ist zwar unter denen, die Arbeit gefunden haben, dennoch ist auch seine anfängliche Begeisterung über das Leben in Japan weitgehend dahingeschmolzen. Nach einem glücklichen Wiedersehen mit seinem älteren Bruder vor vier Jahren ließ er sich mit seiner chinesischen Frau und fünf Kindern in der Stadt Nagano, 150 Kilometer nordwestlich von Tokio, nieder. Die Familie lebt jetzt in einer Zweizimmerwohnung, die wesentlich kleiner ist als ihr früheres Appartement in China.

Im Reich der Mitte war Sekikawa Büro-Angestellter mit einem passablen Einkommen und angenehmer Arbeitszeit. Jetzt ist er als Fabrikarbeiter täglich zwölf Stunden beschäftigt und verdient monatlich ungefähr 2600 Mark. Davon sind die Miete und der ganze Unterhalt für die Familie zu bezahlen, denn seine Frau, die in China Lehrerin war, findet keine Anstellung. „Wenn nicht die Kinder wären, hätten wir uns schon auf die Rückreise nach China gemacht", erklärt Sekikawa. Die Kinder fühlen sich in Japan wohl, und der älteste Sohn soll einmal studieren – wenn das Geld reicht. (SAD)

Die „DDR" feiert. Die Hits kommen aus dem Westen

DIETER DOSE, **Berlin**

Militärparade vor Honecker und Indianerspiele, Frühschoppen im FDJ-Jugendklub und Reservistentreffen mit einem Fallschirmspringerbataillon. „Nationalfeiertag" heute in der „DDR". Kein runder, sondern der 37. Gründungstag. „Republik-Geburtstag" mit Tagesbefehlen für die Nationale Volksarmee, Selbstverpflichtungen in den Betrieben und Volksfest...

Eine ganze Zeitungsseite nimmt das Ostberliner Veranstaltungsprogramm im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ein. Aber gefeiert werden soll erst nach der Parade. Vorher heißt es „Verbundenheit" mit der Nationalen Volksarmee zu bekunden. „Bildet Spalier an der Paradestrekke", wird seit Tagen getrommelt.

Erst danach Bühne frei für Country-Musik, Modenschauen, Kinderfeste und Rentnertreffs. Dem Tag voraus ging die übliche Ordensflut. Den „Stern der Völkerfreundschaft in Gold" zum Beispiel für Kammersänger Theo Adam, den „Vaterländischen Verdienstorden in Silber" für

das Kollektiv „Vorfertigung Fahrleitungsmontage und Abnahme in der Streckenelektrifizierung".

Der Jubel über den Feiertag ist gedämpft, denn dem frohen Fest werden wieder saure Wochen folgen. In den Ostberliner Kombinaten sollen die Arbeiter noch bis zum Jahresende „vier zusätzliche Tagesleistungen in der Nettoproduktion erbringen". Im November gibts „ein Dacapo", versprechen die Brigaden der Werkzeugmaschinenfabrik „7. Oktober" die weitere Senkung der Ausschußkosten von derzeit 1,50 Mark pro 1000 Mark...

Daß der Teufel im Detail und die Misere oft hinter den Zahlen der „übererfüllten" Pläne steckt, damit mußte sich kürzlich der Kreistag in Stendal (Bezirk Magdeburg) beschäftigen. Dort sei zwar in den ersten acht Monaten des Jahres der Warenumsatz im Vergleich zu 1985 um 55 Millionen gestiegen, aber die Abgeordneten beklagten, daß 37 Jahre nach der „DDR"-Gründung die Versorgung mit Obst und Gemüse „zu wünschen übrig läßt", die Brotqualität in den Bäckereien schlecht und das Angebot an Kinderbekleidung ungenügend ist.

Dabei gehört der Kreis Stendal noch zu den mit Konsumgütern und Lebensmitteln bevorzugten Kreisen. Weil hier auf einer Großbaustelle mit rund 4000 Arbeitern das größe Kernkraftwerk der „DDR" entsteht...

„DDR"-Alltag im Zeichen des Feiertages. An dem lohnt sich in Ost-Berlin auch ein Kinobesuch. Die Hits kommen aus dem Westen. „A Chorus Line", das Musical vom Broadway, und „Männer" aus der Bundesrepublik Deutschland.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nach dem Wahlsonntag gibt es in Niedersachsen viele Sieger

Das rot-grüne Bündnis baut die Bastionen aus

MICHAEL JACH, **Hannover**

Nach der nur um Haaresbreite bestandenen Landtagswahl hat der niedersächsischen CDU die Selbstbestätigung bei der Kommunalwahl vom Sonntag sichtlich wohlgetan. Doch die Genugtuung, nach dem Sommertief nun wieder „mit weitem Abstand stärkste politische Kraft" im Land zu sein (Ministerpräsident Ernst Albrecht), geht mit unangenehmen kommunalpolitischen Gliederschmerzen einher: Die Mehrzahl der prestigeträchtigen kreisfreien Städte fiel nach fünf Jahren an die Sozialdemokraten zurück, dazu wahrscheinlich weitere acht Kreisregierungen; zuletzt gab es in Niedersachsen nur vier SPD-Landräte. Allerdings ist die SPD meist auf das Mehrheitsbündnis mit den Grünen angewiesen.

Der große Wahlwunsch des CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann, wiederkehrende „rote Rathäuser zu verhindern", hat sich mithin nicht erfüllt. Gehalten wurden immerhin, mit der FDP im Bunde, Osnabrück und Wolfsburg; in der Volkswagenstadt allerdings büßte die Union von ihrer 1981 sensationell errungenen 54-Prozent-Mehrheit gleich zehn Prozent ein. Undurchsichtig erscheint derzeit noch die Situation in Braunschweig. Rechnerisch verfügen SPD und Grüne zwar über einen Ratssitz mehr als CDU und FDP. Doch der SPD-Oberbürgermeisterkandidat Gerhard Glogowski gilt bislang als entschiedener Gegner rot-grüner Bündnisse.

Für die Union verloren sind die Oberbürgermeistersessel von Delmenhorst, Oldenburg, Wilhelmshaven und Salzgitter. In der Stahlstadt holte sich die SPD, die nach der Kommunalwahl 1981 auf ein mögliches rot-grünes Bündnis verzichtet und eine CDU-Stadtregierung hingenommen hatte, die absolute Mehrheit zurück.

Fortan ohne DKP

In der Landeshauptstadt Hannover indes blieb ihr dieser Gipfel des Erfolges versagt. Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg muß erneut mit den Grünen ins Boot. Immerhin einen Makel konnte er aber tilgen: Fortan ist er zur Ratsmehrheit nicht mehr auf die DKP angewiesen. Solche Sorgen sind den Genossen im ostfriesischen Emden seit jeher unbekannt. Selbst 1981 hatten sie ihre absolute Stellung behauptet – und nähern sich jetzt der Zweidrittelmehrheit. SPD-Landesvorsitzender Johann Bruns strich das Ausnahmeresultat in seiner Heimatstadt gebührend heraus.

Bruns' Zielvorgabe, sämtliche kreisfreien Städte zurückzuerobern, blieb demnach ebenso unerreicht wie die Wunschzahl von 16 der 38 Landräte. Immerhin für dreizehn Positionen – zuletzt nur vier – aber wird es reichen. Absolute Mehrheiten stehen zur Verfügung in den Kreisen Aurich, Friesland, Leer, Wesermarsch, Peine, Osterode und Holzminden. Nur mit grünem Steigbügel ist der Sattel in den Kreisen Hildesheim, Schaumburg, Osterholz, Verden, Goslar und Northeim zu erklimmen.

Patt im Kreistag

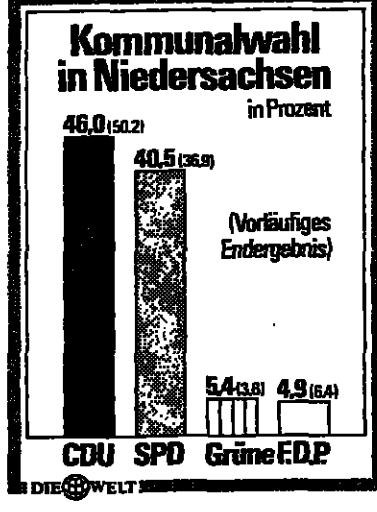
Ein Fragezeichen steht noch über dem Landkreis Göttingen. Hier führte das rot-grüne Stimmenübergewicht nicht nur zur Abwahl des CDU-Oberbürgermeisters in der Universitätsstadt, sondern auch im Kreistag zum Patt zwischen CDU/FDP und SPD/Grünen. Zünglein an der Waage ist ein einziger Wählergruppen-Abgeordneter.

Grundsätzlich haben weder SPD-Vorsitzender Bruns noch Landtags-Fraktionschef Gerhard Schröder auch lokale Bündnisse mit der FDP ausgeschlossen. Das sei im Einzelfall zu entscheiden, insgesamt allerdings „schwer vorstellbar", erklärte Schröder gestern.

Im Ergebnisquerschnitt trägt das Wahlergebnis zwei Hauptmerkmale. Die 1981 überaus erfolgreiche CDU findet sich – bei mäßigen Verlusten – auf ihren traditionellen Rückhalt in ländlichen Gebieten (Emsland, Südoldenburg, Lüneburger Heide, Teile von Südost- und Südwestniedersachsen) zurückverwiesen.

Das damals vorgeführte „Aufrollen der roten Rathäuser" in den Städten erweist sich als Episode, die von der seinerzeitigen bundespolitischen Großwetterlage bedingt war. Andererseits hat die SPD noch bei weitem nicht ihre früheren Vormachtpositionen im einstmals „roten Niedersachsen" wiedererrungen.

Die notwendigen Bündnisse mit den Grünen bestärken insofern Oppositionschef Schröder in der Einschätzung, grüne Wählerschichten seien eigentlich irregeleitetes SPD-Potential. Doch in welcher Zusammensetzung auch immer – das rot-grüne Bündnislager baut die großen Städte, insbesondere die Hochschulstandorte, zu festen Bastionen aus.



Die Ergebnisse in den kreisfreien Städten

Braunschweig: CDU 44,8 (45,9); SPD 42,3 (40,7); Grüne 7,6 (6,4); FDP 3,5 (6,4). Sitzverteilung: CDU 25 (26), SPD 24 (23), Grüne 4 (4), FDP 2 (4).

Delmenhorst: CDU 38,4 (43,0); SPD 47,0 (36,3); Grüne 7,5 (7,7); FDP 6,8 (12,6). Sitzverteilung: CDU 17 (19), SPD 20 (16), Grüne 3 (3), FDP 3 (5).

Emden: CDU 26,7 (32,6); SPD 60,9 (53,6); Grüne 6,1 (6,3); FDP 4,7 (5,8). Sitzverteilung: CDU 11 (14), SPD 26 (23), Grüne 2 (3), FDP 2 (2).

Hannover: CDU 38,7 (42,5); SPD 47,1 (43,2); GABL (Grüne) 8,2 (6,4); FDP 4,8 (6,4); DKP 1,2 (1,3). Sitzverteilung: CDU 26 (28), SPD 31 (28), GABL (Grüne) 5 (4), FDP 3 (4), DKP 0 (1).

Oldenburg: CDU 37,8 (41,8); SPD 40,6 (33,6); Grüne 10,5 (7,0); FDP 5,9 (9,8); DKP 5,1 (7,9). Sitzverteilung: CDU 19 (21), SPD 20 (16), Grüne 5 (3), FDP 3 (5), DKP 2 (4).

Osnabrück: CDU 45,7 (48,7); SPD 41,9 (40,5); Grüne 7,8 (5,9); FDP 4,3 (4,6). Sitzverteilung: CDU 24 (25), SPD 21 (21), Grüne 4 (3), FDP 2 (2).

Salzgitter: CDU 41,6 (46,3); SPD 51,7 (46,3); Grüne 4,4 (4,2); FDP 2,1 (2,9). Sitzverteilung: CDU 20 (22), SPD 25 (22), Grüne 2 (2), FDP 0 (1).

Wilhelmshaven: CDU 38,3 (40,9); SPD 46,9 (39,8); Grüne 6,0 (0,0); FDP 2,3 (6,6); Wählergruppe 6,3 (12,7). Sitzverteilung: CDU 18 (18), SPD 22 (18), Grüne 2 (0), FDP 1 (3), Wählergruppe 2 (6).

Wolfsburg: CDU 44,5 (54,6); SPD 40,0 (33,7); Grüne 5,3 (4,9); FDP 3,0 (5,7); Wählergruppe 6,4 (0,0). Sitzverteilung: CDU 22 (27), SPD 19 (17), Grüne 2 (2), FDP 1 (3), Wählergruppe 3 (0).

Biedenkopf: Kanzler-Kandidat Rau zeigt sich bereits in Panik

HELMUT BREUER, **Mainz**

Die jüngsten energiepolitischen Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau lassen nach Auffassung des nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Professor Kurt Biedenkopf den Schluß zu, daß „Rau selbst nicht mehr an seinen Wahlsieg glaubt". Wenn Johannes Rau in der Energiedebatte vor dem Bundestag behaupte, die auch auf Nutzung der Kernenergie basierende Energiepolitik der Bundesregierung gefährde Zehntausende von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau, so zeige dies deutlich die „Panikreaktion des Kanzlerkandidaten".

In einem Gespräch mit der WELT zum Auftakt des Mainzer CDU-Bundesparteitags sagte Biedenkopf, die behauptete Arbeitsplatzgefährdung im Kohlebergbau sei „eines der unsinnigsten Argumente, das ich je gehört habe". Es sei unvereinbar mit allem, was man bisher in Nordrhein-Westfalen als gemeinsame politische Position von SPD und CDU angesehen habe.

Biedenkopf zur WELT: „Eine der großen Zukunftschancen der Kohle liegt in der Kohleveredlung. Das ist ohne den Einsatz der Kernenergie kaum möglich. Wir brauchen den Hochtemperaturreaktor für die Kohleveredlung." Das sei immer ein energiepolitischer Konsens gewesen. Biedenkopf weiter: „Wenn Herr Rau jetzt den Konsens aufgekündigt hat, kann ich mir das nur so erklären, daß er sich entweder auf eine Koalition mit den Grünen vorbereitet oder in Wirklichkeit von all diesen Dingen keine Ahnung hat." Wenn nach der Rede Raus vor dem Bundestag nun auch der Düsseldorfer SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann in einem Interview mit der „Rheinischen Post" die These vertrete, den Pütts an Rhein und Ruhr drohe auch wegen der Bonner Energiepolitik die Schließung, dann zeige diese offenbar abgestimmte „Panikaktion", daß die Sozialdemokraten an ihren Wahlsieg nicht mehr glaubten. Biedenkopf: „Denn sie müssen wissen, daß sie mit solchen Argumenten nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in der ganzen Bundesrepublik die Kohlepolitik gefährden." Er habe den Eindruck, fuhr Biedenkopf fort, „daß die SPD besonders in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Argumente für ihre Ausstiegsthesen braucht, denn die Bevölkerung dort ist ja weniger als anderswo für Argumente der Grünen ansprechbar". Die Sozialdemokraten stellten fest, daß sie im Ruhrgebiet nicht mehr verstanden würden.

Der Vorsitzende des mitgliederstärksten CDU-Landesverbandes sprach die Erwartung aus, daß die Delegierten des heute in Mainz beginnenden CDU-Bundesparteitages den Bundestagswahlkampf vorbereiten und sich mit „den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes befassen" werden. Denn die Union sehe die kommende Legislaturperiode des Bundestages als eine schöpferische Periode. Er gehe davon aus, daß der Parteitag auch der Fusion der beiden nordrhein-westfälischen CDU-Landesverbände durch Satzungsänderung zustimme.

Kurt Biedenkopfs „wichtigste Aufgabe": Die Führung in NRW. FOTO: POLY-PRESS

Biedenkopf widersprach in diesem Zusammenhang Kritikern, die die Fusion der CDU-Verbände Rheinland und Westfalen-Lippe im Wahljahr als kontraproduktiv bezeichnet hatten. „Die einzigen, für die die Fusion kontraproduktiv ist, sind diejenigen, die bisher von den Spannungen zwischen den beiden Landesverbänden gelebt haben. Wir haben keinerlei Probleme mit der Fusion in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen bei Umfragen, daß die CDU an Rhein und Ruhr in bezug auf die kommende Bundestagswahl einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Stärke zurückgewonnen hat", sagte Biedenkopf. Auf die für die CDU schlechteren landespolitischen Meinungsumfragen in Nordrhein-Westfalen angesprochen, erklärte der Politiker, „das Wiederaufarbeiten der schweren Wahlniederlage 1985 ist nicht von heute auf morgen möglich. Diese Wahlniederlage ist das Ergebnis einer längeren Entwicklung gewesen. Ich bin aber sehr zuversichtlich, daß wir auch diesen Rückschlag ausgleichen können und daß wir vor allen Dingen nach der Bundestagswahl, wenn sie gewonnen ist, die Stärkung der NRW-CDU vorantreiben können, um sie wieder zu einer mehrheitsfähigen Alternative auch als Landespartei werden zu lassen."

Nach den Worten Biedenkopfs gibt es „im Augenblick keinerlei Probleme" in der Zusammenarbeit zwischen der Partei und ihrer Landtagsfraktion in Düsseldorf. Ob er nach seiner Wahl in den Bundestag sein Landtagsmandat aufgebe, „das werden wir entscheiden, wenn es soweit ist."

Er werde zwar in der Bundestagsfraktion der Union mitarbeiten, doch bleibe „die wichtigste Aufgabe" für ihn die Führung der nordrhein-westfälischen CDU.

Zur Frage der Spitzenkandidatur der für die Landtagswahl 1990 sagte Biedenkopf, es sei eines „der großen und wichtigsten Ergebnisse der Fusion, daß wir über solche Dinge nicht mehr öffentlich diskutieren und streiten. Wir werden diese Frage entscheiden, wenn es soweit ist. Und wir werden darüber reden, wenn es entschieden ist". „Ich bin ganz sicher", ergänzte er, „daß ich als Parteivorsitzender bis 1988 und dann – in welcher Rolle die Partei das auch immer möchte – an dieser Aufgabe mitwirke".

Trauer um den Verleger Franz Burda

Die Fahnen der Stadt Offenburg standen auf halbmast, als gestern der im Alter von 83 Jahren verstorbene Verleger Franz Burda zur letzten Ruhe geleitet wurde. Auf der Trauerfeier in der Heilig-Kreuz-Kirche würdigte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den am vergangenen Dienstag verstorbenen Unternehmer als einen Mann, der seine Zeit nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch geistig und kulturell bereicherte. Nach der kirchlichen Feier wurde der Sarg zum Burda-Betriebsgelände geleitet, wo die Belegschaft von ihrem Seniorchef Abschied nahm. Das Bild zeigt die Familie Burda beim Verlassen der Heilig-Kreuz-Kirche nach der Trauerfeier: Die Witwe Aenne Burda mit ihren Söhnen Frieder, Franz und Hubert. (DW)

Blüm spricht auf Gewerkschaftstag

dpa, **Aachen**

Die DGB-Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) hält an ihrer Einladung für Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) fest. Er wird am Donnerstag vor dem 15. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GTB in Aachen sprechen.

Mit großer Mehrheit lehnten die 210 Delegierten gestern zwei Anträge ab, nach denen der Tagesordnungspunkt „Ansprache des Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung" ersatzlos gestrichen werden sollte. Die Antragsteller verwiesen dabei vor allem auf die Haltung des Ministers in der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.

In der Diskussion betonte der Gewerkschaftsvorsitzende Berthold Keller, der Vorstand habe Verständnis für den Wunsch, Blüm auszuladen. Er teile darüber hinaus die Kritik, die damit gegenüber dem Bundesarbeitsminister zum Ausdruck gebracht worden sei. Doch lebe eine Demokratie von der Diskussion. Und es sei nicht im Interesse der Mitglieder, das „wir uns selbst einen Maulkorb umbinden".

Spranger: Hilfe für Sandinisten stoppen

„Name ist nur eine Fassadenbezeichnung für Kommunisten" / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Für eine „breite öffentliche und parlamentarische Diskussion zur Offenlegung der wahren Verhältnisse in Nicaragua" hat sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, ausgesprochen. Er habe bei seinem Besuch in vier zentralamerikanischen Grenzstaaten zu Nicaragua mit demokratisch gewählten Regierungen – El Salvador, Guatemala, Costa Rica und Honduras – die einhellige Meinung vorgefunden, „daß der Name Sandinisten nur eine Fassadenbezeichnung für Kommunisten" sei, sagte Spranger der WELT.

Aus seinen Gesprächen mit den vier Regierungen – darunter mit den Staatspräsidenten Duarte und Cerezo – sowie mit Flüchtlingen aus Nicaragua sei deutlich geworden, daß die Bedrohung dieser vier demokratischen Staaten durch das kommunistische Regime in Nicaragua „erheblich zugenommen" habe. „In allen Staaten wachsen die Probleme der inneren Sicherheit wegen des aggressiv-expansiven Kurses von Nicaragua und seiner intensiven Propaganda-Offensive." Der Staatssekretär weiter: „Wenn das öffentlich-rechtliche Fernsehen bei uns nur halb so viel an Kritik über Nicaragua bringen würde wie über Chile, wäre das Regime in Nicaragua längst als eine die Menschen unterdrückende Diktatur gebrandmarkt."

Spranger zitierte einen seiner hochrangigen Gesprächspartner mit den Worten: „Es ist für uns unverständlich, daß in Europa immer noch von den Sandinisten und nicht von den Marxisten-Leninisten gesprochen wird, und daß Europa enorme Wirtschaftshilfe gibt: 51 Prozent der Hilfe der EG für Zentralamerika geht in das kommunistische Nicaragua; 49 Prozent verteilen sich auf die Staaten, die von Nicaragua destabilisiert werden."

Hier müsse auch in der Bundesrepublik Deutschland umgedacht werden, forderte der Parlamentarische Staatssekretär. Er sprach sich gegen die Fortsetzung von bereits begonnenen Entwicklungshilfe-Projekten aus, die letztlich „nur der Stabilisierung eines kommunistischen Regimes dienen." Er habe „niemand getroffen, der der Illusion anhängt, es könne in Nicaragua noch zu einem Demokratisierungsprozeß kommen."

Staatssekretär Spranger verteidigte die vor allem von den Grünen kritisierte Hilfe für die Polizei in Guatemala und anderen demokratischen Staaten. In Guatemala habe er einer „einwandfrei demokratisch gewählten Regierung" solche Hilfe im Wert von fünf Millionen Mark übergeben. Dabei habe es sich um Ausrüstungen wie Fahrzeuge und Funkgeräte, aber auch um Ausbildungshilfe gehandelt. Waffen seien nicht geliefert oder versprochen worden.

„Solche Personalausbildung ist nach meiner Überzeugung langfristig viel bedeutsamer als finanzielle Hilfe etwa für den Bau eines Justizpalastes", sagte Spranger. In der Aus- und Fortbildung eröffne sich ein wichtiges Betätigungsfeld für die Bundesrepublik. „Wenn wir diese Ausbildungshilfe nicht geben, dann tut es der Ostblock, der dabei ohnehin schon sehr aktiv ist. Man kann sich vorstellen, welches Potential für seine politischen Absichten er sich damit auf lange Sicht heranzieht."

Israel fliegt Angriff in Nord-Libanon

lim. **Bonn/Beirut**

Acht israelische Kampfflugzeuge haben gestern morgen im Norden Libanons palästinensische Stellungen und Militärpositionen prosyrischer libanesischer Parteien bombardiert. Nach Angaben eines Militärsprechers in Tel Aviv seien die Maschinen nach erfolgreichem Einsatz unversehrt zurückgekehrt. Bei den Zielen handelt es sich um drei Ortschaften in der Region Akkar, die nur knapp zehn Kilometer von der syrischen Grenze entfernt sind sowie um ein Palästinenserlager nahe dem Hafen von Tripoli, in dem sich vor allem Verbände der Terror-Organisation des Georges Habasch (PFLP) eingenistet haben. Ein Munitionsdepot sei direkt getroffen worden. Die syrische Armee, die diese Gebiete kontrolliert, reagierte nicht.

Der israelische Luftangriff im Norden Libanons ist der erste seit dem Frühsommer des vergangenen Jahres. Dem Vernehmen nach soll es sich um eine Vergeltungsaktion wegen zahlreicher Angriffe palästinensischer Gruppen im Süden Libanons handeln. Westliche Diplomaten in Beirut bringen sie aber auch in Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Beirut, als prosyrische Einheiten versuchten, die christlichen Wohngebiete unter Kontrolle zu bekommen. An diesem Überfall waren auch jetzt bombardierte Gruppen beteiligt, zum Beispiel die libanesischen Filialen der Syrischen Nationalsozialistischen Partei und der Baath-Partei. Insofern sei der Raid als Signal an Damaskus zu verstehen. Israel könnte schwerlich eine Machtausdehnung Syriens in ganz Libanon und somit im arabischen Lager dulden.

Israels Premierminister Peres, der am kommenden Freitag die Ämter mit Außenminister Shamir tauschen soll, wurde im israelischen Rundfunk mit den Worten zitiert, ein reibungsloser Tausch hänge davon ab, daß es keine „unerwarteten Dinge" gebe. Zu den erneuten Spekulationen um eine israelische Atomwaffe hieß es gestern in einer Erklärung, die der Regierungssprecher verlas, Israel werde „nicht das erste" Land sein, das „Kernwaffen in der Region einführt".

Reagan bestreitet gezielte Täuschung der US-Presse

Sollte ein „Desinformationsplan" Khadhafi verunsichern?

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die sogenannte „Desinformations-Affäre" hat die Reagan-Administration unmittelbar vor dem Island-Gipfel in einen Konflikt gestürzt, der besonders zu diesem Zeitpunkt wichtige politische Energien absorbiert. Vor allem die amerikanischen Medien, die sich als Opfer dieser Affäre fühlen, sind in Konfrontationsstimmung.

Sie fanden dabei Unterstützung im Kongreß von so angesehenen Senatoren wie Richard Lugar und Sam Nunn. Beide bezeichneten in fast übereinstimmenden Worten den Versuch der Administration, Libyens Staatschef Khadhafi durch eine Desinformationskampagne zu destabilisieren, als „töricht und schlecht beraten". Sie habe dem Ansehen der amerikanischen Regierung in der Welt geschadet.

Einzelheiten über den Destabilisierungsplan waren in der letzten Woche von der „Washington Post" veröffentlicht worden. Das Blatt beruft sich auf ein dreiseitiges Memorandum des Sicherheitsberaters Admiral Poindexter, das in seine Hände geriet. Darin heißt es, daß in diesem Desinformationsprogramm der Reagan-Administration „wirkliche und illusionäre Vorgänge kombiniert werden sollten, um Khadhafi zu verunsichern".

Die Zeitung stieß gestern in dieser Affäre mit einem weiteren Artikel des Autors Bob Woodward nach, in dem es hieß, daß angeblich ursprünglich in einem Arbeitspapier des State Departments eine Strategie entworfen worden sei, die zur Ermordung Khadhafis führen könnte.

Gegen ein Attentat

Das Arbeitspapier wurde angeblich später verworfen mit dem Hinweis, daß es seit Jahren die erklärte Politik der Reagan-Administration sei, keinerlei Attentate auf fremde Politiker zu initiieren oder durchführen zu lassen.

Hingegen sei der sogenannte Desinformationsplan am 14. August von Präsident Reagan und Außenminister Shultz abgesegnet worden. Elf Tage später erschien das angesehene „Wall Street Journal" mit einem Bericht, der deutliche Züge von Desinformation enthielt, von Larry Speakes, dem Sprecher des Weißen Hauses, jedoch als „authoritativ" bezeichnet wurde.

Reagan hat den Vorwurf der gezielten Desinformation zurückgewiesen: „Wir haben nicht gelogen, und wir haben keinerlei Desinformation verbreitet". Das Dementi von Shultz war nicht ganz so kategorisch: „Ich habe niemals an einem Treffen teilgenommen, auf dem beschlossen wurde, die Medien mit einem besonderen Ziel zu belügen. Sollte dies irgend jemand getan haben, dann tat er es entgegen unserer Politik."

Fast im Kriegszustand

Genau das will die Administration durch eine eigens eingesetzte FBI-Kommission prüfen lassen. Sie soll feststellen, wer das „Wall Street Journal" mit gezielten und unzutreffenden Informationen versorgte.

Zugleich jedoch schloß Shultz das Mittel der gezielten Täuschung mit dem Ziel, einen Mann wie Khadhafi aus dem Gleichgewicht zu bringen, nicht als illegitim aus. „Ich persönlich halte nichts von Lügen", sagte Shultz, erinnerte aber an Winston Churchill, der einst sagte: „In Kriegszeiten ist die Wahrheit so kostbar, daß sie von einer Leibgarde von Lügen bewacht werden muß." „Im Falle Khadhafi befinden wir uns zwar nicht in einem erklärten Krieg, doch wir sind ihm ziemlich nahe", fügte Shultz hinzu.

Hohe Regierungsbeamte wiesen darauf hin, daß sie niemals US-Medien zu einer Desinformationskampagne benützen würden, schlossen jedoch nicht aus, daß dies mit ausländischen Medien geschehen könnte.

Kritiker im Kongreß, in einigen Ministerien und in den Medien stimmen jedoch darin überein, daß der im Poindexter-Memorandum umrissene Plan ein „Schuß in den eigenen Fuß" gewesen sei. Die Hauptfolge sei, daß die Regierung bei ihrer künftigen Informationspolitik ein Glaubwürdigkeitsproblem bei den Medien und bei ihren Alliierten haben wird.

Arafat sucht neuen Sitz für seine PLO

E. A. **Rom**

Yassir Arafat ist angeblich auf der Suche nach einem neuen Sitz für den zu ihm haltenden Flügel der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Nach einem Bericht der römischen Tageszeitung „La Repubblica" sollen die Behörden Tunesiens dem Palästinenserführer schon vor zwei Wochen mitgeteilt haben, daß er in ihrem Land nicht mehr willkommen sei. Ferner sollen sie aufgrund einer persönlichen Entscheidung von Staatspräsident Habib Bourguiba bereits Arafats tunesischen Diplomatenpaß eingezogen haben.

Diplomatische Beobachter in Tunis sehen Tunesiens Kehrtwendung gegenüber Arafat in Zusammenhang mit Bourguibas Entscheidung, sich von seiner langjährigen Ehefrau Wassila scheiden zu lassen, die mit der PLO und radikalen Arabern sympathisierte. In einem Interview mit dem Mailänder „Corriere della Sera" betonte Ministerpräsident Rashid Sfar, Tunesien sei eine „laizistische Republik", wolle es bleiben und halte nichts von einer Anlehnung an radikale arabische Elemente. Ebenfalls schloß er die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Libyen „bis auf weiteres" aus.

Angeblich mußte Arafat seinen Paß vorletzte Woche unmittelbar vor dem Antritt einer Reise in die Golfstaaten abgeben. Die Tunesier sollen ihm gesagt haben, daß er künftig nur aufgrund einer förmlichen Einladung in ihrem Land willkommen sei.

Arafat soll nunmehr eine Verlegung des Sitzes seiner Rumpf-Organisation nach Bagdad erwägen, wo sich bereits seit einiger Zeit mehrere enge Mitarbeiter von ihm aufhalten. Aus Amman verlautet, daß die Arafat-PLO bereits im September eine Reihe ihrer Einrichtungen in den Irak, nach Nordjemen und in den Sudan verlegt habe. Parallel dazu wird eine verstärkte Rückkehr von Arafat-Anhängern in den Süden Libanons beobachtet. Diese Rückkehr sowie eine wachsende Präsenz in den Palästinenserlagern von Beirut hat in den letzten Wochen schon zu Spannungen und Kämpfen mit schiitischen und prosyrischen Gruppen geführt.

Wie Biberach im Osten Partner sucht

Die schwäbische Kleinstadt hofft auf Kontakte mit einer Gemeinde in der Sowjetunion

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

„Der Weg ist steinig", sagt Dieter Schwoerer, „und die Inkubationszeit lang." Da hat schon so mancher kommunale Friedenspolitiker die Geduld verloren. Auch vor allzu überzogenen Erfolgsansprüchen warnt der Waiblinger Rechtsanwalt und Vorsitzende der Württembergischen Gesellschaft zur Förderung der Deutsch-Sowjetischen Beziehungen (WEGE). Langfristig könne sich das Unternehmen aber nur auszahlen. „Es geht darum", betont Schwoerer, „auf unterer Ebene dazu beizutragen, starre Feindbilder abzubauen und die politische Verhärtung zwischen Ost und West aufzulösen."

Lange Wunschliste

Die Rede ist von Partnerschaften zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Zehn mehr oder minder enge Verbindungen über den Eisernen Vorhang hinweg gibt es bereits. Andere stehen auf der Wunschliste zahlreicher Oberbürgermeister zwischen Flensburg und Konstanz. „Es ist ein richtiges Wettrennen", weiß SPD-Mitglied Schwoerer. Doch wie schwer es ist, dabei ans Ziel zu kommen, haben in Baden-Württemberg schon Tübingen, die Fildergemeinden rund um den Stuttgarter Flughafen und, drunten im schwarzen Oberschwaben, Ravensburg und Biberach erfahren müssen.

Immerhin: Biberach rechnet im Frühjahr 1987 mit dem ersten handfesten Kontakterlebnis. Vor eineinhalb Jahren hatte der Gemeinderat beschlossen, nach Valence-sur-Rhône und dem italienischen Weinort Asti den Kreis seiner Partnerstädte um eine Adresse in der „DDR", Polen oder der Sowjetunion zu erweitern. Im Vergleich zur Proklamation einer „Atomwaffenfreien Zone Biberach" erachteten das die Ratsherrn um OB Claus-Wilhelm Hoffmann (CDU) damals als produktiveren Beitrag zum Weltfrieden. Indes: Die Polen wollten nicht, und aus dem anderen Teil Deutschlands kam keine Antwort. Lediglich die russische Botschaft in Bonn reagierte auf Biberachs Partnersuche. Und so kam das Projekt endlich ins Rollen. Zwar blitzte Hoffmann bei der allmächtigen Moskauer Auslandsgesellschaft SSOD mit seiner eigenen Vorschlagsliste alsbald ab. Von einem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt brachte er jedoch im September die Überzeugung mit an die Riß, daß Biberach nun damit rechnen kann, eine geeignete Kontaktadresse in Georgien oder der Ukraine genannt zu bekommen.

Waffen im Vordergrund

Claus-Wilhelm Hoffmann hat seine eigenen Vorstellungen vom kulturellen und persönlichen Gehalt einer solchen Städtepartnerschaft. Die andere Seite aber auch: Bei seinen ersten Begegnungen mit sowjetischen Kommunalpolitikern ging es ausschließlich um Waffen und Raketen. „Die UdSSR", wundert sich der Botschafter oberschwäbischen Versöhnungsgeistes, „sieht alles unter außen- und sicherheitspolitischen Aspekten." Aber das schreckt ihn nicht.

Die Freunde dem Freund



Er hatte sein Leben und sein Werk auf moralische Prinzipien gestellt: Titelblatt des soeben bei Ullstein erschienenen Erinnerungsbuches für Axel Springer

Ein reichliches Jahr ist seit dem Tod des Verlegers Axel Springer vergangen. Heute wird ein gewichtiges Buch an die Buchhandlungen ausgeliefert, das seinem Andenken gewidmet ist: „Axel Springer – Die Freunde dem Freund", herausgegeben von seiner Frau Friede Springer, die selbst mit einem bewegenden Beitrag vertreten ist (Ullstein-Verlag, Berlin, 230 S., 98 Abb., 30 Mark).

Ernst J. Cramer, der den Band auf der Frankfurter Buchmesse im Rahmen einer kleinen Feier vorstellte, wies auf das breite Spektrum der darin abgedruckten Äußerungen hin. Es reicht von persönlichen Freunden und Weggefährten über Männer und Frauen der Kultur bis hin zu Politikern wie Richard von Weizsäcker und Carl Carstens, Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Ronald Reagan. Für die Mitarbeiter spricht Peter Tamm, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer A. G., der seinen Aufsatz mit den Worten schließt: „Es ist Springer gelungen, eine Gemeinschaft zusammenzufügen. Es ist nun an uns, darauf zu achten, daß es so bleibt."

Besonders aufschlußreich die Beiträge aus Israel, die auf eindrucksvolle Weise belegen, was Axel Springer für das Werk der Verständigung geleistet hat. „Axel Springer war der einzige der Geschichte", schreibt Ephraim Kishon, „der in der Knesset eine Rede in deutscher Sprache gehalten hat. Keiner aus der hochempfindlichen israelischen Gesellschaft hatte Einwände. Jeder wußte, wer Axel Springer war. Solange es das jüdische Volk gibt, wird Axel Springer in seinem Gedächtnis bleiben."

ANDREAS WILD

Seite 2: Wenn ihr es wollt

„Wenn die Sowjets den Deutschen Breslau gäben ..."

JGG. **Düsseldorf**

Voll des Lobes für die „sachliche" Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist ein Leitartikel des neuen polnischen Emigranten-Magazins „Tu i Tam" (Hier und dort). Die „Kohls und Dreggers erkennen eine ständige Teilung Deutschlands nicht an", und sie stellten keine territorialen Ansprüche an Polen, weil die Bundesrepublik nicht an Polen grenze, heißt es. Sie vertagten die „Angelegenheit des endgültigen Grenzverlaufs bis zu einer Friedenskonferenz".

Die Oder-Neiße-Grenze sei „kein Wert an sich", heißt es in dem in Melbourne (Australien) verlegten Magazin. Der Autor erinnert daran, „daß wir diese Gebiete ja von Stalin geschenkt bekamen". Aber: Wenn die Sowjets als Preis für den Abzug der Amerikaner und die Neutralisierung Deutschlands Stettin oder Breslau den Deutschen zurückgäben, könne man sicher sein, daß die „Patrioten" des KP-Organs „Tribuna Ludu" dies ohne weiteres schlucken würden.

Im Gegensatz zur Polenpolitik der Bonner Koalition sei die der SPD „ohne Konzeption". Besonders gefährlich sei Oskar Lafontaine, der eine Wiedervereinigung „mit dem Segen Moskaus" anvisiere.

Moskau will Ruhe in Asien

Der neue Delegationsleiter für die Gespräche mit Peking

RMB, **Moskau**

Mit der Ernennung des stellvertretenden Außenministers Igor Rogatschow zum Leiter der sowjetischen Delegation bei den Normalisierungsgesprächen mit Peking hat Moskau erneut sein Bemühen deutlich gemacht, die Beziehungen zu China entscheidend zu verbessern. Bei der jetzt in Peking beginnenden siebten Runde der Gespräche löst Rogatschow Leonid Ilietschew ab, der die Delegation seit 1984 angeführt hatte.

Rogatschow gilt als einer der besten sowjetischen Chinaexperten. Er war von 1955 bis 1958 für die Zeitschrift „Druschba" in Peking tätig und arbeitete anschließend als Übersetzer und Dolmetscher in der sowjetischen Botschaft. 1971 bis 1972 vertrat er Moskau bei den sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen. Erst im Juni dieses Jahres war er zum Leiter der Verwaltung für die Sozialistischen Länder Asiens ernannt worden.

Die Ernennung Rogatschows folgte der Meldung, daß der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Iwan Archipow aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand getreten sei. Archipow war der erste hohe sowjetische Funktionär, der nach Jahren unterkühlter Beziehungen 1984 nach Peking reiste. Damals wurden ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen bis 1990 sowie ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vereinbart.

Peking reagiert allerdings immer noch spröde auf die Moskauer Annäherungspolitik. Die Chinesen haben Moskau wiederholt zu verstehen gegeben, daß eine entscheidende Wendung in den Beziehungen die Lösung der Fragen um Kambodscha, um Afghanistan und um die Stärke der Roten Armee entlang der chinesischen Grenze voraussetzt.

Gleichzeitig steht Peking der sowjetischen Außenpolitik gelassener als früher gegenüber; denn nicht auf China zielt das sowjetische Hegemonialstreben, sondern auf Westeuropa. Die Sowjetführung, so betonen Beobachter, betrachtet derzeit die Vereinigten Staaten als die globale Herausforderung, als Angelpunkt der politischen, wirtschaftlichen und zivilisatorischen Gegenwelt. Der Kreml könne sich daher keine zweite Herausforderung in Asien erlauben. Außerdem sehe es derzeit so aus, als ob die chinesische Reformpolitik besser greife als die sowjetische unter Gorbatschow. Da sei für das internationale Ansehen eine Normalisierung besser als Rivalität.

Interpol gegen Terror und Drogen

Zentrale Themen auf der Belgrader Tagung / Spekulationen über Aufnahmeantrag Moskaus

WERNER KAHL, **Bonn**

Die Bekämpfung des Drogenschmuggels und des Terrorismus stehen im Mittelpunkt der Generalversammlung von Interpol, die gestern in Belgrad begann. Die Delegierten der 138 Mitgliedstaaten wollen Richtlinien darüber verabschieden, wie Interpol bei terroristischen Anschlägen verfahren soll.

Vor Beginn der Tagung, die eine Woche lang dauert, wurde in den Kulissen der internationalen Polizei-Organisation über die Haltung der Sowjets zur künftigen gemeinsamen grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung spekuliert. Würde Moskau Chinas Schritt folgen und Interpol-Mitglied werden? In einem solchen Fall wäre dies der letzte Schritt zur Einbeziehung anderer osteuropäischer Staaten wie der „DDR". Gestern lag in Belgrad jedoch kein Aufnahmeantrag der Sowjetunion vor. Dagegen beantragte Gambia seinen Beitritt.

Ist das KGB dagegen?

„Im Fall einer Aufnahme der Sowjetunion in die Organisation liegt der Vorteil nach westlichem Verständnis eindeutig bei den Sowjets", sagte ein hoher deutscher Polizeibeamter der WELT. Für Interpol stellt sich deshalb die Frage, warum die Sowjets eine Mitgliedschaft nicht ausnutzen. Gibt es in dieser Sache kontroverse Meinungen im Kreml? Möglicherweise schätzt das KGB die Gefahr, daß Vorgänge innerhalb des Landes transparenter werden und nach draußen dringen, höher ein als den Nutzen bei der Verbrechensbekämpfung.

Dabei sehen sich die sowjetischen Behörden mit einem akuten Problem konfrontiert: der zunehmenden Verbreitung von Rauschgift. Auf einer UNO-Drogenkonferenz im Frühjahr hatte Moskau zum ersten Mal eingeräumt, daß es in der UdSSR ein Rauschgiftproblem gebe.

Tritt die Sowjetunion der Interpol bei, stellt sich für westliche Demokratien die Frage, wie politischer Mißbrauch verhindert werden kann. In der Interpol-Zentrale können die Mitgliedsländer mehr als 3,5 Millionen Akten benutzen. Ihnen steht das modernste Kommunikationsnetz zur Verfügung.

Die „DDR" beschränkt ihre Zusammenarbeit mit Interpol im wesentlichen auf Vermißtensuche sowie Aufklärung von Morden und Kunstdiebstählen.

Interpol war ohne Regierungsauftrag 1923 von Polizeibeamten gegründet worden. Als Sitz der Organisation wurde Wien gewählt. Ziel war es, die Kriminalpolizei der Mitgliedstaaten so weit wie möglich zu unterstützen und Einrichtungen zu fördern, die Verbrechen gegen das Recht wirksam verhindern.

Anfragen, internationale Haftbefehle und Informationen werden seitdem von einem Land an das Generalsekretariat in Paris geleitet, das das Material wiederum an die Mitgliedstaaten weitergibt. Die Polizei eines Staates kann sich andererseits auch direkt an andere, für den jeweiligen Fall in Frage kommende Mitgliedstaaten wenden.

Genaue Bestimmungen

Die letztere Art der Übermittlung wird als die häufigste bezeichnet (etwa 80 Prozent). Artikel 3 der Interpol-Bestimmungen verbietet, Angelegenheiten mit politischem, religiösem, rassischem oder gewerkschaftlichem Charakter zu behandeln.

Das Mißtrauen hat wahrscheinlich seinen Ursprung in der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Einstimmig hatten die Mitgliedstaaten 1940 den Chef der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, zum Präsidenten der „Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission", so die damalige Bezeichnung, gewählt. Die amerikanische Regierung stellte 1941 fest, daß die US-Bundespolizei FBI selbst nach Kriegseintritt der USA gegen Deutschland mit der SS-Führung in Berlin und Wien Daten austauschte.

Mehr Glück mit Verstand.

Der legendäre Riecher verdient sich nur in den seltensten Fällen eine goldene Nase!

Das einzige Instrument, das Erfolge zuverlässig und serienmäßig herstellen kann, ist ein scharfer Verstand.

Denn Ratio läßt sich nicht vom Augenblicks-Boom mitreißen und nicht von kurzlebigen Trends täuschen.

Verstand ist die Meßlatte, die Anlagen wirklich qualifizierend beurteilt. Ihre Chancen und Risiken kühl gegeneinander abwägt – und langfristig für Erfolg bei höchstmöglicher Berechenbarkeit sorgt.

Da sind Sie bei unseren Anlageberatern genau an der richtigen Adresse. Denn das sind die »Köpfe«, die das nötige Rüstzeug haben und für Sie nutzen. Heute, morgen und übermorgen. Und die mit Verstand dafür sorgen, daß das Anlageglück langfristig auf Ihrer Seite bleibt.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Monika Haus
HYPO-BANK

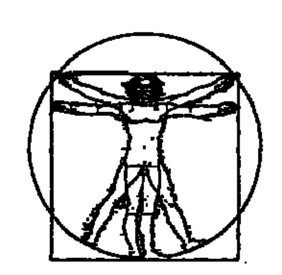
NOTIZEN

Migräne bei Kindern

Bonn (dpa) – Vier Prozent der Kinder leiden an Migräne, wie Prof. Helmut Fichsel auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Neuropädiatrie (kindliche Nervenerkrankungen) in Bonn mitteilte. Der Anteil nimmt bei Jugendlichen sogar noch zu. Ursachen für die Erkrankung sind neben Schulstreß und Spannungen in der Familie auch unregelmäßige Mahlzeiten, bestimmte Wetterlagen, ausgiebige Sonnenbäder und nicht verträgliche Nahrungsmittel.

46 Shuttle-Flüge

Washington (dpa) – Bis zum Jahr 1994 will die amerikanische Weltraumbehörde Nasa insgesamt 46 Weltraumflüge absolvieren, wie Nasa-Chef James Fletcher jetzt bekannntgab. 41 Pro-



zent der Kapazität werden für geheime militärische Zwecke zur Verfügung gestellt, 47 Prozent für wissenschaftliche Experimente und 12 Prozent für zivile Aufträge. Der erste Flug nach der Challenger-Katastrophe ist auf den 18. Februar 1988 festgesetzt. Dann sollen fünf Astronauten mit dem Shuttle „Discovery" für vier Tage in den Weltraum reisen und einen Nasa-eigenen Nachrichtensatelliten aussetzen. Vier weitere Flüge in diesem Jahr sollen am 26. Mai, 28. Juli, 22. September und 17. November starten.

Zuviel Rehwild

Bad Münster (dpa) – Eine deutliche Reduzierung der Reh- und Rotwildbestände haben jetzt Biologen, Forstwissenschaftler und Naturschutzexperten gefordert. Die überhöhten Schalenwildbestände müßten abgebaut werden, da der Wildverbiß zusätzlich zum Waldsterben eine erhebliche Gefahr bedeute.

Wettlauf mit dem Gewässertod

Am Berliner Teltowkanal geht jetzt die zweite Sauerstoff-Begasungs-Anlage in Betrieb

Von RICHARD SCHWALBE

Nach der erfolgreichen Installation von „Begasungsmatten" zur Anreicherung des Berliner Teltowkanals mit Sauerstoff am Heizkraftwerk Lichterfelde wird nächste Woche eine zweite Anlage am Heizkraftwerk Rudow in Betrieb genommen. Mit Hilfe dieses neuen Projekts wird es möglich sein, dem Kanal je nach Bedarf zwischen 30 000 und 60 000 Kubikmeter Sauerstoff pro Jahr zuzugeben.

Der Auftrag zum Bau erfolgte, nachdem im Bereich der ersten Anlage die geforderten Leistungsdaten – maximale Einspeisung von 70 Kilogramm Sauerstoff pro Stunde – erreicht worden waren. Dies bedeutet, daß bei einer mittleren Wasserführung von 13 Kubikmetern pro Sekunde eine Aufstockung der Sauerstoffkonzentration um 1,5 Milligramm pro Liter Wasser möglich ist.

Der um die Jahrhundertwende gebaute Berliner Teltowkanal nimmt heute die gesamten Abwässer aus dem Westteil der Stadt und einen Großteil des ablaufenden Regenwassers auf. Im System der Berliner Seen und Flüsse hatte man ihm die Funktion der Abwasserableitung bewußt zugewiesen, um die Havelseen vor einem Übermaß an Verunreinigung zu schützen und ihre Funktion als Erholungs- und Naturflächen zu sichern.

Besonders in den Sommermonaten ist der 27 Kilometer lange Teltowkanal häufig so stark mit Schadstoffen belastet, daß ihn nur noch die künstliche Beatmung vor dem biologischen Tod retten kann. Aber auch nachts und in den Morgenstunden, wenn der von Grünalgen produzierte Sauerstoff fehlt, ist eine Selbstreinigung des Kanals nicht mehr möglich.

Als weitere Ursachen für den schlechten Zustand des Teltowkanals sind die insgesamt 380 Einleitungsstellen von Schmutzwasser zu nennen. Die Verunreinigungen kommen vor allem aus den Abläufen der beiden Westberliner Klärwerke und aus dem Regenwasser, das aus 113 Quadratkilometer Stadtgebiet hierher abgeleitet wird. Aus Ost-Berlin rühren außerdem Belastungen mit chlorierten und halogenierten Kohlenwasserstoffen her. Über ein Drittel des Kanalinhaltes sind Schadstoffe. Mehr als zwei Drittel des Wassers fließen außerdem zur Kühlung durch die am Kanal gelegenen Kraftwerke.

Speziell dieser letzte Punkt ist es, der den Sauerstoffgehalt im Teltowkanal häufig fast auf Null sinken läßt. Denn im erwärmten und durch die Verschmutzung überdüngten Wasser wachsen Pflanzen und Tiere schneller als unter Normalbedingungen, dagegen löst sich Sauerstoff in warmem Wasser schlechter. Die Atmung der Tiere sowie verfaulende Pflanzen verbrauchen überdurchschnittlich viel Sauerstoff. Dieser kann im warmen Wasser durch die Photosynthese von Algen nicht mehr ausreichend nachproduziert werden. Gerade im Wassergebiet der Heizkraftwerke Lichterfelde und Rudow gab es bislang die größten Probleme.

Hier wird nun über sogenannte Begasungsmatten der lebensrettende Sauerstoff in das Kanalwasser gebracht. Diese Matten, jede von ihnen rund sechs mal drei Meter groß, bestehen aus zahlreichen parallel nebeneinander verlaufenden Kunststoffschläuchen. In ihnen befinden sich im Abstand von wenigen Zentimetern kleine Poren, die sich bei Überdruck öffnen und das Gas ausströmen lassen.

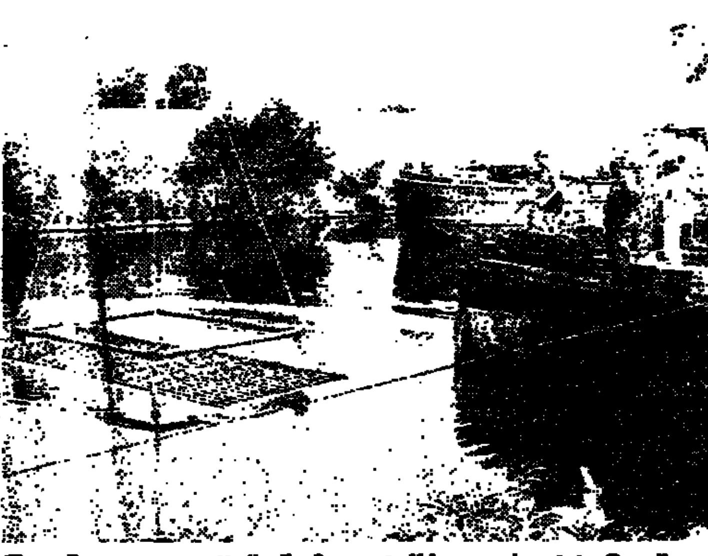
Dabei ist der Durchmesser der Poren entscheidend für die Größe der entstehenden Sauerstoff-Blasen. Sind die Blasen zu groß, dann erreichen sie zu schnell die Wasseroberfläche, und es bleibt nicht genügend Zeit, das Wasser mit Sauerstoff aufzusättigen. Beim Stillstand der Anlage verschließen sich die Poren selbsttätig, wodurch das Eindringen von Wasser und Schlammpartikeln verhindert wird.

Schwere Betonfundamente, auf denen diese Matten befestigt sind, sollen Schäden durch den Schiffsverkehr verhindern. Denn im nur knapp drei Meter tiefen Kanal könnten der Sog fahrender Schiffe und ins Wasser hängende Gegenstände die Schläuche zerreißen.

Für die Anreicherung wird „Technischer Sauerstoff" verwendet, der aus Luft abgetrennt und in Berlin industriell hergestellt wird. Er ist bei minus 186 Grad Celsius in Flüssiggastanks am Ufer neben den Begasungsmatten gelagert. Vor dem Einblasen in das Wasser strömt die kalte Flüssigkeit durch einen Luftverdampfer, in dem sie in den gasförmigen Zustand übergeht und Lufttemperatur annimmt.

Technischer Sauerstoff besitzt gegenüber anderen Gasen zur Sauerstoffanreicherung eine Reihe von Vorteilen. So müßte beispielsweise komprimierte Luft, die Sauerstoff nur in einem Anteil von 21 Prozent enthält, über wartungsintensive Pumpanlagen in den Kanal gepreßt werden. Dazu wäre ein kilometerlanges Rohrsystem nötig, das sich im Gegensatz zu den Kunststoffschläuchen leicht mit Algen und Bakterien zusetzt.

Das Begasungs-Verfahren arbeitet wartungsfrei ohne mechanische Aggregate, verursacht keinen Lärm und benötigt keine Fremdenergie. Darüber hinaus arbeiten die Anlagen automatisch. Melden die im Wasser angeordneten Sauerstoffsonden ein Defizit, dann wird die benötigte Menge Sauerstoff aus den Speichertanks freigesetzt.



Eine „Begasungsmatte", die Sauerstoff in verschmutzte Gewässer einpertt, wird in den Teltowkanal versenkt FOTO: R. SCHWALBE

Viel Sonne, doch meist zu kühl und feucht

Von MARTIN BOECKH

Er ist im Grunde noch ein richtiger Sommermonat, der September. Bis zum 23. sollten sich die Temperaturen jedenfalls zumindest spätsommerlich verhalten. Doch davon konnte dieses Jahr nicht die Rede sein. Die Hochdruckwetterlagen kamen zwar pünktlich, dennoch schaffte es die Sonne nirgendwo, die langjährigen Monatsmitteltemperaturen zu erreichen.

Die erste Monatshälfte war in Deutschland sehr uneinheitlich. Zunächst versorgten uns Tiefausläufer aus Nordwesten mit feuchtkalter Luft. Die Temperaturen stiegen in dieser Woche selten über 15 Grad. Mit dem Aufbau einer Temperaturgrenze in der zweiten Woche wurde das Wetter im Süden zunehmend freundlicher, während der Norden weiterhin unter nordatlantischen Tiefausläufern litt. Störungen eines Adriatiefs erreichten dann aber bald auch Süddeutschland.

Die Superlative für Temperatur und Niederschlag waren im September genau in der Monatsmitte zu finden. Eine Regenzone von etwa 100 km Breite überquerte die Bundesrepublik, von Frankreich kommend, über das Saarland bis nach Nordbayern. Entlang dieser Frontalzone, wie der Grenzbereich zwischen subtropischer Warmluft und subpolarer Kaltluft genannt wird, strömten feucht-warme Luftmassen nach Mitteleuropa.

Das Regensoll erfüllt

Das Ergebnis waren heftige Niederschläge in der Mitte Deutschlands, unfreundliche Kälte im Norden und warme Sommertage im Süden. An fünf Tagen gab es Niederschläge mit starken Gewittern, die für Stuttgart, Mannheim und Essen das ganze Regensoll erfüllten. In Mannheim kam der Monat September mit 86 Liter Regen pro Quadratmeter sogar auf 156 Prozent des langjährigen Mittelwertes.

Anders dagegen in der bayerischen Landeshauptstadt. Der Regen blieb hier mit 27 Litern (37 Prozent) einiges schuldig. Auch bei allen anderen Stationen beschränkte sich der meßbare Regen auf nur sieben Tage. Die ergiebigsten Niederschläge verzeichnete man mit 52 Litern innerhalb von 24 Stunden an der Station Bad Marienberg. Will man für einen bundesweiten Durchschnitt alle Meßwerte von Hamburg, Berlin, Essen, Mannheim, Stuttgart und München heranziehen, so wurde der 30jährige Mittelwert insgesamt zu 95 Prozent erfüllt.

Die deutliche Temperaturgrenze, die der subtropischen Warmluft aus dem Süden zu verdanken war, brachte Freiburg mit 28,8 Grad den wärmsten Tag des Monats für die ganze Bundesrepublik, und auf der Zugspitze schmolzen die letzten Schneereste dahin. Zur gleichen Zeit stieg die Temperatursäule aber in Köln noch nicht einmal über die 10°C-Marke, und der kälteste Ort des Bundesgebietes war seit Monaten zum ersten Male nicht Deutschlands höchster Berg, sondern mit 1,6° C die Station Hamburg. Diese ausgeprägte Luftmassen- und Temperaturgrenze quer durch Deutschland verlagerte sich dann rasch nach Süden und machte dem langersehnten Altweibersommer Platz.

Der Name „Altweibersommer" rührt von den feinen glitzernden Spinnfäden her, die bei der warmen beständigen Hochdruckwetterlage durch die Luft wehen. Man schrieb diese Spinnenfäden früher geheimnisvollen alten Weibern zu, die des Nachts silbrige Fäden weben. Auf den Altweibersommer kann man sich fast immer verlassen, er sorgt in vier von fünf Jahren für einen schönen Spätsommer. In Berlin stieg der Luftdruck auf rekordverdächtige 1038 Hektopascal. Doch mit der Zeit der beständigen Hochdruckwetterlagen über Mitteleuropa kam auch die Zeit der kalten Nächte, denn ein wolkenloser Himmel läßt die Wärmestrahlen des Erdbodens fast immer ungehindert die Atmosphäre passieren.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rheinebene an der Spitze

Trotz des schönen Wetters war folglich kaum ein Tag ohne Bodenfrost, und Tageshöchstwerte von nicht einmal 23° sorgten dafür, daß der Monat mit 12,2° unter dem üblichen Wert blieb. In Hamburg und Essen war es im Mittel sogar fast 3° zu kalt. Deutschlands wärmste Region war die Rheinebene. An 17 Tagen wurden hier zwischen Freiburg und Frankfurt die jeweils höchsten Tageswerte gemessen.

Auch die Gesamtzahl der Sommertage an den sechs Vergleichspunkten blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Statt der üblichen 18 Sommertage wurden nur vier erreicht, und die gab es nur in den drei südlichen Stationen Mannheim, Stuttgart und München.

Mit durchschnittlich 157 Sonnenstunden wurde das Monatssoll zu 95 Prozent fast erreicht. Überschritten wurde es um 15 Prozent im Süden, im nebelgeplagten Norden fehlten dagegen bis zu 32 Prozent Sonnenschein.

EISHOCKEY-KOLUMNE / Mit Rießersee und Düsseldorf stecken zwei Traditionsklubs in der Krise

Kein Sommertraining: Kanadier treffen nicht

Eigentlich wollte Torwart **Bernd Englbrecht** (28) seinen Heimatverein EV Landshut nur dann verlassen, wenn er die Möglichkeit zu einem Wechsel in die nordamerikanische Profi-Liga NHL gehabt hätte. Das hat sich nie ergeben, obwohl er es immerhin zum Nationalspieler brachte und 84 mal das Tor der deutschen Eishockey-Auswahl hütete. Also blieb Bernd Englbrecht in Landshut, ließ sich zehn Jahre lang von keinem anderen Verein zu einem Wechsel verleiten. In Landshut war er verwurzelt. Er ist dort aufgewachsen, dort hat er schon als Kind im Fußball- und Eishockey-Tor gestanden, dort hat er seine Ausbildung als Kaufmann absolviert.

Doch in der vergangenen Saison gab es Probleme: „Ich hatte mit dem Trainer und der Vorstandschaft Streitigkeiten. Mit wurde vorgeworfen, daß ich nur 40 Prozent meiner Leistung gebracht habe", sagt Englbrecht und zog die Konsequenzen. Nach rund 400 Bundesligaspielen für Landshut wechselte er zum bayerischen Konkurrenten SC Rießersee. „Hier kann und will ich beweisen, daß ich mehr kann, und ich will meinen Teil dazu beitragen, daß mit dem SC Rießersee nicht ein weiterer Traditionsverein den bitteren Weg in die Zweitklassigkeit gehen muß."

Kämpferische Worte vor Saisonbeginn. Doch der Kampfgeist von Bernd Englbrecht allein reicht nicht aus, den SC Rießersee vor dem drohenden Abstieg zu retten. Nach sechs Spieltagen ist der Klub aus Garmisch-Partenkirchen als einziger der zehn Bundesligavereine noch immer ohne Sieg (1:11 Punkte). Und Nationaltorwart Bernd Englbrecht mußte die mit Abstand meisten Gegentore (14:34 Tore) hinnehmen.

*

Sportlich läuft in Rießersee nichts mehr zusammen, seit Nationalspieler **Martin Hinterstocker** (32) und der kanadische Verteidiger **Ron Fischer** (27) den Verein verlassen haben. *Hinterstocker läßt seine Karriere* beim Zweitligaklub Augsburger EV ausklingen, Fischer wechselte zum SB Rosenheim. Zusammen haben sie in der vergangenen Saison 85 Tore erzielt, jetzt fehlt dem dritten Torjäger, dem Tschechoslowaken **Libor Havlicek** (33), die notwendige Unterstützung. Ein Ende der Sturm-Misere ist noch nicht abzusehen und Neueinkäufe sind frühestens am Jahresende möglich, wenn der Transfermarkt wieder geöffnet wird. So *lange aber wollen die Fans* nicht warten. Sie haben bereits eine Alternativ-Lösung ins Auge gefaßt: „Ustorf raus" forderten sie lautstark im Stadion und schriftlich in Leserbriefen der örtlichen Presse.

Peter Ustorf (35) ist im zweiten Jahr Trainer des SC Rießersee. Eine vorzeitige Entlassung kann sich Rießersee *aufgrund der angespannten* finanziellen Lage kaum erlauben. Außerdem erhält der Trainer Rükkendeckung durch Kapitän **Ignaz Berndaner** (31): „Ihn trifft keine Schuld," sagt Verteidiger Berndaner und bot dem Trainer an, erstmals nach 16 Jahren im Sturm zu spielen.

*

Peter Ustorf in Rießersee und **Otto Schneitberger** (47) in Düsseldorf sind die beiden einzigen Deutschen unter den zehn Bundesliga-Trainern. Während die Kollegen aus Finnland, der CSSR und den USA mit ihren Klubs derzeit den Ton angeben, kämpfen die beiden Deutschen ums Überleben. Otto Schneitberger hat gegenüber Ustorf allerdings einen Vorteil: Die Düsseldorfer EG verfügt über weitaus stärkere Spieler als Rießersee. Daß es trotzdem bislang nur zum drittletzten Tabellenplatz (4:8 Punkte) reicht, kann der Trainer nur so erklären: „Bei uns paßt eben zur Zeit nichts und außerdem *fehlt das nötige Glück.*"

Auffallend vor allem die schwachen Vorstellungen der beiden kanadischen Stürmer **John Peter Lee** (30) und **Chris Valentine** (24). Sie waren in der vergangenen Saison mit zusammen 112 Toren die überragenden Stürmer der Bundesliga. Chris Valentine führte sogar zwei Jahre hintereinander die Skorer-Wertung an, in der Tore und Vorlagen zusammengefaßt werden. In dieser Saison allerdings wartet er noch immer auf sein erstes Tor. Mögliche Ursache für das Formtief der Kanadier: Trainer Schneitberger hatte seinen Stars Sonderrechte *eingeräumt und sie* vom Sommertraining befreit.

*

Während die Mannschaft längst noch nicht wieder in der Form ist, mit der sie sich in der vergangenen Saison die Teilnahme am Meisterschaftsfinale erspielte, werden die Düsseldorfer Fans weiterhin ihrem Ruf gerecht, die besten Fans der Welt zu sein. Trotz sportlicher Mißerfolge waren alle Heimspiele mit jeweils mehr als *10 000 Zuschauern* ausverkauft. 6000 Dauerkarten wurden ohnehin schon vor Saisonbeginn abgesetzt. Gestern morgen gelangten deshalb nur noch 4000 Karten in den Vorverkauf für das Spiel gegen den Deutschen Meister Kölner EC (am 17. Oktober). In weniger als zwei Stunden waren sie vergriffen.

ULLA HOLTHOFF

SPORT-NACHRICHTEN

Schweden und Australien

Hamburg (dpa) – Titelverteidiger Schweden und Australien bestreiten vom 19. bis 21. Dezember in Melbourne das Finale um den Tennis-Daviscup. Neben Frankreich und Israel ist auch Argentinien wieder in der Weltgruppe der besten 16 Teams im Tennis-Daviscup.

Emmerich nach Kreuznach

Düsseldorf (sid) – Lothar Emmerich, früherer Fußball-Nationalspieler, wird Trainer beim Fußball-Oberligaklub Eintracht Bad Kreuznach.

Männer holten Bronze

Novi Sad (dpa) – Die Männer-Auswahl des Deutschen Judo-Bundes (DJB) belegte bei der Mannschafts-Europameisterschaft im jugoslawischen Novi Sad den dritten Platz hinter Frankreich und Österreich.

Bungert Ehrenkapitän

Essen (dpa) – Wilhelm Bungert wird erster Ehrenkapitän der deutschen Tennis-Daviscup-Mannschaft. Sein Nachfolger als Kapitän des Daviscup-Teams wird der bisherige Coach und Teamchef Niki Pilic.

Formel 1 auf dem Ring

Frankfurt (sid) – 1987 werden zwei Läufe zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Deutschland stattfinden. Neben dem Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring soll der Große Preis von Europa auf dem Nürburgring ausgetragen werden. Der Europa-GP soll nun fester Bestandteil des Formel-1-Terminkalenders werden.

Maradona gibt Amt ab

Neapel (dpa) – Fußball-Star Diego Maradona hat sein Amt als Botschafter des Kinderhilfswerks UNICEF niedergelegt, nachdem er von Cristina Sinagra der Vaterschaft ihres Sohnes bezichtigt worden war.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 6. Spieltag: Düsseldorf – *Mannheim* 2:2, Schwenningen – Kaufbeuren 6:2, Rießersee – Rosenheim 3:5, Frankfurt – Iserlohn 3:3, Landshut – Köln 3:6.

HOCKEY

6. Weltmeisterschaft, Feld, der Herren in London, 1. Spieltag, Gruppe B: Australien – Kanada 6:2, Polen – Indien 1:0, Deutschland – Spanien 0:0.

TENNIS

Damenturnier in New Orleans, Endspiel: Navratilova – Shriver (beide USA) 6:1, 4:6, 6:2.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 8, 10, 22, 26, 41, 44, Zusatzspiel: 6. – **Rennquintett**: Rennen A: 4, 9, 8. – Rennen B: 34, 29, 32. (Ohne Gewähr).

Acatenango – außer Spesen ist nicht viel gewesen

Acatenango, Deutschlands galoppierendes Aushängeschild, belegte am Sonntag vor 50 000 Zuschauern in Paris-Longchamp im wichtigsten Galopprennen der Welt, dem mit 3,8 Millionen Mark dotierten Prix de l'Arc de Triomphe, unter 15 Startern nur einen letztlich enttäuschenden siebten Platz. War es nach diesem Ergebnis doch falsch, den Start auf der Prunkbahn der Franzosen im Bois de Boulogne zu riskieren? Hat der Skeptiker Heinz Jentzsch, der Trainer Acatenangos, recht behalten, weil er den Start des bis zum Arc zwölfmal hintereinander ungeschlagenen Hengstes in Longchamp erst für 1987 vorgesehen hatte?

Fest steht, daß Acatenango in Paris hinter dem späteren Sieger Dancing Brave (geritten von Pat Eddery) als zweiter Totofavorit (42:10) an den Start ging. Vor allem die französischen Experten schwärmten von seinen Qualitäten. Lediglich zwei Pferde hatten zuvor eine höhere Gewinnsumme im gesamten Feld aufzuweisen als Acatenango. Und ein solches Pferd gehört nun einmal nach zwölf Siegen in Folge auch zur Olympiade des Turfs, wie die Franzosen ihr Millionenrennen auch zu titulieren pflegen. Sie widmeten in Tages- und Fachzeitungen („Paris-Turf"), die dem deutschen Turf jahrelang eher desinteressiert gegenüberstanden, Acatenango und Heinz Jentzsch eine ganze Seite.

Leider hatte Acatenangos Jockey Steve Cauthen (*er gewann noch nie* den Arc) wohl keine Sternstunde erwischt. Aus der Startboxe Nummer eins (also ganz innen) schickte er Acatenango nach einem kleinen Rempler sofort an die Spitze des Feldes. Das geschah auf Anweisung von Heinz Jentzsch, der ihm vor dem Rennen wörtlich die Order übersetzen ließ: „Bloß nicht einmauern lassen ..." Jentzsch läßt seine Pferde gerne an der Spitze galoppieren. Bei der häufigen Überlegenheit *der von Jentzsch* betreuten Pferde im eigenen Land ist das eine oft erfolgreiche Taktik. Der Prix de l'Arc de Triomphe aber war damit nicht zu gewinnen. Und Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper hatte wohl recht, als er wertete: „Das war kein Meisterritt Cauthens."

Der englische Champion-Jockey stellte fest: „Acatenango hatte keinen Speed mehr." Gerade das jederzeitige Beschleunigen bei Bedarf war sonst Acatenangos große Stärke. Seine Kraft hatte er wohl auch bei Starts in weniger wichtigen deutschen Rennen gelassen (Gerling-Preis, Aral-Pokal), auf die Trainer Heinz Jentzsch aber auf keinen Fall verzichten wollte. Der Trainer war nach dem Rennen fast spurlos verschwunden.

Besitzer und Züchter Walther-Johann Jacobs, der auch noch die Enttäuschung über den vierten Platz

STAND ● PUNKT

seines Favoriten El Salto im klassischen St. Leger in Dortmund (die beiden Stuten Prairie Neba und Noretta belegten den ersten Plätze) verkraften mußte, erklärte kurz und knapp: „Außer Spesen nichts gewesen." Und als er von den Wettverlusten vieler Landsleute hörte, scherzte er: „Ich hab' aber noch was." Deutschlands führender Buchmacher Bernd Albers aus Hannover hätte allein rund 200 000 Mark auszahlen müssen, wenn Acatenango in Paris gewonnen hätte.

Jacobs' Entscheidung, Acatenango im diesjährigen Arc satteln zu lassen und dafür rund 100 000 Mark an Kosten für Nachnennung, Jokkey-Honorar und Transport aufzuwenden, war trotz des siebten Platzes richtig. Jeder Vollblutzüchter internationaler Prägung läßt seine besten Pferde auch im wichtigsten Rennen der Welt starten. Für Jacobs blieb diesmal die Krönung aus.

KLAUS GÖNTZSCHE

HOCKEY / Mißlungener Auftakt bei der WM

Gegen Australien ist Steigerung notwendig

sid, **London**

Opernfreund Klaus Kleiter konnte selbst dem mißlungenen Start beim 0:0 seines Hockey-Teams zum Auftakt der 6. Weltmeisterschaft der Herren im Londoner Willesdon Stadium noch etwas Positives abgewinnen. „So schlecht war das eigentlich gar nicht", sinnierte der 42 Jahre alte Limburger, seit 1969 in den Diensten des Deutschen Hockey-Bundes, im Spielerhotel „Regent Crest" über den Punktverlust gegen den Außenseiter. Kleiter: „In jedem Fall fühle ich mich besser, als wenn ich jetzt Coach von Pakistan oder Indien wäre."

*Das 1:3 des Weltmeisters und Los-*Angeles-Gewinners Pakistan gegen Argentinien und das 0:1 des achtmaligen Rekord-Olympiasiegers Indien gegen Aufsteiger Polen brachten in den ersten sechs Spielen bereits zwei handfeste Sensationen.

Spanien hatte trotz eines miserablen Rekordes von nur sechs Siegen bei nun zwei Unentschieden und 23 Niederlagen aus 31 Spielen den Deutschen bereits dreimal bei Großereignissen Kopfzerbrechen bereitet. 1976 beim olympischen Turnier in Montreal bedeutete das 4:1 im Gruppenspiel bereits das Ende aller deutschen Halbfinal-Hoffnungen. 1982 bei der WM in Bombay gab es ein 1:1 und 1983 bei der Europameisterschaft in *Amstelveen eine 2:4-Schlappe.*

Überzeugen konnte nach der aufwendigen Vorbereitung mit 21 diesjährigen Länderspielen nur die Abwehr, trotz der Fragezeichen um den rückenverletzten Libero und Eckenspezialisten Carsten Fischer und den lange Zeit viruserkrankten Vorstopper Markku Slawyk. Im Mittelfeld wurde der Berliner Andreas Keller schon zur Pause gegen den Kölner Joachim Hürter ausgewechselt, und der Limburger Ekkhard Schmidt-Opper blieb ebenfalls hinter seinen Möglichkeiten.

Ein wahres Kontrastprogramm bot dagegen Australien, für Kleiter „bei der Einführung einer Computer-Rangliste wie im Tennis klar die Nummer eins" und 3:1-Favorit bei den Londoner Buchmachern vor Pakistan (7:2) und Deutschland (4:1). Der nächste Gruppengegner des DHB-Teams (heute um 16.30 Uhr, live im ZDF) überfuhr Kanada mit 6:2.

Auffälligster Spieler der Australier, vor dem diesjährigen deutschen Triumph in Karatschi dreimal in Folge Gewinner des Prestige-Turniers um die Champions Trophy, ist der 33 Jahre alte Dr. Richard Charlesworth. Der *Abgeordnete des Parlaments von We*stern Australia mußte zum London-Trip mühevoll überredet werden, bestritt gegen die Kanadier sein 195. Länderspiel, schob sich mit zwei Treffern an die Spitze der WM-Torschützenliste und wurde dann ausgewechselt. Trainer Richard Aggiss: „Er hat sich schon so oft verletzt, daß wir bald keine Bandagen mehr haben, aber es ist nichts Ernstes."

Die deutsche Bilanz gegen die ebenso spielfreudigen wie trinkfesten Australier weist aus der letzten Begegnung in Karatschi bei eben jener Champions Trophy '86 ein 3:2 auf, davor aber in 13 Spielen seit 1980 keinen einzigen Sieg. Auch insgesamt haben die Australier mit elf Siegen, *sechs Unentschieden und nur* sieben Niederlagen aus 24 Begegnungen ein deutliches Übergewicht.

Doch beide Teams kennen sich zu gut, um nicht voreinander gebührenden Respekt zu haben. Charlesworth meinte nach dem Spiel gegen die Kanadier: „Das war ein Spiel gegen einen Aufsteiger, ein Match gegen Deutschland ist etwas anderes." Der Heidelberger Heiner Dopp, der gegen Spanien sein 225. Länderspiel bestritt: „Gegen Australien spielen wir mit Sicherheit besser, denn die sind nicht so destruktiv wie die Spanier."

FUSSBALL

Herbert Waas ersetzt Völler

sid, **Düsseldorf**

Das Verletzungspech von Rudi Völler *wird zum Glück* für Herbert Waas: Der 23 Jahre alte Stürmer von Bayer Leverkusen wird am nächsten Mittwoch (20.15 Uhr) beim Fußball-Länderspiel gegen Spanien in Hannover die Nationalelf komplettieren, die beim 2:0 in Dänemark so erfolgreich in die neue Saison startete. „Waas hat jetzt eine Chance verdient. Er wird mit Klaus Allofs das Sturmduo bilden", erklärte Teamchef Franz Beckenbauer bei Bekanntgabe seines 20köpfigen Aufgebots.

Herbert Waas, *seit dem 1. Oktober* als „Flieger" in der Grundausbildung bei der Bundeswehr, kam im Juni 1983 zu seiner internationalen Premiere, bestritt unter dem Ex-Bundestrainer Jupp Derwall jedoch nur ein Spiel über 90 Minuten: Am 16. November *1983 beim 0:1* gegen Nordirland in Hamburg. Unter Beckenbauer kam er nur einmal als Einwechselspieler bei der Vorbereitungstournee in Mexiko zum Zuge. Jetzt sagt er: „Ich kann nicht mehr tun, als mich durch gute Leistungen in der Bundesliga zu empfehlen.

Das bisherige Aufgebot: Schumacher, Immel – Abwehr: Augenthaler, Berthold, Buchwald, Frontzeck, Hörster, Kohler, Pflügler – Mittelfeld: Matthäus, Rahn, Rolff, Thon, Wuttke – Angriff: Allofs, Eckstein, Gründel, Rummenigge, Wohlfarth, Waas. Zwei Spieler werden noch gestrichen.

VOLLEYBALL

Wachablösung hat stattgefunden

sid, **Paris**

Im Volleyball gab es eine Wachablösung, *als Karch Kiraly, Kapitän der* amerikanischen Nationalmannschaft, bei der Herren-Weltmeisterschaft im Finale von Paris nach knapp zwei Stunden Spielzeit den sechsten Matchball verwandelte und damit Rekordweltmeister UdSSR entthronte. Von 1976 bis 1985 hatte die UdSSR alle wichtigen Titel gewonnen. Das 3:1 (12:15, 15:11, 15:8, 15:12) erlebten 17 000 Zuschauer in Paris. Nach Weltcup- und Olympiasieg ist die USA nun die Nummer eins.

Das Erfolgsgeheimnis ist eine Kombination aus Kalifornien und Computer. Wie Kiraly, der aus Santa Barbara, 70 Kilometer nördlich von Los Angeles, stammt, kommen fast alle Spieler aus Kalifornien. „Wir haben ein gutes Nachwuchssystem in den Schulen und Universitäten an der Westküste", sagte Trainer Marvin Dunphy. Bob Ctvrtlik, der vor zwei Jahren noch nicht im Olympiasieger-Team stand, war zum Beispiel der wertvollste Spieler der Universität Pepperdine beim Gewinn der College-Meisterschaft.

Außerdem fütterte Dunphy einen Computer mit allen Daten verschiedener Spielsituationen und wertete die Ergebnisse aus. „Wenn ich erzählen müßte, was mir der Computer über die UdSSR alles verraten hat, würde dies zu lange dauern", sagte Dunphy nach dem Endspiel.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Die Zukunft des Landes

„Helmut Kohl: Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider hat Professor Hillgruber bei den unbefriedigenden Antworten, die er auf seine gewichtigen Fragen an den Bundeskanzler Kohl erhalten hat, nicht nachgehakt. Man müßte etwa fragen: Wie kann etwas – die Westbindung – als Staatsräson, also als sittliche Essenz staatlicher Existenz, bezeichnet werden, dessen Bestandsgrundlagen – eine internationale Machtkonstellation – von dem gemeinten Staat, der Bundesrepublik Deutschland, nicht selbst beschaffen wurden und tatsächlich *nicht* zu garantieren sind; die maßgeblich denn außerhalb des Wirkungs- und Verantwortungsbereichs des Bonner Staates angesiedelt sind? Wem freilich Werte wichtiger als Grenzen sind, der mag nicht wahrhaben, daß Staaten unverwechselbare Lebensinteressen haben.

Glaubt Bundeskanzler Kohl im Ernst, daß die Zukunft Deutschlands darin liegt, den Ländern dieser Erde oder wenigstens hier in Europa die Verfassungs- und Gesellschaftsordnung Bonns zuteil werden zu lassen; daß statt der nationalgeschichtlichen Gegebenheiten menschheits- und europaideologische Verheißungen die Daseinslage hierzulande fürderhin bestimmen werden?

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Schwickert,
Dudweiler/Saar

*

Sehr geehrte Redaktion,

in letzter Zeit gibt es starke Tendenzen, die deutsche Nachkriegsgeschichte in freundlichem Licht darzustellen. Im Interesse der objektiven Geschichtswahrheit sollte man diesen Tendenzen entgegenwirken. Wenn Kanzler Kohl erklärt, eine Umfrage aus dem Jahre 1946 hätte ergeben, daß US-Soldaten am liebsten in Deutschland stationiert waren, dann ist das eine Halbwahrheit. Sie lebten dort gerne, weil sie für ein paar Zigaretten fast alles kaufen konnten.

Der Kanzler wird auch mit vielen anderen Aussagen auf Widerspruch stoßen. So ist es zum Beispiel ungehörig, Landsleute, die auf eine Regelung der Ostgrenze Deutschlands laut Potsdamer Abkommen in einem Friedensvertrag hoffen, als „Verrückte" zu bezeichnen. Was bekommt der Kanzler für seinen freiwilligen Verzicht, *waher nimmt er die Legitimität* dazu?

Mit freundlichem Gruß
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Kirche und Jugend

„Wo die Kirche verkommt"; WELT vom 2. Oktober

Wenn die Bischöfe befanden, daß *die Kirche bei den jungen Katholiken* zum „Instrument für sozialkritisches Engagement" verkommen sei, stellt sich die Frage, wer die Schuld daran trägt. Von Kardinal Seper stammt die Aussage, daß die Krise der Kirche eine Krise der Bischöfe sei. Hier trifft es haargenau zu, daß die Bischöfe ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind.

Wer seit Jahren das Schrifttum der katholischen Jugendverbände beobachtet, stellt mit Entsetzen fest, daß dort vom katholischen Glaubensgut fast nichts mehr zu finden ist, aber sehr viel revolutionäre und marxistische Ideologie. Empörend ist, daß diese Funktionäre der linken Szene ihre Aktivitäten im rotgrünen Spektrum mit finanzieller Unterstützung der Amtskirche ausüben können.

Da wurde seinerzeit im Liederbuch der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) die Internationale als Liedgut verbreitet. Die Bundesstelle der Katholischen *Jungen Gemeinde gab ein* skandalöses Songbuch heraus. In den Dritte-Welt-Läden katholischer Jugendverbände verkauft und propagiert man Kaffee aus Nicaragua um „den neuen Aufbau zu stärken" – den marxistischen.

Aufrufe zu Demonstrationen gegen die Startbahn West, gegen die WAA Wackersdorf, gegen NATO-Raketen, für Wehrdienstverweigerung sind ihr Aktionsfeld.

Wenn die Bischofskonferenz den Limburger Bischof Franz Kamphaus zum Jugendbischof bestellt hat, stellt sich dem Kundigen die Frage: Kann ein Blinder einen Blinden führen?

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Allmang,
Essen

Faß ohne Boden

„Hungriger Moloch"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der ARD und ZDF angestrebte Gebührenerhöhung gleich um *23* Prozent schlägt doch, gelinde gesagt, dem Faß den Boden aus.

Die Anstalten sollen erst einmal beweisen, was seit der letzten Gebührenerhöhung besser geworden ist. Gleichzeitig fragt man sich, ob die *Ergebnisse der Rechnungshöfe* für die Katz sind.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Beck,
Achern

Wort des Tages

„Der Intellekt hat ein scharfes Auge für Methoden und Werkzeuge, aber er ist blind gegen Ziele und Werte."

Albert Einstein, deutscher Physiker und Nobelpreisträger (1879–1955)

Spätfolgen

„Fühlen sie sich zu sicher?"; WELT vom 22. August

Sehr geehrter Herr Horrmann,

die Zahl der Verkehrsopfer steigt bei uns wieder. Eine viel zuwenig diskutierte Ursache liegt wohl in der antiautoritären Erziehung oder der feigen Nicht-Erziehung, deren Spätfolgen nach eineinhalb Jahrzehnten über den Bereich Familie und Schule hinausreichen. Warum sollten Erwachsene, die als Kinder nie Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor dem Menschen gelernt haben, die Ge- und Verbote im Straßenverkehr respektieren?

Unseren jungen Rasern fehlt die warnende Stimme des Über-Ichs, die eine barbarische Ideologie egozentrischer „Selbstverwirklichung" zum Schweigen gebracht hat.

Mit freundlichem Gruß
Gerd Althoff,
Schneverdingen

Die Grenzen

„Deutschstämmige – falsch"; WELT vom 15. August

Die Darstellung der deutschen Grenzen im obigen Aufsatz des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen erfordert eindeutige Entgegnung: Im Protokoll über die geplanten Besatzungszonen in Deutschland – vor der Kapitulation – Londoner Protokoll vom 12. 9. 1944, in Kraft am 7./8. 5. 1945, steht der Ausdruck: „Grenzen von 1937".

„Hierbei handelt es sich nicht um ein Institut des deutschen Verfassungs- oder Völkerrechtsverständnisses, sondern um einen Begriff des *Deutschland nach 1945 auferlegten* Besatzungsrechts. Diese Bestimmung über ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wurde ohne deutsche Mitwirkung verfügt. Wir hätten keine Veranlassung, diese Formulierung in bundesdeutsche Verfügungen und Richtlinien zu übernehmen. Trotzdem haben sich bundesdeutsche Regierungsstellen, Politiker und Publizisten auf die Grenzen von 1937 festgelegt." (Zitate nach Erich Lapius – „Kompendium ... als Nachweis der Zugehörigkeit des Memelgebiets zu Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen" – 1984).

Nach dem Völkerrechtler Professor Dr. Münch, Heidelberg – u. a. langjähriges Mitglied des Pariser „Institut du Droit" – sind u. a. *folgende* „Leitsätze" gültig (Referat Heidelberg, 27. 4. 1986): „Militärische Besetzung ändert nichts an der Gebietszugehörigkeit des besetzten Gebietes. Annexionen durch Besatzungsmacht *sind ungültig. So die Praxis während* des Zweiten Weltkrieges: Die deutschen Annexionen sind von den Alliierten laut getadelt und für ungültig gehalten worden. Darum sind die Grenzen vom Kriegsausbruch noch maßgeblich (1939, nicht 1937), lediglich Österreichs Lösung vom Reich ist auszunehmen, weil hier die Selbstbestimmung der Bevölkerung sie bestätigt hat."

Dr. Erich Lipok,
Jandelsbrunn

Personen

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den aus Passau stammenden Msgr. **Fritz Lobinger** zum Apostolischen Administrator in Aliwal in Südafrika ernannt. Der 57jährige Geistliche Direktor der Pastoral-Abteilung des Missionsinstituts „Lumko" ist seit 1956 in dieser Diözese tätig. Er ist außerdem Mitglied der Katechetischen Abteilung der Bischofskonferenz „Südliches Afrika".

VERANSTALTUNGEN

Die Kanzel war nur ein einfaches Pult mit dem Landeswappen und stand an einem Ort, wo sonst die Politik zentrales Thema ist: Der Gottesdienst im Hause der Landesvertretung von Schleswig-Holstein in Bonn anläßlich des Erntedankfestes am Sonntag war eine eindrucksvolle Veranstaltung. Eingeladen hatte dazu der Minister für Bundesangelegenheiten *des nördlichsten Bundes*landes und stellvertretende Ministerpräsident **Henning Schwarz**, die Predigt hielt der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof **Heinz Georg Binder**, teilweise auf Plattdeutsch. Daß die „Probsteier Tanz- und Trachtengruppe" aus dem Kreis Plön Schwarz eine monumentale Erntekrone persönlich schenkte, hatte besonderen Grund: Der Minister hatte am Sonntag Geburtstag. Der ehemalige Klassenkamerad von Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** wurde 58 Jahre alt.

*

90 Prozent der Uhren, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden, kommen aus Baden-Württemberg. *Zentren* sind Villingen-Schwenningen, Schramberg, Triberg, Pforzheim, Schönwald und Furtwangen. „Von der Schwarzwalduhr zur Funkuhr" heißt zur Zeit eine große Uhrenausstellung, die in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Bonn zu sehen ist. Über 700 Gäste begrüßten zur Eröffnung der Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. **Heinz Eyrich**, und **Klaus Wehner**, Präsident des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie. Bei der Uhrenschau dabei waren auch Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, der Staatsminister im Kanzleramt, **Friedrich Vogel**, und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Lutz Stavenhagen**, sowie Israels Botschafter **Yitzhak Ben-Ari**.

GEBURTSTAG

Berühmt sind seine Tschaikowsky-, Liszt- und Rachmaninow-Interpretationen. Doch der Pianist **Shura Cherkassky**, der heute sein 75. Lebensjahr vollendet, hat sich



Shura Cherkassky

gegen den Ruf der Einseitigkeit, der reinen technischen Perfektion stets gewehrt. Er *„spiele alles, was gut ist"*, erklärte er immer wieder in Interviews. Unbestritten gehört Cherkassky bis heute zu den großen Klavier-Virtuosen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Der in Odessa geborene Künstler galt als Wunderkind. Mit vier Jahren erhielt er von seiner Mutter, die selbst eine bekannte Pianistin war, den ersten Klavierunterricht. Nach der Emigration aus Rußland 1921 bildete ihn der amerikanische Musikpädagoge *deutscher Herkunft, Josef Hofman,* in Baltimore zum Virtuosen aus. Konzertreisen führten den Pianisten *rund* um den Erdball. Wie viele Künstler *seiner Generation* gehört er noch im hohen Alter zu den gefeiertesten Virtuosen der Konzertsäle.

EHRUNGEN

Der erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Dr. **Rolf Thier**, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Der Mediziner *bekam die Auszeichnung für seine* Verdienste um die Bedarfsplanung in der kassenärztlichen Versorgung und sein Engagement im Bereich der ärztlichen Selbstverwaltung.

*

Kardinal **Joseph Höffner**, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hat den Ehrenring der Görresgesellschaft für hervorragende wissenschaftliche Verdienste erhalten. Der Präsident der Görresgesellschaft, *Professor Dr.* **Paul Mikat**, überreichte Kardinal Höffner die Auszeichnung am Sonntag bei der Generalversammlung der Görresgesellschaft in der Aula der Göttinger Universität. Die Görresgesellschaft ist eine 1876 gegründete Vereinigung katholischer Gelehrter zur Förderung von Wissenschaft und Forschung.

GESTORBEN

Der Schweizer Musikwissenschaftler **Willi Schuh** ist im Alter von 86 Jahren in Zürich gestorben. Als Wissenschaftler, Kritiker und Musikschriftsteller fand Schuh internationale Beachtung und Anerkennung. Schuh, der in Basel geboren wurde, hat sich in zahlreichen Büchern vor allem in der Musik des 20. Jahrhunderts beschäftigt und sich besonders mit Othmar Schoeck und Richard Strauss kritisch auseinandergesetzt. Eingehend befaßte er sich auch mit den Operndichtungen Hugo von Hofmannsthals. Seit 1932 war er als Musikkritiker für die „Neue Zürcher Zeitung" tätig.

I. Hals und Kopf
1 Hinterhauptmuskel (M[usculus] occipitalis)
2 Hinterhauptband (Septum nuchae)
3 Querfortsatz-Hinterhauptmuskel (M. transversooccipitalis)
4 Riemenmuskel (M. splenius capitis)
5 Kopfwender (M. sternocleidomastoideus)

II. Rumpf und Bauch
6 Kapuzenmuskel (M. trapezius)
7 Schultergräte (Spina scapulae)
8 Untergrätenmuskel (M. infra spinam)
9 großer Rundmuskel (M. teres major)
10 großer Rautenmuskel (M. rhomboides major)
11 breiter Rückenmuskel (M. latissimus dorsi)
12 Rückenfaszie (Fascia thoracolumbalis)
13 äußerer schräger Bauchmuskel (M. obliquus abdominis externus)

III. Oberarm
14 Deltamuskel (M. deltoides)
15 dreiköpfiger Armstrecker (M. triceps brachii)
16 zweiköpfiger Armmuskel (M. biceps brachii)

IV. Unterarm
17 Ellenbogenkopf (Caput ulnare)
18 langer Handstrecker der Speichenseite (M. extensor carpi radialis longus)
19 Knorrenmuskel (M. anconaeus)
20 Handbeuger der Ellenseite (M. flexor carpi radialis)
21 Handstrecker der Ellenseite (M. extensor carpi ulnaris)
22 gemeinsamer Fingerstrecker (M. extensor digitorum communis)
23 kurzer Handstrecker der Speichenseite (M. extensor carpi radialis brevis)
24 langer Daumenabzieher (M. abductor pollicis longus)
25 kurzer Daumenstrecker (M. extensor pollicis brevis)
26 hinteres Handwurzelband (Ligamentum carpi dorsale)
27 Oberarmspeichenmuskel (M. brachioradialis)
28 Handbeuger der Speichenseite (M. flexor carpi radialis)
29 langer Hohlhandmuskel (M. palmaris longus)
30 oberflächlicher Fingerbeuger (M. flexor digitorum superficialis)
31 vorderes Handwurzelband (Ligamentum carpi volare radiatum)

V. Hand
32 kurzer Daumenbeuger (M. flexor pollicis brevis)
33 kurzer Kleinfingerbeuger (M. flexor digiti quinti brevis manus)
34 Kleinfingergegensteller (M. opponens digiti quinti manus)
35 Hohlhandsehnenhaut (Aponeurosis palmaris)
36 Zwischenknochenmuskeln (Mm. interossei dorsales)

VI. Oberschenkel
37 großer Gesäßmuskel (M. glutaeus maximus)
38 Darmbeinkamm (Crista ilica)
39 mittlerer Gesäßmuskel (M. glutaeus medius)
40 großer Oberschenkelanzieher (M. adductor magnus)
41 starke Sehnenplatte der Oberschenkelbinde (Tractus iliotibialis fasciae latae)
42 zweiköpfiger Schenkelmuskel (M. biceps femoris)
43 Schlankmuskel (M. gracilis)
44 Halbsehnenmuskel (M. semitendineus)
45 Plattsehnenmuskel (M. semimembranaceus)

VII. Unterschenkel und Fuß
46 Sohlenspanner (M. plantaris)
47 Zwillingswadenmuskel (M. gastrocnemius)
48 langer Zehenbeuger (M. flexor digitorum longus)
49 Schollenmuskel (M. soleus)
50 Achillessehne (Tendo m. tricipitis surae)
51 innerer Knöchel (Malleolus tibiae)
52 Fersenbein (Calcaneus)

Muskeln der hinteren Körperseite (obere Schicht)

Der Mensch ist zum Autofahren nicht geschaffen.

Die meisten Autofahrer klagen nach längeren Strecken über Schmerzen in der Schulter- und Nackengegend. Hauptursache dafür ist eine falsche Lenkposition, Lösung das TWS*-Aktivlenkrad von Saginaw.

Der Mensch ist dazu geboren, mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 8 km/h und einer Keule in der Hand wilde Tiere zu jagen und ggf. einige Beeren zu sammeln.

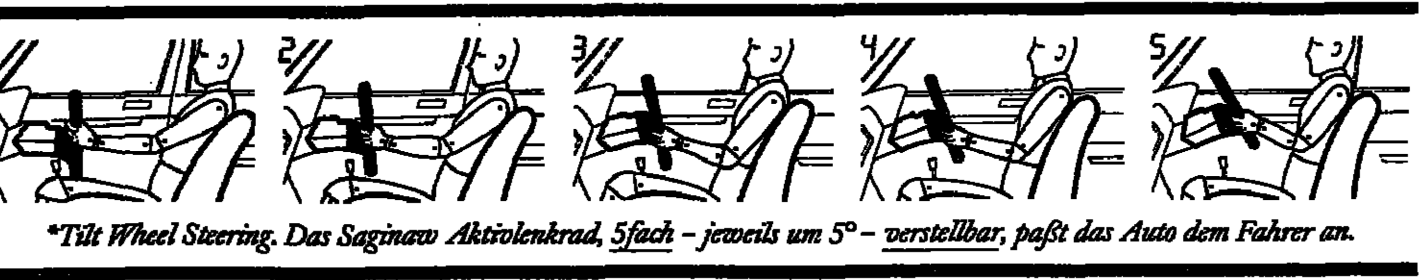
Er ist nicht dazu geboren, mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 130 km/h und einem Lenkrad in der Hand Termine/Hobbys/Entspannung zu jagen und ggf. Punkte für Flensburg zu sammeln.

Autofahren ist unnatürlich. Kein Wunder, daß das Gros der Automobilisten über Verkrampfungen klagt. Verkrampfungen und Verspannungen speziell im Schulter- und Nackenbereich.

Für die Autoindustrie erschwerend kommt hinzu, daß der Mensch evolutionsbedingt unterschiedlich groß ausfällt. Ein 2,20-Basketballer soll genauso entspannt lenken können wie ein 1,65-Jockey. Die 1,85-Frau des Basketballers, der 1,70-Sohn des Jockeys ebenso.

Die Automobilindustrie kann sich da noch so sehr anstrengen, das Problem bleibt akut. Es sei denn, jede Familie bekommt mehrere maßgeschneiderte Autos. Die einzig greifbare Lösung ist das Aktivlenkrad von Saginaw. Es paßt das Auto dem Fahrer an.

Mit einem Handgriff kann er das Aktivlenkrad in die optimale Stellung bringen. Ein Komfort, der sich bereits beim bequemen Ein- und später beim Aussteigen bemerkbar macht. 5 verschiedene Positionen in 5°-Schritten sind möglich. Der Fahrer hat damit den Wagen besser unter Kontrolle, eine bessere Übersicht, eine entspanntere Lenkposition. Egal, wie groß er ist, er wird ein besserer Fahrer.



Tilt Wheel Steering. Das Saginaw Aktivlenkrad, 5fach – jeweils um 5° – verstellbar, paßt das Auto dem Fahrer an.

Das Saginaw Aktivlenkrad kann leider nur in Kombination mit einem Auto gekauft werden. Zur Wahl stehen derzeit Opel Kadett, Ascona und Omega. In diesen Wagen ist es auf Wunsch erhältlich. Unverbindliche Preisempfehlung 285 DM. Im Opel Senator CD ist es serienmäßig eingebaut.

Nun bleibt nur noch, Sie zu einer unverbindlichen Probefahrt einzuladen. Der Opel-Händler in Ihrer Nähe erwartet Ihren Besuch. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Saginaw TWS* - Aktivlenkrad. Paßt das Auto dem Fahrer an.



Im Fall Hirt ein Treffen der Verwandten

W. K. **Bonn**

Ein Treffen von Verwandten aus dem *In- und Ausland gab es gestern* bei Zeugenvernehmungen im Prozeß gegen den angeklagten früheren Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Edgar Hirt.

Zwei Schwäger des Angeklagten, Brüder von Hirts Ehefrau, wurden über Geldtransfer innerhalb der Familie vernommen. Alle Fragen drehten sich um die seit fast 14 Monaten ergebnislose Fahndung des Bonner Landgerichts nach nicht belegten Ausgaben von rund 5,6 Millionen Mark aus Haushaltsmitteln des Bundes während der Amtszeit des Angeklagten und seines mitbeschuldigten damaligen Vorgesetzten, des früheren Bundesministers Egon Franke.

Hirt hatte Ende der siebziger Jahre von seinen Schwägern Geld mit dem Auftrag bekommen, für diese Festgeldkonten anzulegen. Ein Schwager hat sich als „Aussteiger" in Griechenland niedergelassen, der andere arbeitet als Hotel-Manager in Deutschland. Den Verdacht, daß das Geld vielleicht von Hirt selbst stammen könnte, wiesen sie gestern zurück.

Richter und Staatsanwaltschaft erhielten jedoch auch keine Auskunft, woher die 80 000 Mark stammten, die Hirt für den Aussteiger in Hellas, einen ehemaligen Fahrstuhlmonteur, anlegte. Aus „steuer- und devisenrechtlichen Gründen" wolle er nicht darüber sprechen, sagte der Zeuge. Daß der Angeklagte keine Quittung über den Verbleib der Staatsgelder vorzeigen kann, fand gestern eine Parallele im Zeugenstand. Auch der Schwager ließ sich von Hirt keine Quittung geben.

Verwundert sagte der Vorsitzende: „Vertrauen hin, Vertrauen her, eine Quittung ist doch allemal besser." Der Prozeß wird fortgesetzt.

Craxi provoziert die Koalitionspartner

Ministerpräsident veröffentlicht unter Pseudonym

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Das politische Italien beschäftigt in letzter Zeit immer häufiger der Name eines Mannes, der schon in Dantes „Fegefeuer" Erwähnung fand. Es ist der aus Siena stammende Brigant und Wegelagerer Ghino del Tacco, der im 13. Jahrhundert auf dem Apenninenpaß von Radicofano die Via Cassia zwischen Florenz und Rom verunsicherte und mit dessen Initialen G.d.T. jetzt die explosivsten Leitartikel im sozialistischen Parteiorgan „Avanti" gezeichnet sind. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich kein Geringerer als Ministerpräsident Bettino Craxi.

Mit seiner jüngsten publizistischen Attacke machte dieser Ghino del Tacco den Koalitionspartnern der Sozialisten dieser Tage deutlich, daß sich Bettino Craxi, dessen geheimste Absicht offensichtlich niemand besser kennt als der signierende Bandit, nach dem nächsten sozialistischen Parteikongreß aus eigener Entscheidung zwar wieder voll der Parteiarbeit widmen wolle, daß es aber keinerlei Koalitionsabmachung über seine automatische Ablösung als Ministerpräsident durch einen Christdemokraten geb.

Vorgezogene Neuwahlen

Nach christdemokratischer Darstellung hatte jedoch gerade eine solche Vereinbarung über die für das kommende Frühjahr angesetzte „Stafette" im Palazzo Chigi die Grundlage für die Bildung des 2. Kabinetts Craxi nach der Regierungskrise des vergangenen Sommers abgegeben. Die gegenteilige Behauptung Ghino del Taccos, der für den Fall eines zeitlich keineswegs terminierten Rücktritt Craxis neue Koalitionsverhandlungen fordert und bei Scheitern dieser Verhandlungen mit vorgezogenen Neuwahlen droht, wird von vielen Christdemokraten als gefährliche Belastung der Koalition empfunden. Parteisekretär De Mita antwortete darauf mit der kategorischen Feststellung, im März müsse Craxi auf jeden Fall den Palazzo Chigi für einen christdemokatischen Regierungschef freimachen.

Klimaverschlechterung

In Rom wird nicht ausgeschlossen, daß die durch den Ghino del Tacco-Artikel provozierte Klimaverschlechterung in der Koalition schon in den nächsten Tagen bei der parlamentarischen Behandlung des Gesetzesdekrets über die Besteuerung von Staatsanleihen negative Auswirkungen in Form von „Heckenschützen"-Aktivitäten haben könnte.

Der Zündstoff einer weiteren koalitionsinternen Kontrovese konnte inzwischen zumindest teilweise entschärft werden. Die Behauptung des republikanischen Vorsitzenden des Kontrollausschusses für die Sicherheitsdienste, Gualtiri, daß Craxi in voller Kenntnis der Ermordung des amerikanischen Passagiers Klinghoffer den „Achille Lauro"-Entführern freies Geleit zugesagt habe, wurde vom Ministerpräsidenten unter anderem unter Berufung auf einen der römischen Regierung seinerzeit zugänglich gemachten Bericht des ägyptischen Geheimdienstes zurückgewiesen. Dieser Bericht vom 9. Oktober 1985, dem Tag der Freigabe des Schiffes, besagte, daß an Bord „niemand ermordet" worden sei und daß die von den Piraten vorher verbreiteten Nachrichten nur den Zweck gehabt hätten, Syrien, vor dessen Küste das Schiff zu dieser Zeit lag, zum Verhandeln zu bewegen.

„Gemeinnützig": Koalition will mehr Übersicht

DW. **Bonn**

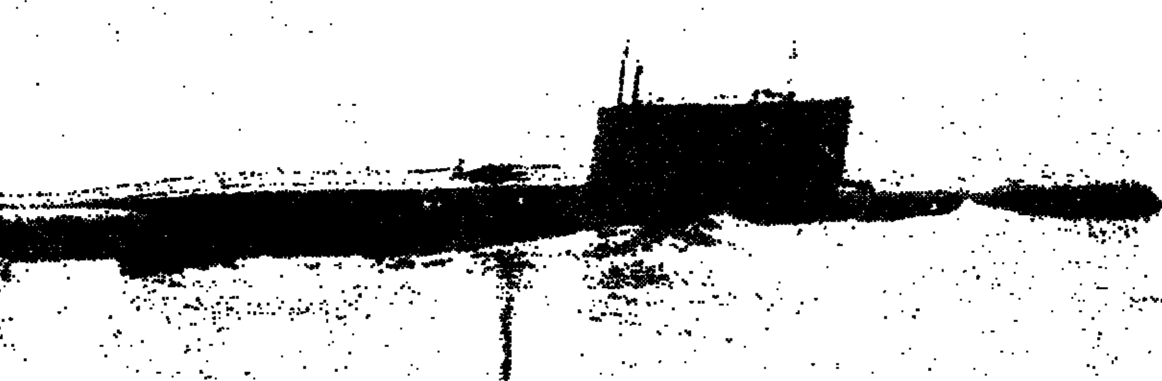
Nach der Affäre um die Neue Heimat steht die Gemeinnützigkeit von Wohnungen jetzt *im Mittelpunkt* der Diskussionen. Wie Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) gestern vor dem Verband der Bayerischen Wohnungsunternehmen in Reit im Winkel mitteilte, sollen Vorschläge zur Änderung der Rechtsprechung in der kommenden Legislaturperiode vorgelegt werden. Kernpunkt: Gemeinnützige Wohnungsunternehmen müssen regional überschaubarer gemacht werden.

In diesem Zusammenhang unterstrich der Bauminister, daß es Konzerne von der Größenordnung einer Neuen Heimat künftig nicht mehr geben sollte. Im Rahmen der angestrebten Änderungen soll auch die Überwachung von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen grundsätzlich verbessert werden. „Von Zeit zu Zeit müssen externe Prüfer eingeschaltet werden", sagte Oscar Schneider.

Darüber hinaus stellte der Minister fest, daß durch die Vorgänge um die Neue Heimat der Gemeinnützigkeit schwerer Schaden zugefügt worden sei. Schneider warnte jedoch zugleich vor einer Verurteilung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft insgesamt. „Mehr als 1800 dieser Unternehmen erfüllen ihre sozialen und wohnungspolitischen Pflichten."

Nach Auffassung des Obmannes der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuß Neue Heimat, Johannes Gerster, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Rückzug aus der Neuen Heimat von langer Hand geplant. Der Verkauf an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser diene lediglich dazu, die eigene Verantwortung zu verschleiern und lasse den krampfhaften Versuch erkennen, die Schuld auf andere abzuwälzen.

Der Untergang des sowjetischen Atom-U-Bootes im Atlantik



Das Unglücks-U-Boot, aufgenommen von einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug FOTO: AP

Verseuchung ist unwahrscheinlich

cvb/rmc, **Brüssel/Bonn**

Auch gestern sahen Experten keine Gefahr, daß die strategischen Raketen des Typs SS-N-6 an Bord des gesunkenen sowjetischen Atom-U-Boots explodieren könnten. Sie wiesen darauf hin, daß zur Auslösung einer Atomwaffenexplosion die kritischen radioaktiven Massen mit konventionellem Sprengstoff zusammengeschossen werden müßten. Auch sei der Zündmechanismus nicht empfindlich für den großen Druck von 540 Bar, dem das gesunkene U-Boot jetzt in 5400 Meter Tiefe ausgesetzt sei.

Fachleute vermuten, daß das Boot bei seiner Fahrt alle 16 Raketen, die mit je einem nuklearen Sprengkopf ausgerüstet sind, an Bord hatte. Das bedeutet, daß mit dem Untergang des Bootes das radioaktive Material von zwei Antriebsreaktoren und wahrscheinlich 16 Atomsprengköpfen in den Tiefen des Nordatlantik versunken ist.

Ein anderes Problem ist allerdings eine mögliche radioaktive Verseuchung des Meerwassers. Das spaltbare Material in dem betreffenden sowjetischen U-Boot besteht aus radioaktiven Metallen, die im Wasser nicht löslich sind. *Es kann zu einer Verseuchung nur dann kommen, wenn* die Nuklearreaktoren des Bootes leck geschlagen sind und aus dem Kühl- und Antriebssystem verstrahlte Substanzen austreten. Diese Gefahr sei, so bestätigten Experten *gestern*, „so gut wie Null". Falls das Umgebungswasser dennoch gering verstrahlt sein sollte, dürfte sich die Konzentration auf größere Entfernung rasch verringern und für die Küsten keine Gefahr mehr darstellen. Der amerikanische Kapitän James Bush, der früher Kommandant des Atom-U-Bootes „Polaris" war, teilte mit, daß mit keiner nennenswerten radioaktiven Verseuchung zu rechnen sei. Selbst wenn aus den Atom-Reaktoren einige Radioaktivität entweiche, werde diese vom Meer sehr schnell verdünnt.

Es ist im Westen nicht bekannt, ob während des Sinkens alle Abteilungen des gesunkenen U-Bootes vollgelaufen sind und dadurch ein Druckausgleich im Bootskörper stattgefunden hat. Falls es abgeschottete Abteilungen gab, sind sie von dem enormen Wasserdruck ohnehin eingedrückt worden. *Dabei ist* der Austritt radioaktiver Substanzen vorstellbar.

Fachleute erinnerten in diesem Zusammenhang an vergleichbare Unfälle in der Vergangenheit. Die Amerikaner haben bereits zwei Atom-U-Boote, 1963 die „Thresher" mit 129 Mann an Bord und 1968 die „Scorpion" mit 99 Mann Besatzung, verloren. Eine radioaktive Verseuchung der jeweiligen Umgebung ist nicht festgestellt worden.

Anfang 1966 verlor ein strategischer Bomber der US-Luftwaffe vor der spanischen Küste eine Atombombe. Der nukleare Sprengsatz versank zunächst. An dem Küstenstreifen in der Nähe des Unfallortes wurde eine radioaktive Verseuchung registriert, die jedoch so gering war, daß Menschen durch sie nicht gefährdet waren. Allerdings mußten Bauern mehrere Jahre lang auf ihre Ernten verzichten. Außerdem war das Baden an diesem Küstenstreifen verboten.

Wiener Konvention läßt vieles offen

ANATOL JOHANSEN, **Bonn**

„Wir haben bei unseren Abmachungen über die Meldepflicht bei nuklearen Unfällen nicht speziell auf den militärischen Bereich hingewiesen, sondern die Atomunfälle nur generell angesprochen, ohne sie in zivile und militärische aufzuteilen." Mit diesen Worten beantwortete der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO, der Schwede Hans Blix, am 26. September nach dem Abschluß der IAEO-Reaktorsicherheitskonferenz in Wien die Frage, ob nunmehr auch alle militärischen Atomunglücke automatisch gemeldet werden müssen.

Praktisch bleibt es daher den Atommächten selbst vorbehalten, wie sie nach der Unterzeichnung der IAEO-Konvention über die grenzüberschreitende Informationspflicht bei nuklearen Unfällen nun bei Nuklearhavarien im militärtechnischen Bereich verhalten wollen. Sicher sind sie juristisch durch den Vertragstext der „Convention on early notification of a nuclear accident" nicht eindeutig gezwungen, auch militärische Nuklearpannen unbedingt zu melden. Doch unabhängig von der juristischen Auslegung der Frühwarn-Konvention hatten die fünf Atommächte in Wien schon angekündigt, daß sie in Zukunft auch größere militärische Atomunfälle sofort der internationalen Staatengemeinschaft mitteilen würden.

Die Sowjets haben jetzt beim Untergang ihres Atom-U-Bootes im Nordatlantik bewiesen, daß sie gewillt sind, dies auch zu tun. Ohnehin wären sie nach der Wiener Abmachung auf keinen Fall zur Bekanntgabe gezwungen gewesen, denn unabhängig von der juristischen Frage hat die Frühwarn-Konvention noch keine Gültigkeit: Sie tritt nach der Ratifizierung durch Dänemark, Norwegen und die Tschechoslowakei erst in wenigen Wochen am 27. Oktober in Kraft.

Ein größerer Zuwachs an Reaktorsicherheit im zivilen und militärischen Bereich ist allerdings von der IAEO-Konferenz auch nicht zu erwarten gewesen. Über „Sicherheitsstandards" war in Wien zwar die Rede, unter anderem über international verbindliche Bauvorschriften für die verschiedensten Reaktortypen, die jeweils ein größtmögliches Maß an Sicherheit vor Unfällen bieten sollen. (Hätte zum Beispiel der Reaktor von Tschernobyl jene riesige eiförmige Stahlbetonummantelung gehabt, das Containment, das bei allen deutschen Kernkraftwerken vorgeschrieben ist, wäre es mit einiger Sicherheit nicht zu der schweren Havarie gekommen.)

Zu den Sicherheitsstandards würden ebenso *international gültige* Vorschriften *für das Höchstmaß* an radioaktiver Strahlung und Substanzen gehören, die ein Reaktor im Normalbetrieb an die Umgebung abgeben dürfte.

Doch über diese „Safety-Standards" wurde in Wien nicht Beschluß gefaßt. Nach den Worten von IAEO-Generaldirektor Blix wird man noch Hunderte von Sitzungen und vielleicht auch einige Jahre brauchen, ehe man hier zu internationaler Einigung kommt. Realistischerweise wird man hier nicht allzu viele Fortschritte erwarten dürfen; denn hier geht es nicht nur um die Sicherheit, sondern auch um Finanzen.

Ferienparadies und „Flugzeugträger"

Von PETER M. RANKE

Seit drei Wochen schon liegt die „Willi Bredel" aus Rostock an der Pier des kleinen Hafens St. George auf Bermuda. Angeblich soll die Mannschaft des Fischdampfers hier ausgewechselt werden. An Bord läßt sich niemand sprechen, das schräge Heck für die Schleppnetze und andere Fangeinrichtungen sind stark verrostet. Aber „Willi Bredel" schläft nicht. Große Antennen recken sich in die Luft, und im Funkraum wird alles mitgeschnitten, was der nahe Stützpunkt der amerikanischen Marine-Luftwaffe verschlüsselt in den Äther schickt.

Einmal wöchentlich werden die Kassetten nach Ost-Berlin gesandt. Auf Bermuda starten die amerikanischen Aufklärungsflugzeuge nämlich „Orion", die den sowjetischen Luft- und Seeverkehr nach Kuba überwachen und die sowjetische Atom-U-Boote aufspüren sollen.

Der unsinkbare „Flugzeugträger" Bermuda mit seinen 54 000 Einwohnern – sechzig Prozent von ihnen sind Schwarze – ist zwar seit 1612 britische Kolonie, aber 1940 verpachtete Winston Churchill die Inselgruppe für 99 Jahre an die USA und erhielt dafür fünfzig Zerstörer.

Zur Zeit sind die großen Hotelpaläste (Doppelzimmer pro Nacht 230 Dollar) auf Wochen ausgebucht. Amerikanische Touristen haben wegen der Terrorakte im Mittelmeerraum und wegen des gefallenen Dollarkurses Bermuda und die Karibik neu entdeckt.

Nicht wenige Deutsche haben ihr Glück auf Bermuda gemacht. Horst Sattler leitet den Neubau des Mariott-Hotels, Fritz Reiter machte den „Lobster Pot" zu einem Restaurant mit internationalen Anspruch. Auf der „Atlantic Marine" veranstaltet Axel van Hooven im Herbst ein richtiges Oktoberfest.

Es gibt keine politischen Probleme, da sich Schwarz und Weiß einig sind, nicht den widrigen Weg in die Unabhängigkeit einzuschlagen. „Das erste, was eingeführt würde, wäre wie auf Barbados ein hartes Steuersystem", sagt ein schwarzer Geschäftsmann der „United Bermuda Party", die 32 der 40 Parlamentssitze innehat.

(SAD)

Parteitag der Konservativen

gtm. **Bournemouth**

Unter der Parole „Einen weiteren Schritt vorwärts" beginnt die Konservative Partei Großbritanniens heute im südenglischen Seebad Bournemouth ihren Jahreskongreß, wahrscheinlich der letzte vor der nächsten Parlamentswahl.

Nach siebenjähriger Regierungszeit wollen die Tories vor allem den hin und wieder in der Debatte auftauchenden Hinweis widerlegen, sie seien amtsmüde und ihre Politik sei festgefahren.

Tory-Präsident Norman Tebbit sieht die Konferenz als Startschuß zur dritten Legislaturperiode Margaret Thatchers; die Partei habe dafür neue Kräfte entwickelt. Die Minister sind aufgefordert, in ihren Konferenzreden neue Ziele zu benennen, bisher nicht gebrauchte Lösungsvorschläge und vor allem Elan zu zeigen.

Moskau bestreitet Differenzen

AFP, **Moskau**

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat gestern westliche Presseberichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteichef Michail Gorbatschow und der Armeeführung über das von Moskau seit 14 Monaten eingehaltene einseitige Atomtestmoratorium entschieden zurückgewiesen. In einem namentlich gezeichneten Artikel des Chefs der Nachrichtenagentur „Nowosti" und ehemaligen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, heißt es, im Westen seien die Äußerungen eines „hervorragenden Armeevertreters" über die Risiken des Moratoriums für die Sowjetunion überinterpretiert worden.

Namentlich angegriffen wurde insbesondere die „Deutsche Welle" wegen ihrer „Verleumdungen" und ihrer „beständigen Feindseligkeit" gegenüber der Sowjetunion.

Sprengstoff in Maschinenfabrik

AP, **München**

Ein Gabelstapelfahrer hat gestern in einer Münchner Montagehalle der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) 2,5 Kilogramm Sprengstoff gefunden. Ein Sprecher des bayerischen Landeskriminalamts sagte, es handele sich nach ersten Ermittlungen um 25 Stangen gewerblichen Sprengstoffs vom Typ „Kamniktit 1" jugoslawischer Herkunft. In der Halle in der Dachauerstrasse in München lagen neben dem Sprengstoff noch neun Sprengkapseln und 7,90 Meter Zündschnur. Die Plastiktüte mit der explosiven Ladung war in einem Transportbehälter unter Auspufftöpfen verborgen. Bisher sei noch ungeklärt, wie der Sprengstoff in die Montagehalle gekommen sei, sagte ein LKA-Sprecher. *Offenbar* sei er illegal in die Bundesrepublik eingeführt worden.



Der Greyhound-Bus, wie Coca-Cola, Fast-food und Motel Symbol für Amerika, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Einer der Gründe: Das silber-blaue Ungetüm braucht für die Strecke New York – Los Angeles dreieinhalb Tage, das Flugzeug, für nur vierzig Dollar mehr, fünf Stunden. (S. 12) FOTO: DIE WELT

WELTWIRTSCHAFT

Energie: Mögliche Konsequenzen aus Tschernobyl stehen im Mittelpunkt der 13. Weltenergie-Konferenz. Die westlichen Industrieländer haben in diesem Jahr drei Prozent mehr Öl verbraucht als im Vorjahr. (S. 12)

Ostasien: Die Anwerbung qualifizierter Mitarbeiter ist für viele ausländische Unternehmen ein großes Problem. (S. 12)

Norwegen: Einen sparsamen Haushalt hat gestern die Regierung in Oslo vorgelegt. (S. 13)

USA: Das Land wurde von der EG eindringlich gewarnt, den Zugang ausländischer Firmen zu Beschaffungsaufträgen weiter einzuschränken. (S. 12)

EG: Zähe Verhandlungen um die Liberalisierung des Luftverkehrs stehen den Verkehrsministern noch häufiger bevor. (S. 12)

Lizenz: Das japanische Finanzministerium hat am Montag der Deutschen Genossenschaftsbank, Frankfurt, formell die Lizenz für Wertpapiertransaktionen erteilt.

FÜR DEN ANLEGER

Mengentender: Einen unveränderten Kurs steuert die Bundesbank mit Wertpapierpensionsgeschäften zu 4,35 Prozent (28 Tage) und 4,40 Prozent (56 Tage) zur Anschlußfinanzierung von 11,3 bzw. 3,5 Mrd. DM zu gleichen Sätzen.

Schutzvereinigung: Neuer Präsident der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz wird Otto Graf Lambsdorff. Die Mitgliederversammlung muß diesem Vorschlag noch zustimmen. Lambsdorff soll Nachfolger von Gerhard Kienbaum werden, der nicht mehr kandidieren will.

Hypothekendarlehen: Von Januar bis August haben die 21 Hypothekenbanken 33,2 Prozent mehr Hypothekenkredite vergeben.

Zinserhöhung: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau erhöht die Konditionen für ihre Eigenmittel. Der Zinssatz für den Endkreditnehmer beträgt für alle nach dem dritten Oktober eingehenden Kreditanträge im Mittelstandsprogramm 6 (5,75) Prozent. Die sonstigen Konditionen bleiben unverändert.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 275,50 (274,99); Chemie: 162,52 (163,07); Elektro: 341,30 (335,51); Auto: 725,38 (727,11); Maschinenbau: 149,53 (148,87); Versorgung: 159,27 (159,25); Banken: 403,34 (402,31); Warenhäuser: 176,57 (177,64); Bauwirtschaft: 550,12 (545,49); Konsumgüter: 181,15 (181,18); Versicherung: 1415,58 (1415,57); Stahl: 156,16 (150,76).

Kursgewinner:	DM	+ %
Kawasaki Kisen	2,45	8,89
Asics Corp.	6,00	7,14
Thyssen Ind.	127,00	6,72
Fuchs Pet.	173,00	6,66
MAN Roland	616,00	5,03

Kursverlierer:	DM	– %
Atlas Copco NA	60,50	8,33
Mitsui OSK	3,30	8,33
Lafarge	400,00	7,83
VFM Stork	24,50	7,55
Magd. Feuer	500,00	5,66

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Knapp behauptet.

MÄRKTE & POLITIK

Beschäftigung: Die WestLB prognostiziert für 1987 ein Absinken der Arbeitslosenzahlen auf unter zwei Millionen.

Nachrichtentechnik: Die ANT in Backnang hat jetzt von der chinesischen Nachrichtenagentur „Neues China" Aufträge für die Ausrüstung der Hauptversammlung in Peking und des Hauptbüros in Shanghai mit elektronischen Kommunikationssystemen erhalten.

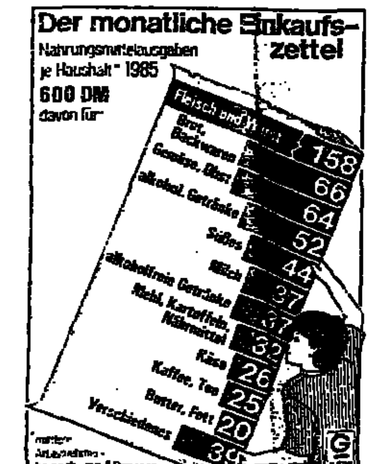
Unterhaltungselektronik: Japans größter Schallplattenproduzent CBS/Sony hat mehr als 3000 LPs, Singles und Kassetten vom Markt zurückgenommen. Fachkreise werten die Entscheidung als Ausstieg aus der Schallplatte hin zu den neuen CD-Systemen.

Stahl: Für einen Verhaltenkodex der stahlerzeugenden Länder hat sich der Vorsitzende des internationalen Eisen- und Stahlinstituts ausgesprochen.

Interkama: Die Messe für Automatisierungstechnik wurde gestern in Düsseldorf eröffnet.

Automobilzulassungen: In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind in Japan 50 409 ausländische Kraftfahrzeuge zugelassen worden. Das waren mehr als im gesamten Jahr 1985.

Steuern: Die Erhöhung der Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte steht nach Angaben von Bundesfinanzminister Stoltenberg gegenwärtig nicht zur Debatte.



Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	3. 10. 86	2. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	161,50	160,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	71,00	72,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	119,50	120,00	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

VAW: Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie oder auch die Einleitung des Ausstiegs zu einem späteren Zeitpunkt wären gleichbedeutend mit dem Ausstieg aus der Aluminiumerzeugung in der Bundesrepublik, vermeldete die Viag-Tochter. (S. 14)

GEI: Das EDV-Systemhaus profitiert auch in diesem Jahr vom Trend zu den unabhängigen Softwareberatern. Der Umsatz wird weiter ansteigen.

Continentale: Der Versicherer erwartet für 1986 eine gute Geschäftsentwicklung. (S. 13)

USX Corp.: Das Unternehmen will seine verlustreichen Chemieaktivitäten verkaufen. (S. 12)

Seven up: Das US-Franchise-Geschäft des Unternehmens wird durch eine Investorengruppe unter Führung von Hicks and Haas von Philip Morris Inc. gegen Zahlung von 240 Mill. Dollar gekauft.

Brothers-Industries: Für Juni 1987 plant die das Unternehmen die Aufnahme der Produktion elektronischer Schreibmaschinen in Tennessee.

Joint-ventures: Mit Gemeinschaftsabkommen und anderen Kooperationsverträgen will die United Technologies Corp. in den nächsten Jahren wachsen. (S. 14)

WER SAGT'S DENN?

Wer der Meinung ist, daß man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, daß er für Geld alles zu tun bereit ist.

Benjamin Franklin

Zuweisungen an Länder sollen künftig nicht erhöht werden

Neuregelung des Finanzausgleichs – Stoltenberg will Sonderlasten nicht gelten lassen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg will die sogenannten Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), die Bonn an die finanzschwachen Länder zahlt, in Zukunft nicht weiter erhöhen. Das ist ein zentraler Bestandteil seiner Überlegungen zur Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern, die durch das Verfassungsgerichtsurteil vom 24. Juni erforderlich wird und unter erheblichem Zeitdruck in Kraft gesetzt werden muß.

Stoltenberg will den Ländern in der zweiten Oktoberhälfte ein „Thesenpapier" zusenden. Die neue Bundesregierung sollte gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode das Gesetzgebungsverfahren einleiten, so daß das Gesetz schon im Herbst 1987 in Kraft treten kann.

Der Bund zahlt 1,5 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen als Ergänzungszuweisungen an die finanzschwachen Länder. Dieser Betrag ist inzwischen bei etwa 1,7 Milliarden Mark angelangt. Die Begrenzung (Plafondierung) auf diese Summe ist aus seiner Sicht ein Minimalerfordernis. Stoltenberg will auf jeden Fall vermeiden, daß Probleme, die sich aus der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ergeben (zum Beispiel für Niedersachsen aus der vollen Berücksichtigung der Förderabgabe auf die Öl- und Gasgewinnung), finanziell gleichsam beim Bund abgeladen werden.

Nicht zuletzt angesichts der im Vergleich zum Bund dauerhaft stärkeren Steigerung der Steuereinnahmen der Länder versucht der Minister, hier rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Ferner ist für ihn allein die Finanzkraft Orientierungselement für die Verteilung der BEZ auf die Länder.

Sonderlasten (wie Kohle oder Stahl bei Nordrhein-Westfalen) will er schon deshalb nicht gelten lassen, weil es dann mit Sicherheit zu einer langwierigen Diskussion käme, in der jedes Land mit Sonderlasten aufwartete, so daß das Gesetzgebungsverfahren zumindest verzögert würde.

Allerdings gibt es hierzu eine Einschränkung. Für kleine Länder – Saarland, Bremen und in einem gewissen Umfang Schleswig-Holstein – soll die Neuregelung Sonderlasten für politische Führungsaufgaben berücksichtigen. Der im Karlsruher Urteil für Bremen (mit Einschränkung Nordrhein-Westfalen) geforderte Nachteilsausgleich soll vorab, zumindest für 1987, geregelt werden.

In einem anderen strittigen Punkt, der stärkeren Berücksichtigung der Gemeindesteuern (derzeit 50 Prozent) im Länderfinanzausgleich, sucht Stoltenberg nach einem Kompromiß zwischen den Hauptkontrahenten Niedersachsen (für volle Einbeziehung) und Baden-Württemberg (bisherige Regelung). Denkbar, daß sein Vorschlag, mit dem er eine möglichst breite Ländermehrheit zu gewinnen sucht, bei 75 Prozent liegen wird. Dann wäre das Risiko eines erneuten Gangs nach Karlsruhe geringer.

Dollar unter zwei Mark gefallen

Bundesbank griff nur geringfügig ein – Weiterer Rückgang wird erwartet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar ist trotz vorsichtiger Interventionen der Bundesbank weiter im Gleitflug. Sein amtlicher Kurs wurde gestern wiederum mit weniger als zwei Mark notiert. Er ging von 2,0095 auf 1,9942 DM zurück. Am 19. September war er auf 1,9950 DM gerutscht; danach hatte er sich auf fast 2,05 DM erholt. Nach der amtlichen Kursfeststellung ermäßigte sich die US-Währung am frühen Nachmittag weiter auf 1,9880 DM. Die Bundesbank hat nach Beobachtung von Devisenhändlern nur mit kleinen Beträgen in den Markt eingegriffen, ohne damit den Dollar stabilisieren zu können.

Wie schon am 19. September und am Freitag, als der Dollar nachbörslich unter zwei Mark abglitt, erwies sich das Unterschreiten dieser Marke nicht als das psychologisch bedeutsame Signal, wie man zuvor befürchtet hatte. Das Geschäft spielt sich, wie es im Handel hieß, zwar in einer nervösen Atmosphäre ab, aber ohne jede Spur von Hektik und mit ganz normal großen Umsätzen. Auf dem Weg des Dollars nach unten, an den man sich offenbar gewöhnt hat, werden auch Kurse von weniger als zwei Mark nicht als überraschend empfunden.

Aus Gesprächen mit Devisenhändlern ergibt sich, daß am Markt mit einer weiteren Abschwächung des Dollars gerechnet wird. Eine Abwertung um nochmals fünf bis zehn Prozent wird für nicht unwahrscheinlich gehalten, solange der amerikanische Finanzminister Baker dauernd wiederholt, daß der Dollar sinken werde, wenn sich die Ungleichgewichte der internationalen Leistungsbilanzen auf andere Weise ausglichen. Auf einem nochmals deutlich niedrigeren Niveau müsse man sich aber auf eine Stabilisierung des Dollars und auf etliche „Zacken" nach oben einstellen, meinen Devisenhändler. Sie gehen davon aus, daß die bisherige Dollarabwertung über kurz oder lang auf eine Besserung der amerikanischen Handelsbilanz hinwirken werde, was wohl als Signal zur Eindeckung von Baissepositionen, wenn nicht sogar zur Spekulation auf eine Erholung, interpretiert werden würde.

Das Pfund hat seine Abwärtsbewegung gestern nicht weiter fortgesetzt. Das ist nicht zuletzt Stützungskäufen der Bank von England zu verdanken. Trotz der weiteren Befestigung der Mark gegenüber dem Dollar hat es keine neuerlichen Spannungen im Europäischen Währungssystem gegeben. Gegenüber dem japanischen Yen ist die Mark weiter gestiegen.

Nachfrage aus dem Ausland wird schwächer

HH, Bonn

Auftragseingang und Industrieproduktion haben sich im August gegenüber Juli leicht abgeschwächt. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gingen die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt um ein Prozent zurück. Die Verlagerung von der Auslands- (minus fünf Prozent) zur Binnennachfrage (plus ein Prozent) hat sich, so das Wirtschaftsministerium, bis zuletzt fortgesetzt.

In den Sommermonaten seien die statistischen Unsicherheiten, vor allem wegen jährlich wechselnder Ferientermine besonders groß. Im Zweimonats-Vergleich (Juli/August gegenüber Mai/Juni) stiegen die Auftragseingänge um ein Prozent an (Inland plus 1,5; Ausland minus 0,5 Prozent). Den Vorjahresstand haben die Bestellungen im Juli/August dem Volumen nach um zwei Prozent unterschritten.

Nach dem „spürbaren Anstieg" im Juli ging die Industrieproduktion im August um 0,5 Prozent zurück. Der Zweimonats-Vergleich (Juli/August gegenüber Mai/Juni) zeigt, daß die Aufwärtstendenz nah der Jahresmitte andauerte (plus 2,5 Prozent). Den Vorjahresstand übertraf die Industrieproduktion im Juli/August um ein Prozent.

AUF EIN WORT

„Der technische Fortschritt weist den Unternehmern eine Schlüsselrolle zu: Nur sie sind befähigt, Ideen und Markt zu einem System miteinander zu verknüpfen."

Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. FOTO: JUPP DARCHINGER

Ifo befürchtet Schwächephase bei Investitionen

DANKWARD SEITZ, München

Das mittelfristige Wachstum der Wirtschaft in der Bundesrepublik wird ganz entscheidend davon abhängen, ob es gelingen wird, in den Jahren 1988 und 1989 einen Investitionsrückgang zu vermeiden. Nach Auffassung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung sprechen eine Reihe von Gesichtspunkten dafür, daß die Investitionskonjunktur 1988 oder 1989 in eine Schwächephase geraten wird.

So werden die Impulse für die Investitionsneigung aus dem Konsumschub in Folge des Ölpreisverfalls abklingen; die notwendige Konsolidierung des US-Staatshaushalts werde eine dämpfende Wirkung auf die Weltkonjunktur haben; das ausgeprägte Defizit der US-Handelsbilanz werde den Außenwert des Dollar weiter drücken. Außerdem hätten die Nominalzinsen ein historisch niedriges Niveau erreicht. Die Befürchtungen, daß höhere Inflationsraten wiederkehren, könnten einen Anstieg der Kapitalmarktzinsen nach sich ziehen. Schließlich befürchtet man bei Ifo, daß der Investitionsaufschwung erlahmen wird, wenn die Kapazitätseffekte der bisher durchgeführten Erweiterungsinvestitionen zum Tragen kommen. Vor neuerlichen Erweiterungen müsse erst wieder die Nachfrage in diese Kapazitäten hineinwachsen.

Wie ein Scheich getäuscht wurde

INGE ADHAM, Koblenz

Vorsichtshalber war die Strafkammer in einen größeren Sitzungssaal umgezogen. Der Auftritt des saudiarabischen Scheichs Saleh A. Kamel im Prozeß gegen Horst Dieter Esch, Begründer und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Ende 1983 zusammengebrochenen IBH-Holding würde wohl mehr Interesse beim Publikum auslösen, als es Wirtschaftsstrafsachen normalerweise tun.

Die Zuhörerzahl blieb freilich nach wie vor gering, den typischen „Gerichtsgehern" ist die Materie wohl zu spröde. Umso größer war das Aufgebot an Fotografen, die freilich viel länger als ursprünglich vermutet warten mußten. Die Kammer hatte nämlich zunächst noch einen Zeugen aus der letzten Woche „aufzuarbeiten". Ahmed A. Moussa, der noch am 17. Oktober 1983 als Beauftragter des Scheichs in den Vorstand der IBH-Holding eingetreten war.

Nach seiner Aussage stand der Scheich der hohen Beteiligung bei IBH durchaus kritisch gegenüber, hatte sich aber entschlossen, auch die letzte Kapitalerhöhung (die dann nicht mehr zustande kam) mitzumachen, freilich gegen gewisse Sicherheiten. Erst im November und Dezember 1983 habe der Scheich geäußert, er fühle sich getäuscht, vor allem, weil die anderen Aktionäre nicht so große Verluste erlitten hätten wie er.

Aus seiner Enttäuschung machte der Scheich dann auch in einem einleitenden Statement keinen Hehl. Im hochgeschlossenen grauen Anzug mit passenden Slippern und Gebetskette sah er freilich wesentlich älter aus, als die von ihm genannten „rund 46 Jahre". Diese Angabe konnte freilich Richter Unkrich genausowenig erschüttern, wie der Hinweis, daß er, der Scheich, an keinem bestimmten Ort lebe.

Scheich Saleh A. Kamel, Präsident der Dallah-Gruppe, die sich an dem Baukonzern IBH beteiligt hatte, hat weitgespannte Interssen, auch außerhalb von Saudi-Arabien. Den Fall IBH nannte er seinen größten Verlust, allerdings gehe es für ihn dabei nicht nur um Geld, er habe vielmehr auch den Glauben an die Deutschen verloren. Sie schilderte der Scheich als seriös, erfolgreich und ehrlich.

Vor allem aus diesem Blickwinkel wollte er seine Bereitschaft zur Beteiligung an der IBH gewertet wissen. Mit dieser Vorstellung habe er Esch getroffen und ihm geglaubt, „weil er einer ehrlichen Nation angehört". Neben der großen Überzeugungskraft Eschs lockten den Scheich auch die übrigen Partner bei der IBH. Bei solchen Namen wie General Motors, Babcock, Powell und Duffryn sowie Graf Galen und die SMH-Bank habe er sich nicht vorstellen können, daß etwas mit der Beteiligung nicht in Ornung sei.

Sein Ziel sei nicht gewesen, am Jahresende eine hohe Dividende zu kassieren, sondern die IBH-Aktie zu einem börsengängigen Papier zu machen. Heute meint der Scheich, daß ihm damals alle möglichen Angaben gemacht worden seien, die sich aus heutiger Sicht als Unwahrheit herausstellten.

Ein gewisses Mißtrauen des Scheichs spricht aus einem Brief an Esch, in dem er sich rechtliche Schritte vorbehält, falls ihm falsche Auskünfte gegeben worden seien. Bis zum „Krisentreffen" in London kurz vor dem Zusammenbruch der IBH hat der Scheich nach eigenem Bekunden nicht gewußt, daß die anderen Partner in die IBH nicht wie er Bargeld eingeschossen hatten.

Zu hoch bewertet

cd. – Der leichte Rückgang des Auftragseingangs und der Produktion im August scheint auf den ersten Blick nicht so ganz in das Bild der aufwärtsstrebenden Konjunktur zu passen. Aber man sollte einzelne Monatsergebnisse nicht überbewerten, schon gar nicht die aus der Ferienzeit.

Unverkennbar ist allerdings, daß der Export deutlich an Dynamik verloren hat, eine Entwicklung, die sich fortsetzen wird. Die Inlandsnachfrage, und hier vor allem die nach Konsumgütern, hat die Rolle des Konjunkturmotors übernommen. Das entspricht genau den Projektionen. Mit dieser Gewichtsverlagerung der konjunkturellen Antriebskräfte leistet die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Einebnung der Ungleichgewichte in den internationalen Zahlungsbilanzen.

Ein Knick drohte der deutschen Konjunktur nur, wenn die Verschlechterung der Exportchancen, gefördert von einer weiteren kräftigen Mark-Aufwertung, so stark auf die Investitionstätigkeit durchschlüge, daß deren Abschwächung nicht mehr von der Inlandsnachfrage abgefangen würde. Aber dieses Szenario zeichnet sich noch nicht ab, auch nicht für 1987.

Vor diesem konjunkturellen Hintergrund gibt es keinen Anlaß, auf eine baldige Senkung der Bundesbankzinsen zu spekulieren. Schon gar nicht auf eine Diskontsenkung an diesem Donnerstag.

Finanzplatz Schweiz

Von ALFRED ZÄNKER, Genf

Sind die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz noch attraktiv genug? Diese Frage wird zur Zeit stark diskutiert, denn in den letzten Jahren hat die ausländische Konkurrenz an Boden gewonnen. Sicher ist, daß Zürich auch heute noch einige Trümpfe im verschärften Kampf um Marktanteile zu bieten hat. Dennoch: Der Finanzplatz Schweiz beginnt auf seine Grenzen zu stoßen.

Mit der Liberalisierungswelle und fortschreitenden Globalisierung der Finanzmärkte haben sich die Standortfaktoren zugunsten der drei großen Zentren New York, London und Tokio verbessert. Sie üben nun einen beträchtlichen Sog auf die kleineren Finanzplätze aus. Jedes dieser Ballungszentren hat sich für seine Zeitzone eine dominierende Rolle gesichert.

Die Schweiz verliert damit auch innerhalb Europas an Bedeutung. Zürich droht zu einem Satelliten Londons zu werden. Schweizer Banken sehen sich zunehmend darauf beschränkt, Marktnischen aufzuspüren, auszubauen und zu verteidigen.

Dem Finanzplatz Schweiz ist neue Konkurrenz erwachsen. Zürich droht zu einem Satelliten Londons zu werden. Viel hängt davon ab, ob es gelingt, das Vertrauen des Auslands in das Bankgeheimnis zu festigen.

Aber auch der Mangel an hochqualifiziertem Personal setzt dem Bankenwachstum enge Grenzen. Die Ausbildungsmöglichkeiten in der Schweiz sind ungenügend. Die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte wird durch eine äußerst restriktive Fremdarbeiterpolitik verhindert.

Außerdem müssen Schweizer Banken der Konkurrenz gegenüber steuerliche Nachteile für ihre Kunden in Kauf nehmen. Das wirkt sich im Geschäft mit institutionellen Anlegern, die heute die Szene beherrschen und von renditehungrigen Spezialisten betreut werden, besonders nachteilig aus.

Wertschriftenerträge und Bankzinsen werden in der Schweiz mit einer an der Quelle erhobenen „Verrechnungssteuer" von 35 Prozent belastet, die höher ist als anderswo. Das gilt – im Unterschied zur Bundesrepublik und den USA – auch für Ausländer und trifft besonders jene Kunden, die keine Rückerstattung unter Doppelbesteuerungsabkommen geltend machen können.

Emission und Handel mit Wertpapieren werden mit Stempelabgaben belastet. Der Satz für Euroemissionen ist kürzlich zwar von drei auf 1,5 Prozent gesenkt worden, bleibt aber auch in dieser Höhe ein Nachteil gegenüber anderen Finanzplätzen. Luxemburg zum Beispiel hat plötzlich alle Stempelsteuern und eine Abonnementtaxe auf Schuldverschreibungen abgeschafft.

Bisher wurden auch physische Goldtransaktionen mit einem Satz von 6,2 Prozent besteuert. Ein großer Teil des Goldgeschäftes war deshalb nach London abgewandert, und der Anteil der Schweiz am freien Goldhandel von zwei Dritteln in den siebziger Jahren auf weniger als die Hälfte gesunken. Bern hat nun ab 1. Oktober die Goldsteuer aufgehoben. Ob es gelingt, die alte Position im Goldhandel zurückzugewinnen, ist allerdings fraglich.

In den letzten Jahren sind in Kreisen privater ausländischer Anleger auch Zweifel am früher sakrosankten Schweizer Bankgeheimnis aufgekommen, das unter amerikanischem Druck im Kampf gegen internationale Verbrechen und Insider-Geschäfte gelockert werden mußte. Dazu hat auch die Marcos-Affäre beigetragen.

Bern ließ die Marcos-Gelder bei Schweizer Banken kurzerhand blockieren, obwohl Manila noch keine formelle Anklage gegen den Ex-Diktator erhoben hatte und damals auch noch kein Rechtshilfegesuch an die Schweiz vorlag.

Die Schweiz hat allerdings immer noch einige gewichtige Vorteile zu bieten: ihre politische und wirtschaftliche Stabilität, ihre Neutralität, die Mehrsprachigkeit des Bankpersonals und eine allgemein gute, zuverlässige Kundenbetreuung, die finanzielle Sicherheit und „Krisenresistenz" der Banken. Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften gehören zu den strengsten der Welt. In den nächsten Jahren aber wird viel davon abhängen, ob sich die Regierung in Bern und ihr sozialdemokratischer Finanzminister dazu durchringen können, das Steuerklima zugunsten der Banken weiter zu verbessern und das Vertrauen des Auslands in das Bankgeheimnis zu befestigen.

Gesichert ist deshalb die schweizerische Marktposition noch keinesfalls. Finanztransaktionen sind in der heutigen Welt der totalen Kommunikation an keinen Ort mehr gebunden. „Eine Pflanze, die nicht mehr wächst, wird krank", hat der Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich, Robert Studer, das Problem formuliert. Und: „Hoffentlich muß diese Feststellung nicht eines Tages für den Finanzplatz Schweiz getroffen werden."

Verabschiedet sich USX aus der Chemiebranche?

DW. Bonn

Die Übernahmegerüchte reißen bei der USX Corp. nicht ab. Jetzt bietet das Unternehmen seine Chemie-Aktivitäten am Markt an, verlautet aus Wall-Street-Kreisen. Der Verkauf könnte dem Stahl- und Ölriesen zwischen 500 und 750 Mill. Dollar einbringen. Aber das wäre nicht der entscheidende Aspekt. Interessanter ist vielmehr, daß ein Abschied aus der Chemiebranche ein erster konkreter Schritt in Richtung Umstrukturierung wäre. Schließlich belastet die Chemiesparte das Unternehmensergebnis. Das bedeutete aber auch, daß dem Verkauf vermutlich eine höhere Bewertung von USX an der Börse folgen würde. Ein höherer Kurs könnte wiederum USX-Interessenten vom Kauf abhalten.

Aber das gilt vermutlich nicht für Carl C. Icahn, der schon Übernahmehunger signalisiert hat. An der Wall Street vermutet man, daß Icahn der US-Wertpapier- und Börsenkommission (SEC) in den nächsten Tagen seinen Bestand an USX-Aktien mitteilen wird. Händler glauben, daß der Käufer der Trans World Airlines sieben bis acht, vielleicht auch zehn Prozent der 257 Millionen USX-Aktien hält. Bei verschiedenen Banken hat Icahn sich offenbar schon erkundigt, wie eine Übernahme zu finanzieren wäre.

Kernenergie bleibt umstritten

IEA: Ölverbrauch stieg bis September um drei Prozent

Mi./DW. Cannes/Paris

Die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Politik der Diversifizierung der Energieressourcen und mögliche Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl sind die wichtigsten Themen der 13. Weltenergie-Konferenz, auf der bis Freitag in Cannes rund 5000 Vertreter der Energiewirtschaft aus etwa 70 Ländern vertreten sind. Während in einigen Ländern wie der Bundesrepublik der Reaktorunfall zu massiven Forderungen nach einem Kernenergie-Ausstieg geführt hat, bestehen in der Sowjetunion und – wie Mitterand betonte – im Gastgeberland Frankreich feste Absichten, die Kernenergie weiter auszubauen.

Mitterrand unterstrich in seiner Eröffnungsansprache die Notwendigkeit, der Verantwortung für die Dritte Welt stärker Rechnung zu tragen. Er sprach sich für Maßnahmen zur Förderung der Energieressourcen der Entwicklungsländer und eine bessere Teilung der Energiemittel in der ganzen Welt aus. Der Präsident der Welt-Energie-Konferenz, Satish Chandran (Indien), unterstrich in seiner Rede, daß der gegenwärtige hohe Energieüberschuß nicht zu Fehleinschätzungen führen dürfe. Um langfristig ein Gleichgewicht zu erreichen, müsse eine geringere Abhängigkeit vom Erdöl sichergestellt werden.

Die westlichen Industrieländer haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres zwischen 2,5 und drei Prozent mehr Öl verbraucht als ein Jahr zuvor, geht aus dem gestern in Paris veröffentlichten monatlichen Ölmarktbericht der Internationalen Energieagentur (IEA) hervor. Danach ist der Verbrauch mit 4,5 Prozent im zweiten Quartal am stärksten gestiegen. Für das letzte Vierteljahr wird er nach Schätzungen der Fachleute zwei bis 2,5 Prozent höher ausfallen als im Jahr zuvor.

Die Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) haben, so die IEA, ihre Vereinbarung über eine Produktionsdrosselung im September eingehalten. Die Fördermenge ist von mehr als 20 Mill. Barrel (je 159 Liter) pro Tag im Juli und August auf 16,8 Mill. Barrel pro Tag im September gesunken.

Die Opec-Ölminister sind gestern in Genf zu einer erneuten Konferenz über die Stabilisierung des Ölpreises zusammengekommen. Der iranische Ölminister Gholamresa Aghasadeh äußerte sich nach einer Reihe von Vorgesprächen mit seinen Kollegen zuversichtlich, daß die auf der letzten OPEC-Tagung beschlossene Förderdrosselung verlängert werden könnte. Saudi-Arabien und Kuwait haben angekündigt, in Genf eine Vergrößerung ihres Förder-Anteils anzustreben. Saudi-Arabien will nach Angaben Jamanis auch darauf dringen, zu dem System fester Ölpreise zurückzukehren.

EG warnt USA vor Verstoß gegen Gatt-Regeln

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat sich besorgt über Pläne von amerikanischen Kongreßabgeordneten geäußert, den Zugang ausländischer Firmen zu Beschaffungsaufträgen des amerikanischen Verteidigungsministeriums weiter einzuschränken. In einer in Washington übermittelten Note heißt es, wenn entsprechende Gesetzesinitiativen Erfolg hätten, würde dies einen Bruch der Gatt-Vereinbarungen für öffentliche Aufträge bedeuten.

Die Bedenken Brüssels richten sich vor allem gegen zwei Gesetzentwürfe: Der erste soll sicherstellen, daß das Pentagon künftig US-Firmen den Zuschlag erteilt, wenn die Preisdifferenz zwischen deren Angebot und dem der ausländischen Firmen nicht größer als fünf Prozent ist und im Endprodukt nicht mindestens 50 Prozent im Lande gefertigter Bestandteile enthalten sind. Nach dem zweiten Entwurf sollen Aufträge für Kugel- und Rollenlager einheimischen Firmen vorbehalten sein.

Die Gatt-Partner haben sich darauf verständigt, wenigstens bei den rund 20 Prozent Aufträgen, die im Verteidigungsbereich nicht von vornherein der nationalen Industrie vorbehalten sind, ausländische Anbieter nicht zu diskriminieren. EG-Firmen erhielten aus dem Beschaffungsetat des Pentagon 1984 nur 1,2 von 17,6 Mrd. Dollar.

Noch fehlt ein Kompromiß

Kleine Fortschritte bei der Liberalisierung des Luftverkehrs

WILHELM HADLER, Brüssel

Offenbar haben die Bemühungen der EG um eine Liberalisierung des Luftverkehrs Fortschritte gemacht. Trotzdem dürfte es der britischen Präsidentschaft wohl kaum gelingen, die Mitgliedsregierungen noch vor Jahresende zu einem politischen Kompromiß zu überreden.

Londons Verkehrsminister John Moore ließ nach einer informellen Aussprache mit seinen Kollegen keinen Zweifel daran, daß noch „viele Monate harter Verhandlungen" bevorstünden. Zwar habe es Fortschritte bei den Beratungen gegeben, meinte er, doch hätten beinahe alle Regierungen nach wie vor Besorgnisse geäußert und sich bei keinem Problem endgültig festgelegt.

Dies entspricht in der Tat dem Charakter derartiger weder von Kommuniqués noch einer festen Tagesordnung belasteter Zusammenkünfte. Sie dienen vor allem dazu, Kompromißmöglichkeiten zu sondieren, bevor die Teilregelungen zu Papier gebracht werden. Andererseits rücken jedoch manche Probleme oft erst dann ins grelle Licht, wenn es um genauere Festlegungen geht.

Da die bisherigen Vorschläge der Kommission für eine schrittweise Auflockerung der Tarif- und Kapazitätsregeln im Luftverkehr offenbar nicht konsensfähig sind, muß die EG-Behörde entscheiden, ob sie ihre Vorlage im Sinne eines noch vorsichtigeren Ansatzes modifizieren soll. Den Weg dazu hat überraschend die britische Regierung gewiesen.

Während die Briten bisher zu den kompromißlosen Verfechtern eines strengeren Wettbewerbs in der Luftfahrt gehörten, mußten sie sich bei dem Londoner Treffen den Vorwurf gefallen lassen, ihr liberales Konzept aufgegeben und ihre holländischen Freunde im Stich gelassen zu haben.

Die britische Position hat sich nämlich weitgehend der gemeinsam von Frankreich und der Bundesrepublik vertretenen Linie angenähert. Dies scheint in dem Wunsch geschehen zu sein, überhaupt einen Kompromiß zustande zu bringen.

Der deutsch-französische Vorschlag, der im Juni in die Beratungen des Ministerrates eingebracht worden war, geht zunächst einmal von ersten Liberalisierungsschritten bei Discount- und Superdiscounttarifen aus. Wie Paris und Bonn scheint nun auch London damit einverstanden zu sein, daß die gegenwärtige Kapazitätsaufteilung von 50 zu 50 zunächst einmal nur auf 45 zu 55 Prozent aufgelockert wird, weil dann nach einer Reihe von Jahren ein Verhältnis von 40 zu 60 Prozent angestrebt werden soll.

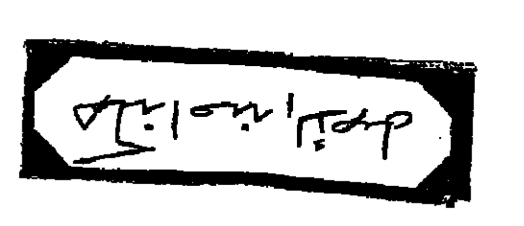
Der französische Verkehrsminister, Jacques Douffiagues, sagte nach dem Treffen: „Man orientiert sich auf die Möglichkeit, niedrigere Tarife überall dort einzuführen, wo dies möglich ist."

Mehr Lizenzen für deutsche Banken in Japan gefordert

VWD, Washington

Die Bundesrepublik und Japan haben am Wochenende offenbar Fortschritte bei der Auseinandersetzung über die Verbesserung des Zugangs der Banken zu den jeweiligen Finanzmärkten erzielt. Staatssekretär Tietmeyer machte jedoch deutlich, daß die Bundesrepublik den Ausschluß japanischer Institute von der Konsortialführung für in D-Mark denominierte Euroanleihen nur aufheben werde, wenn sieben deutsche Banken die Lizenz für den Wertpapierhandel in Tokio erhalten haben. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank verfügen bereits über eine derartige Lizenz. Die DG Bank dürfte demnächst eine Genehmigung erhalten.

Als weitere Institute bewerben sich Commerzbank AG, Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Bayerische Vereinsbank AG und BHF-Bank. Die japanische Seite hat bei den Gesprächen, die im Anschluß an die Weltwährungskonferenz stattfanden, auf bessere Refinanzierungsmöglichkeiten für japanische Banken in der Bundesrepublik gedrängt. Über dieses Problem klagen auch ausländische Banken in Japan. Zudem gebe es im Interbankengeschäft Schwierigkeiten. So müßten die Institute Sicherheiten für Tagesgeld (bis zu sieben Tage) hinterlegen.



In China fehlen gute Manager

Europäische Firmen stoßen auf große Personalprobleme

Stü. Frankfurt

Ostasien gilt als Wachstumsregion schlechthin. Europäischen Unternehmen, die sich dort direkt engagieren wollen, stellt sich die Frage, inwieweit sie bei der Besetzung leitender Positionen auf qualifizierte einheimische Manager zurückgreifen können. Insgesamt dürften gute Führungskräfte für mittlere und gehobene Positionen in den nächsten Jahren knapp bleiben, erwartet Stanley Holt, der für die Personalberatung Boyden International in Tokio arbeitet.

Nach Ländern gebe es aber sehr große Unterschiede. In einigen Staaten, zum Beispiel in Malaysia, Indonesien und Singapur, fehlten die notwendigen Voraussetzungen zur Heranbildung qualifizierter Führungskräfte. „Manager können nicht gemacht werden, sie müssen sich entwickeln", betonte Holt.

Und selbst dort, wo es ein gutes Reservoir an Managern gebe, etwa in Japan oder Hongkong, diagnostiziert Holt Engpässe: So seien in Japan nach der Zulassung ausländischer Handels- und Wertpapierbanken ausgebildete Bond-Trader, Experten für Swap-Geschäfte und Devisenhändler Mangelware. Auch in der britischen Kronkolonie fehlten Experten für Kapitalmarkt und Kreditwesen.

Hongkong ist Startbasis für viele Firmen, die eine Geschäftsbeziehung mit oder in der Volksrepublik China anknüpfen wollen. Für sie ist nach Holts Erfahrung neben den allgemeinen Hemmnissen („die größte Bürokratie der Welt") das Personalproblem eine besondere Hürde.

Da das kommunistische System die Entwicklung einer Manager-Schicht nie zugelassen habe, müßten diese Firmen außerhalb Chinas qualifizierte Mitarbeiter finden. Ein Reservoir von Ausländern und Überseechinesen, die ein Unternehmen in der Volksrepublik repräsentieren können, sei zwar vorhanden. Aber insbesondere der Einsatz von Auslandschinesen schaffe Probleme, da sie – die Privilegierten – oft von den Einheimischen unter Druck gesetzt würden. Auf Dauer gebe es für westliche Unternehmen daher keine andere Lösung, als selbst Manager auszubilden.

Versicherungsgeschäft blüht

Steigende Prämieneinnahmen und Gewinne in Italien

ds. Mailand

Die Versicherungsunternehmen verzeichnen in Italien wachsende Prämieneinnahmen und Gewinne. Stark zunehmend ist vor allem das Geschäft in der Lebensversicherung, die jetzt in der Bevölkerung jahrzehntealte Barrieren zu überwinden beginnt.

Italiens größter Versicherungskonzern, Assicurazioni Generali, Triest, erhöhte sein Prämienaufkommen im ersten Halbjahr gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 19,5 Prozent auf 1772,8 Mrd. Lire, wobei im Bereich Leben eine Zunahme von 20,1 Prozent eintrat. Das Prämienvolumen der zweitgrößten italienischen Versicherungsgesellschaft, RAS, Mailand, deren Kontrolle seit dem vergangenen Jahr von der Münchner Allianz AG ausgeübt wird, stieg um 18 Prozent auf 919,1 Mrd. Lire. Dabei stand einer Zunahme in den Schadensbereichen von 13 Prozent in der Lebensversicherung eine Steigerung von 42 Prozent gegenüber.

Die Gesamtgruppe Assicurazioni Generali erhöhte ihr Prämienvolumen im In- und Ausland im ersten Halbjahr um 10,7 Prozent auf 2692 Mrd. Lire. Im gesamten Jahr 1985 erzielte Assicurazioni Generali Prämieneinnahmen in Höhe von 6157 Mrd. Lire (plus 21 Prozent) und einen konsolidierten Konzerngewinn von 334,2 Mrd. Lire.

Das Prämienaufkommen der RAS-Gruppe betrug im ersten Halbjahr 1986 2082 Mrd. Lire, während im Gesamtjahr 1985 das konsolidierte Prämienvolumen des Konzerns um 15,3 Prozent auf 3077 Mrd. Lire zunahm. Der konsolidierte Reingewinn von RAS betrug im vergangenen Jahr 91,3 Mrd. Lire. Beide Versicherungsgruppen rechnen in diesem Jahr mit einer erheblichen Gewinnzunahme.

Greyhound: Stirbt ein Mythos?

MARCEL LOKO, Bonn

Die Musiker der Popgruppe Rolling Stones haben ihn nicht mehr nötig, den Greyhound-Bus. Doch die wahren „rolling stones", von denen sich die Gruppe den Namen lieh, trifft man immer noch in den silber-blauen Bus-Ungetümen.

Für die „rollenden Steine", deren Lebensphilosophie es ist, durch das Land zu reisen, ohne festen Wohnsitz, ohne feste Arbeit, für sie – und nicht nur für sie – sind die 3000 Greyhound-Busse mit ihren 15 000 Haltestellen quer durch den riesigen Kontinent Symbol für unendliche Weite, Freiheit und Abenteuer.

In den fünfziger Jahren brachte der Bus die „outbacks", die Kleinstädter, in die großen Städte, in den Sechzigern waren die langhaarigen „flower-power-people" die auffälligsten Kunden. Nicht nur die rastlosen Träumer des „american dream" würde die Aufgabe des wie Coca-Cola und McDonald's zur amerikanischen Lebenskultur gehörenden Greyhound-Busverkehrs bedauern.

Weniger romantisch nehmen sich die Geschäftsberichte aus. Dem größten Transportunternehmen der westlichen Welt droht der Verkauf oder die Auflösung. Zwar werden mit 710 Mill. Dollar Umsatz und einem Betriebsgewinn von 30 Mill. noch schwarze Zahlen „eingefahren", doch gehen diese hauptsächlich auf Kosten von Entlassungen und tiefen Einschnitten in den Betrieb.

John Teets, Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens, kündigte an, das Unternehmen werde verkauft, sollte die Belegschaft eine dreißigprozentige Lohnkürzung nicht akzeptieren. Die Belegschaft weiß, daß die Warnung keine bloße Drohgebärde ist. Im Jahre 1983 verkaufte Teets die zur Greyhound-Gruppe gehörenden Lebensmittelunternehmen Armour Foods binnen eines Monats, als die Angestellten sich weigerten, erheblichen Lohnkürzungen zuzustimmen.

Besonders der Überlandverkehr ist unrentabel geworden. Teets begründet dies mit dem immer billiger werdenden Flugverkehr. Ein Flug New York–Los Angeles dauert fünf Stunden und kostet inzwischen oft nur noch 99 Dollar, die Fahrt mit dem Greyhound-Bus dauert drei Tage und drei Nächte für 59 Dollar.

Da auch das entscheidende „Bus-Argument", der Preis, nicht mehr zieht, sieht es um die Zukunft des Unternehmens tatsächlich schlecht aus. Marktchancen sieht Teets nur zweierlei: Die Kurz- und Mittelstrecken, die von den Fluggesellschaften nicht hinreichend bedient werden, und die 25 Millionen Amerikaner, die immer noch Angst vor dem Fliegen haben.

Binnennachfrage sichert den Aufschwung

Py. Düsseldorf

Mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts um 3,5 (2,5) Prozent, einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen um bis zu 350 000 bei gleichzeitigem Absinken der Arbeitslosenzahl unter die Zwei-Millionen-Grenze sowie nur moderater Preissteigerungsrate von einem (minus 0,5) Prozent gibt die Westdeutsche Landesbank, Düsseldorf, der Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1987 in der Bundesrepublik eine außerordentlich gute Perspektive.

In ihrem neuesten „Lagebericht Wirtschaft" meint die Bank, ihre Prognosedaten „markierten nicht einmal den optimistischen Rand der Möglichkeiten", denn angesichts des statistischen Überhangs (am Jahresende wird das Produktionsniveau schon erheblich über dem Jahresdurchschnitt 1986 liegen) implizierten 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt schon eine gewisse Abschwächung der Wachstumskräfte im Lauf des Jahres 1987.

Die anhaltend hohe Inlandsnachfrage, hier vor allem auch der private Verbrauch, stellen nach Ansicht der WestLB-Analysten eine sichere Stütze für die Entwicklung dar, während vom Außenbeitrag dämpfende Effekte ausgehen werden. Die Bank: „Es wird also weiter Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ‚exportiert' werden."

Die private Einkommenssituation verbessert sich 1987 bei deutlichem Zuwachs der Beschäftigung weiter, und die Impulse, die der Konsum vom Ölpreisverfall und von der ersten Stufe der Steuerreform 1986 erhalten habe, dürften zum Teil erst im kommenden Jahr voll zur Geltung kommen. Die 1986 leicht steigende Sparquote könnte dann wieder auf das Niveau der Vorjahre sinken. Den Saldo der deutschen Handelsbilanz schätzt die WestLB für 1987 auf 80 (100) Mrd. DM, den der Leistungsbilanz auf 40 (65) Mrd. DM.

Neugeschäft in allen Sparten munter entwickelt

Die Continentale Versicherungsgruppe erwartet auch im laufenden Jahr zufriedenstellende Ergebnisse

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Continentale Versicherungsgruppe (Kranken, Leben, Sach) erwartet auch für das Gesamtjahr 1986 „eine gute Geschäftsentwicklung und zufriedenstellende Ergebnisse", nachdem im ersten Halbjahr das Neugeschäft in allen Sparten übertroffen wurde. In der Krankenversicherung wurde ein um 6,8 Prozent höheres Neugeschäft erzielt, in der Lebensversicherung gab es ein Plus von 3,1 Prozent. Auch bei den Beiträgen ist gruppenweit ein Zuwachs zu verzeichnen. Die Lebensversicherung legte hier um 8,7 Prozent, die Sachversicherung um 9,4 Prozent zu. Bei der Continentale Krankenversicherung aG, Dortmund, machten sich die Auswirkungen der neuen Beihilferegelungen für Angehörige des öffentlichen Dienstes negativ bemerkbar. Daher lagen hier die Beitragszuwächse um 2,2 Prozent unter dem Vorjahreszeitraum.

Die Continentale Kranken, auf die im 60. Jahr ihres Bestehens rund zwei Drittel des Gruppen-Prämienaufkommens entfallen, erzielte 1985 mit 69 (80) Mill. DM einen geringeren Rohüberschuß. Einmal wuchsen die Aufwendungen für Versicherungsfälle stärker als die Beiträge, zum anderen verschlechterten sich gleichzeitig die Kostenrelationen. Die weiter gestiegenen Kapitalerträge waren somit wieder die wichtigste Quelle des Überschusses. Davon wurden 4 (5) Mill. DM der Verlustrücklage und 3 (9) Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen.

In den letzten Monaten wurde das Tarifangebot der Continentale Kranken erweitert, so um zusätzliche Beamtentarife, ein Kompakt-Versicherungsangebot für Ärzte und um eine Pflegetagegeld-Versicherung, die sich durch einen frühen Leistungsbeginn auszeichnet. Die im voraus zugesagte, mit der Zahl der leistungsfreien Jahre bis fünf Monatsbeiträge steigende Beitragsrückerstattung bringt den Versicherten je nach abgeschlossenem Tarif weitere Vorteile.

Die Continentale Lebensversicherung aG, München, steigerte 1985 ihr Neugeschäft um 6,7 Prozent auf 867 Mill. DM, der Bestand erreichte 6,07 (5,63) Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beiträge nahmen um 8,4 Prozent auf 205 Mill. DM zu.

Während sich die Verwaltungskosten-Quote mit 5,8 Prozent der Beiträge gegenüber dem Vorjahr gehalten hat, stieg die Abschlußkosten-Quote auf 37,6 (37,3) Promille des Neugeschäfts leicht an. Aus den auf 1,52 (1,35) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen wurden Erträge von 111 Mill. DM (plus 11,1 Prozent) erwirtschaftet. Das entsprach einer laufenden Durchschnittsrendite von 7,7 (7,8) Prozent.

Der Bruttoüberschuß erhöhte sich auf 96 (87) Mill. DM, das waren 46,6 (46,6) Prozent der Beiträge. Vom Überschuß kommen 24 (19) Mill. DM als Direktgutschrift, 71 (69) Mill. DM als Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung den Versicherten zugute. Damit werden sie mit 99 Prozent am Überschuß beteiligt.

Die Gesellschaft hat die Wahlmöglichkeiten der Kunden zur Verwendung der Überschußbeteiligung erweitert. Neben dem Bonussystem mit hohem Versicherungsschutz und hoher Ablaufleistung können die Überschußanteile bei unverändertem Beitrag auch für einen zusätzlichen Todesfallbonus verwendet oder verzinslich angesammelt werden. Der zusätzliche Todesfallbonus beträgt bis zu 100 Prozent und ist in dieser Höhe ein Novum auf dem deutschen Markt. Diese Variante der Überschußverwendung eignet sich besonders zur Absicherung junger Familien und für Finanzierungen.

Continentale Kranken	1985	± %
Beiträge (Mill. DM)	867	+ 0,9
Aufw. f. Vers. Fälle	697	+ 4,5
Versich.-Leistung ¹)	851	+ 4,7
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	62	- 5,6
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	245	- 18,9
Kapitalanlagen ²)	1 711	+ 8,4
Kapitalerträge ³)	131	+ 12,2

in % d. Beitr.	1985	1984	1983
Schadenquote ⁴)	80,4	77,5	72,3
Leistungsquote ⁵)	98,2	94,6	92,2
Kostenquote ⁶)	13,2	12,8	13,0
Überschußquote ⁷)	8,0	9,3	13,7

¹) Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; ²) oh. Depotford.; ³) netto; Durchschnittsrendite; 8,0 (7,7) Prozent; ⁴) Aufw. f. Vers. Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; ⁵) Vers.-Leistung; ⁶) Abschluß u. Verw. Kosten; ⁷) Bruttoüberschuß.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Bewag mit Bonus

Berlin (tb.) – Die Berliner Kraft- und Licht (Bewag) AG will für das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) neben einer unveränderten Dividende von 5 DM einen zusätzlichen Bonus von 1 DM je 50-DM-Aktie ausschütten. Das teilte das Unternehmen gestern mit. Das gewinnberechtigte Kapital beträgt 560 Mill. DM, der Gewinn 67,2 Mill. DM.

Nordfrost im Süden

Düsseldorf (Py.) – Die bereits an sieben Plätzen Norddeutschlands mit Großkühlhäusern vertretene Nordfrost Kühl- und Lagerhaus GmbH & Co. KG, Schortens/Wilhelmshaven, will jetzt auch in den süddeutschen Raum vorstoßen. Im kommenden Jahr sind Frankfurt, Stuttgart und München als neue Standorte vorgesehen. Nordfrost investierte 1985 rund 20 Mill. DM, 1986 sind 12 Mill. und 1987 weitere 20 Mill. DM vorgesehen. Das Unternehmen verfügt über mehr als 450 000 cbm Tiefkühlraum. Der Jahresumsatz 1986 wird bei rund 70 Mill. DM liegen.

Seminare für Manager

Berlin (tb.) – In Berlin sollen von 1987 an dreitägige technisch-wirtschaftliche Seminare für Führungskräfte stattfinden. Das haben die Leiter des Instituts für Unternehmensplanung in Gießen, Prof. Dietger Hahn, sowie der Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik in Berlin, Prof. Günter Spur, beschlossen. Bei den Seminaren sollen neue technologische Entwicklungen und ihre Auswirkung auf die Unternehmensführung dargestellt werden. Das Institut für Unternehmensplanung in Gießen besteht zehn Jahre.

Gleichberechtigung

Straßburg (VWD) – In Zukunft kann nicht nur gegen Rechtsakte des Europäischen Parlaments Klage erhoben werden; das Parlament hat seinerseits das Recht, Nichtigkeitsklagen gemäß Artikel 173 gegen andere Gemeinschaftsorgane zu erheben.

Venezuela braucht Kapital

Caracas (AFP) – Venezuela bemüht sich um einen Auslandskredit über 800 Mill. Dollar. Die Mittel sollen in die Aluminium- und Stahlindustrie fließen.

Geers-Stiftung

Düsseldorf (Py.) – Die 1951 gegründete Hörgeräte Geers Theodor Geers GmbH & Co. KG, Dortmund, setzt in diesem Jahr allein 20 Mill. DM mit Hörgeräten um. Derzeit betreibt das Unternehmen, das ein eigenes Labor für Otoplastik sowie eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen unterhält, 45 Fachgeschäfte in der Bundesrepublik. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 280. Anläßlich des 25jährigen Firmenjubiläums wurde eine Geers-Stiftung zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Hörstörungen gegründet. In der Bundesrepublik bestehen rund 1250 Akustikerbetriebe mit einem Gesamtumsatz von etwa 200 Mill. DM. Rund 10,8 Mill. Bundesbürger gelten als mehr oder weniger hörbehindert. Erst zwei Prozent davon sind mit Hörgeräten versorgt.

Auftrag aus China

Hongkong (VWD) – Das China World Trade Center in Peking wird unter der Federführung der Société Auxiliaire d'Entreprises gebaut werden. Das französische Unternehmen erhält Aufträge im Wert von 231 Mill. Dollar. Insgesamt soll das Projekt 360 Mill. Dollar kosten.

Einkaufsersparnis

Gütersloh (hdt.) – In der allgemeinen Tagesdiskussion werden die verbraucherwirksamen Leistungen der SB-Warenhäuser nur wenig oder überhaupt nicht deutlich, stellte der Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser auf seiner Jahrestagung in Gütersloh fest und machte dazu folgende Rechnung auf: Die 431 Märkte seiner 31 Mitgliedsunternehmen erzielten 1985 einen Anteil von 6,8 Prozent am Einzelhandelsumsatz, während der der vier Kaufhaus-Unternehmen mit ihren 358 Häusern in Innenstadtlagen bei 5,8 Prozent lag. Bei wesentlich geringerem Rohertrag haben die SB-Warenhäuser den Verbrauchern eine Einkaufsersparnis von 2,7 Mrd. DM zuzüglich ersparter Parkgebühren erbracht. Die SB-Warenhäuser in der Bundesrepublik erzielten 1985 in ihren Märkten ab 1000 qm Verkaufsfläche einen Umsatz von rund 54 Mrd. DM.

Lockerung in Bulgarien

Sofia (AFP) – Die Bulgaren wählen erstmals die Direktoren ihrer Unternehmen. Die Arbeitnehmer können den jeweils einzigen von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Kandidaten geheim wählen. Erhält er keine Zwei-Drittel-Mehrheit, können sie einen meist gemeinschaftlich aufgestellten Kandidaten wählen.

Neues Technologiezentrum

Köln (dpa/VWD) – Ein Technologiezentrum (Gründer-, Innovations- und Informationstechnik-Zentrum) ist gestern in Köln-Braunsfeld eröffnet worden. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen hob dabei die 1984 eingeführte Kölner Technologierunde, die zur Gründung dieser Einrichtung führte, als ein Musterbeispiel dezentraler Technologiepolitik hervor.

Interkama eröffnet

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Interkama '86, weltgrößte Messe für Meß- und Automatisierungstechnik, ist gestern in Düsseldorf eröffnet worden. Fast 1300 Aussteller zeigen sechs Tage lang neueste Entwicklungen in der Meßtechnik und der Prozeß- sowie Fertigungsautomatisierung.

Internationale Finanzen

ICN: Um 10 Mill. Dollar auf 75 Mill. Dollar hat ICN Pharmaceuticals Inc. das Volumen ihrer Wandelanleihe mit Fälligkeit 2001 aufgestockt.

Eurobonds: Bei einem vom Berufshandel dominierten Geschäft tendierten Eurodollar-Bonds am Montag bei plus 0,125 Punkten.

Zürich: Mit sofortiger Wirkung haben die vier Schweizer Großbanken ihre Sätze für Kundenfestgelder mit Laufzeiten von drei bis zwölf Monaten um 0,25 Prozent auf 3,5 Prozent gesenkt.

Wien: Die Stadt hat für ihre zehnjährigen Bonds über 200 Mill. Sfr einen Kupon von 4,75 Prozent festgelegt. Die Rendite beträgt 4,78 Prozent bei Ausgabekurs 99,75 Prozent.

Okobank: Die finnische Bank begibt Notes mit variablem Zinssatz über 100 Mill. Dollar und Fälligkeit im Oktober 1991 zu Pari. Der Zinssatz wird 0,125 Prozent über dem Sechsmonatslibor betragen.

Wandelanleihe: Die American Barrick Resources Corp. legt eine Euroanleihe über 50 Mill. Dollar mit einem Kupon von 5,25 Prozent und Fälligkeit am 31. Oktober 1991 zu pari auf. Sie kann mit 22prozentigem Aufschlag auch in Gold gewandelt werden.

London: Die Shinagawa Fuel Co. begibt Bonds mit Warrants zum Kauf von Aktien über 40 Mill. Dollar mit Fälligkeit am 30. Oktober 1991 und einem indizierten Kupon von 3,75 Prozent zu pari. (lok.)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Serge Claire Modelle Heinrich Kessel, Monschau-Imgenbroich; **Bayreuth:** BB – Burger Bau GmbH; **Duisburg:** Lee GmbH Motorradbekleidung; **Frankfurt:** Ernst-Karl Wenzel, früher Briefmarkenhändler; **Gießen:** Manfred Belloff, Inh. d. Manfred Belloff Heizungsbau und Sanitär, Linden 2; **Hamburg:** KG. i. Hinrich Blenner G.m.b.H. & Co.; Verwaltungsges. Hinrich Blenner G.m.b.H.; Nachl. d. Percy Fritz Tiefenberg; **Kleve:** Ernst Haring, Platzmeister und früherer Kaufmann, Kalkar-Niedermörmter; Fenstervertrieb Niederrhein GmbH, Straelen; Metallbau und Fassadentechnik Ing. R. Ingenwelt GmbH, Straelen 1; **Ravensburg:** Mascha + Kley GmbH, Industrieelektronic.

Norwegen muß kräftig sparen

Regierung hat den Haushaltsentwurf 1987 vorgelegt

DW. Bonn

Sparsam will die norwegische Regierung das nächste Jahr bewältigen. Der gestern vorgelegte Haushaltsentwurf für 1987 jedenfalls drückt dieses Bemühen aus, zu dem die große Lükke in Oslos Kasse aufgrund des Ölpreisverfalls zwingt. Ohne Berücksichtigung aufgenommener Kredite weist das Budget sogar einen kleinen Überschuß aus: Den Ausgaben von 247,53 Mrd. norwegischen Kronen (67,63 Mrd. DM) stehen Einnahmen von 247,61 Mrd. Kronen gegenüber. Dieser – wenn auch geringe – Überschuß könnte den Druck auf die norwegische Währung mildern.

In dem Etat ist unterstellt, daß die Rohöl- und Erdgasexporte einschließlich damit verbundener Dienstleistungen auch im kommenden Jahr abnehmen werden – auf 48 Mrd. Kronen. Noch 1985 hatte diese Ausfuhr 88 Mrd. Kronen eingebracht; in diesem Jahr sind es voraussichtlich nur noch 57 Mrd. Kronen. Bei den Rechnungen wurde ein Barrel-Preis von 15 Dollar zugrundegelegt.

Auch die Ölsteuereinnahmen schrumpfen stetig. Nach 46 Mrd. im vergangenen Jahr werden es diesmal nur noch 36 Mrd. Kronen sein; im kommenden Jahr sprudeln aus dieser Quelle voraussichtlich nur noch 15 Mrd. Kronen.

Bei diesen Einbußen kommt die Regierung ohne Auslandskredite nicht zurecht. Schon bis zum Sommer hatte sie 3,6 Mrd. Kronen aus dem Ausland beschafft. Bis Ende 1986 wird Norwegen noch einmal den gleichen Betrag benötigen. Für das nächste Jahr sind in der Planung 15 Mrd. Kronen angesetzt.

Schon im Dezember 1985 machten die Nettoauslandsverbindlichkeiten acht Prozent des Bruttosozialprodukts aus. In Oslo wird befürchtet, daß der Anteil am Bruttosozialprodukt Ende des kommenden Jahres 20 Prozent übersteigen könnte.

Um der Wirtschaft in Zukunft eine sicherere Grundlage zu geben, will die norwegische Regierung versuchen, die nicht von der Öl- und Gasförderung abhängigen Wirtschaftszweige zu fördern. Die Abhängigkeit vom Öl soll vermindert werden.

Investitionsführer für den Osten

mk. Bonn

Gemeinschaftsgründungen von Unternehmen aus Ost und West werden von der deutschen Wirtschaft begrüßt. Sie sind nach Ansicht des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft eine „neue Chance für quantitatives und qualitatives Wachstum" der Wirtschaftsbeziehungen. Verwertbare Erfahrungen lägen bisher nur in Ungarn vor. Daher sei der erste Investitionsführer, eine systematische Darstellung der Erfahrungen mit Joint-ventures im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), den jetzt der Ost-Ausschuß in Budapest vorgelegt hat, auch in enger Zusammenarbeit zwischen deutschen und ungarischen Experten entstanden. Nach Ungarn zeigt jetzt auch die Sowjetunion Interesse an Unternehmenskooperationen. In Polen wurden erst vor wenigen Monaten entsprechende Gesetze erlassen. Nach Angaben des Ost-Ausschusses gibt es bereits eine Reihe von deutsch-sowjetischen Kooperationsangeboten. Die in der Sowjetunion noch fehlenden Rahmenbedingungen machten eine intensive Beratung notwendig.

PERSONALIEN

Helmut Stark, Direktor der Zentralen Werks- und Produktionsplanung der Adam Opel AG, Rüsselsheim, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Alfred Lehneis,** bisher Leiter des Finanz- und Rechnungswesens bei der Sandoz AG, Nürnberg, wurde zum 1. Dezember 1986 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Kulmbacher Spinnerei AG, Kulmbach, bestellt. Er ist Nachfolger des am 30. September 1986 ausgeschiedenen **Eckart Helfferich.**

Reinhild Buban, bisher Richterin am Finanzgericht Düsseldorf, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 als Richterin an den Bundesfinanzhof (BFH) in München berufen und dem VIII. Senat (Einkommensteuer) zugeteilt worden.

Dieter Wachweger, Richter am Bundesfinanzhof, wurde per 30. September auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt.

Dr. **Heinrich Brands, Rainer P. Buchheld** und **Manfred Schobert** wurden zu Vorstandsmitgliedern der Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, bestellt.

Die Europäer haben den zweiten Platz verschlafen

„Fortune"-Analyse über erreichten Stand von Wissenschaft und Technik – US-Hersteller führend am Computermarkt

WOLFGANG WILL, New York

Wenig schmeichelhaft für die Europäer ist eine Analyse des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Fortune", bei der es um den derzeitigen Stand der Wissenschaft und Technik geht. Generell rangieren die Europäer hinter den USA und den Japanern an dritter Stelle. Den möglichen zweiten Platz haben sie verschlafen und den Japanern überlassen. Hinter den Europäern liegen die Sowjets.

Der „Fortune"-Analyse liegen Beobachtungen und Urteile von 40 Fachleuten zugrunde, darunter Professoren und Geschäftsleute. Die USA, Japan, West-Europa und die Sowjetunion wurden aufgrund einer imaginären Skala, die von eins bis zehn reicht, beurteilt: Von zehn möglichen Punkten erhalten die USA 9,9, die Japaner 7,3, die Europäer 4,4 und die Sowjets 1,5. „Aber mit mehr und besseren Computern", so die Vorhersage, „könnte die UdSSR die Überraschung beim globalen High-Tech-Wettbewerb werden."

Derzeit liegt die Sowjetunion schätzungsweise ein Jahrzehnt hinter dem Computer-Stand des Westens zurück. Die US-Hersteller von Computern halten den weltweiten Löwenanteil des Marktes, während die Japaner auf 15 Prozent und Europas Hersteller auf zehn Prozent kommen.

Ähnlich ist das Verhältnis bei der Produktion von Mikroprozessoren: Der US-Anteil beträgt 43 Prozent, der Japans 34 Prozent, auf Europa entfallen 18 und auf den Rest der Welt einschließlich des Ostblocks fünf Prozent. Auf einigen Sektoren der Kommunikationstechnik sind die Europäer allerdings führend: So sind zum Beispiel die Digital-Technologien, die Siemens für das Kommunikationswesen entwickelt hat, einmalig. Beim Siemens-System lassen sich Data, Stimme und Video über dieselbe Kommunikationslinie senden.

Gen-Technologie zur Krebsbekämpfung

Bei der Bio- oder Gen-Technologie führen die USA mit 8,9 Punkten, gefolgt von Japan (5,7), Europa (4,9) und der Sowjetunion (1,3). Zu diesem Gebiet gehört die Entwicklung von Methoden zur Krebsbekämpfung durch Mobilisierung des menschlichen Immunsystems, dabei geht es um Gen-Manipulationen mit dem Ziel, Pflanzen (wie Tabak) oder Zitrusfrüchte immun gegen Krankheiten oder Frost zu machen.

West-Europa wird auf diesen Gebieten von „Fortune" als „Langsam-Starter" bezeichnet, doch müsse vor allem auf dem pharmazeutischen Sektor mit Unternehmen wie Bayer und Hoechst (Deutschland) sowie Hoffmann-La Roche, Ciba-Geigy und Sandoz (Schweiz) sowie Rhône-Poulence (Frankreich) gerechnet werden.

Auch auf dem Gebiet neue Materialien oder Werkstoffe führen die USA (7,7 Punkte) vor Japan mit 6,3, Europa mit 6 und der UdSSR mit 3,8 Punkten. Bei den Polymer-Kunststoffen wird den Europäern eine „gewisse Stärke" eingeräumt.

Läßt man die Laser-Technologie außer acht, so führen die Japaner auf dem Gebiet der Opto-Elektronik – einer Kombination aus Elektronik und Optik, dazu gehört beispielsweise die Glasfiber – mit 9,5 Punkten. Es folgen die USA (7,8 Punkte), Europa (5,7) und die Sowjetunion (3,6). Bringt man jedoch hier den Laser ins Spiel, rutschen die Japaner auf den letzten Platz nach den USA, der Sowjetunion und sogar Europa.

Ausbildung in den USA unzureichend

Und die Zukunft? „Fortune" sorgt sich hier um die USA, weil die Bildung auf den Sektoren Mathematik, Naturwissenschaften und Sprachen zu wünschen läßt. „Japan mit der Hälfte der US-Bevölkerung", lautet das Urteil, „produziert fast genauso viele Ingenieure – und das sind die Leute, die Wissenschaft in kommerzielle Technologie verwandeln." Die USA sollten beispielsweise, so wird empfohlen, die Länge des japanischen Schuljahres übernehmen: Pro Jahr verbrächten amerikanische Kinder nur etwa 180 Tage im Klassenzimmer, japanische dagegen 240 Tage. (SAD)

Vorteile durch Teilzeitarbeit

McKinsey: Zahl der Beschäftigten erheblich zu steigern

VWD, Frankfurt

Die Zahl der Beschäftigten kann ohne große Probleme erheblich gesteigert werden. Das ist das Ergebnis *einer zweijährigen Forschungsarbeit* der Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey & Co., München. Ausgangspunkt der Studie war nach Angaben der Gesellschaft die Hypothese, daß es eine *große Anzahl* von Arbeitsplätzen geben müsse, deren Inhaber lieber kürzer arbeiten möchten und an deren Teilung auch der jeweilige Arbeitgeber interessiert sei. So hat McKinsey 3000 Arbeitsplätze in fünf Unternehmen unterschiedlicher Branchen auf das Teilzeitinteresse *individuell* untersucht und dann hochgerechnet. Dabei habe sich gezeigt, daß sechs Mill. Arbeitsplätze umgewandelt werden und die Zahl der Beschäftigten um bis zu 1,5 Mill. *steigen könne*. Die Nutzung dieses Potentials sei aus Unternehmenssicht sinnvoll, da bei den 30 Prozent der Stellen, die als teilzeitgeeignet eingestuft worden seien, der wirtschaftliche *Vorteil deutlich* über *den entstehenden* Kosten liege.

Auch für die Arbeitnehmer erkennt McKinsey Vorteile. Viele von Ihnen *seien an einer Reduzierung* ihrer persönlichen Arbeitszeit interessiert, zumal da die Auswirkungen auf Einkommen und Rente in eingen Grenzen gehalten weren könnten: „Durch die bestehende Steuerprogression schlägt die Verkürzung der Arbeitszeit nur zum Teil auf das verfügbare Einkommen durch".

Das Beratungsunternehmen betont schließlich, daß alle Elemente seines Konzeptes kurzfristig realisierbar seien. Dabei gehe es nur um Arbeitszeitformen, bei denen auch die Grundpo*sitionen* der Tarifparteien gewahrt blieben.

Joint-ventures sollen Wachstum sichern

Mischkonzern United Technologies strebt gemeinsamen Hubschrauberbau mit MBB an

DANKWARD SEITZ, Wien

Durch Joint-ventures sowie andere Kooperationsabkommen oder Beteiligungen will der amerikanische Mischkonzern United Technologies Corp. (UTC), Hartford, sechzehntgrößtes Industrieunternehmen der Welt, in den nächsten Jahren international verstärkt wachsen. Dabei schließt President und Chief Executive Officer Robert F. Daniell auch den Erwerb eines mittleren oder großen Unternehmens nicht aus, „wenn dadurch ein weiteres, attraktives Betätigungsfeld erschlossen werden kann". Bei alledem müsse aber im Vordergrund stehen, daß mit einer Akquisition die eigenen Basisaktivitäten (u. a. Düsentriebwerke, Hubschrauber, Waffensysteme, Klimaanlagen, Produkte für die Auto- und Raumfahrtindustrie) abgerundet oder das technologische Know-how erweitert werden.

Eine besondere Bedeutung für UTC wird dabei künftig die Bundesrepublik Deutschland haben, die für den Konzern bereits mit 223 Mill. Dollar *Umsatz in 1985* den siebtgrößten Markt außerhalb der USA darstellt. Jüngste Aktivität in diese Richtung: die kürzlich vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der UTC-Tochter Elliot Turbomachinery Co. mit der MAN-Gruppe auf den Gebieten Forschung und Entwicklung sowie Produktion und Vertrieb von Kompressoren und Turbinen. Daniell zeigte sich davon überzeugt, daß sich beide Firmen, wenn der Vertrag Ende 1986 perfekt werden sollte, „hervorragend ergänzen" werden. Konkrete Vereinbarungen seien aber noch nicht getroffen worden.

Generell führe UTC, so Daniell, mit vielen deutschen Firmen ständig Gespräche über mögliche gemeinsame Projekte. Dazu gehöre auch die Münchner MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, mit der UTC gerne im Bereich Hubschrauber zusammenarbeiten würde. Ohne darauf konkreter einzugehen, meinte der UTC-Chef nur: „Wir sind abflugbereit." Bezüglich einer UCT-Beteiligung an der Schweinfurter Fichtel & Sachs AG, über die vor kurzem spekuliert wurde, meinte Daniell, daß er von einem solchen Plan „jetzt zum ersten Mal etwas höre". Fichtel & Sachs sei sicherlich ein „gutes Unternehmen mit ausgezeichnetem Wachstumspotential", mit dem man interessante Geschäfte machen könnte, aber deren Anteilseigner-Probleme „die Deutschen selbst lösen müssen".

Voraussetzung für alles aber sei, so Daniell, die weitere erfolgreiche Unternehmensentwicklung von UTC durch inneres Wachstum zu stärken, wo es noch ein „umfassendes Potential" zu nutzen gelte. Der 1985 mit dem Verkauf der UTC-Tochtergesellschaft Inmont und Mostek eingeleitete Umstrukturierungsprozeß wird, so Daniell, Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Ziel des Ganzen sei, „sich mehr und mehr auf die unternehmensspezifischen Tätigkeiten zu konzentrieren, die man hervorragend beherrscht und mit denen UTC auf den Weltmärkten führend ist". Sicherlich dürfte es auch noch zu „einigen weiteren Veränderungen" kommen, um die angestrebte Verbesserung der Ertragslage zu erreichen.

Im laufenden Geschäftsjahr 1986 wird der Umsatz des UTC-Konzerns nach den Worten von Daniell trotz der Verkäufe einiger Tochtergesellschaften „schneller als das US-Bruttosozialprodukt wachsen" und die 15-Mrd.-Dollar-Marke um einiges über*schreiten. 1985 wurden mit* weltweit über 184 000 Mitarbeitern etwas weniger als 15 Mrd. Dollar umgesetzt und ein Reingewinn von 636 Mill. Dollar erwirtschaftet. Wie Daniell andeutete, werden *die UTC-Aktionäre allerdings* nicht mit einer Dividendenerhöhung rechnen können. Die außerordentlichen Erlöse aus dem Verkauf der Töchter sollen vielmehr als strategische Reserve für mögliche neue Akquisitionen erhalten bleiben.

„Todesstoß für Alu-Hütten"

Viag-Tochter VAW warnt vor Kernenergie-Ausstieg

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie oder auch die Einleitung des Ausstiegs zu einem späteren Zeitpunkt wären gleichbedeutend mit dem Ausstieg aus der Aluminiumerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Fazit meldet sich die Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Bonn, größte Tochter des teilprivatisierten Viag-Bundeskonzerns in der jüngsten Ausgabe ihrer Werkszeitschrift zur Kernenergiedebatte. Der mit reichlich 50 Prozent Produktionsanteil führende deutsche Erzeuger von Hüttenaluminium hebt hervor:

In der eigenen (weitgehend abgeschriebenen) Hüttenstufe seien derzeit noch etwa 800 Mill. DM Kapital gebunden, „die bei einem sofortigen Ausstieg aus der Aluminiumerzeugung verloren wären". Für entsprechende Neubauten an Standorten mit wettbewerbsfähigen Strompreisen (das heißt im Ausland) müßten dann 3 Mrd. DM investiert werden. „Diese Mittel kann VAW nicht aufbringen."

Detailliert heißt es zu den einzelnen V*AW-Hüttenstandorten* und der vorgeschalteten Oxiderzeugung: Unmittelbar betroffen wären vom Kernenergie-Ausstieg die ausschließlich mit Kernkraftstrom versorgten norddeutschen Werke. *Für die* kernkraftfreien Standorte in Nordrhein-Westfalen, bei denen die bisherigen Strompreisregelungen in wenigen Jahren auslaufen, wäre die Erwartung vorbei, daß das Lieferinteresse des Energieversorgungsunternehmens Lösungen ermöglicht, „die eine Fortführung der Aluminiumerzeugung gestatten".

Sogar die mit Wasserkraftstrom versorgten süddeutschen Werke wären betroffen, da die *Hälfte* ihres Winter-Strombedarfs mit kostengünstiger thermischer Energie gedeckt werden muß. Das alles hänge am Atomstrom, bei dessen Fortfall 56 Prozent des deutschen Grundlaststroms durch teureren Kohlenstrom ersetzt werden müßten. Damit wäre auch die Versorgung der Alu-Verarbeitungsbetriebe „bei uns und unseren Kunden" in Frage stellen.

Trotz des Preisdruckes aus der Dollarschwäche hat VAW das erste Halbjahr 1986 bei schwächerem Hütten- und verbessertem Verarbeitungsergebnis aus 1,82 (1,85) Mrd. DM Umsatz mit „zufriedenstellendem" Betriebsgewinn abgeschlossen. Die Metallerzeugung war mit 207 700 Tonnen um 1,9 Prozent höher als vor Jahresfrist, im Verarbeitungsbereich erhöhte sich der Walzproduktabsatz kräftig um 14,8 Prozent auf 104 500 Tonnen. Die Belegschaftszahl blieb *mit 10 300 gegenüber Ende 1985* konstant.

Investitionszulage für Kraftfahrzeuge

KL. München

Die für die Gewährung einer Investitionszulage erforderliche Voraussetzung des dreijährigen Verbleibens des begünstigten Wirtschaftsguts im Betrieb (der Betriebsstätte) des Investors kann auch dann erfüllt sein, wenn es kurzfristig an einen anderen vermietet wird. Diese im Fall einer Autoverleihfirma in Rheinland-Pfalz ergangene Entscheidung begründete der Bundesfinanzhof (III R 66/85) damit, daß die dauerhafte räumliche Beziehung der Kraftfahrzeuge zum gewerblichen Betrieb des Vermieters bei nur kurzfristiger Gebrauchsüberlassung erhalten bleibt. Als kurzfristig wurde ein Zeitraum bis zu drei Monaten je Vermietung angesehen.

Eine weitere für Investoren günstige Entscheidung traf der Bundesfinanzhof im Fall eines saarländischen Unternehmens, das ein begünstigtes Kraftfahrzeug einem Arbeitnehmer zur Nutzung überlassen hatte (III R 144/85). Auch in solchen Fällen verbleibt das begünstigte Wirtschaftsgut im Betrieb des Investors. Dabei ist es nach Ansicht des Bundesfinanzhofs unerheblich, wie lange das Fahrzeug dem Arbeitnehmer zum Gebrauch überlassen ist.

Pauschale für Berufskraftfahrer

Kl. Kassel

Bei einem im städtischen Linienverkehr eingesetzten Busfahrer stellt das Fahrzeug die regelmäßige Arbeitsstätte dar; dies hat zur Folge, daß er als sogenannter Berufskraftfahrer ohne Einzelnachweis die in den Lohnsteuerrichtlinien vorgesehene Pauschale für Verpflegungsmehraufwand von 8 DM täglich als Werbungskosten abziehen kann, wenn er mehr als sechs Stunden beruflich unterwegs ist. Der Bundesfinanzhof bestätigte im Rechtsstreit eines Hamburger Busfahrers (VI R 195/82) seine Auffassung, daß die Pauschbetragsregelung auch von den Finanzgerichten zu beachten sei; sie diene der Verfahrensökonomie und befreie die Steuerzahler von einer aufwendigen Belegsammlung. Eine Anerkennung der Pauschbeträge für 230 Tage im Jahr führe auch dann nicht zu einer offensichtlich unzutreffenden Besteuerung, wenn der Arbeitnehmer *zum Teil selbstzubereitete Mahlzeiten* zu sich nehme.

In einem weiteren Urteil stellte der Bundesfinanzhof klar, daß die Berufskraftfahrerpauschale auch von Straßenbahnführern beansprucht werden könne (VI R 2/84).

Erfolg mit EDV-Systemen

GEI profitiert vom Hang zum unabhängigen Berater

Py. Düsseldorf

Das EDV-Systemhaus GEI – Gesellschaft für Elektronische Informationsverarbeitung mbH, Aachen, hat *1985 mit* 400 Mitarbeitern und einem Umsatz von 75 Mill. DM am Markt für schlüsselfertige EDV-Systeme (Hardware und Software) seinen Platz in der Spitzengruppe der Softwarehäuser in der Bundesrepublik untermauern können. Auch 1986 wachse man schneller als der Branchendurchschnitt. In Dortmund sagte der Sprecher der Geschäftsführung, Wolfgang Schönfeld, daß 1986 ein Umsatz von 90 Mill. *DM* erreicht werden soll. *Die* Zahl der Mitarbeiter ist im Lauf des Jahres auf 450 gewachsen.

„Der Markt schätzt mehr und mehr die Vorteile und Erfahrungen unabhängiger Systemhäuser", kommentierte Schönfeld den Erfolg des erst 1972 gegründeten und seither um jährlich 20 Prozent gewachsenen Unternehmens. *Die GEI* – nach eigener Darstellung „eine der größten Denkfabriken in der Bundesrepublik" – berät Industrieunternehmen wie die Veba, die RWE oder die Ruhrkohle, profilierte sich aber auch gleichzeitig als Systemlöser für kommerzielle und industrielle Aufgabenstellungen im *Mittelstand*. Schließlich prägte die GEI im Auftrag von Kommunen, Bund und Ländern eine Reihe von Großprojekten entscheidend mit: das Smog-Warnsystem für das Ruhrgebiet, *das Informationssystem des* Flughafens Düsseldorf und das Nachrichtensystem des Bundespresseamtes in Bonn.

Bei den Produkten war das Tochterunternehmen GEI Rechnersysteme mit mehr als 400 verkauften Rechnereinheiten besonders erfolgreich. Überdurchschnittlich wuchs auch der Umsatz mit Produkten für eine rationellere Software-Entwicklung. Die GEI plazierte ihr „Starprodukt" ProMod auf dem US-Markt innerhalb von sieben Monaten gewinnbringend und beliefert inzwischen 70 Prozent der gesamten Flugzeugbauindustrie. Dies gilt in der deutschen EDV-Branche als beispielloser Know-how-Transfer *in die USA*. In den letzten drei Jahren hat GEI 22 Mill. DM in die eigene Forschung und Entwicklung investiert. Die Mittel gingen vor allem in die Bereiche Hardware, Software-Technologie sowie Versorgungs- und Expertensysteme.

Beckers investiert in Lackfabrik

Py. Düsseldorf

Mit der größten Einzelinvestition der letzten fünf Jahre, dem Bau eines neuen Werks in Dormagen für rund 13 Mill. DM, will die schwedische AB Wilhelm Beckers, einer der führen*den europäischen Lackhersteller*, stärker auf dem deutschen Markt Fuß fassen. Bei der Eröffnung des Produktions-, Labor- und Lagerkomplexes betonte der Vice-President und General Manager für Industrielacke, Sten Skoog, daß auf diesem größten Markt in Europa die Position von Beckers bislang am schwächsten war.

Mit insgesamt 35 Mill. DM über die normalen Ersatzinvestitionen hinaus werden 1986/87 zusätzliche Fertigungskomplexe für Pulverlacke in *Frankreich* und *Großbritannien* errichtet oder erworben. Ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum wird am Hauptsitz in Märsta bei Stockholm in diesem Herbst bezogen. Nach den Worten des für die deutschen Beckers-Aktivitäten zuständigen Geschäftsführers Karl-Heinz Berewinkel werden die bestehenden Werkanlagen in Dormagen für die Fertigung von Speziallacken verwendet. Beide Werke zählen 100 Mitarbeiter, werden aber in Kürze die Belegschaft um ein Drittel vergrö*ßern*. Die bisherigen Kapazitäten werden praktisch verdoppelt. Zusätzlich würde auch die Pulverlackfabrik in Wuppertal ausgebaut. Das Bekkers-Produktionspotential liegt jetzt bei *10 000 (2500)* Jahrestonnen Naßlacke und – ab 1987 – 1100 (600) Tonnen Pulverlacke.

Vom gesamten Beckers-Verkaufsvolumen von 55 000 Tonnen (1986) entfallen zwei Drittel auf Metall- und ein Drittel auf Holzschutzfarben. Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Markt nach Schweden und England. Im letzten Jahr hatte Beckers einen Gruppenumsatz von 678 Mill. DM, im ersten Halbjahr 1986 von 280 (253) Mill. DM. Die Erträge stiegen auf 16 (7) Mill. DM. Im Gesamtjahr 1985 lagen sie bei rund 19 Mill. DM.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernard M. Bass: Charisma – entwickeln und zielführend einsetzen, *Verlag Moderne Industrie, Landsberg* 1986, 279 S., 58 Mark.

Warum erreichen die meisten Führungskräfte von ihren Mitarbeitern nur schlichte Pflichterfüllung, während einige wenige ihre Mitarbeiter zu Spitzenleistungen motivieren? Dieses Buch vermittelt einen Einblick in die Erscheinungsformen des *Führungsverhaltens und macht* verständlich, auf welche Weise Führungspersönlichkeiten außergewöhnliche und alle Erwartungen übertreffende Ergebnisse erzielen.

M. Mulder (Hrsg.): Jobben in Europa 1986, Athenäum Verlag, Königstein 1986, 284 S., 19,80 Mark.

„Jobben in Europa" ist längst ein Geheimtip in der Jugendszene. Wer als Student/in oder Schüler/in, wer überhaupt zwischen 16 und 30 Jahren für kurze Zeit eine Stelle im Ausland sucht, findet hier eine Fülle von praktischen Tips, Informationen und Anlaufstellen für: Auslands- und Ferienjobs; Au-pair-Aufenthalte; Schüleraustausch; Stipendien und Woh*nungstausch. Übersichtlich nach* Staaten gegliedert, hält „Jobben in Europa" Kurzinformationen, Hunderte von Adressen und Telefonnummern bereit. Hinzu kommen wichtige Auskünfte über Visa- und andere Einreisebestimmungen.

J. K. Klausnitzer: So teste ich meine Führungsqualitäten, Heyne Verlag, *München* 1986, 204 S., 9,80 Mark.

Der Aufstieg im Beruf stellt in unserer Gesellschaft nach wir vor Statussymbol Nummer 1 dar. *Motivanalysen* zur Berufswahl bestätigen immer wieder, daß eines der wichtigsten Berufswahlmotive „Aufstiegschancen" sind. Aber die Berufswirklichkeit ist hart: Viele sind berufen, wenige auserwählt. Die Wahrscheinlichkeit, in Führungspositionen hineinzuwachsen, *nimmt* nach „*oben*" rasch ab. Dieses Buch soll es dem Leser ermöglichen, sich über seine Füh*rungsqualitäten* – und *damit* seine Aufstiegsmöglichkeiten – Klarheit zu verschaffen.

Stephanie Sand: Künstliche Intelligenz, Heyne Verlag, München 1986, 287 S., 9,80 Mark.

Können Maschinen denken, können wir ihnen das beibringen, was wir „gesunden Menschenverstand" nennen? Die moderne Computertechnologie, die Forschung auf dem Gebiet der „künstlichen Intelligenz", scheint *uns diesem Ziel näherzubringen* – denkende Maschinen zu konstruieren, die imstande sind, Assoziationen zu knüpfen und logische Gründe für ihre Handlungen zu finden. Dieser Report schildert diese faszinierende und umstrittene Forschung, die uns alle betrifft: Die Computer der fünften Generation werden unsere Lebensbedingungen stärker verändern als alle ihr Vorgänger.

Renate Merklein: Die Rentenkrise, Spiegel-Buch, veröffentlicht im Rowohlt Verlag, Hamburg 1986, 190 Seiten, 18 Mark

Sie ist in aller Munde: Die Strukturreform in der Rentenversicherung. Vor 100 Jahren als *soziale Großtat* in die deutsche *Geschichte eingegangen*, droht die staatliche Altersvorsorge in arge finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Noch sind die Renten sicher, doch der Titel des Buches ist *aufgrund der demographischen* Entwicklung für die Zeit nach der Jahrtausend-Wende zutreffend: Die Renten-Krise. Die Autorin zeigt die Gründe auf, die dazu geführt haben: Die Rentner profitieren von einem Versorgungssystem, das nicht mehr zu finanzieren ist. *Als* „fatal und kostenträchtig" kritisiert sie die von der sozial-liberalen Koalition 1972 eingeführte Möglichkeit, Beiträge für die Jahre 1956 bis 1973 zu günstigen Konditionen nachzuentrichten. Das Ergebnis: Es gibt zahlreiche wohlhabende Selbstständige im Ruhestand, die neben ihren sonstigen Alterseinkünften eine damals günstig angekaufte Sozialrente beziehen. Dies ist nur eines von vielen Beispielen eines *überzogenen Sozialstaatsgedankens*.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Hoering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.). Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 339 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Harter Wettbewerb verschiedener Kassenarten

Die 18. Richterwoche des Bundessozialgerichts beschäftigte sich mit der Rechtssprechung im Gesundheitswesen

SIEGFRIED LÖFFLER, Kassel

In mehr als drei Jahrzehnten hat das Bundessozialgericht (BSG) als oberste Instanz für das Sozialrecht in der Bundesrepublik Klarheit geschaffen, welche Ansprüche die Bürger nach den Sozialgesetzen haben und im Detail durchsetzen können. Auf dem Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung hat die Rechtsprechung des BSG zweierlei bewirkt: Zum einen die Grenzen der Belastbarkeit der Solidargemeinschaft aufgezeigt, indem zum Beispiel die gesetzlichen Krankenkassen weiterhin für die hohen Kosten einer intensiven und langwierigen Krankenhausbehandlung aufzukommen haben, aber den Transport mit Rettungsflugzeugen nicht zu tragen brauchen. Wer ins Ausland reist, muß mit dem Risiko eines Unfalls oder einer plötzlichen schweren Erkrankung rechnen, die den unverzüglichen Transport in ein deutsches Krankenhaus erforderlich macht; ihm wird der Abschluß einer privaten Zusatzversicherung zu diesem Zweck zugemutet. Auf der anderen Seite hat die Rechtsprechung des BSG dadurch, daß sie aus Kann-Leistungen Rechtsansprüche machte, indirekt eine erhebliche Kostensteigerung vor allem zu Lasten der Krankenkasse bewirkt.

Es konnte deshalb nicht überraschen, daß während der 18. Richterwoche des BSG in Kassel, die sich mit dem aktuellen Thema „Gesundheitswesen und sozialgerichtliche Rechtsprechung" beschäftigte, nicht nur Lob, sondern auch Kritik laut wurde. Das Stichwort dazu hatte Gerichtspräsident Heinrich Reiter bereits in seiner Eröffnungsansprache geliefert, als er darauf hinwies, daß die bisherige Kostendämpfungspolitik „nicht den erwünschten und notwendigen Erfolg gebracht hat und die erneute außerordentlich starke Steigerung der Ausgangsentwicklung Anlaß zu tiefer Besorgnis gibt". Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Rita Süssmuth, lag mit ihrer Bemerkung auf der gleichen Linie, daß unser Gesundheitswesen zwar modern und leistungsfähig sowie durch eine hochqualifizierte medizinische Versorgung gekennzeichnet, aber nach wie vor zu teuer sei.

In diesem Zusammenhang begrüßte es der Justitiar der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Jürgen Bösche (Köln), daß der Begriff der unwirtschaftlichen Behandlungsweise

Das Heer der Heiler und Helfer

Berufstätige im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland
(ohne Auszubildende, jeweils letzter verfügbarer Stand)

278 720 Krankenschwestern, -pfleger, -helfer
160 900 Ärzte
ca. 150 000 Arzthelferinnen
ca. 85 000 Zahnarzthelferinnen
37 660 Apothekenhelferinnen
36 820 Zahnärzte
36 500 Apotheker
34 700 Zahntechniker
30 620 Med. techn. Assist.
25 100 Pharmazeut. techn. Assist.
23 500 Augenoptiker
22 050 Masseure, med. Bademeister
12 740 Krankengymnasten
9 790 Sanitäter
8 420 Heilpraktiker
5 730 Hebammen

5728 © Globus

Die Zahl der Berufstätigen im Gesundheitswesen wächst ständig. Fast eine Million Menschen sind heute in der Bundesrepublik im Dienst der Gesundheit beschäftigt – vom Arzt bis zum Zahntechniker, von der Krankenschwester bis zum Sanitäter QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

und damit die Frage, ab wann Honorarkürzungen gegenüber Kassenärzten möglich und erforderlich sind, durch die Rechtsprechung geklärt ist und es auf der Basis der gefestigten Rechtsprechung nur noch um die Klärung von Grenzfällen geht.

Daß der sozialgerichtliche Schutz der Bürger in der Bundesrepublik auf einem sehr hohen Standard steht, betonte besonders der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen, Kurt Friede. Er und seine Kollegen, so der Justitiar des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen und des Verbandes der Arbeiter-Ersatzkassen Helmut Rehkopf sowie der Verbandsdirektor des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen, Hans-Christoph Uleer, beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit der Wettbewerbssituation der konkurrierenden Kassen. Nicht unerwartet setzten sich die Vertreter der drei Kassenarten mit der Grundsatzentscheidung des BSG auseinander, nach der neben der Sachleistung ein Teil der Versicherten auch die Kostenerstattung (und damit die freie Arztwahl) in Anspruch nehmen kann.

Die Privatkrankenkassen finden diese Möglichkeit nicht gut, weil sie dadurch natürlich den Weggang von Mitgliedern zu den gesetzlichen Krankenkassen befürchten. Die Ersatzkassen, die schon immer so verfuhren, und die gesetzlichen Krankenkassen, die sich von der Kostenerstattung in bestimmten Fällen einen Mitgliederzuwachs versprechen, begrüßten dagegen die in diesem Punkt fortentwickelte Rechtsprechung des BSG.

Friede spielte mit dem Hinweis darauf an, daß die im Prinzip von ihm bejahte Gliederung in der gesetzlichen Krankenversicherung „in den letzten Jahren zwischen einigen Kassenarten zu früher nicht gekannten Auseinandersetzungen, insbesondere in der Mitgliederwerbung", geführt habe. Der Kampf um die Verteilung des nicht größer gewordenen „Kuchens" läßt sich auch hier nicht übersehen; das BSG spürt es durch Prozesse um die Zuständigkeit von Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen, die sich zuweilen ins Gehege kommen und dann nach dem Sozialrichter als Schlichter rufen.

Obwohl Uleer die Urteile des BSG zur Abgrenzung der Personenkreise zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung als „ausgewogen" bezeichnete, machte er kein Hehl aus seiner Kritik an der Entscheidung zugunsten der wahlweisen Kostenerstattung für freiwillig weiterversicherte Angestellte, durch die das BSG vor Jahren eine Tür öffnete, die aus der Sicht der Privatkrankenkassen weiterhin geschlossen bleiben sollte.

Die damalige Begründung, dieser Personenkreis sei weniger schutzbedürftig als der der Pflichtversicherten, hat die Privatkrankenkassen von Anfang an nicht überzeugt. Uleer gab deshalb den Richtern in der roten Robe den Rat, bei künftigen Urteilen zumindest daran zu denken, „daß der Versicherte nicht ständig zwischen Krankenschein und Kostenerstattung pendeln kann und sein Herausfallen aus den Kontrollmechanismen der kassenärztlichen Versorgung durch einen entsprechenden Unwirtschaftlichkeitsabzug von der Erstattungssumme ausgeglichen werden muß".

Die zwischen Orts- und Privatkassen angesiedelten Ersatzkassen können dagegen mit der umstrittenen Entscheidung leben: Justitiar Rehkopf wies besonders darauf hin, daß der Grundsatz, dem Versicherten die Leistungen des Gesundheitswesens als Sachleistung unmittelbar zur Verfügung zu stellen, auch künftig eine Schutzaufgabe für bestimmte Personengruppen erfülle. Soweit dieser Schutz aber nicht erforderlich sei, könne die Kostenerstattung gegenüber den Versicherten eine „sinnvolle Ergänzung des Leistungsangebots der Kassen" sein.

Rehkopf griff bei der Richterwoche ein anderes Thema auf: Nach seiner Ansicht ist das Pflegefallrisiko von der Allgemeinheit zu tragen. Rehkopf sprach sich deutlich gegen eine auch nur teilweise Aufbürdung dieses Risikos auf die Krankenversicherung aus, weil das zwangsläufig zu „ungerechtfertigten, einseitigen Belastungen von Teilen der Allgemeinheit", das heißt den Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung, führen würde. Aufgabe der Rechtsprechung sei es, das Pflegefallrisiko klar von den Risiken zu trennen, die die Krankenversicherung übernommen hat.

Sein Kollege Friede beklagte es, daß nach der Rechtsprechung des BSG nicht die Sozialhilfe, sondern die gesetzlichen Krankenkassen für Hilfsmittel wie zum Beispiel das automatische WC, das Schreibtelefon und das Fernsehlesegerät zuständig sind.

Die Vielfalt der brisanten Themen wird Richtern und Kassenvertretern erhalten bleiben. Es ist zu begrüßen, daß während der von Richtern, Wissenschaftlern, Verbandsvertretern und Sozialpolitikern stark besuchten Richterwoche des BSG zahlreiche aktuelle Fragen eingehend und kontrovers diskutiert werden konnten.

Dritte Säule festigen

nl, Konstanz

Als dritte Säule der Altersversorgung dürfe das selbstgenutzte Wohneigentum „nicht zum ungeliebten Stiefkind der staatlichen Vermögenspolitik werden." Vielmehr sollten die Bundesregierung und die Bundesländer auch in Zukunft direkt und indirekt den Bau und den Erwerb neugeschaffener und auch vorhandener Wohnungen fördern. Diese Forderung erhob das Deutsche Volksheimstättenwerk (VHW), der Spitzenverband für Wohneigentum und Siedlungswesen, auf dem Volksheimstättentag '86 in Konstanz.

In diesem Zusammenhang schlägt das Volksheimstättenwerk den Ausbau des Systems zur Förderung des Ansparens als Vorsorgesparen vor. Im Hinblick auf den angekündigten Rückzug des Bundes aus der Städtebauförderung vom kommenden Jahr an konstatiert das Volksheimstättenwerk, daß „dies kein Rückzug des Staates überhaupt aus dieser weiterhin politisch sehr wichtigen Aufgabe werden darf."

Danach müßten die Länder im Finanzausgleich in die Lage versetzt werden, einen vollen, dynamischen und dauerhaften finanziellen Ausgleich für entfallende direkte Städtebauförderungsmittel des Bundes zu garantieren, forderte der Verband von der Bundesregierung.

Procedo bald Umsatzmilliardär

sn, Wiesbaden

Die 1970 gegründete Procedo Gesellschaft für Exportfactoring D. Lindworth mbH gilt als der Marktführer im Exportfactoring (Ankauf von Forderungen bei Übernahme des Kreditrisikos zu 100 Prozent). Für 1988 wird das Überschreiten der Umsatzmilliarde angepeilt. Für das laufende Jahr erwartet man einen Umsatzanstieg um 20 Prozent auf 600 Mill. DM. Procedo-Factoring erreicht derzeit Abnehmer in 37 Ländern. Der Löwenanteil am Umsatzvolumen entfällt mit 68 Prozent auf Kunden aus den EG-Staaten. Auch in den Staatshandelsländern interessiert man sich für die Leistungen von Procedo. So ist die UdSSR mit vier Prozent am Gesamtumsatz beteiligt.

Im Geschäftsjahr 1985 stieg das Umsatzvolumen um 35 Prozent auf annähernd 500 Mill. DM und erreichte den größten Zuwachs seit Bestehen des Unternehmens. Die erwirtschafteten Erträge wuchsen um 41 Prozent auf 19 Mill. DM, während die Gesamtkosten nur um 17 Prozent auf 8 Mill. DM stiegen. Neben einer Grundrendite von 15 Prozent wurde, so heißt es im Geschäftsbericht, ein Bonus von 15 Prozent gewährt.

Tesco erzielt hohes Ertragsplus

Britischer Lebensmittelfilialist für liberalen Ladenschluß

HEINZ HILDEBRANDT, London

Die Tesco plc, mit geringem Abstand hinter Marktführer Sainsbury zweitgrößter britischer Filialist, konnte im Geschäftsjahr 1985/86 (28. 2.) ihren Umsatz um fast zwölf Prozent auf 3,36 (3,0) Mrd. Pfund steigern. Abzüglich der Preissteigerungsrate bedeutet das einen realen Umsatzzuwachs von acht Prozent, von dem drei Viertel auf vorhandener Fläche, der Rest in neuen Märkten erzielt wurde. Herausragend ist jedoch die Ertragssteigerung; der Gewinn vor Steuern erhöhte sich um mehr als 50 Prozent auf 122,9 (81,3) Mill. Pfund. Die Erlösspanne mit 3,7 (2,7) Prozent vom Umsatz stellt nicht nur eine Rekordmarke dar, sie liegt auch weit über der Rendite, die im deutschen Einzelhandel zu erzielen ist.

Von den derzeit 364 Tesco-Märkten in England, Schottland und Wales sind 109 sogenannte Superstores mit über 2500 qm Verkaufsfläche, 15 mehr als im Vorjahr. Der weitere Ausbau dieser Marktkette ist das erklärte Ziel des Unternehmens, das hierfür im angelaufenen Jahr bereits 168 Mill. Pfund investierte. Im laufenden Jahr sollen weitere elf Märkte mit Investitionskosten von 233 Mill. Pfund errichtet werden. Trotzdem will man die traditionelle Vertriebsschiene der High-Street-Geschäfte in City-Lagen nicht vernachlässigen, zumal es auch in Großbritannien immer schwieriger wird, geeignete Lagen an den Stadträndern zu finden. Positiv wirkt sich hier die Zusammenarbeit mit dem Kaufhausunternehmen Marks & Spencer aus, mit dem zusammen demnächst ein erstes gemeinsames Einkaufscenter im Nordosten von London eröffnet wird. Weitere befinden sich in der Planung. Dagegen wurde die Tochtergesellschaft Victor Value mit insgesamt 45 Märkten verkauft. Deren Konzeption, mit ihrer begrenzten Artikelzahl etwa dem deutschen Aldi-Vorbild entsprechend, paßte laut Vorstandsvorsitzenden Ian MacLaurin nicht mehr zum Image der Tesco.

Bedauert wird das Scheitern der „New Shop Bill" im Parlament, des Gesetzes, das auch in England und Wales Sonntagsöffnungszeiten erlaubt hätte. Die Tesco weist dabei auf die guten Erfahrungen hin, die man mit dieser liberalen Handhabung der Öffnungszeiten in Schottland gemacht hat, zumal es infolge interner Regelungen über die Arbeitszeit auch auf der Beschäftigtenseite keine Probleme gegeben hätte. In seinem Geschäftsbericht appelliert das Unternehmen daher an die Regierung, die bestehenden Gesetze zu revidieren und die für Handel und Verbraucher gleichermaßen unbefriedigende Situation zu beenden.

Mehr Aufträge bei Schubert + Salzer

VWD, Ingolstadt

Mit einer weiter positiven Geschäftsentwicklung in den letzten drei Monaten 1986 rechnet die Schubert + Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt. Hoher Auftragsbestand und kurze Lieferfristen hätten das Unternehmen veranlaßt, in Teilen der Spinnereimaschinen-Montage in den Werksferien durchzuarbeiten. Dies werde im letzten Quartal des Geschäftsjahres 1985/86 (30. September) zu einem kräftigen Umsatzanstieg geführt haben.

Durch die positive Konjunktur war die Entwicklung im dritten Geschäftsquartal zufriedenstellend. Der Auftragseingang belief sich auf 99,7 Mill. DM. 70 Prozent der Bestellungen kamen aus dem Ausland. In den ersten neun Monaten konnte das Unternehmen Aufträge über 291,6 Mill. DM hereinnehmen, zehn Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Auftragsbestand per 30. Juni betrug 182,6 Mill. DM, womit er um 60,1 Mill. DM über dem Volumen zu Beginn des Geschäftsjahres lag. Die Auslastung der Produktionskapazitäten sei bis zum Frühjahr 1987 gesichert. In den ersten drei Geschäftsquartalen konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um vier Prozent auf 228,7 Mill. DM gesteigert werden. Beschäftigt wurden per 30. Juni 2762 Mitarbeiter, 44 Personen mehr als zu Beginn des Berichtsquartals.

Szenario-Analysen für Dinosaurier

MARCEL LOKO, Bonn

„Ein Kanufahrer, der sich auf Stromschnellen einstellen muß", so beschreibt Pierre Wack, ehemaliger Divisionsleiter der Royal Dutch/Shell, ein Großunternehmen vor einer Krise. Seit einiger Zeit ist in den Vorstandsetagen großer Unternehmen eine lebhafte Bildersprache eingekehrt. Dies liegt nicht zuletzt an den Unternehmensberatern, die früher immer wieder feststellen mußten, daß ihre mühevoll ausgearbeiteten Kurven und ihre detaillierten Analysen ungelesen in den Aktenordnern der Spitzenmanager landeten.

Man bediente sich dann der einfachen psychologischen Erkenntnis, daß auch Manager dazu neigen, sich konkrete Bilder eher zu merken als Zahlen und Kurven. Die Sprache der Unternehmensberater wurde lebhaft. Kaum verkäufliche Produkte hießen dann „arme Hunde", die besten „Stars" und die soliden „Milchkühe".

„Das ist ein alter Hut", kommentiert die Sprecherin eines großen Beratungskonzerns die „Portfolio-Analyse", „sie ist doch als Patentrezept pervertiert worden." Die lebhafte Bildersprache aber ist geblieben.

Inzwischen wird auf den Fluren der Universitätsseminare und in mittleren und großen Unternehmen immer häufiger von „Szenarien-Analyse" (Analyse nach Drehbuch) gesprochen. Sie wurde anfang der achtziger Jahre entwickelt. Ihr Kernziel ist, Unternehmen rechtzeitig auf Hindernisse vorzubereiten, die dann – so hofft man – umfahren werden.

Die Szenarien-Analyse richtet sich an Großunternehmen, die nicht zu jenen „riesigen unflexiblen Dinosauriern" werden sollen, die auf unvorhergesehene Ereignisse falsch oder gar nicht reagieren. Beredtes Beispiel ist das Wanken der „Großen Drei" amerikanischen Automobilkonzerne (General Motors, Ford und Chrysler) nach der zweiten Ölkrise. Sie hatten sich kaum auf mögliche schlechte Zeiten eingestellt, die dann quasi über Nacht kamen.

Dort setzt das Szenarien-Konzept an: Sie möchte den Managern in den Entscheidungsebenen das „Gefühl für Katastrophen" geben. „Die Modelle sollen dem Manager ins Mark gehen", wie ein Berater es ausdrückt. Die Szenarien-Analyse lebt aber nicht nur von „Eiszeit und Weltuntergangsprognosen". Sie stellt vornehmlich wahrscheinliche Szenarien auf, wie das „Deutschland 2000"-Szenario.

Doch bleibt es vorrangig, daß der Manager sich nicht auf diese eine „wahrscheinlichste" Zukunft einrichtet, sondern das Gefühl verinnerlicht, daß es viele verschiedene „Zukünfte" geben kann, auf die er vorbereitet sein muß.

„Handel 2000" oder „Arzt 2000" heißen „Drehbücher", die die möglichen Entwicklungen in den jeweiligen Branchen beschreiben. Studien, mit denen das Battelle-Institut in Frankfurt hofft, auch mittelständische Unternehmen anzusprechen.

Das größte psychologische Hindernis ist weiterhin, daß viele Entscheidungsträger, wenn es ihrer Produktgruppe gut geht, die Augen vor einer unsicheren Zukunft verschließen, um bei abnehmendem Gewinn in Panik zu geraten. Die möglichen Probleme mögen zwar geistig erfaßt sein, doch finden sie in den Planungen keinen Eingang. Der „Mikrokosmos des Managers", wie Pierre Wack es ausdrückt, ist dem Berater verschlossen geblieben. Doch bleibt dies ein neues, vielversprechendes Feld für die Unternehmensberater. Nach den Erfahrungen mit der Portfolio aber warnen nicht nur solche, die die Szenarien-Analyse ablehnen, davor, diese Methode der strategischen Planung als Wundermittel anzusehen.

Selektive Käufe

Aktienhandel insgesamt schleppend

Bei nur geringen Umsätzen war die Tendenz am Wochenbeginn insgesamt behauptet. Zu Sonderbewegungen kam es vorzugsweise im Bereich der Elektrowerte. Für sie lagen auch einige Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Von der Abwärtsbewegung des Dollar gingen keine Belastungen aus.

Von den technologischen Spitzenwerten setzten PKI-Aktien ihren Anstieg fort. Bei Nixdorf und SEL veränderten sich die Kurse kaum. An der Aufwärtsbewegung nahmen weiterhin Siemens und AEG teil. Zu festen Kursen kam es ferner in der AMV-Gruppe. AM-Beteiligung wurde um 100 DM heraufgesetzt. Erstmals offiziell notiert wurden VW-Vorzugsaktien. Sie pendelten um 455. Damit liegen sie nur um 7 Prozent unter den Stammaktien. Mit Spannung wartet man nun darauf, zu welchem Preis die vom Bund und vom Land Niedersachsen nicht bezogenen VW-Vorzugsaktien angeboten werden. Von den Stahlaktien lagen Thyssen und Hoesch weiter erholt. Innerhalb weniger Tage ist der Thyssenkurs um 12 Prozent gestiegen. Angeblich soll ein größerer Verkaufsauftrag ausgelaufen sein. Das Interesse für Konsumwerte erlahmte. Beispielsweise DLW und Salamander verzeichneten Aufwärtssprünge. Chemie- und Bankaktien wurden auf Vorwochenschlußbasis gehandelt. Anlagebereitschaft bestand bei Henkel und Beiersdorf.

Nachbörse: Freundlich

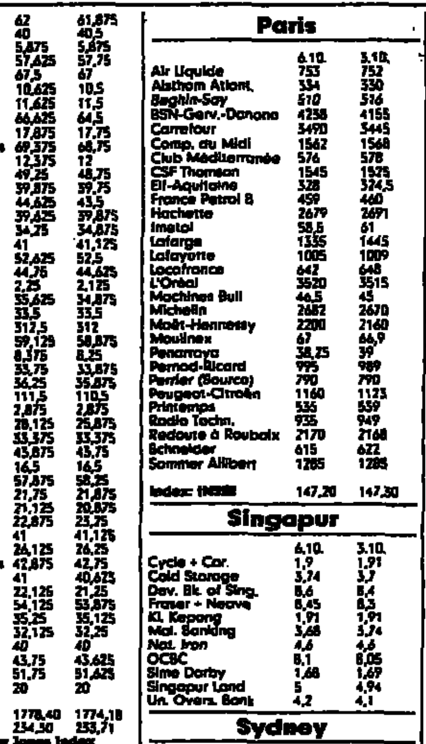
DW-Ak.ind.: 275,50 (274,99)
DW-Ums.ind.: 4173 (3507)
Adv.-decline-Zahl: 109 (85)
38-Tg-Linie: 279, 56 (279,59)
200-Tg-Linie: 279,51 (279,41)

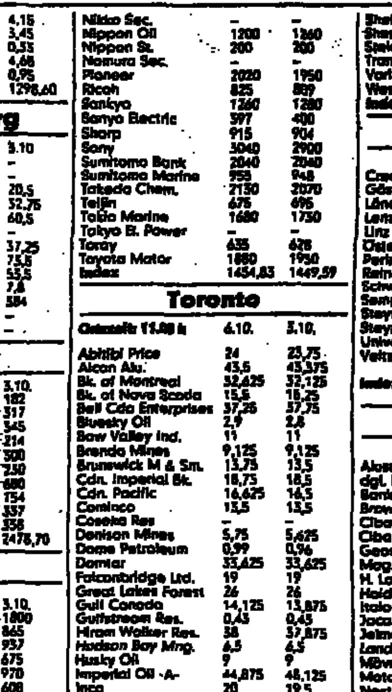
Fortlaufende Notierungen und Umsätze

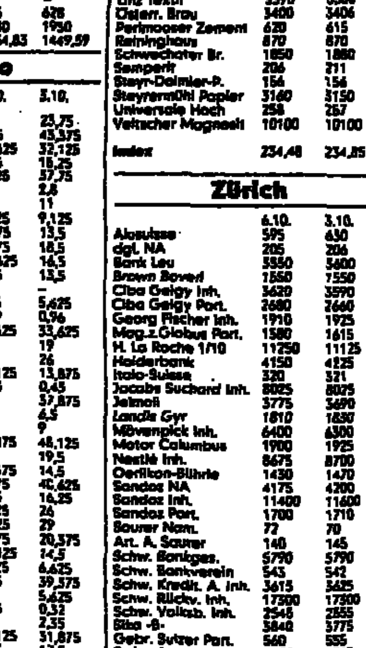
Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]









Inland

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

	6.10.	3.10.
Bastogi	690	692
Benetton Group	17050	16100
Dalmine	475	490
Farmitalia C. Erba	12140	12620
Fiat	14620	15000
Fiat Vz.	8700	8800
Gemina	3198	3250
Generali	115300	113000
IFI Vz.	29530	31000
Italcementi	80700	80000
Lloyd Adriatico	29895	29500
Magneti Marelli	4947	4890
Mediobanca	251000	251800
Mondadori A.	11240	10870
Montedison	3615	3400
Mira Lanza	38050	38250
Banco Ambrosiano	3960	3830

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

	6.10.	3.10.
Bergen Bank	169	170
Borregaard	–	–
Den Norske Cred.	167	170
Elkem	114,5	115
Kredikkassen	188	195
Norsk Data	215	215
Norsk Hydro	148	153
Storebrand	276	276
OSE Ind. Index	375,75	377,71

Tokio

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

Wir trauern um
das Mitglied unseres Aufsichtsrats

Karl Anton Koch

der am 29. September 1986 nach schwerer Krankheit im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Herr Karl Anton Koch gehörte als Arbeitnehmervertreter seit 1983 dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens an. Er war zugleich Vorsitzender des Betriebsrats sowie Mitglied des Aufsichtsrats unserer Tochtergesellschaft, der Apollinaris Brunnen AG.

Bei seinem hohen Engagement für die Belange der Mitarbeiter fühlte er sich stets auch dem wohlverstandenen Interesse des Unternehmens verpflichtet. Wir verlieren mit Herrn Koch eine hervorragende Persönlichkeit, von der wir in Trauer und Dankbarkeit Abschied nehmen. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Berlin und Dortmund, im Oktober 1986

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei Aktiengesellschaft

Am 3. Oktober 1986 verstarb im 65. Lebensjahr

Dipl.-Berging. Kurt Husemeyer

Ehrenmitglied des Vorstandes unserer Vereinigung

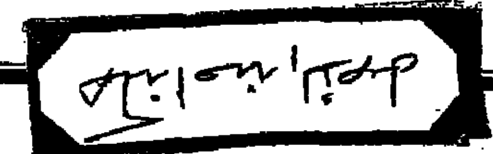
Er war ein Unternehmer und Ingenieur von zielstrebiger Tatkraft und Weitsicht, der sich schon frühzeitig der Gemeinschaft verpflichtet fühlte. Als Mitglied des Beirates und des Vorstandes hat er die Entwicklung unserer Vereinigung in den vergangenen zwei Jahrzehnten entscheidend mitgestaltet.

In Dankbarkeit gedenken wir eines hervorragenden Mannes, der uns ein guter Freund war und in unseren Reihen unvergessen bleibt.

Vereinigung der Bergbau-Spezialgesellschaften e. V.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 10. Oktober 1986, um 10.30 Uhr in der Kapelle des Ostfriedhofes (Eingang Saarbrücker Straße) statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Auf Wunsch des Verstorbenen wird statt evtl. zugedachter *Kränze und Blumen* um eine Spende für den Hermann-Gmeiner-Fonds, Deutschland, Kto.-Nr. 1 111 111, Deutsche Bank AG, München (BLZ 700 700 10), gebeten.



Inlandszertifikate

	Ausg. 6.10.	Rückn. 6.10.	Rückn. 3.10.
AAR-UNIV F I	172,00	162,76	162,36
Adifonds	69,02	65,73	65,65
Adirenta	23,90	23,20	23,19
Adiropa	106,14	105,05	105,39
Aditec	108,61	103,44	103,06
Adiverba	177,51	169,86	169,01
Aegis Eink.-Fds.	39,77	37,87	37,88
Aegis Wachst.-Fds.	68,65	65,40	65,71
AGI Fonds	172,95	164,69	164,69
Akkumula	202,70	193,00	195,20
Albingia Rendite Fds.	52,48	50,30	50,29
Alfa Kapital Fds.	38,79	36,06	35,89
Allianz-Rentenfonds	127,31	124,20	124,17
Analytik Fonds	31,87	29,65	29,35
Ara-Rendit	60,14	58,05	58,00
AriDeka	57,80	55,49	55,44
Assecura I	89,38	88,96	87,48
Austr. Pazifik	47,77	46,30	46,54
Berenberg-U-Fonds	407,59	395,72	395,69
Berenberg-U-Eff.-F.	51,90	50,39	50,43
Berenberg-U-Renten	124,65	121,59	121,62
BW-Renta-Univ.	54,92	53,50	53,58
BW-Wertberg-Univ	137,38	132,41	132,41
Colonia Rentenfonds	52,04	50,27	50,30
Concentra	38,99	38,04	37,89
dbi-Fonds V I	–	60,02	60,02
DekaFonds	56,08	53,28	53,06
DekaRent	32,99	32,05	32,05
DekaSpezial	238,75	226,82	226,22
DekaTresor	62,67	61,14	61,27
DespaFonds	85,60	81,40	81,40
DEVIF-Invest	109,40	104,09	104,17
DEVIF-Rent	56,00	54,28	54,26
DIFA-Fonds	180,90	171,80	171,80
DIFA GRUND	106,96	101,61	101,61
DIT Fonds f. Verm.	69,39	67,70	67,54
DIT Rohstoffonds	68,67	66,67	66,92
DIT Pazifikfonds	126,65	122,96	125,31
DIT Spezial	75,86	75,65	73,35
DIT Technologiefonds	79,35	77,04	77,18
DIT Wachstumsfonds	73,48	71,34	70,90
DIT Fds.f. Wdl.u.Opt.A	129,39	126,25	126,40
Dt. Rentenfonds	86,54	84,84	84,79
Dt. Vermögensb. Fds. A	40,43	38,79	38,70
dgl. I	52,89	50,37	50,36
dgl. R	28,40	27,57	27,55
DWS Bayern Spezial	99,80	95,02	unerh.
DWS Energiefonds	86,70	84,58	84,87
DWS Provesta	85,60	81,52	81,07
DWS Rohstoff Fds	79,95	77,98	77,58
DWS Technologie Fds.	84,85	82,77	82,88
Fondak	74,52	70,97	70,77
Fondirent	78,88	76,58	76,62
Fondis	65,11	62,01	62,08
Fondra	113,35	107,95	107,82
FT Accudos	138,41	134,38	134,60
FT Am Dynamik	22,90	20,95	21,12
FT Frankf. Eff. F	148,55	141,12	141,12
FT Interspezial I	29,07	26,40	26,57
FT Interspezial II	33,76	30,89	30,86
FT Interzins	46,64	45,28	45,25
FT Nippon Dynamik	99,78	91,30	91,80
FT Re-Spezial	194,81	185,07	185,06
Gerling Dynamik	71,11	68,85	[illegible]
Gerling Rendite	57,42	55,75	55,73
GKD-Fonds	76,30	73,55	73,24
Gothorent	96,57	95,02	92,99
Grundbesitz-Invest.	75,10	71,45	71,45
Grundwert-Fonds	135,00	127,96	127,96
Hbg.-M. Rentenfonds	unerh.	unerh.	56,08
Hansainternational	49,87	48,18	48,52
Hansarenta	50,84	48,35	48,34
Hansasecur	67,49	64,28	64,49
Hansazins	50,96	49,24	49,21
Haus-Invest	69,90	66,49	66,49
H-Fonds Nr. 1	117,70	112,00	112,00
dgl. Nr. 2	76,40	72,60	72,60
Industria	64,02	62,16	62,24
INKA-Global	86,30	82,16	82,00
INKA-Rent	52,80	51,20	51,20
INKA-Re-Invest	138,50	134,20	134,10
Inrenta	75,35	73,47	73,43
Interglobal	154,19	149,70	149,35
Inter-Renta	59,40	58,25	58,27
Intervest	100,70	95,90	96,13
Interkapital	28,00	26,50	26,40
Int. Rentenfonds	80,45	78,49	78,58
Int. Rentenfonds K	unerh.	unerh.	unerh.
Investa	72,40	69,12	69,00
Investors Fds.	14,40	13,38	13,39
Iverafonds	65,54	58,13	58,71
Japan-Pazifik-Fds.	79,85	77,52	77,49
Kapitalf. Spezial	143,56	132,79	133,54
Magdeb. W.-Fd.DIT	84,05	80,05	80,00
Medico-Invest	119,95	112,10	112,70
Merkur I	29,13	27,13	28,67
NB Rent	57,81	54,12	56,17
Nordcumulo	75,79	73,38	73,84
Nordrenta Int.	56,26	54,62	54,81
Nordstern-F. Int	52,38	50,60	50,65
Nürnberger Rentenfds.	50,45	48,43	48,45
Oppenh. Int. Rent.	103,99	100,95	100,96
Oppenh. Priva-Rent	115,68	112,30	112,37
Oppenheim-Privat	57,98	55,21	55,28
Oppenheim-Spez. I	126,77	125,07	125,22
Oppenheim-Spez. II	99,96	95,19	95,03
Plusfonds	79,95	75,29	75,07
Privatfonds	69,95	66,60	66,49
Re-Inrenta	167,80	165,67	164,12
Renditdeka	36,18	35,05	35,05
Rentak	167,00	158,65	158,50
Rentex	112,59	109,21	109,15
Rentensparfonds	59,00	57,26	57,26
Ring Aktien-Fds. DWS	49,20	46,96	46,99
Ring Renten-Fds. DWS	48,45	46,27	46,26
Säkular-U-Fonds	180,17	174,92	174,92
SMH-Rentenfonds	53,88	52,31	52,27
Südinvest I	unerh.	unerh.	62,56
dgl. II	unerh.	unerh.	74,86
dgl. III	unerh.	unerh.	26,90
dgl. IV	unerh.	unerh.	77,36
Thesaurent	64,71	62,61	62,77
Thesavest	241,25	235,35	234,58
Transatlanta	28,72	27,88	28,06
Unifonds	34,30	32,58	32,49
Uniglobal	94,00	89,48	89,25
Unikapital	85,05	82,96	82,91
Unirak	85,90	81,80	81,86
Unirenta	41,30	40,02	40,07
Unispezial I	–	65,82	65,79
Universal-Eff.-F	100,00	98,82	98,82
Unizins	118,75	113,34	113,31
Verm.-Aufbau-F.	121,96	116,15	115,74
Verm.-Ertrag-F.	99,41	95,59	95,62
VICTORIA Rent-Adig	72,20	69,76	69,72

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,95	32,10	32,10
Bond Valor DM	113,47	111,38	111,38
Convert Fund A DM	34,70	32,90	33,00
Convert Fund B DM	105,60	98,50	98,90
CS Money Market DM	1099,10	1099,09	1098,97
Eurinvest DM	94,80	90,90	91,70
Eurasiafonds DM	183,74	169,33	169,33
Formular Sel. DM	80,51	75,09	75,09
GT Inv. Fund DM	62,30	59,00	59,60
Interspar DM	unerh.	unerh.	26,98
Japan Sel. DM	425,20	397,55	397,55
Unico DM	unerh.	unerh.	74,18
America-Valor sfr	417,25	403,50	407,75
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	119,50	111,50	111,50
Bond-Invest sfr.	63,50	62,00	62,75
Bond Valor Yen	11095,00	10884,00	10882,00
Bond Valor $	129,85	126,64	126,55
Bond Valor sfr	109,75	107,70	107,65
Bond Valor Ster.	106,50	104,31	105,89
CSF-Bonds sfr.	78,50	75,75	75,75
CS Gold Valor $	118,88	116,69	115,21
CS Money Market $	1168,93	1168,92	1168,75
CS Money Market Ster.	1138,85	1138,84	1138,57
CS Money Market Yen	104377,0	104376,0	104364,0
Convert Valor sfr.	138,00	135,34	135,55
Convert Valor $	155,25	152,34	152,31
Dreyfus $*	14,12	13,27	13,34
Dreyfus Internat. $*	49,99	46,99	unerh.
Dreyfus Intercont. $*	48,48	45,57	45,57
Dreyfus Leverage $*	22,61	20,69	unerh.
Energie-Valor DM	179,84	170,88	171,81
Europa Valor sfr.	191,75	182,09	183,00
Fonsa sfr.	195,00	190,00	191,00
Founders Growth $*	9,53	9,53	9,53
Founders Mutual $*	10,76	10,76	10,78
Goldmines NL	–	216,00	215,00
Intercont. Tr. sfr.	–	308,25	310,00
Interswiss sfr.	173,00	166,50	166,50
Intervalor sfr.	77,75	74,75	75,25
Japan Portfolio sfr.	1427,25	1380,00	1385,25
Kemper Growth $*	14,42	13,19	13,20
Pacific-Valor sfr	189,50	178,00	179,50
Pharmafonds sfr	318,50	296,50	297,00
Pioneer Fund $*	25,02	22,89	22,88
dgl. II $*	–	–	18,64
Schweizeraktien sfr.	489,00	465,50	465,50
Siat-Imm. sfr.	1725,00B	1715,00G	1715,00G
Siat 63 sfr.	1565,00B	1555,00G	1550,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2630,00	2500,00	2500,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1350,00	1280,00	1280,00
Swissvalor sfr.	417,75	400,00	401,25
Technology $*	14,28	13,07	13,09
Technogrowth Fd.	94,67	89,32	89,32
Templeton Growth $*	13,75	12,58	12,53
Universal B.S sfr.	77,50	75,00	75,25
Universal Fund sfr.	114,56	111,26	111,91
Ussec	687,00	653,00	656,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

Frankfurt: 6. 10. 1986

1241 Optionen = 63 000 (72 350) Aktien, davon 133 Verkaufsoptionen = 7050 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-280/53; 300/36; 320/20; 340/12,5G; 360/10B; 4-300/43G; 320/35B; 340/25B, 360/18G; 7-320/40G; Agiv 1-460/10G; BASF 1-260/30G; 270/25B; 280/15B; 290/12B; 300/9,9; 310/7; 320/4G; 4-260/47B; 280/27B; 300/17; 320/10G; 340/5,5G; 7-280/28; 300/25B; 340/10B; Bayer 1-280/29G; 290/24B; 300/20; 310/131; 320/11,1; 330/5,9B; 340/5,1; 360/2B; 4-280/45G, 300/30; 320/20B; 340/13B; 360/8,9; 7-320/28B; 340/21B; 360/10B; BBC 1-320/20B; 4-340/18B; BHF 1-550/27B; 600/15G; 4-550/45B; Bay. Hypo 1-600/42B; 650/35; 7-700/15,8G; Bekula 1-120/20G; 130/12,5G; 140/7; 4-140/11G; BMW 1-600/50B; 650/29G; 700/15G; 750/8G; 4-70/19B; 550/90B; 600/62G; 650/50B; 700/29B; 7-600/90B; 650/70B; 700/50B; 750/26G; Bay. Vereinsbk. 1-550/35B; 600/20B; 4-650/25B; Commerzbk. 1-292/55G; 300/46G; 320/26B; 340/18; 360/13B; 380/10B; 400/6G; 4-320/40B; 340/30G; 360/24,2; 380/20B; 400/13; 7-340/48B; Conti 1-295/30B; 320/22,1G; 340/18G; 360/9B; 380/2,5G; 4-315/40B; 320/35B; 340/53B; 360/20B; 380/13; 7-340/48B; 380/20; Daimler 1-1200/121G; 1300/70,1G; 1400/48; 1500/22G; 1600/11, 4-1200/150G; 1300/96G; 1400/75G; 1500/40B; 1600/30G; Daimler cum BA 1-1485,50/40G; 1685,50/17G; Dt. Babcock St. 1-200/15G; 220/8B; 4-200/25G; 220/20B; 240/14,4B; 7-200/40B; Deutsche Bk. 1-800/40G; 850/25B; 900/14; 950/9; 4-800/65; 850/40; 900/28G; 950/18; Degussa 1-500/45B; 550/20B; 4-550/26B; Dresdner Bk. 1-380/65B; 400/40G; 420/23,9; 440/18B; 460/15; 480/10B; 500/6; 4-420/40B; 460/20; 480/16B; 500/11; GHH St. 4-260/14G; GHH Vz. 4-200/22B; Harpener 1-320/15G; 4-340/12G; 360/10G; Hoechst 1-200/85B; 260/26B; 280/9; 290/8B; 300/6; 4-240/40G; 260/34B; 280/18; 300/14B; 320/10B; 340/4G; 7-260/40G; 280/25G; 300/18B; 320/9B; Hoesch 1-130/22B; 140/14,5; 150/10,5B; 160/7; 165/5,1B; 170/4,8G; 180/4B; 190/3,1B; 200/1,2G; 4-130/28,6B; 140/25; 150/15G; 160/13G; 170/10; 180/6G; 190/5G; 200/4G; 7-130/38B; 140/32B; 150/23,9; 160/20B; 170/15B; Karstadt 1-460/29G; Kaufhof 1-500/30G; 550/20G; KHD 1-220/12B; 240/8,5B; 260/5G; 4-260/14; Klöckner 1-60/26B; 70/16B; 75/10B; 80/8B; 85/5,5; 90/4B; 95/3B; 4-70/18; 80/10G; 85/7G; 90/5B; 100/2G; 7-90/10B; Lufthansa St. 1-180/22B; 190/18B; 200/15G; 4-180/23G; 190/20B; 200/15,5B; 7-180/30G; 190/27B; 200/22B; Lufthansa Vz. 1-160/18B; 170/15B; 180/10B; 190/7B; 200/1,5B; 4-160/20B; 170/17B; 180/13B; 190/10B; 200/7B; 7-160/24G; 170/19B; 180/17B; 190/15B; 200/14B; Mercedes 1-1200/50G; Mercedes cum BA 1-1400/21G; Metallges. 1-340/27G; Mannesmann 1-160/22G; 170/19B; 180/15; 190/9,4G; 200/7B; 220/4,6B; 234/2,4B; 240/2G; 4-160/30G; 170/25B; 180/22B; 190/17B; 200/12G; 240/6; 7-180/32B; 190/27B; 200/24B; Nixdorf 1-700/60G; 750/55B; 800/32,8B; 4-700/85G; 800/55B; Preussag 1-200/25B; 220/18B; 240/8B; 4-220/25G; 240/13G; 7-240/9G; 260/10,6G; RWE St. 1-200/19G; 220/10B; 240/4,5G; 4-200/27G; 220/14B; 240/8G; 7-200/38B; RWE Vz. 1-190/35B; 200/16G; 4-200/24,9B; Schering 1-650/20B; 4-600/60G; 650/41B; 700/25B; Kali + Salz 1-280/38; 300/30G; 320/12G; 4-340/25B; 360/10G; Siemens 1-600/110G, 650/85B; 700/45; 750/24; 800/8G; 850/6G, 4-700/65G; 750/46G; 800/19; 850/12; 7-800/40B; Thyssen 1-150/20B, 160/12B, 170/8B; 180/4G; 190/2,5G; 200/1,5G, 4-150/25G; 160/18G; 170/13; 180/9; 190/6G; 200/5G; 7-170/17,9; 180/14,8B; Veba 1-260/35G; 280/23G; 300/13G; 310/10B, 320/7G; 4-260/45B; 300/23; 320/14B, 340/9B, 7-320/202G; 340/12G; VEW 1-160/8B; 4-160/12B; VW 1-429/95B; 460/70B; 479/51G; 500/45; 519/40B; 529/30B; 550/25G; 579/16B; 600/15G; 4-480/70G; 500/62; 529/45B; 550/40; 600/27G; 650/24; 7-440/110G; 460/100B; 480/90B, 500/80B; 550/63B; 600/40B; Alcan 1-65/5,9B, 70/3G; 4-65/9B, 70/6,5B; 75/5B; 7-60/15B; 65/12B; Chrysler 1-80/7B; 90/2G; 4-70/11G; 80/8G, 90/4B; 7-80/10B; Elf 1-110/18B; 4-100/28B; General Motors 1-160/3,6; 4-160/7G; IBM 1-280/20B; 300/9,7B; 320/6B; 4-300/20; 7-340/25B; Norsk Hydro 1-35/10B; 40/5,2G; 45/2B; 50/1B; 4-40/6,5B; 45/4,2; 50/2B; 7-40/8,8B; 50/5B; Philips 1-40/11,4B; 45/6G; 50/3G; 55/2,2G; 4-40/14B; 45/8,5G; 50/4,5G; 55/3B; 7-45/11,6B; 50/7B; 55/4; Royal Dutch 1-180/17B, 190/10B, 200/6B; 4-180/20B; 190/15B; 200/9G; Xerox 1-120/6,5; 110/5B;

Verkaufsoptionen: AEG 1-280/5,4G; 320/18G; 4-260/7,5B; 320/21G; BASF 1-260/5; 290/17; 4-240/6B; 260/10G, 300/34B; Bayer 1-290/11,1G; 310/15G; 4-260/5G; 280/12G; 300/16G; BHF 1-500/5G; Bay. Hypo 1-600/20G; 4-550/10G; BMW 1-550/8B; 600/35; Commerzbk. 1-300/5B; 320/13; 332/24G; 340/25,1G; 4-300/17; 320/18G; 7-300/20G; Conti 1-320/24B; Daimler 1-1100/25B; 1200/40, 1300/80G; 4-1200/50G; Deutsche Bk. 1-70/20B; 800/35G; 4-750/45B; Dresdner Bk. 1-400/18B; 4-380/9G; 400/22B; 440/55,25B; 7-400/25G; Hoechst 1-240/3G; 260/12B; Hoesch 1-130/1,5G; 140/7,5B; 150/11G; 4-150/14,5B; Karstadt 1-450/35G; KHD 1-220/25B; 4-200/5G; Klöckner 1-70/2G; 75/5B; 90/14B; 95/19B; 4-70/4B; 75/6,4G; 7-80/10G; Lufthansa St. 1-170/3G; Linde 4-800/31G; Mercedes 1-1100/35G; Mannesmann 1-160/3,5G; 170/8,8, 170/10G; 180/15; 4-150/3G; 160/8,5G; 170/12B, 180/18B; Porsche 1-900/14,6B; 1000/65; RWE St. 1-200/7G; 220/19; RWE Vz. 4-180/6G; Schering 4-550/10G; Kali + Salz 1-260/8G; 280/17B; 4-280/22,8B; Siemens 1- 550/2,4G; 600/8; 650/19,2; 4-500/1G; 700/30G; Thyssen 1-140/4B; 150/7; 4-160/15B; 7-140/8,5G; Veba 1-290/6; 310/20B, 4-280/4B; 290/7G; VW 1-460/11B; 479/15; 500/30B; 4-500/45B; 7-460/20G; 500/50B; Alcan 1-70/6,9B; 75/15B; Chrysler 1-70/3G; 75/3,5; 80/10B; 85/13B; 4-80/12B; General Motors 1-170/37B; 4-140/13G; IBM 1-260/12G; 4-260/18B; Litton 4-140/9B; Norsk Hydro 1-40/2G, 45/5B, Philips 1-45/2,9B; 50/5B; 4-40/2B; 45/3,5B; 50/7B.

Rentenoptionen

Frankfurt: 6. 10. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-105/3G; OKT87-106/3,5G; 108/2G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/3,2G, 108/1,3G; OKT87-106/3,8G; 108/2,2G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/3,5G. 112/1,5G; OKT87-112/2,7G; 114/1,3G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/3,5G; 114/1,5G; OKT87-112/4,5G; 114/2,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/3,5G; 108/1,8G, OKT87-106/5G; 108/3G; 8 Bund 85 (95): APR87-108/4G; 110/2G; OKT87-108/5G; 110/3,2G; 112/1,7G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/3,8G; 112/1,8G; OKT87-110/4,8G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-106/3,5G; 108/1,8G; OKT87-106/4,5G; 108/3G; 110/1,7G; 7 Bund 85 I (95): APR87-104/3G; 106/1G; OKT87-104/4G; 106/2,5G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/4,5G; 106/2,5G; 108/0,5G; OKT87-104/5,5G; 106/3,8G; 108/2,3G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-102/3,5G, 104/1,5G; OKT87-102/4,8G; 104/3G; 106/1,7G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-100/4G; 102/2,3G; OKT87-100/5G; 102/3,5G, 104/2G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/4G; 104/2G; 106/0,5G; OKT87-102/5G; 104/3,2G, 106/1,8G; 7 Post 85 (97): APR87-102/3,5G; 104/1,5G; OKT87-102/4,5G; 104/3G; 106/1,5G

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/1,5G; 110/2,5G, OKT87-108/2,5G; 110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-108/2G; 110/2,5G; OKT87-108/2,7G; 110/3,7G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-114/2,7G; 114/4,3G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-116/3G; OKT87-114/3,5G; 116/4,6G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-108/1,5G; 110/2,2G; OKT87-108/2,6G; 110/3,5G; 8 Bund 85 (95): APR87-112/2,5G, 114/3,8G, OKT87-110/3,2G; 112/4G; 114/5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-112/1,8G; 114/2,7G; OKT87-12/3,2G. 110/2,7G; 114/3,8G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-108/1,7G; 110/2,3G; OKT87-10/4G; 106/2,5G; 108/3G; 7 Bund 85 I (95): APR87-104/1,3G; 106/1,8G; 108/2,8G; OKT87-104/2,7G; 106/3,2G; 108/3,8G; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-106/1,8G; 108/2G; OKT87-104/2,8G; 106/3G; 108/3,8G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-104/1,8G; 1106/2,3G; OKT87- 102/2,7G; 104/3,2G; 106/3,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-104/2G; 106/3,3G; OKT87-102/2,5G; 104/3,2G; 106/4,5G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-104/2,5G; 106/3G; OKT87-104/2,8G; 106/3,5G; 7 Post 85 (97): APR87-102/1,5G; 104/2G; 106/3G; OKT87-102/3,2G; 104/3,7G; 106/4,3G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2950. **Düsseldorf:** BMW 601, Goldschm. 248,1, IKB 270, Lehnkering 225G, O & K 135. **Frankfurt:** BMW 602, Frankona Vz. 615, Fuchs St. 172,1bG, Fuchs Vz. 160,5, Goldschm. 244,5, IKB 275, Magdeburger Feuer NA 500G, Magdeburger Feuer 1150T, Mainkraft 530G, Mercedes 1111, Ymos Vz. 182. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1110bB, Stumpf 125bG, VAB 2880G.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Colonia 5, Magd. Feuer 190, Zanders 7,5. **Frankfurt:** Colonia 5, Magd. Feuer 190. **München:** –. **Hannover:** Magd. Feuer 190.

Devisenmärkte

Die D-Mark stand am 6. 10. auch zu Beginn der neuen Woche im Mittelpunkt des Devisenmarktes. Der Dollar-Kurs konnte einen anfänglichen Anstieg bis knapp 2,00 nicht behaupten und rutschte nach der amtlichen Notiz mit 1,9942 bis auf 1,9875 ab. Auf diesem Niveau griff die Deutsche Bundesbank mit Dollarkäufen in das Handelsgeschehen ein und erreichte eine Stabilisierung bei knapp über 1,9900. Die Reduzierung der Einlagensätze durch die Schweizer Geschäftsbanken ließ den Schw. Franken auf 123,13 (123,41) nachgeben. Das Brit. Pfund tendierte weiter schwach und wurde mit einem absoluten Tiefststand von 2,872 notiert. Die Währungen von Irland, Norwegen, Schweden, Finnland, Spanien und Portugal verzeichneten ebenfalls neue Tiefstkurse. US-Dollar in: Amsterdam 2,2515; Brüssel 41,32; Paris 6,526, Mailand 1379,00; Wien 14,039; Zürich 1,6169; Ir. Pfund/DM 2,727; Pfund/Dollar 1,4402, Pfund/DM 2,872.

Devisen und Sorten

6.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	1,9902	1,9982	1,9875	1,95	2,05
London[2]	10,0	2,865	2,879	2,828	2,82	2,97
Dublin[2]	16,5	2,720	2,734	2,679	2,66	2,81
Montreal[1]	8,58	1,4363	1,4443	1,4270	1,40	1,50
Amsterd.	5,00	88,34	88,58	88,285	87,50	89,25
Zürich	4,00	123,03	123,23	123,15	122,00	124,75
Brüssel	8,00	4,81	4,83	4,786	4,68	4,86
Paris	9,50	30,455	30,615	30,195	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,45	26,57	26,205	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,16	28,00	26,60	26,25	28,00
Stockh.	8,00	29,045	29,205	28,880	28,25	30,00
Mailand[3]**	12,0	1,44	1,45	1,42	1,41	1,49
Wien	4,00	14,191	14,231	14,155	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,504	1,514	1,482	1,46	1,58
Lissabon**	14,5	1,36	1,38	1,33	1,10	1,65
Tokio	3,50	1,292	1,295	1,294	1,26	1,32
Helsinki	8,50	40,91	41,11	40,305	40,00	42,00
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,62
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,463	1,517	–	1,00	1,75
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,38
Sydney*	–	1,2585	1,2775	–	1,21	1,33
Johannbg.*	10,5	0,883	0,917	–	0,77	1,02
Hongkong *	–	25,43	25,71	–	23,00	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.

Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Oktober 1986

Internationale Plazierung

von

FIAT S.p.A., Turin, Italien

115.081.800 Inhaber-Stammaktien
(im Nennbetrag von je Lit. 1.000,–)

88.338.150 Vorzugsaktien
(im Nennbetrag von je Lit. 1.000,–)

29.341.995 Sparaktien
(im Nennbetrag von je Lit. 1.000,–)

mit dazugehörenden Optionsscheinen zum Bezug von Stammaktien der Comau Finanziaria S.p.A.

Deutsche Bank Capital Markets Limited		MEDIOBANCA Banca di Credito Finanziario S.p.A.	
ABC Investment and Services Co. (E.C.)	Banque Paribas Capital Markets Limited	Commerzbank Aktiengesellschaft	Credit Suisse First Boston Limited
Daiwa Europe Limited	Dresdner Bank Aktiengesellschaft	Salomon Brothers International Limited	Shearson Lehman Brothers International, Inc.
Swiss Bank Corporation International Limited		Union Bank of Switzerland (Securities) Limited	
Banca Commerciale Italiana	Banca Nazionale del Lavoro	Banco di Roma	CREDIOP Consorzio di credito per le opere pubbliche
Credito Italiano	IMI - Istituto Mobiliare Italiano	Istituto Bancario San Paolo di Torino	Monte dei Paschi di Siena
Banque Nationale de Paris	Goldman Sachs International Corp.	Kleinwort Benson Limited	Morgan Grenfell & Co. Limited
Morgan Stanley International	The Nikko Securities Co., (Europe) Ltd.	Nomura International Limited	PaineWebber International Capital Inc.
Société Générale	Svenska Handelsbanken PLC	S.G. Warburg, Akroyd, Rowe & Pitman, Mullens Securities Ltd.	Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Wood Gundy Inc.		Yamaichi International (Europe) Limited	
Algemene Bank Nederland N.V.	Bache Securities (U.K.) Inc.	Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft	Bank Julius Baer & Co. Ltd.
Banca Manusardi & C.	Banca Nazionale dell'Agricoltura S.p.A.	Banca Popolare di Milano Soc. Coop. a r.l.	Banca Popolare di Novara
Banco di Napoli	Banco di Santo Spirito	Banco di Sicilia	Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Banque Générale du Luxembourg S.A.	Banque Indosuez	Banque Internationale à Luxembourg S.A.	Banque de Neuflize, Schlumberger, Mallet
Barclays de Zoete Wedd Limited	Baring Brothers & Co., Limited	Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft	Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft	Berliner Bank Aktiengesellschaft	Berliner Handels- und Frankfurter Bank	Cassa di Risparmio delle Provincie Lombarde
Cassa di Risparmio di Torino	Compagnie de Banque et d'Investissements	Crédit Industriel et Commercial de Paris	Crédit du Nord
Creditanstalt-Bankverein	Credito Romagnolo	DB Capital Markets (Asia) Limited	Deutsche Bank Capital Corporation
Deutsche Bank (Suisse) S.A.	Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -	DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank	EBC Amro Bank Limited
Euromobiliare Limited	Robert Fleming & Co. Limited	Generale Bank	Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft
HandelsBank N.W. (Overseas) Limited	Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien	Hessische Landesbank - Girozentrale -	Hill Samuel & Co. Limited
IMI Capital Markets (U.K.) Ltd.	Industriebank von Japan (Deutschland) Aktiengesellschaft	Kidder, Peabody International Limited	Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Rheinland-Pfalz - Girozentrale -	Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale	Lombard, Odier & Cie.	Manufacturers Hanover Limited
McLeod Young Weir International Limited	Merck, Finck & Co.	B. Metzler seel. Sohn & Co.	Morgan Guaranty Ltd
Nippon Kangyo Kakumaru (Europe) Limited	Norddeutsche Landesbank Girozentrale	Nuovo Banco Ambrosiano	Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.	Orion Royal Bank Limited	J. Henry Schroder Wagg & Co. Limited	Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Swiss Volksbank	Trinkaus & Burkhardt KGaA	Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft	M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft		Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale	

Bundesanleihen

Renten leicht erholt

Die gestiegenen US-Bondskurse, die möglicherweise auf eine Wiederaufnahme der Zinssenkung in den USA schließen lassen, hat den Markt der deutschen öffentlichen Anleihen stabilisiert. Länger laufende Emissionen werden bis zu 0,35 Prozentpunkte heraufgesetzt. Unter den Käufern sollen auch Ausländer gewesen sein, die sowohl auf eine Zinssenkung in der Bundesrepublik als auch auf eine weitere DM-Aufwertung bzw. Abschwächung des Dollar spekulieren.

F	PWA 86/94	104,7	109
F	Reeow Look 86/91	-	675
F	5½ Rhythm W. 83/88	1350G	1350
F	dgl. W. 84/89	-	625
F	3½ RWE 86/96	88	87,5
F	Ryobi 83	1200G	1200G
F	Salamander 86/96	-	161,9
F	6½ Schering 83/90	315	316,5
F	3 Schw. Bankgesell.	3051	3060
F	3½ Sch. Bankver.I	266	274
F	2½ dgl. II	162	170
F	Schw. Kreditanst.	-	1650
F	Sanko 86/91	-	600
F	7½ Siemens 85/90	457,5	455
F	dgl. 86/92	-	194,5
M	Stumpf 78/88	708	75

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,7	100,7
F	6 dgl. 77	9/87	101,35	101,35
F	6 dgl. 78 II	7/88	102	102,05
F	6½ dgl. 77	5/89	103,4	103,4
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,45	107,45G
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,8	102,75
F	8 dgl. 80 II	7/90	109,9	108,9

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Bis um das Limit wurde Kaffee zurückgenommen, bruchteilig fester notierte Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	3.10.	2.10.
Dez.	268,00-268,25	273,75-273,50
März	262,00-261,50	266,50
Mai	248,50	251,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

3.10.	2.10.
26,00	26,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

20,25	20,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Am 6. 10. gaben die Dollar-Depots um ca. ⅛ Prozent nach. Die Terminabschläge notierten gegen DM verringert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,33-0,23	0,73-0,63	1,30-1,10
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,74-1,70	3,40-3,35
Pfund/DM	2,20-0,80	5,10-3,70	9,00-7,40
FF/DM	21-5	42-26	64-48

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6.10. : Tagesgeld 4,10-4,20 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 6.10. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 6.10. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6.10. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6	4¼-4½	3⅝-3¾
3 Monate	5⅞-6	4½-4⅝	3⅝-4⅛
6 Monate	5⅞-6	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 6.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) ... 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) ... 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,64). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen ...) 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25 , Kurs 98,50 , Rendite ...

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95
Commerzbank	100,00	21.6.95
Commerzbank	100,00	4.8.00
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.98
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.98
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.96
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.86
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95
WestLB 600	100,00	2.5.95

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

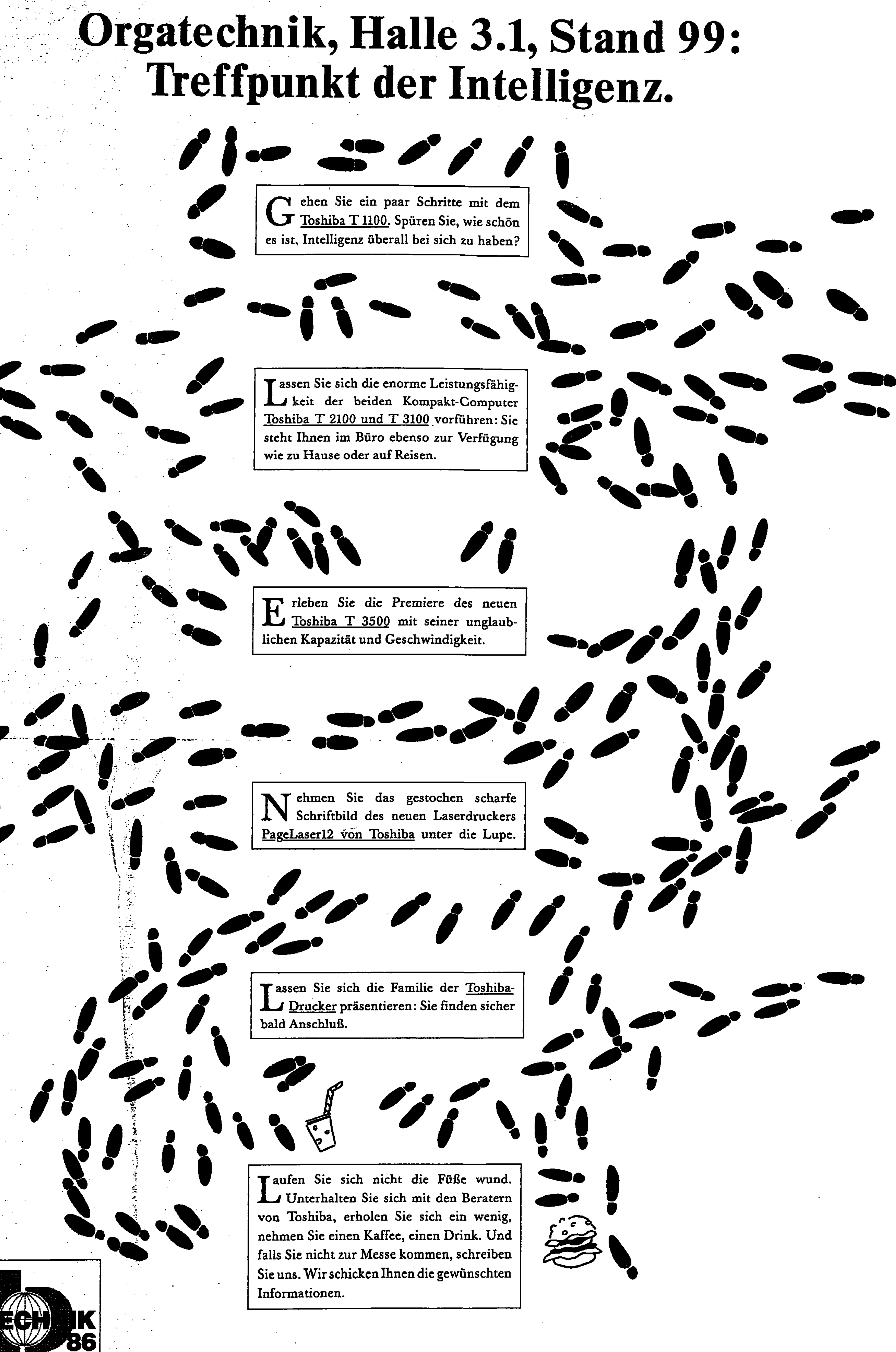
Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert


Orgatechnik, Halle 3.1, Stand 99:
Treffpunkt der Intelligenz.
Gehen Sie ein paar Schritte mit dem Toshiba T 1100. Spüren Sie, wie schön es ist, Intelligenz überall bei sich zu haben?
Lassen Sie sich die enorme Leistungsfähigkeit der beiden Kompakt-Computer Toshiba T 2100 und T 3100 vorführen: Sie steht Ihnen im Büro ebenso zur Verfügung wie zu Hause oder auf Reisen.
Erleben Sie die Premiere des neuen Toshiba T 3500 mit seiner unglaublichen Kapazität und Geschwindigkeit.
Nehmen Sie das gestochen scharfe Schriftbild des neuen Laserdruckers PageLaser12 von Toshiba unter die Lupe.
Lassen Sie sich die Familie der Toshiba-Drucker präsentieren: Sie finden sicher bald Anschluß.
Laufen Sie sich nicht die Füße wund. Unterhalten Sie sich mit den Beratern von Toshiba, erholen Sie sich ein wenig, nehmen Sie einen Kaffee, einen Drink. Und falls Sie nicht zur Messe kommen, schreiben Sie uns. Wir schicken Ihnen die gewünschten Informationen.
16.-21. Okt.
ORGATECHNIK KÖLN 86
6. INTERNATIONALE BÜROMESSE
Wir stellen aus
Halle 3.1, Gang D, Stand 99

Nawratil über „Die deutschen Nachkriegsverluste"

Millionen, Millionen

Der Jurist Heinz Nawratil hatte sich 1982 mit seinem Buch „Vertreibungsverbrechen an Deutschen" bekannt gemacht. Jetzt liefert er, nachdem er die neueste Literatur befragt hat, statistisches Material in breiter Fülle nach. Er will seine Aussage von 1982 über die Höhe der Menschenverluste während der Vertreibung nicht nur wiederholen, sondern überzeugend bekräftigen. Diese Aussage lautet: „Als Bilanz des Geschehens östlich und südöstlich von Oder, Neiße und Böhmerwald bleibt festzuhalten: Nach derzeitigen Erkenntnissen liegen die Vertreibungsverluste (einschließlich der Deportationsverluste) der deutschen Zivilbevölkerung im Osten zwischen 2,8 und drei Millionen Menschen."

Wie es zu dieser Totenbilanz rein rechnerisch gekommen ist, wird eingehend dargelegt; fast möchte man anmerken, daß sich Nawratil um nahezu mathematische Genauigkeit bemüht, obwohl diese selbstverständlich nur angestrebt, aber nie erreicht



werden kann. Es kommt auch gar nicht so sehr auf die präzise Zahl an, sondern vielmehr darauf, die Grausamkeit und das unsagbare Elend, das sich mit Vertreibung und Deportation verbindet, zu versuchen zu begreifen.

Dem Verfasser dieses statistischen Handbuches ist darin zuzustimmen, daß „Kriegsereignisse und Kriegsopfer im Bewußtsein der Öffentlichkeit einen festen Platz haben; auch die Verbrechen dieser Epoche sind allgemein geläufig. Kaum bekannt und daher vom Unkraut der Spekulationen und Verharmlosungsversuche überwuchert ist dagegen jenes weite Feld der Kriegsendzeit, die im buchstäblichen Sinn für Millionen Menschen zur Endzeit wurde."

Nawratil breitet aber nicht nur das statistische Material aus, indem er zunächst die Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes seiner Bilanzierung zugrundelegt, sondern fragt, wer die Schuld an diesem millionenfachen Tod trägt. Er nennt als „wohl letzte Eintragung im Sündenregister des Dritten Reiches" die vielerorts versäumte oder zumindest verspätete Evakuierung der vom Anrollen der Roten Armee bedrohten Bevölkerung. Doch diese berechtigte Feststellung dürfe die Schuld der Täter nicht verkleinern. Der Autor klagt zwar auch das persönliche Rachebedürfnis an, wertet aber in seiner Verurteilung die „systematische Völkerhaßkampagne in Verbindung mit Straffreiheit sowie sexuellen und materiellen Anreizen (Plünderung, Vergewaltigung)" als das Drangsal und Mord auslösende Element.

Wer dem Verfasser vorwerfen wollte, er verschweige, was zuvor an Grausamem, Unmenschlichem fremden Völkern und deren Angehörigen von Deutschen widerfahren ist, übersieht geflissentlich das Thema der Untersuchung und deren berechtigte Begründung. Es werden übrigens nicht nur die Opfer während der Vertreibung und Deportation genannt und gezählt, auch die Kriegsgefangenschaft mit 1,6 Millionen Menschenopfern und unter ihnen allein 1,3 Millionen Opfer in russischen Kriegsgefangenenlagern, die Folgen des Einmarsches der Roten Armee in Mitteldeutschland und Österreich, die Konzentrationslager in dem von der Sowjetunion beherrschten Teil Deutschlands und die Verfolgung der Menschen in Jugoslawien sowie im sowjetischen Machtbereich sind in die Untersuchung mit einbezogen. Ein solides Literaturverzeichnis und knapp bemessene Anmerkungen untermauern die Ernsthaftigkeit dieser Arbeit, die als Edition der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" gekennzeichnet ist.

Es muß freilich angemerkt werden, daß zu viele Zahlen nicht nur verwirren, sondern vor allem das tragische Einzelschicksal verblassen lassen. Was aber nichts daran ändert, daß es verdienstvoll ist, das annähernd nachprüfbare Zahlenmaterial über die deutschen Nachkriegsverluste überhaupt vorgelegt zu haben.

HERBERT HUPKA

Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. Herbig Verlagsbuchhandlung, München/Berlin. 112 S., 12,80 Mark.



Von den Höhen und Tiefen unserer Zeitläufte: „Bre::ne:dle Synagoge" (1940), Kohlezeichnung von Otto Pankok, aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

„Individualismus und Tradition": Stuttgart zeigt deutsche Künstler 1900–1945

Wieviel Gefühl paßt in ein Boot?

Stuttgart ist jetzt eine Reise wert. Neben der schwierigen, sehr ernst zu nehmenden Paolini-Ausstellung in der Staatsgalerie (vgl. WELT v. 2. Okt.) bietet das Kunstgebäude des Württembergischen Kunstvereins deutsche Künstler von 1900–1945 unter dem Titel „Individualismus und Tradition". Wer die Liste der Künstler sieht, weiß sofort, daß ihn eine seltene Gesamtschau erwartet: Corinth, Modersohn-Becker, Nolde, Schmidt-Rottluff, Kirchner, Otto Mueller, Kokoschka, Macke, Marc, Jawlensky, Dexel, Schlemmer, Belling, Lehmbruck, Meidner, Dix, Grosz, Radziwill, Schad, Scharl, Pankok, Barlach, Kollwitz, Beckmann, Hartung, Uhlmann, Winter, Nay, Baumeister.

Die überaus sorgfältige Auswahl von rund 270 Werken war für Polen bestimmt, wurde aber von der polnischen Regierung zurückgewiesen, weil Leihgaben aus West-Berlin darunter sind. So hat sich der ursprüngliche Zweck in Unwohlgefallen aufgelöst, dafür aber wird das Ganze, von *achtzig (!) genannten* und zahlreichen ungenannten Leihgebern stammend, in Stuttgart (ausschließlich) gezeigt.

Von Lovis Corinth fehlen leider die Walchenseelandschaften, die sich momentan auf einer Wanderausstellung befinden. Doch sind genügend Arbeiten vorhanden, die der Bandbreite dieses starken Einzelgängers gerecht werden. Die „Ostsee" von 1902 gibt allerdings in dem sonst ganz großartig gelungenen Katalog die gespannte Wucht der Wogen nur unvollkommen wieder; das Gemälde muß man an Ort und Stelle sehen. Der „Rückenakt Charlotte Behrend" stammt aus einer Privatsammlung und wird selten gezeigt.

Lehmbrucks schlanke Skulpturen *und Büsten werden von dem hinrei*ßenden Ölgemälde „Weiblicher Halbakt" ergänzt – sehenswert, sehr sehenswert!

Von Max Beckmann wurden 15 Arbeiten zusammengetragen, darunter die schmale „Italienische Fantasie" (1925), wo in einem Boot auf der Lagune vier Personen in erschrockenem Ernst geradezu fanatisch singen; jeder spöttischen oder auch todernsten Interpretation offen. Man findet in Stuttgart die ganze Skala dieses gedrängt komponierenden Künstlers, der mit wenigen, harten Strichen menschliche Befindlichkeit enthüllt.

Das beste Werk Noldes: das Aquarell „Mutter und Kind" (1931–35), ein Traum von großer Ruhe aus Dunkel und Licht, von Melancholie getränkt.

Heute werden sie alle bewundert, zu ihrer Zeit aber waren sie genauso angefeindet wie jede neue Richtung zu jeder Zeit. Aber auch untereinander herrschte nicht eitel brüderliches Verständnis. Hans Hartung war von einem Vortrag Kandinskys über Symbolik der Geometrie weder begeistert noch überzeugt: „Ich hatte nicht die geringste Lust, Schlangenli*nien zu malen, um so die Ewigkeit* darzustellen." Recht hat er.

So wie die Ausstellung zeigen auch die einleitenden Katalogbeiträge die Entwicklung der Künstler aus der Tradition heraus, die Wirkung der drei tiefen politischen Einschnitte in dieser Epoche, gesellschaftliche Ziele und Enttäuschungen und das Wiederanknüpfen der Überlebenden. Eine schöne Ausstellung, die auch nachdenklich macht. (Bis 9. November, Katalog 45 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Nicht nur für Katholiken: „Herder-Korrespondenz"

Tagespolitik inbegriffen

Auf dem großen Zeitschriftenmarkt in der Bundesrepublik Deutschland sind Publikationen, die sich mit Gesellschaft und Religion beschäftigen, dünn gesät. Auf protestantischer Seite gibt es die „Evangelischen Kommentare" und „Lutherischen Monatshefte", auf katholischer die „Herder-Korrespondenz". Bei verhältnismäßig kleiner Auflage ist ihr Einfluß jedoch überraschend groß. Dies gilt besonders für die „Herder-Korrespondenz", die im September 1946 zum ersten Mal erschien, jetzt also 40 Jahre alt geworden ist.

Die vom Freiburger Herder Verlag herausgegebene Monatsschrift ist ein Phänomen. Sie ist unabhängig, wird von Laien getragen, ist keiner Gruppe und keiner Richtung verpflichtet und bemüht sich um eine zukunftsoffene Sicht von Kirche, Christentum und Gesellschaft.

Was dies praktisch bedeutet, zeigt die Ausgabe für September 1986 (man hätte auch eine andere Ausgabe nehmen können und wäre zum gleichen Ergebnis gekommen). Chefredakteur David Seeber, Jahrgang 1934, schreibt unter dem Titel „Was sich in den Familien ändert" über zwei Allensbach-Studien. In einem Gespräch äußert sich Bayerns Kultusminister Hans Maier, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, über die Kräfte des Irrationalen und die Ängste im Zusammenhang mit risikoreichen Großtechniken. Das Redaktionsmitglied Ulrich Ruh, Jahrgang 1950, Doktor der Theologie, setzt sich mit der Frömmigkeit im Wandel auseinandner.

Aktuell ist wegen der großen Zahl Betroffener eine Dokumentation, Orientierungen für die Seelsorger in der *österreichischen Diözese Linz*: „Pastoral an wiederverheirateten Geschiedenen". Andere Beiträge beschäftigen sich mit dem Asylrecht; weitere Themen: „Das kirchliche Amt und die Tagespolitik", „Versuchsballon: Will die CSSR mit dem Vatikan neu verhandeln?" und „Ausgeschlossen: Die Grünen und das ZdK". Eine Reportage begleitet eine Reise deutschsprachiger Bischöfe nach Angola, Kongo und Zaire, ein ausführlicher Bericht, „Geistliche Aufbrüche", zeigt neue Bewegungen und Gemeinschaften in der Kirche. Dazu kommen Kurzinformationen und Buchrezensionen.

Das Organ versteht sich als „Informationszeitschrift auf katholischer Grundlage für alle Lebensbereiche, soweit sie im engeren oder weiteren Sinn von weltanschaulicher Bedeutung und für den Christen in Kirche und Welt von Bedeutung sind". Im Mittelpunkt steht der mit Hintergrundinformation angereicherte Bericht. Eine Spezialität der „Herder-Korrespondenz" sind Länderberichte, der zusammenfassende Überblick über gesellschaftliche, politische und kirchliche Entwicklungen in europäischen Nachbarländern und in Übersee. Für diesen Teil sorgen sachkundige „ständige freie Mitarbeiter", meist Auslandskorrespondenten, die sich durch ihre Berichterstattung in ihren Zeitungen einen guten Namen gemacht haben.

Vor 40 Jahren begann die „Herder-Korrespondenz", damals mit dem Untertitel „Orbis catholicus", mit einer Auflage von 1500 Exemplaren. Nach einem Gipfel von 13 500 Exemplaren (1966) hat sie sich heute bei 10 000 eingependelt. Die Abonnenten sind zu 48 Prozent Geistliche, Religionslehrer und Angestellte im kirchlichen Dienst und zu 13 Prozent Studenten und Jungakademiker in der Ausbildung. 85 Prozent der Abonnenten sind Katholiken, 13 Prozent Protestanten, zwei Prozent werden als „sonstige" verzeichnet. Zehn Prozent der Auflage gehen in das nicht deutschsprachige Ausland.

Im Laufe von vier Jahrzehnten hat sich die „Herder-Korrespondenz" (der Name geht auf die französische Besatzungsmacht zurück, die 1946 keiner katholischen Informationszeitschrift für das gesamte Deutschland zustimmen wollte, sondern nur ein Korrespondenzblatt mit Informationen für die Kirchenpresse gestattete) eine angesehene Position erobert. Von *„zu links", „zu parteilich", „zu* rechts", „zu wenig kirchenkritisch" ist keine Rede mehr. Wer sich für Catholica im Zusammenhang mit Gesellschaft interessiert, für den ist die Zeitschrift aus Freiburg zur unentbehrlichen Informationsquelle geworden.

„Der Christ soll erfahren, was sich in der Kirche zuträgt, die Kirche soll erfahren, was sich unter Christen und zwischen Christen und Nichtchristen in der Gesellschaft abspielt", definiert die Redaktion ihre Aufgabenstellung. Und für den, der unbedingt alles auf einen Standpunkt festnageln will, hat die Mini-Redaktion die Antwort parat: „Wir würden meinen: katholisch mit einem guten Schuß Liberalität."

HENK OHNESORGE

Überrollt eine Musik-Invasion Deutschland?

Lieber Schlager als Hits

Werden deutsche Schlager und Volkslieder in den öffentlich-rechtlichen Anstalten vernachlässigt? Unter Hinweis auf demoskopische Untersuchungen forderte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, eine stärkere Berücksichtigung deutschen Musikgutes durch die Redakteure von ARD und ZDF. Er sprach auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Der Auslandsanteil im U-Musikprogramm der deutschen Rundfunkanstalten". Ein Problem drängte sich dort in den Vordergrund: die Invasion englischsprachiger Musik.

Nach einer ZDF-Untersuchung verlangten 60 Prozent der Zuschauer, mehr deutsche Schlager und Volksmusik zu hören. Dagegen habe der Anteil ausländischer Unterhaltungsmusik im vergangenen Jahr bei 58 Prozent gelegen. Daß sich Hörergeschmack und Musikangebot also nicht decken, hat nach Ansicht Weirichs zwei Ursachen. Zum einen sei die Jugend deutschen Schlagern gegenüber nicht so abgeneigt, wie allgemein angenommen wird. Zwar bestünden Präferenzen zugunsten des Jazz und der internationalen Popmusik (ZDF-Untersuchung), doch ihre Haltung gegenüber dem deutschen Schlager könne „offensichtlich als positiv bis neutral" (Weirich) angesehen werden. Zum anderen werde die prozentuale Zunahme der älteren Bevölkerungsschichten ignoriert. Deren Präferenzen für Operetten und Volksmusik finde in den Programmen nun zu wenig Beachtung.

Außerdem seien die durch Gebührenaufkommen finanzierten Rundfunkanstalten verpflichtet, den wirtschaftlichen Interessen deutscher Musikproduzenten gerecht zu werden, meinte Weirich.

Professor Erich Schulze, Präsident des Spitzenverbandes deutscher Musik, warnte vor einem Verlust der kulturellen Identität und forderte, auch die Unterhaltungsmusik in die staatliche Förderung einzubeziehen. Frankreich, so erzählte er, habe sich nicht gescheut, einen Mindestanteil nationaler Produktionen im Programm gesetzlich festzulegen.

Für deutsche Künstler wäre eine ähnliche Absicherung in erster Linie von finanzieller Bedeutung; zur Zeit zahlt die GEMA als urheberrechtliche Verwertungsgesellschaft die Tantiemen der Rundfunkanstalten hauptsächlich ins Ausland. So flossen 1983 rund 147 Millionen Mark über die Grenzen, deutsche Künstler kassierten dagegen nur etwa 46 Millionen Mark aus dem Ausland. Weirich lehnt aber Quoten-Regelungen zunächst ab.

Spannend wäre dann aber Frage, wie die Autonomie der Programm-Macher in den Funkhäusern („innere Rundfunkfreiheit") mit dem Anspruch der Öffentlichkeit auf einen musikalisch breiten „Meinungsmarkt" in Übereinstimmung gebracht werden könnte.

WOLFGANG GESSLER

KRITIK

Revolution über die Rampe

Das Fernsehepos über die Revolution der Demokraten in Baden 1849 hat viele lobende und werbende Stimmen im voraus bekommen. Und wirklich: Es war an der Zeit, daß wir uns auf die wenigen revolutionären Ereignisse unserer Geschichte besannen. Es war auch an der Zeit, eine Form zu finden, den Bürgern von heute die bürgerliche Vergangenheit aus der Versonnenheit pseudoromantischer Gefühligkeit herauszuholen: **Lenz oder die Freiheit** (ARD).

Die Form mußte so beschaffen sein, daß sie die Bürger von heute zu Mitbetroffenen ihrer eigenen Vergangenheit machte. Das heißt aber, unter anderem, daß alles, was erzählt wird, zwar die Revolution meint, diese jedoch mehr an den menschlichen Regungen und an dem Faltenwurf eines Degenstücks demonstriert – Unterhaltung also.

Die Frage stellt sich (zumindest nach der ersten Folge): Ist die Revolution trotz der Unterhaltung unbeschädigt über die Rampe gekommen? Oder auch: Hat der Unterhaltungswert dem Revolutionssturm erfolgreich standgehalten? Eines läßt sich zumindest jetzt schon sagen: Die Antwort auf diese Doppelfrage orientiert sich nicht an Hollywood, will sagen, weder ist die Revolution ins Melodramatische abgedriftet noch hat sie die Unterhaltung abgewürgt. Das ist zum größten Teil dem Ensemble zuzuschreiben, an erster Stelle dem jugendlichen Helden Peter Simonišek – was ist das für ein neuer Gérard Philippe! Aber auch die Brigitte Karner setzt sich erfolgreich gegen den Sog der Kostüme durch.

So weit, so gut – dennoch blieb nach den vielen fulminanten Massenszenen die Revolution im Rausch der Mengenregie, in Prügeleien, stecken, deren Ursache nur in Worten angedeutet wurde, oder allenfalls im verschimmelten Soldatenbrot. Offensichtlich wurde das eigentliche Geschäft des Fernsehens, nämlich den Hintergrund aufzudecken, vernachlässigt. Der hochtalentiert in Szene gesetzte Vordergrund konnte darüber nicht hinwegtäuschen. (Zweiter Teil des „Lenz" morgen)

VALENTIN POLCUCH

Die im Dunkeln

Kaum ein kritisches Wort Brechts wird vom Fernsehen so gründlich widerlegt wie sein „Die im Dunkeln sieht man nicht!" Zum Beispiel Peter Hellers Bericht **Arm würd' ich nicht sagen** über eine Familie aus sehr bescheidenen Verhältnissen. Sie antwortete auf die Fragen des weh- bis mitleidigen Reporters verblüffend einfach; seine vielen Versuche, Klagen über Ungerechtigkeit aus ihr herauszulocken, mißlangen. Eine dreiviertel Stunde reichte allerdings wohl nicht, um den Werdegang dieser kinderreichen Familie am Rande der Obdachlosigkeit zu erläutern: Zeitangaben widersprachen sich im Film, die dauernden Zeitsprünge über zehn Jahre verwirrten, das Woher blieb im (höflichen?) Dunkel. Die Kritik am ZDF: das Warum auch.

da

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Verbraucher
Schuhe, Strick-Kleidung, Taschen
10.00 heute
10.03 Gott und die Welt
Sterben die Protestanten aus?
10.45 Weil's solche Liebe nicht täglich gibt
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Liebe oder Erfolg
Wenn Frauen im Berufsleben Positionen erreichen, die üblicherweise Männern vorbehalten sind, werden sie oft mit Liebesentzug bestraft.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rund um Big Ben
Britische Notizen
Von Wolf von Lojewski
Themen: Eine sandige Bucht in Wales. Joe Thompson, ein arbeitsloser Textilarbeiter, will fliegen. George Melly, ein Jazz-Veteran. Motorrad als Klangkörper. Desmond Leslie auf der Jagd nach verborgenen Schätzen
21.00 Report
Themen: Hilfe für Äthiopien – was wurde daraus? Bezahlt die Dritte Welt deutschen Fleischkonsum? Gemeinsam friedlich? Polizei und Friedensbewegung im Hunsrück
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Im Visier
22.30 Tagesthemen
23.00 „Dem lebendigen Geist"?
Zum 600jährigen Bestehen der Heidelberger Universität
Von K. Sondergeld und W. Sucher
23.55 Tagesschau
0.00 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Hockey-Weltmeisterschaft
Bundesrepublik – Australien
17.50 Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Ratespiel mit H.-J. Bäumler
18.25 Der Untermieter
Die Renovierung
19.00 heute
19.30 Wenn die Raketen kommen
Reportage von Monika Hoffmann
An der Hunsrückhöhenstraße entstehen sechs Stahlbetonbunker. In den nächsten Monaten werden hier 96 Cruise Missiles stationiert.
20.15 Privatdetektiv Joe Dancer
Ein harter Brocken
Amerikanischer Spielfilm (1981)
21.45 heute-journal
22.05 Probe aufs Exempel: Fernheilung
Vor einem Jahr begann Geist-Heiler Freddy Wallimann mit der Therapie. Hans-Peter Reiter beobachtete die Fortschritte an den Patienten.
22.20 Produzent Kleines Fernsehspiel
Von Claus Rehnig
Seit 25 Jahren finden junge Filmemacher im „Kleinen Fernsehspiel" die Möglichkeit, ihre Arbeiten zu *präsentieren.*
23.15 Zum Tode Helmut Qualtingers
Das falsche Gewicht
Film von B. Wicki nach J. Roth
Mit Helmut Qualtinger, Agnes Fink, Bata Zivojinovic
1.35 heute

SAT 1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Peter, der Held
Anschließend: Betty Boop
15.30 Lassie.
16.00 Musicbox
17.00 Der Schatten
Western mit John Wayne, Verna Hillie
18.00 Verliebt in eine Hexe
Ein italienisches Geschäft
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme und Melone
Ein Vogel, der zuviel wußte
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Doppelagent in eigenen Reihen
21.30 APF blick
Gäste: Klaus & Klaus
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Vegas
Der Löwenanteil
23.35 APF blick

1 PLUS

19.00 Unter deutschen Dächern
Die schwarzen Sheriffs – eine Münchner Sicherheitstruppe
19.45 Fall auf Fall – Recht für jeden
Mit Tilmann Steiner
20.00 Tagesschau
20.15 Schinderhannes
Schauspiel von Carl Zuckmayer
Mit Hans Chistian Blech, Agnes Fink, Horst Frank, Wolfgang Preiss
Regie: Peter Beauvais
22.00 Der Turm der Lilien
Japanischer Spielfilm (1953)
In der Schlußphase des Zweiten Weltkriegs schicken die Japaner 200 Schülerinnen als Lazarett-Helferinnen an die Front. Zur gleichen Zeit landen die Amerikaner auf Okinawa.
0.05 Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Landleben in Argentinien
20.45 Vor 145 Jahren gestorben
Karl Friedrich Schinkel
21.00 Formel Eins
21.45 Primatenpark
In Bielefeld soll ein Primatenpark entstehen.
22.15 Deutschlandbilder
Seit 19 Jahren querschnittgelähmt
23.00 Auslandsmagazin

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Küche, Seele der Hausfrau
Film von Susanne Sterzenbach
20.00 Tagesschau
20.15 CDU-Parteitag in Mainz
21.00 Machen Sie Ihr Spiel!
Schweizer Fernsehfilm
Acht Jahre später
Mit O. Sharif. Regie: A. Block
22.25 Lillian Gish
Porträt von Jeanne Moreau
23.20 Der Wind
Amerikanischer Film (1927)
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Tatort
Acht Jahre später
Mit H. Felmy, Willy Semmelrogge
Regie: Wolfgang Becker
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur international
Indien – Schreiben in 18 Sprachen
23.30 Focus on Jazz

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Zoos der Welt
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Vis-à-vis
20.15 Marschall S. le Prestre de Vauban
Soldat, Baumeister, Reformer
(Baden-W. und Saarland)
20.15 CDU-Parteitag in Mainz
(nur Rheinland-Pfalz)
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Das große Dings bei Brinks
Amerikanischer Spielfilm (1978)
22.55 Mietrecht
23.25 Indien – Schreiben in 16 Sprachen

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Parteien zur Wahl
19.05 Carolins Flickerlteppich
19.55 Z. E. N.
Die Grotte von Linderhof
20.00 Euer Spaß macht uns Arbeit
Peter-Lühr-Porträt
20.45 Das Erbe von Pfarrer Kneipp
21.30 Rundschau
21.45 Cal
Englischer Spielfilm (1984)

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Direkt
Alkoholabhängige Familienmitglieder
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ein zauberhaftes Biest
Irrwege des Herzens
Regie: Hartmut Griesmayr
20.15 auslandsjournal
Moderation: Gerhard Maier
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten



RTL plus

18.15 Deutsche Szene/Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Musterstadt ohne Verbrechen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Schlafzimmer ist nebenan
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit Sandra Dee, Bobby Darin
Regie: Richard Thorpe
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

VIDEO neuheiten

Daß *Arthur Hiller nicht nur melodramatische* Love-Stories dreht, beweist er in dem Lachmuskelzerrer **Ein Single kommt selten allein** (CIC, 90 Minuten). In der Hauptrolle der zum Teil irrwitzig komische Steve Martin mit den Bemühungen eines Junggesellen, auf jeden Fall unter die Haube zu kommen. Das schätzen Freunde des skurril-schwarzen Humors und des köstlich überdrehten Blödsinns. Martin, der frisch-bescheuert drauflos experimentiert mit hanebüchenen „Tricks" zur Erlangung des Partnerglücks, macht – natürlich – so gut wie alles falsch. Keine Angst jedenfalls vor Slapstick und fliegenden Torten.

Für die eher poetischen Zuschauer: 1973 schlug Hall Bartletts Verfilmung der **Möwe Jonathan** (VCL, 99 Minuten) im Lichtspielhaus ein wie eine Wattebombe. Richard Bach, ein obsessiver Flieger, hatte, so berichtete er, schon *1959 die innere* Eingebung zum Porträt seines kleinen, weißen Helden Jonathan Livingston Seagull. *Also setzte er sich nieder* und schrieb binnen zweier Wochen jenes Buch, das Bach dann auch zu wirtschaftlichen Höhenflügen verhalf – eben die Geschichte einer Möve, die es höher und höher in den Himmel treibt. Mehr kommt in der Geschichte nicht vor, als eben der Ausdruck der Freude am Fliegen. Was lag näher, als das ins Bild zu setzen? Und den Rest zum Welterfolg gab dem Bartlett-Kultfilm die Musik Neil Diamonds.

Das war's dann aber schon mit der Besinnlichkeit vorm Videorecorder. Schaut man sich **Delta Force** an, einen weiteren Video-Spitzenreiter, dann geht es da zwar auch um einen Flieger – eine entführte Maschine nämlich. Aber hier könnte jene Hijacking-Aktion Pate gestanden haben, bei der *im Sommer letzten Jah*res eine Boeing 727 der amerikanischen Fluggesellschaft TWA zwi*schen Rom und Athen gekidnappt* wurde. Zwar sagen die Regisseure Menahem Golan und als Co Yoram Globus, sie hätten schon gedreht, als das geschah, aber immerhin gibt solch ein Sujet natürlich einen guten Rahmen ab für Haudraufs wie Lee Marvin und Chuck Norris, denen eine üppig erblondete Hanna Schygulla assistiert. „Delta Force" (VMO, 125 Minuten) ist der Name einer US-Spezialeinheit à la GSG 9, die, angeführt von Marvin, auf solche Kaper-Coups spezialisiert ist. Aber so ganz glatt geht das nicht in Beirut, und so bedarf es der Hilfe Chuck Norris', einer Art Anti-Terror-Rambo, der besorgt, was Marvin und seine Mannen allein nicht geschafft hätten: das Happy-End.

Mini-Serien nennen sich jeweils in sich abgeschlossene Fortsetzungen in Film und Fernsehen. Das weiß das deutsche Publikum mittlerweile *auch, und es weiß diese Minis zu* schätzen. In den USA erfolgreich ist die Serie **V – Die außerirdischen Besucher kommen**, wie sie, nun auf fünf Kassetten, bei uns heißt (Warner Home Video). An deren Anfang steht das Auftauchen mächtiger Ufos über einer US-Großstadt, deren Passagiere angeblich friedlich nur auf der Suche nach einem für ihren Planeten lebenswichtigen Rohstoff sind. Würden sie den bekommen, wären sie zum Transfer von Know-how in Sachen High-Tech bereit. Aus diesem Anfang erstrickt sich dann (unter verschiedenen Regisseuren) eine pralle Story um einen Zweifler an der lauteren Absicht der Besucher, um das Aufspüren einer Verschwörung, um das wahre und eklige Aussehen der Ufo-Leute, oder auch um das Fernsehen, das natürlich in die Hände der „Bösen" fällt. Da gibt es eine tapfere kleine Widerstandsgruppe (deren Siegeszeichen „V" ist), Unterwanderungsängste und jede Menge visuell opulenter Effekte.

ALEXANDER SCHMITZ

Lehren zum Kehraus

P. F. R. – „Wer Bücher schenkt, schenkt Wertpapiere", schrieb Erich Kästner. Der Wahrheitsgehalt dieses Satzes ist indes, wie derjenige aller geflügelten Worte, begrenzt. Treffender müßte der Slogan wohl heißen: „Wer Bücher schenkt, produziert Wertpapiere." Als kurz nach der letztjährigen Frankfurter Messe Wallraffs „Ganz unten" herauskam, ließ sich dies wie in einem betriebswirtschaftlichen Modellversuch beobachten.

Von Ende Oktober bis Weihnachten gingen über eine Million Exemplare über die Theken des Handels; heute liegt die Auflage bei etwa 2,25 Millionen. Ein großer Sortimenter meinte am WELT-Stand in Halle 5, bei ihm sei das Buch meist zu Geschenkzwecken gekauft worden. „Hätten die Leute den Band selber gelesen, wäre der Erfolg viel geringer ausgefallen. Man hätte sich gegenseitig gewarnt."

Auf der gestern zu Ende gegangenen Messe drängte sich kein Enthüllungstitel der Wallraff-Strickart nach vorn. Das ist auch unter Gesichtspunkten eines kontinuierlichen, soliden Geschäfts zu begrüßen. Das Publikum zeigte eine fachlich fundierte Neugier wie schon lange nicht mehr. Die Besucher drängten sich nicht im eiligen Pulk durch die Hallen, sie nahmen sich wieder Zeit, griffen nach den Büchern, begannen zu schmökern.

Und die Verleger? Viele von ihnen wollen sich stärker als in früheren Jahren um die deutschsprachigen Autoren bemühen. Sie sind deutlich zurückhaltender beim Erwerb von Lizenzen geworden, auch aus Kostengründen. Zwar werden Übersetzer meist schlecht bezahlt, doch auch diese Honorare schlagen zu Buche, wenn Auflagen immer knapper kalkuliert werden. Schwerer wiegt indes, daß deutsche Leser sich nicht länger mit exotischem Mittelmaß abspeisen lassen wollen. Sie wünschen in ihrer Lektüre der eigenen Welt zu begegnen – Ausdruck auch eines gewachsenen nationalen Selbstbewußtseins.

Optimismus auch bei der Messeleitung: Man ist davon überzeugt, daß sich Konkurrenzveranstaltungen in den USA und in London für Frankfurt nicht zu einer Gefahr entwickeln werden. Wohl schon im nächsten Jahr wird eine weitere Halle bezogen werden. Der Wertpapierhandel mit Büchern ist halt, allen Unkenrufen zum Trotz, nirgendwo schöner (und ersprießlicher) als in Mainhattan.

Der Mensch und die Technik – Der 23. Deutsche Soziologentag in Hamburg

Großer Lehrmeister Küche

„Technik und sozialer Wandel", so lautete das Thema des 23. Deutschen Soziologentages, der jetzt im Congress-Centrum von Hamburg zu Ende ging. 1500 Teilnehmer waren der Einladung der 1909 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) gefolgt.

Die Einwirkung von Technik und technischer Zivilisation auf das Handeln der Menschen, ihre Institutionen, auf Gesellschaft und Staat, war seit Beginn der industriellen Revolution zwar immer wieder Thema von Soziologie und Sozialphilosophie, aber es rückte nie zentral in den Mittelpunkt dieser Disziplinen. Ein Grund kann darin gesehen werden, daß in Deutschland die Technikfeindlichkeit der Ideologen, nicht zuletzt auch vieler Soziologen, immer groß blieb.

Aufmerksamkeit fanden allenfalls anthropologische, sozial- und staatsphilosophische Analysen der Technik, Arnold Gehlens Schrift „Die Seele im technischen Zeitalter" (1957), Helmut Schelskys Thesen über „Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation" und den technischen Staat (1961) – beide Schriften übrigens mit der Aussage, daß irgendeine Technik zu allen Zeiten zum Wesen und zur Entwicklung der Menschen dazugehört habe.

Fragen nach dem Zusammenhang von Technik und sozialem Wandel wurden spezifiziert in den einzelnen Bindestrich-Soziologien aufgegriffen. So gehören zum Beispiel in der Industrie- und Betriebssoziologie Fragen nach den Auswirkungen und Änderungen der Arbeitsgeräte auf die soziale Organisation des Arbeitsprozesses, auf Qualifikation und Bewußtsein der Arbeitenden schon seit längerem zum Analyseplan.

Was ist „Informatisierung moderner Arbeitswelt"?

Der gegenwärtige Schub in der Technisierung und „Informatisierung" der Arbeits- und Alltagswelt, der durch die neuen Medien und die immer breitere Anwendung von Mikroprozessoren in allen nur denkbaren Praxisbereichen erfolgt, legte den Versuch einer Gesamtdarstellung bisheriger Forschungsbemühungen nahe, zumal auch die Soziologie dem Schicksal einer kaum noch überschaubaren Spezialisierung nicht entgangen ist. Zum großen, notwendig auch spekulativen Entwurf hat die Soziologie in dem Maße Distanz gewonnen, wie Standards einzelwissenschaftlicher empirischer Forschung und des routinierten Forschungsbetriebs gegenüber früheren Ausrichtungen des Faches die Oberhand gewonnen haben.

Nun wurde also in Hamburg (in der Veranstaltung „Technischer Staat und neue soziale Kontrollen") endlich einmal heftig über den „Primat des Politischen" gestritten. Dabei erzielte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber mit seinem engagierten Referat ein ziemlich widersprüchliches Echo.

Für das Plädoyer zur Freiheit der Forschung und zur Förderung der Sozialwissenschaften erhielt er ungeteilten Beifall, ebenso für seinen Appell, die Grenzen der Fächer zu überspringen und den Blick aufs Ganze wieder herzustellen. Kritische Kommentare gab es über das, was in der Rede weitgehend ausgespart worden war: über die langfristigen Rahmenplanungen für Großtechnologie und Forschungseinrichtungen etwa, über den weiteren Ausbau des technischen Staates auf den Gebieten der Atomwirtschaft, der Medien, der Datenerfassung, der Weltraumforschung. Diese Rahmenplanungen werden ja eines Tages allesamt zu Rahmenbedingungen des sozialen und kulturellen Wandels.

Zu den damit verknüpften Einzelfragen konnte man in vier Plenarsitzungen, vier Plenarvorträgen, den Podiumsdiskussionen, den Veranstaltungen von insgesamt 17 Sektionen der DGS, den Arbeitsgruppen und den sogenannten Ad-hoc-Gruppen viele Details in Erfahrung bringen. Von den Plenarsitzungen zum Thema „Technik und Arbeit", „Technik und Alltag", „Räumliche Folgen der Technik" und „Technik und Entwicklungsländer" fand die über „Technik und Alltag" wohl das größte Interesse.

Einer der Referenten, Wolfgang Zapf aus Mannheim, gab hierfür einen plausiblen Grund an: Die Technik in Küche und Haushalt, wozu ja schließlich auch der Pkw gehört, ist für das Technikbewußtsein der Menschen von größter Bedeutung. Sie ist z. B. größer als der für die meisten Menschen ja nur medienvermittelte Einfluß der Großtechnologie. Interessant auch Zapfs Untersuchungsergebnis, daß der Maschinenpark in den Haushalten die Arbeitszeit für die Hausarbeit kaum verringert hat, weil diese Geräte auch hier zu einer Revolution der Ansprüche und Bedürfnisse geführt haben.

Von den Sektionen beschäftigte sich die Sektion „Kultursoziologie" mit dem Thema „Kultur, Ideen und Kreativität im technischen Wandel", die Sektion „Frauenforschung" mit den Auswirkungen des technischen Wandels auf die Beschäftigungschancen und die soziale Sicherheit der Frauenberufe, die Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie" mit der Thematik des Süd/Nord-Gefälles in der Bundesrepublik, die Sektion „Wissenschaftsforschung" mit Fragen der Erzeugung und Kontrolle technischer Entwicklungen.

Von den Plenarvorträgen fand der von Norbert Elias, Ehrenmitglied der DGS, die größte Beachtung. In freier, fast einstündiger Rede verdeutlichte der fast 90jährige Emeritus der Soziologie Grundzüge seiner bekannten Zivilisationstheorie am Beispiel von Auto und Flugzeug.

Heimarbeitsplätze werden bald wieder attraktiv

Viele Fragen, die auftauchten, konnten die Soziologen gar nicht oder nur unzureichend klären, weil die Entwicklungen relativ schnell verlaufen und zum Teil keine eindeutigen Trends erkennen lassen. Als Beispiele seien genannt: Führen die neuen Kommunikationstechnologien wegen ihrer Standortungebundenheit zu einer weiteren Zentralisierung der Raum- und Siedlungsstruktur? Macht diese Technologie die Heimarbeitsplätze wieder attraktiv? Steigert die Arbeit am Computer die Kommunikationsbedürfnisse der Menschen, führt sie gar zu völlig neuen Belebungen der städtischen Zentren?

Im Gegensatz zu einigen früheren Soziologentagen (zum Beispiel Frankfurt 1968) verlief dieser in einer durchaus entspannten Atmosphäre. Das mag dem Fach guttun, wie Jürgen Friederichs, der umsichtige Organisator des Kongresses vor Ort, in der einführenden Pressekonferenz betonte. Doch es bleibt der Eindruck, daß Fragen nach den Änderungen der Macht- und Herrschaftsformen, die mit dem gegenwärtigen Technisierungsschub hin zu einer Informationsgesellschaft einhergehen, in Hamburg zu wenig Berücksichtigung fanden.

Ein Fazit für solch einen großen Kongreß mit seinen mehr als 200 Referaten ist schwer zu ziehen. Nimmt man als Indikator den durchweg guten Besuch der Veranstaltungen und die niveauvollen Diskussionen, dann muß einem um die weitere Entwicklung des Faches Soziologie nicht bange sein. Bange ist einem eher um das Berufsschicksal von fast 20 000 Hauptfachstudenten der Soziologie, die, zumal in der Soziologielehre, vor einem weitgehend gesättigten Arbeitsmarkt stehen.

BERNHARD SCHÄFERS



Beklommen, stumpf und pessimistisch: Szene aus Rudolf Noeltes Bremer Inszenierung des „Freischütz" FOTO: JOSEPH GALLUS RITTENBERG

Noelte inszeniert den „Freischütz" in Bremen

Höllisches Bohnerwachs

Zweimal, wenn der Vorhang sich hebt, bricht Beifall über die Szene herein. Das ist, einem neueren Ritus zufolge, angeblich eine Schande, spricht es doch von der Selbstherrlichkeit des Bühnenbilds. Doch Herrlichkeit zumindest ist, wie das Wort lehrt, in ihr verborgen, und die hat auf der Bühne noch niemals geschadet. Siegwulf Tureks Bühnenbilder zu Rudolf Noeltes Inszenierung des „Freischütz" von Carl Maria von Weber in Bremen erreichten jedenfalls mühelos und in Schönheit die Bildwelt der Romantik, wie sie dem Hörer aus der Partitur Webers entgegenklingt; leider indessen nicht immer aus dem Orchester.

Das spielt unter Friedrich Pleyer sauber, aber herzlich uninspiriert. Nie rafft es sich zu musikalisch beschwörender Geste auf. Es macht „Freischütz"-Musik wie aus Bauklötzchen. Sie werden unter Pleyer sorgsam verlegt, aber das genügt nicht bei dieser genialen Musik, der es gelingt, mit wenigen, unschuldig wirkenden Mitteln eine Menschen- und Geisterwelt zu verschränken, in der das Grauen unmittelbarer Nachbar der Herzlichkeit ist, des Wohlbehagens. Unter dem feingebohnerten Fußboden im Försterhaus ist die Hölle los.

Das braucht schon einen spürsichereren Dirigenten als Friedrich Pleyer, der mit friedlichem Ton die Partitur darlegen läßt, als gäbe es die Ungeheuerlichkeit nicht, die den „Freischütz" umstellt und deren Opfer beide werden: Max, der Jägersbursch wie Agathe, die Braut.

Denn wenn auch Webers Eremit den jungen Mann treu und brav befand und daher den Probeschuß abschaffen und in ein Probejahr umwandeln will, so ist Eremit Noelte gar nicht dessen frommer Ansicht über den Jägersmann. Noelte sieht Max, Probejahr hin oder her, durchaus schon endgültig dem Bösen, der eigenen Schwäche verfallen, und auch Agathe dämmert das schon.

Wenn sich am Schluß Fürst und Volk und Eremit wie erlöst zu weiterem Gefeiere zurückziehen, brütet Max allein an der Festtafel weiter. Agathe tritt nicht tröstend oder gar hoffnungsfroh zu ihm. Von weitem nur betrachtet sie ernst den Mann, den sie ums Haar geheiratet hätte. Maxens Zukunft sieht Noelte mit höchst pessimistischem Blick. Zum Jubel ist ihm kein Grund.

Selbst der Anfang ist nicht bunt und freudig. Durch ein stumpffarbenes Leinwandzelt, strikt der hochherrschaftlichen Jägerschaft vorbehalten, blickt man auf das Bauernfest des Wettschießens. Es wird von Noelte in die Ferne gerückt. Der Regisseur hält sich den Chor gründlich vom Leibe (und so klingt er auch).

Alles Interesse gilt den einzelnen Menschen. Deren Lebensumstände werden ausführlich dargelegt. Erfreulicherweise hat Noelte in Adalbert Waller als Erbförster einen klugen, würdigen Sprecher. Glücklicher noch: Er hat ausgezeichnete Sänger. Stella Kleindienst ist eine wundervolle, herbe Agathe. Sie singt tatsächlich den hier geforderten „deutschen" Sopran. Er erbaut sich bei ihr auf einer satten Tiefe und prachtvollen Mittellage, die Höhe wächst ihr mit Stetigkeit zu. Sie singt mit ausgeglichener Stimme von der Unausgeglichenheit ihrer Agathen-Seele. Ihr hört man mit Ergriffenheit zu, ein seltenes Erlebnis auf der Opernbühne von heute.

Den Jäger Max gibt pausbäckig und rundschädelig Josef Protschka, ein junger, stämmiger Tenor, der kultiviert singt, hörbar an Mozart-Partien geschult, und mit den heldischen Anforderungen der Rolle überhaupt keine Mühe hat. Aber auch Dorothee Harsch als Ännchen hält wacker mit den Protagonisten Schritt. Walter Fink singt den Caspar ohne übertriebene Düsterheit.

Die Wolfsschlucht Tureks ist endlich einmal eine rechte romantische Schlucht. Nur regen sich in ihr nicht die wilden Jäger, kein Feuerrad rollt. Nur zwei klägliche Bäumchen biegen sich bei Donner und Blitz armselig im Winde. Schade, daß Noelte inszenatorisch sich hier Weber verweigert, wohl auf die Suggestionsmacht der Musik vertrauend. Mit der aber wartete Pleyer nicht auf.

Dennoch kommt Bremen in den Genuß (auch dies beinahe schon eine Anstößigkeit) einer „Freischütz"-Aufführung, die sich rundherum mit Hochachtung hören und sehen lassen kann: Kein geringer Segen.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Kritische Fragen zur Denkmalpflege

dpa, Berlin

Kritische Fragen zur Denkmalpflege bildeten am Sonntag in Berlin den Höhepunkt und Abschluß des 20. Deutschen Kunsthistorikertages. Wolfgang Wolters, Professor der Kunstwissenschaft an der Technischen Universität Berlin, leitete die Plenarsitzung „Restaurieren oder Renovieren – Denkmalpflege am Scheideweg". In ihren Vorträgen kritisierten die Referenten die zunehmende „Schönfärberei" von Kunstdenkmälern in unserem Land, zum Beispiel Achim Hubel (Bamberg) den Fall der Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen. Die angestrebte originalgetreue Wiederherstellung des Innenraums sei nicht erreicht worden: statt dessen sei originale Substanz aus dem 19. und 20. Jahrhundert zerstört worden, so daß sich heute Deckenfresken aus dem 18., dem frühen 20. Jahrhundert und 1986 nebeneinander befänden – eine „Fiktion".

Shakespeare Company: Trevor Nunn tritt zurück

He, London

Trevor Nunn (46), seit 18 Jahren an der Spitze der Royal Shakespeare Company (RSC), hat mit seinem Stellvertreter Terry Hands (45) die Rolle getauscht. Nunn überläßt Hands das Amt des Intendanten, bleibt jedoch einer von zwei künstlerischen Direktoren des Theaters, das in Stratford-upon-Avon drei und im Londoner Kulturzentrum Barbican zwei Bühnen bespielt. Da Hands bereits seit 1978 RSC-Kodirektor ist und Nunn weiterhin in der Theaterleitung und als Regisseur Stratford verbunden bleibt, ist die Kontinuität der künstlerischen Arbeit gewährleistet. Nunn hat sich bereits stark auf dem kommerziellen Sektor mit neuen Formen eines „Volkstheaters" engagiert (vgl. WELT v. 27. Aug.).

Rabindranath Tagore Literaturpreis

DW. Stuttgart

Einene „Rabindranath Tagore Literaturpreis" hat die „Deutsch-Indische-Gesellschaft" (Stuttgart 1, Charlottenplatz 17) gestiftet. Er soll alle drei Jahre für Publikationen vergeben werden, die sich durch hohes schriftstellerisches Niveau und besonderes Einfühlungsvermögen in die Kultur Indiens auszeichnen". Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert.

Eine Zeche zwischen Dortmund und Lünen

DW. Dortmund

Die Geschichte einer Zeche dokumentiert die Ausstellung „Leben mit Gneisenau, hundert Jahre ..." im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte. Die Schließung der Schachtanlage Gneisenau in Dortmund-Derne war der Ausgangspunkt für eine kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ausstellung, die von dem Museum gemeinsam mit der Volkshochschule erarbeitet wurde. Sie wird von einem umfangreichen, bebilderten Katalog begleitet, der in der Ausstellung (bis 26. Okt.) 39 Mark, im Buchhandel 44,80 Mark kostet.

Manfred Henninger †

dpa, Stuttgart

Der Maler Prof. Manfred Henninger ist in Stuttgart im Alter von 91 Jahren gestorben. Henninger, 1894 in Backnang geboren, galt als der „große alte Mann der Kunst" in Baden-Württemberg. Er gehörte 1955 zu den Gründungsmitgliedern des Künstlerbundes Baden-Württemberg, dessen Vorsitz er 1968 als Nachfolger von Otto Dix für viele Jahre übernahm. Große Verdienste erwarb sich Henninger, der 1933 vor den Nazis in die Schweiz fliehen mußte, vor allem auch um den künstlerischen Nachwuchs. Wesentlich geprägt wurde Henninger durch sein 1922 begonnenes Studium bei Oskar Kokoschka in Dresden. Bereits 1929 gründete er mit Manfred Pahl, Wilhelm Geyer, Alfred Lehmann und Gustav Schopf die „Neue Sezession Stuttgart", was damals als Kampfansage gegen die abstrakte Malerei galt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Gabriel Laub hat einen Vogel. Das ist nicht despektierlich gemeint. Will man dem Erzähler der „Gespräche mit dem Vogel" glauben, so hat er diese Dialoge zwischen Mensch und Vogel nicht als unbeteiligter Dritter notiert. Vielmehr scheinen seine Sympathien eindeutig bei dem Tier zu liegen, dessen Weltbild von Begriffen wie Instinkt, Herde, Vorrecht des Stärkeren und Beute bestimmt wird. Dem Menschen, dem die Aufgabe zufällt, das Menschliche als das Höhere und weit über dieser schlichten Begriffswelt Stehende zu erklären, macht dagegen eine weniger gute Figur. In der Satire ist eben alles möglich – sogar die Wahrheit.

mar

Gabriel Laub: „Gespräche mit dem Vogel". Goldmann, 160 S., 9,80 Mark.

Schwerin gastiert mit „Faust I + II" in Saarbrücken

Der Teufel tanzt Tango

Großen Beifall gab's schon beim ersten Auftritt. Das Mecklenburgische Staatstheater gastierte beim Saarländischen Staatstheater Saarbrücken. Und solche Bühnen-Begegnungen – das sah man letzthin auch beim Dresdener Gastspiel in Düsseldorf – werden immer mehr zu einem Anlaß deutscher Gefühlsäußerungen. Das Schweriner Theater, obwohl in tiefster Provinz gelegen, zählt seit Jahren zu den renommiertesten Bühnen der „DDR". Ein regelrechtes Theaterwunder ist hier geschehen, Schwerin wurde das Bochum der „DDR".

Auch die sechs Gastspiele in Saarbrücken (mit einem „Nachklapp" in Ludwigshafen) bestätigten den exzeptionellen Rang dieser Bühne. Das Besuchsprogramm war sozusagen gesamtdeutsch: Heinar Kipphardts „Bruder Eichmann" stand zum Beispiel Volker Brauns „Schmitten" gegenüber. Aber alles wurde regelrecht überwölbt von der Schweriner „Faust"-Einstudierung.

„Faust" erster und zweiter Teil an einem Abend, das läßt Gewaltsamkeit vermuten, zumindest aber auch gewaltige Strapazen für die Damen und Herren im Parkett. Letztere hielten sich dann schon mal in Grenzen: Fünfeinhalb Stunden Aufführungsdauer mit zwei ausgedehnten Pausen – da hat man schon Schlimmeres erlebt. Und schließlich spielt man diese „Faust"-Version in Schwerin schon seit September 1979 vor ausverkauftem Hause – da muß der Kraftaufwand des Publikums sich schon in Grenzen halten.

Ungewöhnlich ist diese Inszenierung allemal. Zunächst gibt es vier verschiedene Faust-Darsteller. Mephisto wird von einer Frau gespielt. Und merkwürdigerweise kommt es einem, trotz der gewaltigen Textkürzungen (ohne Striche dauert selbst „Faust I" länger als das ganze Schweriner Unternehmen), so vor, als sei das Werk im wesentlichen intakt geblieben. Auch wenn man zum Beispiel die Schülerszene vermißt, hat Regisseur Christoph Schroth doch sehr darauf geachtet, nicht ganze Komplexe zu tilgen, sondern die Szenen in sich zu kürzen. Der ganze Teufelspakt dauert nach Schweriner Art höchstens zehn Minuten.

Das hat gewiß Nachteile. Über weite Strecken wirkt dieser Abend ein wenig atemlos, und man merkt, wie wichtig es für eine Theateraufführung ist, zumindest gelegentlich in breiteren Bildern Atem zu schöpfen. Auch intellektuell ist das strapaziös, weil man sich kaum eine Unaufmerksamkeit gönnen darf, ohne wesentliche Aspekte oder gar den Faden zu verlieren.

Im ersten Teil wirkt sich diese Hast noch recht förderlich aus: Die dramatischen Ereignisse von Teufelspakt und Gretchentragödie ertragen das Treiben, das hohe Tempo reißt den Zuschauer mit in die schmerzvollen Tiefen der Verzweiflung. Aber die großen Sinn-Bilder des zweiten Teils werden auf diese Weise (vielleicht mit Absicht?) zu Karikaturen zusammengerafft. Verkürzungen und hohes Tempo haben die Wirkung pointierter Überbetonung. Und so etwas wirkt – paradoxerweise – auf die Dauer ermüdend.

Auch in einem anderen Punkt erreicht die Regie möglicherweise das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigt: Die erste Pause liegt vor der Gefängnis-Szene. Im zweiten Aufführungsteil folgen also Gretchens Ende und die Ereignisse am Hof des Kaisers aufeinander. Statt einen Zusammenhang herzustellen, bewirkt das eine Trennung. Und es charakterisiert den Faust (der in seiner dritten Version auftritt) als einen, der ziemlich ungerührt über Leichen geht.

Womit man beim Kernpunkt wäre. Die vier Faust-Versionen erweitern die Möglichkeiten und engen sie zugleich ein. Faust Nummer eins (Wolf-Dieter Lingk) ist ein neurotischer Wissenschaftler, dessen Geisteskrise zur Nervenkrise wurde. Faust Nummer zwei (Götz Schulte) ist ein eleganter jugendlicher Liebhaber. Nummer drei (Peer Jäger) kommt als cooler Kaufmann daher. Und Nummer vier (Heinrich Schmidt) bietet einen aufrechten Zweifler.

Da kann man gewiß einzelne Aspekte herausheben, aber der innere Zusammenhang geht hinter einzelnen Effekten verloren. Was auch für Lore Tappe als Mephisto gilt. Mit Hut, Weste, kragenlosem Arbeitshemd und beuligen Hosen sieht sie aus wie Joseph Beuys. Und sie spielt auch wie ein Mann. Warum dann aber eine Frau als Mephisto? Nur wenn sie mit einem Transvestiten in der Walpurgisnacht den Tango tanzt, dann wird so etwas wie eine Gratwanderung menschlicher Identität spürbar. Aber trotz solcher Einwände: Das war eine außerordentliche Inszenierung, für die es hingerissenen Beifall gab.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Hamburg: David Mamets neues Stück „Edmond"

Biedermann als Mörder

Wie oft geschieht das wirklich? Daß einer aufsteht vom Abendbrottisch, die Hände wäscht und seiner Frau in sanftem Ton erklärt, er gehe nun, aber für immer. Und dann tatsächlich das Haus verläßt und eintaucht in das, was er für das wahre Leben hält: in Bars und Peepshows, Bordelle, Spielhöllen und Massage-Salons. Und plötzlich unter seiner lange trainierten Wohlanständigkeit den Kannibalen entdeckt, eine Kellnerin ermordet und – den Fesseln der Ehe kaum entronnen – in einem neuen Käfig landet, im Gefängnis: Häftling auf Lebenszeit.

„Edmond", die Chronik dieser voyeuristisch ausgefahrenen Ereignisse, stammt von einem jungen Amerikaner, der in den USA bereits seit den 70er Jahren recht voreilig als Nachfolger eines Tennessee Williams und eines Edward Albee gefeiert wird: David Mamet, 1947 geborener Schauspieler, Regisseur und Theaterautor aus Chicago, der über die Provinz an den Broadway gelangte und von dort in bewährter Sprungmanier in die Alte Welt übersetzte, die nach amerikanischen Theater-Aggressionen ja nur so lechzt. So spielten Düsseldorf und Stuttgart denn auch in der letzten Saison Mamets Immobilien-Thriller „Hanglage Meerblick", der ohne Hans-Michael Rehbergs glänzende Schauspielkünste allerdings kaum sichtbare Spuren hinterlassen hätte.



Eingetaucht ins „wahre" Leben: Szene aus Mamets „Edmond" FOTO: ROSWITHA HECK

Jetzt hat sich – nach der Stuttgarter Erstaufführung – das Hamburger Schauspielhaus auf Mamets Aussteiger-Melodram „Edmond" gestürzt, unter Dieter Giesings Regie. Ein geglücktes Unternehmen? Die Entdeckung eines zündenden Dramatikers? Man muß es verneinen. Mamet stapft bei seiner parzivalesken Suche nach Lebenssinn denn doch zu schamlos in Albees Spuren. Der Biedermann als unschuldig-schuldhafter Mörder, die Menschen als ewig Eingesperrte, Gewalt als alltägliche Selbstverständlichkeit – all das hat Albee um Grade subtiler, unheimlicher, schockierender vorgeführt.

Und das, was in Mamets mit Vulgärvokabular gespickten Dialogen als lebensnah, direkt und bissig gerühmt wird, stellt sich schnell als reichlich atem- und formloses Sätze-Reihen heraus, wenn man dem Jungdramatiker bei seinen Spiegelungen amerikanischer Unzufriedenheiten auch einen gewissen Beobachtungsscharfsinn und einen kühlen Blick für die Facetten großstädtischer Gottesferne nicht absprechen kann.

Auch sind die 20 Episoden, die in Hamburg die schwache Spielzeit von 80 Minuten ergaben, nirgends wirklich einleuchtend verzahnt. Da kann auch der Hinweis auf die geheime Verknüpfungskraft filmischer Schnitt-Technik wenig überzeugen, denn das harsche Ausblenden macht die Irrfahrten dieses dumpfen Odysseus durch die New Yorker Unterwelt auch nicht schlüssiger, ja, es verhindert eher eine zügige Durchführung des Szenen-Materials.

Giesing, bereits für die Stuttgarter „Hanglagen"-Inszenierung verantwortlich, hat diesen Sex- und Seelenreißer gleichwohl mit respektheischender Zurückhaltung und Sensibilität inszeniert, hat immer wieder sorgsam einen fast beiläufigen Konversationston angeschlagen, der der vordergründigen Dramatik dieser Ballade vom ungelebten Leben den billig-brutalen Anstrich nahm und zumindest eine gewisse Glaubwürdigkeit suggerierte. Sein Hauptdarsteller Christian Redl in der Rolle des Edmond folgte ihm da mit Sensitivität, Susanne Lothar war ihm ein bemerkenswerter Gegenpol. Doch auch sie schafften's nicht, daß dieses schüttere Stück amerikanischer Gebrauchsdramatik unter die Haut ging.

KLÄRE WARNECKE

Preisvergabe: Kulturkreis der Industrie in Bremen

Blaue Dünen der Mäzene

„Es muß nicht immer der Staat sein", gelobte Bundespräsident Richard von Weizsäcker beim festlichen Abendessen, das der Bremer Senat für den Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie im Rathaus gab. „Die lange kulturelle Tradition Bremens ist ein gutes Beispiel für das Wirken öffentlicher und privater Mäzene", steuerte der Präsident des Senats, Klaus Wedemeier (SPD), bei und würdigte die Arbeit des Kulturkreises: „Hier wird auch eine Verpflichtung übernommen, die aus der Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft erwächst."

220 Teilnehmer, Industrielle und Unternehmensleiter mit einem Faible für Gegenwartskunst, waren für drei Tage in die alte Hansestadt gekommen. Die Jahrestagung begann mit der Eröffnung einer Skulpturenausstellung in der Kunsthalle unter dem Titel „Blaue Dünen irisieren". Sie zeigt die als preiswürdig anerkannten Arbeiten der prämierten Bildhauer: Bogomir Ecker (Düsseldorf), Bernhard Prinz (Hamburg), die Berliner Raimund Kummer und Hermann Pitz sowie Thomas Virnich (Aachen).

Sie wählte eine Jury unter dem Vorsitz von Arend Oetker, der das Gremium Bildende Kunst im Kulturkreis leitet, unter 120 Bewerbern aus. Die Auszeichnung besteht für jeden Künstler (alle zwischen 1950 und 1957 geboren) aus einem Geldpreis (10 000 Mark) und der Beteiligung an der Ausstellung „ars viva '86/87" (bis 9. 11. in Bremen, danach in Wiesbaden).

Mit jeweils 15 000 Mark wurden zwei Literaturpreisträgerinnen ausgezeichnet: die FAZ-Korrespondentin Hilde Spiel aus Wien für ihr essayistisches Gesamtwerk und die Stuttgarterin Hildegard Grosche. Die Übersetzerin erhielt die Auszeichnung in Anerkennung ihrer Verdienste um die Literatur und für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten junger Kollegen. Weitere Preisauszeichnungen im Bereich Literatur gingen an Kyra Stromberg, Ehrenkirchen, für literarisch gelungene Übersetzungen, sowie die Schriftsteller Walter Kappacher (Salzburg) und Christoph Ransmayr (Wien).

Im kommenden Jahr sollen schwerpunktmäßig Übersetzungen prämiert werden, vorzugsweise der türkischen Literatur. Der Kulturkreis will damit in besonderer Weise die Verdienste jener würdigen, die Gegenwartsliteratur des Auslandes dem deutschen Lesepublikum erschließen und näherbringen.

Die Preisgelder für den Architekturpreis hat der Kulturkreis der Industrie diesmal in eine Ausstellung investiert, die – als Wanderausstellung durch 18 deutsche Städte – Paradebeispiele gelungener Industriebau-Architektur präsentiert. Der BDI-Kulturkreis will damit Denkanstöße in Richtung auf funktional und ästhetisch gleichermaßen ansprechende Industriebauten geben.

WINFRIED WESSENDORF

Bald ein Disneyland in China?

uls. Orlando

Auf der Suche nach den Gründen für den großen Zulauf, den die Vergnügungsparks der Disney-Company in Amerika haben, stößt man immer wieder auf die Fähigkeit der Macher, die Show perfekt zu gestalten und Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Den jüngsten Beweis lieferten die „Erben" von Walt Disney jetzt während der Gala-Woche, mit der der 15. Geburtstag von Disney World in Florida gefeiert wurde. Mehr als 10 000 Gäste aus 25 Ländern, vor allem Medienvertreter, waren geladen.

Unter den Höhepunkten, die in der ersten Oktoberwoche im „Magic Kingdom" von Mickeymouse und im Technik-Center Epcot (Experimental Prototype Community of Tomorrow) sowie in den anderen Vergnügungszentren um Orlando geboten wurden, fielen eine brillante Laser-Show und das „Skyleidoscope" besonders auf. Letzteres, eine Millionen-Dollar-Produktion, erzählt die Geschichte des Kampfes zwischen Gut und Böse. Mit Wasserflugzeugen, die verschiedenfarbige Rauchschwaden hinter sich lassen, mit Hochgeschwindigkeits- und Segelbooten sowie mit Drachenfliegern wurde das Gefecht auf und über dem kleinen See im Epcot-Center ausgetragen – bis alles in Qualm und Nebel versunken war.

Größen des Showgeschäfts wie Country-Star Dolly Parton, die Temptations oder die Four Tops sorgten für musikalische Unterhaltung. Die größte Bewunderung aber genoß ein Star, der sich zwar auch dreidimensional darstellte, aber dennoch nicht live erschien: Michael Jackson. In einem 3-D-Film verwandelt er als „Captain EO" auf seiner Reise zu einem anderen Planeten das trostlose Land durch Musik, Tanz und Licht in eine magische Welt von Farbe und Freude.

Nach Angaben von Disney-Sprecher Rod Madden berichteten allein 153 Radiostationen live von der Festwoche und 120 Fernsehstationen „coverten" das Ereignis mit Direktübertragungen oder Aufzeichnungen. Bei Disney spricht man von der größten Ansammlung von Medienvertretern, die es je gegeben hat.

Ob die Werbekampagne den erhofften Erfolg hat, muß sich noch zeigen. Doch die Visionäre von Disney haben schon ein neues Publikum vor Augen. Frank Wells, Präsident der Disney-Company, sagte auf einer Pressekonferenz, daß er eine Reise nach China plane. Bei einer Bevölkerung von einer Milliarde Menschen „muß man darüber nachdenken. China ist ein ganz normaler Ort für eine Expansion unsererseits."

Tauchgang im Bodensee zum Wrack des Schaufelraddampfers „Jura" / 1864 nach Kollision mit der „Stadt Zürich" gesunken

Das Ruder liegt immer noch hart steuerbord

Dichter Nebel hängt über dem Bodensee. Um 10.30 Uhr verläßt das Dampfboot „Stadt Zürich" pünktlich die Anlegestelle Konstanz in Richtung Romanshorn. Kapitän Blumer erkundigt sich noch über den genauen Kurs der „Jura", welcher er auf diesem Fahrplan regelmäßig begegnet. Er gibt den Befehl, Dampfpfeife und Signalglocke ständig zu betätigen. In Romanshorn verzögert sich die Abfahrt der „Jura" um ganze 30 Minuten. Kapitän Motz, dem die Fahrt in der trüben Suppe nicht ganz geheuer ist, läßt ebenfalls ständig die Glocke schlagen.

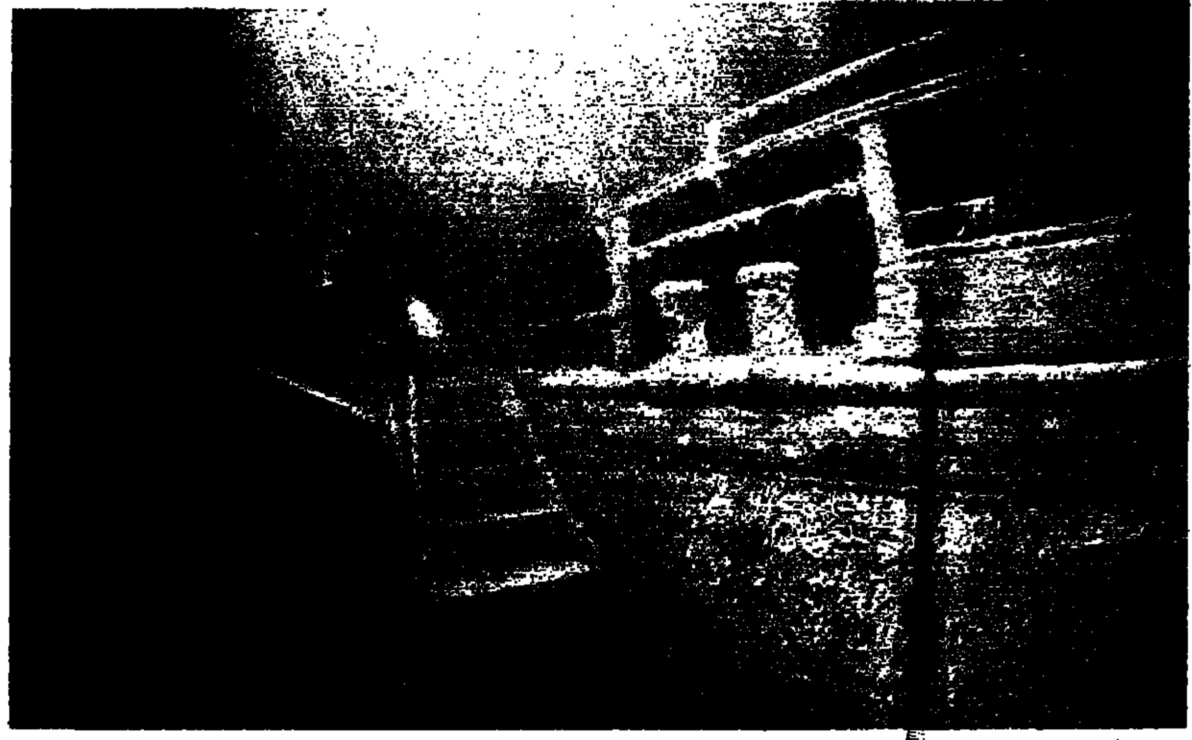
Als zwischendurch einige Sonnenstrahlen durchbrechen, drängen die Passagiere an Deck. Steuermann Andreas Gloggengiesser ist den Damen der ersten Klasse im Heck des Schiffes behilflich und gibt extra Fußschemel ab, weil die Klappbänke an der Backbordseite nicht gerade bequem sind. Es ist genau 11 Uhr, als die Passagiere plötzlich mit Entsetzen ein Schiff aus dem Nebel auftauchen sehen. Die beiden Kapitäne versuchen ein Manöver in letzter Sekunde. Sie reißen die Steuer herum, doch ein Zusammenstoß ist unvermeidlich. Mit einem Winkel von 10 bis 15 Grad bohrt sich die „Stadt Zürich" in die Steuerbordseite der „Jura" und hinterläßt dort, ein Meter hinter dem Bugsprit, ein drei Meter breites Leck.

Beim Zusammenprall werden die Passagiere durcheinander geworfen und der Matrose Rupflin über Bord geschleudert. Er ertrinkt. Obwohl die „Jura" innerhalb vier Minuten über Bug versinkt, gelingt es allen Passagieren und der Mannschaft, sich auf die „Stadt Zürich" zu retten. Der Zusammenstoß der beiden Schiffe ereignete sich zwischen Münsterlingen und Landschlacht. Man schrieb Freitag, den 12. Februar 1864.

Die „Stadt Zürich" brachte alle Passagiere heil nach Romanshorn zurück. An Ladung war untergegangen: Seiden- und Baumwollballen im Wert von 40 000 Franken und zehn Zentner Eisenwaren. Einige Passagiere verloren in der Hektik ihre Geldbörsen, auch die eines Kornhändlers mit 3000 Franken Inhalt war dabei.

Die Untersuchungen wurden durch das Verhöramt der Kantonspolizei Thurgau durchgeführt. Laut Protokoll wurden verschiedene Gegenstände „angelandet", unter anderem Stoffballen und Holzteile des Schiffes. Auch meldete die Dampfbootgesellschaft in einem Telegramm der Kantonspolizei in Frauenfeld, daß bei einer Kontrollfahrt das Wrack der „Jura" gesichtet worden sei. Das ist sehr unwahrscheinlich, denn selbst damals gab es nie eine Vertikalsicht von mehr als 40 Metern im Bodensee. Auch dieses Telegramm wanderte ad acta, und das Verfahren „Jura" wurde am 16. Juni 1864 „niedergeschlagen". Schuld traf niemanden.

122 Jahre nach dem Unglück machen wir uns für einen Tauchabstieg zur „Jura" bereit. Es gehört schon einiges an Ausrüstung dazu, in über 40 Meter Tiefe zu arbeiten: Trockenanzüge als Kälteschutz, Doppelflaschengeräte, Lampen und zur Kontrolle und Berechnung der Tauchzeiten, den „Deco-Brain", ein Tauchcomputer. Zum Team, welches auf dieser Tiefe eingespielt sein muß, gehört auch Hans Gerber aus Kreuzlingen, der Entdecker des Wracks.



Reling und Aufgang steuerbord. Gebaut wurde die 46 Meter lange „Jura" bei Escher-Wyss in Zürich

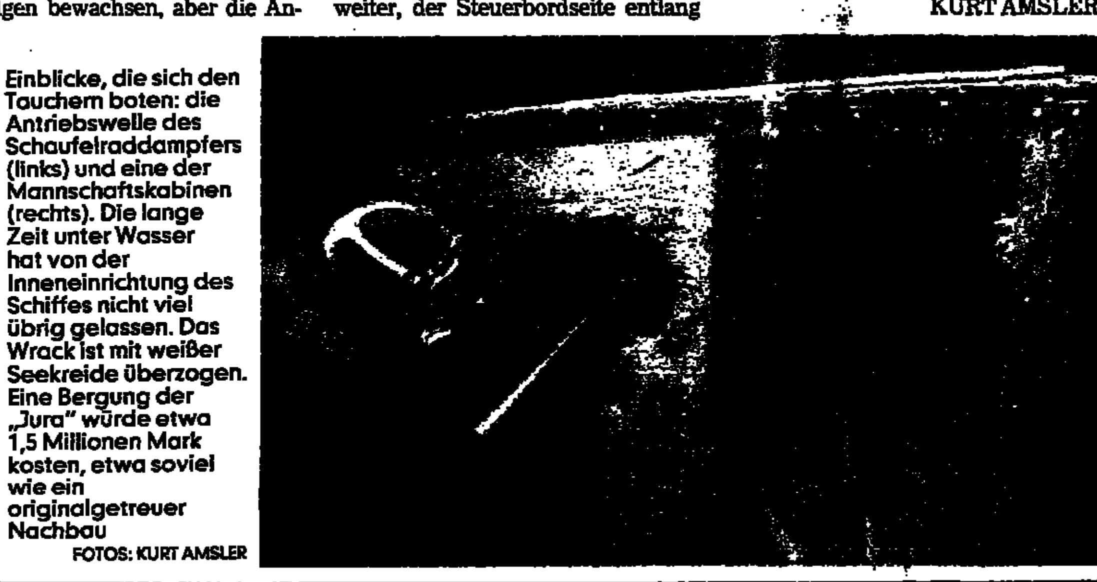
Er hat nach seinen geheimen Peilungen die Ankerboje geworfen. Kopfüber gleiten wir ins Dunkel der Tiefe. Die Sicht ist relativ gut und auf 35 Meter taucht jetzt im Scheinwerferlicht schemenhaft die Reling der „Jura" auf. Hier liegt auch exakt plaziert der Anker unseres Tauchbootes. „O. K, O. K" wird signalisiert, und wir beginnen die Erkundung.

Das Steuerruder ist über und über mit Algen bewachsen, aber die Antriebsräder der Getriebeübertragung sind noch gut zu erkennen. Am Heck, welches damals nur den Erste-Klasse-Passagieren vorbehalten war, sind noch die im Bericht als „unbequem" bezeichneten Klappbänke zu sehen. Das ganze Schiff ist mit weißer Seekreide überzogen.

Vorsichtig, um nichts aufzuwirbeln, bewegen wir uns weiter. Schwerelos gleiten wir über das Heck zum Grund und begutachten das Steuerruder, welches immer noch hart nach Steuerbord eingeschlagen ist. Unser Computer zeigt jetzt neun Minuten auf 42 Meter Tiefe an, Luftverbrauch erst ein Viertel des Gesamtvorrates. Wir schwimmen weiter, der Steuerbordseite entlang zu den enormen Radkästen mit den Schaufelrädern, dem Kassenraum und den WCs mit Ablauföffnung direkt unter der Wasserlinie.

Über das Vorderdeck gelangen wir zum Bug. Hier sind die Folgen des Zusammenpralls zu sehen. Vorsichtig gleiten wir über die Treppe nach unten. Durch unsere Scheinwerfer wird der Raum taghell ausgeleuchtet. Die lange Zeit unter Wasser hat von der Inneneinrichtung nicht mehr viel übrig gelassen. Polster, Tapeten und Einrichtung sind zerfallen. Nur der Kohleofen steht noch. Die aufsteigenden Luftblasen lösen Wolken von Staub von der Decke. Wir haben Mühe, den Ausgang zu finden ...

KURT AMSLER



Einblicke, die sich den Tauchern boten: die Antriebswelle des Schaufelraddampfers (links) und eine der Mannschaftskabinen (rechts). Die lange Zeit unter Wasser hat von der Inneneinrichtung des Schiffes nicht viel übrig gelassen. Das Wrack ist mit weißer Seekreide überzogen. Eine Bergung der „Jura" würde etwa 1,5 Millionen Mark kosten, etwa soviel wie ein originalgetreuer Nachbau
FOTOS: KURT AMSLER

Maßkrüge bei britischen Soldaten sehr begehrt

hd. München

Rund sechseinhalb Millionen Besucher aus aller Welt haben an die fünf Millionen Maß Bier – etwa 70 000 davon alkoholfrei – auf dem 152. Oktoberfest konsumiert. Einen Rekord stellte allerdings nur die Sonne auf, die zwei Wochen lang von keiner Wolke getrübt war. Die Polizei konstatiert „eine der friedlichsten Wies'n", obwohl sie 477 Mal ausrükken mußte. Die Einsätze galten überwiegend Schlägereien und Diebstählen. Bei letzteren stellten drei britische Soldaten mit 30 gestohlenen Maßkrügen einen neuen Rekord auf. Auch die italienischen Festbesucher sorgten für negative Schlagzeilen. Sie parkten ihre Wohnmobile in der Nähe der Bierquellen und verschärften die ohnehin prekäre Verkehrssituation derart, daß die Notarzt- und Rettungswagen nicht mehr durchkamen. Schließlich mußte am Rand der Wies'n eine Art Notlazarett eingerichtet werden.

Prozeß gegen Amokläufer

dpa, Karlsruhe

Vor dem Karlsruher Schwurgericht hat gestern der Prozeß gegen den 33jährigen Markus Bitsch aus Waldbronn begonnen. Dabei geht es um das Blutbad mit fünf Toten und vier Schwerverletzten, das der gelernte Dreher am 29. August vergangenen Jahres bei einer etwa 45minütigen Amokfahrt durch Karlsruhe angerichtet hatte. Bitsch leidet nach dem psychiatrischen Gutachten an einer Art Verfolgungswahn, weshalb die Anklagebehörde von Schuldunfähigkeit ausgeht.

Printen nicht teurer

dpa, Hannover

Die Liebhaber von Weihnachtsgebäck können sich freuen. Spekulatius, Printen und Lebkuchen werden auch in diesem Jahr nicht teurer. Bei einigen Artikeln sollen die Preise sogar sinken. „Seit sechs Jahren", so Hermann Bahlsen, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie in Hannover, „hat die Industrie die Preise nicht mehr erhöht."

Witwenverbrennung

dpa, Neu-Delhi

Fast 1500 Neugierige kamen, um die Selbstverbrennung einer 25jährigen Witwe in Umaria im zentralindischen Staat Madhya Pradesh zu sehen, doch die Polizei des Bezirks wußte angeblich von nichts. Wie die „Times of India" gestern berichtete, hatte der Bürgermeister des Dorfes das Weite gesucht, um an der verbotenen Aktion nicht teilnehmen zu müssen. „Sati", die Selbstverbrennung von Witwen auf dem Scheiterhaufen, wurde in Indien bereits im vergangenen Jahrhundert von den Briten verboten.

Kammerdiener hatte Aids

dpa, London

Stephen Barry, der zwölf Jahre lang Kammerdiener von Prinz Charles war, ist am Wochenende in London an Aids gestorben. Er hatte 1970 als 21jähriger die Arbeit für Prinz Charles begonnen und war 1982, kurz nach der Hochzeit von Charles und Prinzessin Diana, entlassen worden. Die Prinzessin, so hieß es, habe ihn nicht leiden können.

Arabische Namen

dpa, Kairo

Der ägyptische Versorgungsminister Nagi Schatla tritt in kleinem Rahmen in die Fußstapfen des libyschen Revolutionsführers Muammar el Khadhafi: Wie die Kairoer Zeitschrift „Sabah al-Cheir" gestern berichtete, wies Schatla Restaurants und Lebensmittelläden an, bis Ende Oktober ausländische Namen zu arabisieren. Khadhafi hatte diese Regelung für ganz Libyen verfügt. Von der Maßnahme betroffen wären unter anderem populäre US-Imbißketten in ägyptischen Städten.

Beim ‚Thriller' bleibt die Spucke weg

Eine umstrittene Super-Achterbahn ist die Attraktion auf dem Cannstatter Wasen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Das Ding heißt „Thriller" und macht seinem Namen alle Ehre. Gut 7000 wagemutige Zeitgenossen jagen täglich über die 1100 Meter lange Bahn, stürzen aus 35 Meter Höhe in die Tiefe, wirbeln durch vier Loopings, erfahren dabei die physikalische Belastung eines Düsenjägerpiloten.

Der „Thriller", Baujahr 1986, elf Millionen Mark teuer, ist einzigartig auf der Welt und die Sensation auf dem Cannstatter Wasen. Aber auch eine Reise in das Grenzland der menschlichen Belastbarkeit: Etwa zwanzig Fahrgäste klagten später beim örtlichen Gesundheitsamt über Hals- und Rückenschmerzen. Ein paar von ihnen tragen jetzt Manschetten unterm Kinn. Von Schleudertraumas und Wirbelverrenkungen ist amtsärztlicherseits die Rede, und davon, daß „in den allermeisten Fällen ein Zusammenhang zwischen den Beschwerden und der Fahrt mit dem Vierer-Looping wahrscheinlich" sei. Mangels Beweises sah die Stadt jedoch bisher weder Grund noch Handhabe zum Einschreiten.

Die Achterbahn ist nicht die einzige Attraktion, die das 141. Cannstatter Volksfest seinem großen Bruder, dem Münchner Oktoberfest, voraus hat. So steht am Neckar noch bis zum 20. Oktober das größte Riesenrad und, kaum zu glauben, die längste Urinalrinne der Welt. Die mißt genau 153 Meter und entsorgt die großen Bierzelte der drei Stuttgarter Brauereien. Nicht zu vergessen das angegliederte Landwirtschaftliche Hauptfest. Mit seinen 700 Ausstellern, 1745 Schweinen, 945 Schafen und 2000 Rindviechern ist es die größte Agrarmesse der Republik.

Ansonsten ist auf dem Wasen alles eine Nummer kleiner als auf der Wies'n. Die Zahl der Schausteller, die Größe des Festplatzes und der Bierzelte, des Volkes Durst, aber auch der Preis für die Maß, die seit drei Jahren unverändert 3,50 Mark kostet. Doch solche Vergleiche hört Verkehrsdirektor Büscher ohnehin nicht gern. „Cannstatt", sagt er, „ist nicht so international, eher ein Familienfest fürs Ländle." Und dafür sind über sechs Millionen Besucher in einer Woche doch ganz beachtlich. Viel mehr hatte München bei Halbzeit nun auch wieder nicht zu bieten gehabt.

LEUTE HEUTE

In den Blumen

Die amerikanische „First Lady", **Nancy Reagan**, fiel am Sonntag bei einer Rede ihres Mannes vom Podium und landete in einem Blumengesteck. Das Mißgeschick ereignete sich, als **Ronald Reagan** nach einem Konzert des Pianisten **Wladimir Horowitz** eine kleine Ansprache hielt. Nancy Reagan rückte ihren Stuhl zu weit zurück und schon saß die First Lady in einem Blumengebinde unterhalb des Podiums zu Füßen der geladenen Gäste. Geistesgegenwärtig kam Reagan seiner Frau zu Hilfe: „Das solltest Du doch nur tun, falls ich keinen Applaus erhalte", tadelte der Ehemann.

Vor der Kamera

Ein Mann zum Anlehnen ist er allemal, der britische Schauspieler **Timothy Dalton**, der jetzt in Wien vor der Kamera steht, als James Bond Nummer drei nach **Sean Connery** und **Roger Moore**, im Streifen „Living Daylights". Wichtigste „Accessoires" für den smarten Filmagenten:



das blonde Gift **Maryam d'Abo** (Foto mit Dalton) und ein Aston Martin Coupé V 8. Natürlich ein Spezialmodell.

Auf der Fahrt

Frechheiten zahlt der ehemalige US-Präsident **Richard Nixon** in gleicher Münze zurück. Als er jetzt im Fond seines schwarzen Buick auf der Fahrt von seinem Heim in Saddle River, New Jersey, nach New York City im dichten Verkehr stecken blieb, streckte ihm jemand von einem anderen Wagen aus die Zunge heraus. Nixon antwortete geistesgegenwärtig: Er zeigte dem „Gegner" die seine. So schaffte es der Niemand mit dem Allerweltsnamen **Joe Collins**, in die Klatschspalten der amerikanischen Boulevardpresse zu gelangen.

Matthiesen schlägt Alarm

Waldschäden in Nordrhein-Westfalen stark angestiegen

AP, Düsseldorf

Waldflächen größer als das gesamte Saarland sind in Nordrhein-Westfalen von Waldschäden gezeichnet. Der Düsseldorfer Umweltminister Klaus Matthiesen sagte am Montag bei der Vorstellung der Waldschadenserhebung 1986, gegenüber dem Vorjahr habe sich die geschädigte Waldfläche um mehr als zehn Prozent auf insgesamt 347 000 Hektar ausgeweitet. Damit sind 40,7 Prozent der Wälder an Rhein und Ruhr betroffen. Erstmals sind in diesem Jahr Laubwälder stärker geschädigt als die Nadelwälder. „Während in den vergangenen beiden Jahren feucht-kühle Sommer die Waldgesundheit gefördert haben, setzten in diesem Jahr strenge Winterfröste und zuwenig Regen dem Wald zusätzlich zu den Luftschadstoffen zu", begründete der Minister die Entwicklung.

Während in den Nadelwäldern die Schadensfläche gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückging, verschlechterte sich der Untersuchung zufolge das Krankheitsbild in den Laubwäldern dramatisch. Waren 1985 rund 34,2 Prozent der Laubbäume von Waldschäden betroffen, so stieg der Prozentsatz 1986 auf 43,3 Prozent.

Um das Waldsterben wirkungsvoller zu bekämpfen, forderte Matthiesen die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung „zwischen 100 und 120 Stundenkilometern in der Bundesrepublik bis zur Umrüstung auf Kat-Autos"; ein Verbot bleihaltigen Normalbenzins und einen erneuten Vorstoß zur EG-weiten Einführung von Katalysatorfahrzeugen.

Urteil: Ein Bäcker darf kleine Brötchen backen

E. REVERMANN, Hannover

Es gibt keine gesetzlichen Vorschriften für ein Mindestgewicht von Brötchen, dem Verbraucher muß es schmecken. Mit diesem Spruch beendete gestern Amtsrichterin Antje Busch vor dem Amtsgericht Hannover den jüngsten „Brötchenkrieg".

Dem 46jährigen Bäckermeister Gustav Burgdorf aus dem 2600-Seelen-Ort Arpke bei Lehrte nahe Hannover war im Vorjahr ein Bußgeldbescheid über 225 Mark ins Haus geflattert. Von seinen wöchentlich 20 000 Brötchen, die er in vierter Generation wie immer „goldgelb bis hellbraun, außen cross" zum Preis von 35 Pfennig das Stück anbietet, hatten Kontrolleure im Vorjahr bei einer Routineprüfung zehn beim Chemischen Landesuntersuchungsamt Hannover gewogen und zu leicht befunden: 36,8 Gramm je Brötchen ermittelten die Tester bei Burgdorfs Brötchen im Durchschnitt. Zu wenig meinte das Amt, denn bei Überprüfungen in anderen Geschäften sei seit 1966 ein statistisches Brötchengewicht zwischen 43,1 und 44,4 Gramm ermittelt – das sei Verbrauchererwartung, demnach müßten die Brötchen auch dieses Gewicht haben.

Dieses Brötchenmaß allerdings brachte auch die Bäckerinnung Niedersachsens auf die Barrikaden. Nirgendwo sei ein Mindestgewicht festgelegt, wurde argumentiert; lediglich im Kriegsjahr 1940 habe eine Verordnung bestanden, wonach für eine 50-Gramm-Lebensmittelmarke mindestens 46 Gramm Brötchen zu haben sein müßten. Aber diese Regelung habe ausnahmsweise nur für diese „Markenzeit" gegolten.

Bäckermeister Burgdorf, bei dem sich nach eigenen Angaben nie ein Kunde beschwert hatte, brauchte die von den bestellten Gutachtern mitgebrachten 120 Testbrötchen im Gerichtssaal nicht auspacken zu lassen. Selbst Richterin Busch, die aus ihrem Italien-Urlaub „mit Heißhunger auf deutsche Brötchen" heimgekehrt war, fand den braven Bäckermeister keines Vergehens für schuldig und entschied auch auf Antrag des Anklägers auf Freispruch auf Kosten der Staatskasse: Eine Vorschrift für den Bäckermeister gebe es nicht.

So kam das Gericht auch um die Entscheidung herum, wie denn genau die etwa 300 bis 400 Brötchensorten, die täglich angeboten werden, aussehen und vor allem wie schwer sie sein müssen. Auch eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Koblenz aus dem Jahre 1982 (Az.: 1 Ss 238/82) war wenig hilfreich. Dieses Urteil hatte zwar bedeutet, daß ein Bäckermeister jeweils das Gewicht angeben müsse; nach einer Einigung unter den Parteien hatte dieses Urteil jedoch keine Rechtskraft erlangt.

WETTER: Ruhiges Herbstwetter

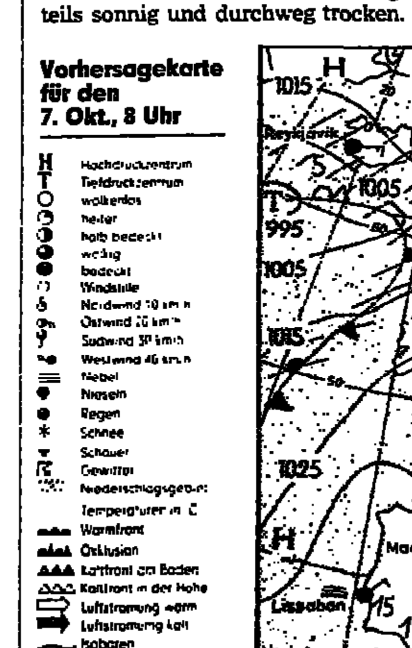
Lage: An der Nordflanke eines beständigen Hochs über Nordfrankreich werden Tiefausläufer über Jütland hinweg südostwärts geführt. Sie beeinflussen zeitweise die Gebiete nordöstlich der Elbe.

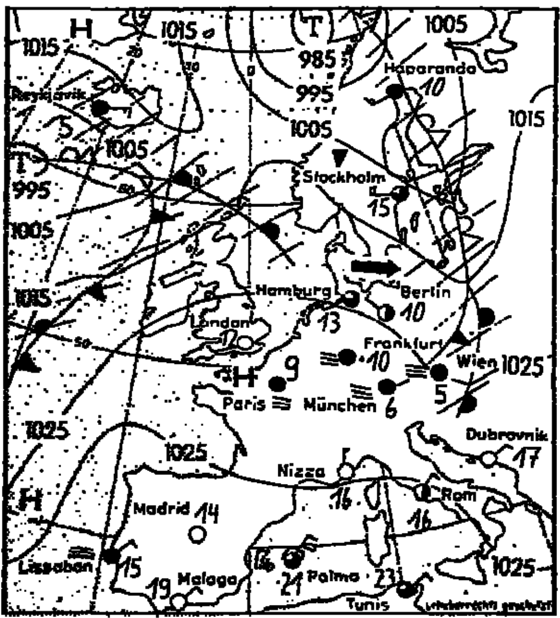
Vorhersage für Dienstag: Nordöstlich der Elbe zeitweise stark bewölkt und vereinzelt Regen. Sonst frühmorgens verbreitet Nebel oder Hochnebel. Danach teils wolkig, teils sonnig und durchweg trocken. Temperaturen zwischen 15 und 20 Grad, nachts im Süden 4 bis 8, im Norden und Westen 8 bis 11 Grad.

Weitere Aussichten: Im Nordosten Deutschlands leicht unbeständig. In den anderen Gebieten Andauer des störungsfreien und milden Wetters mit Frühnebel.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.33 Uhr*, Untergang: 17.46 Uhr; **Mondaufgang:** 13.00 Uhr, Untergang: 19.49 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 7. Okt., 8 Uhr





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

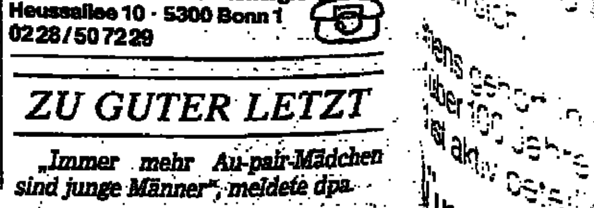
Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	16	bw
Bielefeld	15	bd
Braunlage	12	Sp
Bremen	17	bd
Dortmund	15	Sp
Dresden	16	bw
Düsseldorf	18	bd
Erfurt	16	bw
Essen	16	bd
Feldberg/S.	13	he
Flensburg	16	bw
Frankfurt/M.	16	bw
Freiburg	18	he
Garmisch	23	he
Greifswald	16	bw
Hamburg	16	he
Hannover	16	bd
Kahler Asten	10	IW
Kassel	16	R
Kempten	21	he
Kiel	15	bw
Koblenz	18	bd
Köln-Bonn	18	he
Konstanz	15	bw
Leipzig	17	bw
List/Sylt	14	bw
Lübeck	15	bd
Mannheim	17	bw
München	22	he
Münster	17	bd
Norderney	15	bw
Nürnberg	18	bw
Oberstdorf	21	he
Passau	19	he
Saarbrücken	17	he
Stuttgart	19	he
Trier	16	bd
Zugspitze	3	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	20	bw
Amsterdam	17	he
Athen	22	he
Barcelona	24	he
Belgrad	20	he
Bordeaux	24	he
Bozen	21	wl
Brüssel	17	bw
Budapest	18	he
Bukarest	16	he
Casablanca	24	wl
Dublin	17	he
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	15	bw
Faro	23	he
Florenz	22	wl
Genf	20	he
Helsinki	8	bd
Hongkong	28	he
Innsbruck	22	he
Istanbul	19	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	16	he
Konstanza	16	he
Kopenhagen	11	Ne
Korfu	27	he
Las Palmas	–	–
Leningrad	6	bw
Lissabon	24	he
Locarno	21	he
London	19	he
Los Angeles	20	he
Luxemburg	14	bw
Madrid	25	he
Mailand	21	wl
Malaga	25	he
Mallorca	27	he
Moskau	4	bw
Neapel	28	wl
New York	16	wl
Nizza	24	he
Oslo	12	he
Ostende	15	bw
Palermo	28	wl
Paris	17	bw
Peking	15	bd
Prag	17	he
Rhodos	26	he
Rom	25	wl
Salzburg	20	he
Singapur	30	bw
Split	27	he
Stockholm	7	bd
Straßburg	20	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	24	bw
Tunis	26	bw
Valencia	20	bw
Varna	15	he
Venedig	22	wl
Warschau	13	he
Wien	15	he
Zürich	19	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sc = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe



ZU GUTER LETZT

„Immer mehr Au-pair-Mädchen sind junge Männer", meldete dpa.

WIRTSCHAFT

World Trade Center: Auf einem 56 000 Quadratmeter großen Grundstück an einer der am meisten befahrenen Verkehrsachsen Hamburgs soll ein World Trade Center entstehen. Ein niederländischer Pensionsfonds will das Gebäude mit 30 000 Quadratmeter Geschoßfläche bauen. Die Räume sollen überwiegend an international tätige kleine und mittlere Firmen vermietet werden.

Fielmann: Deutschlands größter Optiker, der Hamburger Günter Fielmann, setzt seinen Expansionskurs in der Bundesrepublik fort. Mit vier Millionen Mark wird gegenwärtig in Lübeck ein Ausbildungszentrum für Schleswig-Holstein gebaut, in Freiburg entsteht für 3,5 Millionen Mark der 112. Fielmann-Laden. Und in Hamburg werden zehn Millionen Mark für Modernisierungen ausgegeben.

Die größten Unternehmen in Hamburg

Name	Branche	Umsatz/Bilanz 1985 (in Milliarden Mark)
Hamburgische Landesbank	Bank	33,940
Dt. Ge. Hypothekenbank	Hypothekenbank	30,477
Deutsche Shell AG	Mineralöl	27,286
Hamburger Sparkasse	Sparkasse	23,261
Esso AG	Mineralöl	22,739
Deutsche BP	Mineralöl	22,031
Vereins- und Westbank	Bank	13,129
Deutsche Texaco	Mineralöl	11,837
Edeka-Zentrale	Nahrungsmittel	11,400
Mobil Oil	Mineralöl	11,360
Toepfer International	Getreide	11,263
Otto-Versand	Versandhandel	10,200
Deutsche Unilever	Nahrungs- und Waschm.	10,108

HAMBURGER KÖPFE

Professor Hans-Günter Danielmeyer, Gründungsrektor der jüngsten Hamburger „Wissenschaftsfabrik", der Technischen Universität im südlichen Stadtteil Harburg, rät den verantwortlichen Politikern, überalterte Strukturen sofort aufzubrechen und die „sinnlosen Subventionen" einzustellen. „Das verlängert nur das Sterben", meint der Experte, der seit einigen Tagen für Siemens arbeitet. (S. III)

Eberhard-Rainer Luckey, Vorstandssprecher der Vereins- und Westbank, die Filialen in den USA und Luxemburg unterhält, plädiert für die Gründung einer international renommierten Manager-Schule in Hamburg. Durch ihre Weltoffenheit hat die Stadt alle Voraussetzungen für eine solche Institution, wie sie sonst nur in London, Genf, Lausanne, Paris oder Havard zu finden ist. Dadurch würde das Ansehen der Stadt weiter wachsen. (S. XI)

Helmut Schmidt, Ehrenbürger Hamburgs, ehemaliger Bundeskanzler und jetzt Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit", hat jahrelang Staatsbesucher in seinem Reihenhaus im Stadtteil Langenhorn empfangen und die persönliche Atmosphäre des Privathauses für wichtige Verhandlungen genutzt. Aber auch andere Hamburger schalteten sich in die deutsche Politik ein. (S. XIII).

Schwanengesang für die Elbchaussee



Keine Straße in Deutschland – außer dem Kurfürstendamm in Berlin – ist so berühmt wie die Elbchaussee oberhalb des Stroms. Sie ist heute wie früher die Straße der Millionäre. Banker, Reeder und Kaufleute prägten die Geschichte dieser früher ruhigen Prachtstraße, über die heute täglich rund 22 000 Kraftfahrzeuge rollen. (S. XIV)

„HAMMONIAS MARKENZEICHEN"

Die größten Universalhäfen der Welt und ihr Güterumschlag im Jahre 1985 in Millionen Tonnen:

Hafen	Mio. t
Rotterdam	251,5
Kobe	160,4
New York	140,0
Yokohama	115,9
Singapore	105,8
Shanghai	102,4
Marseille	89,4
Antwerpen	86,2
Hamburg	59,5
Vancouver	56,1
Le Havre	48,7
London	46,5

Hans Albers: Der Hamburger Jung wie aus dem Bilderbuch, hatte einmal eine junge Kollegin zum Essen eingeladen, weil sie so verzagt war, daß sie immer nur kleine Rollen bekam. Albers tröstete sie: „Jetzt spiele ich hier den Liliom – aber früher? Hab' man Geduld, Kleine. Als ich so alt war wie du – ach du liebe Zeit, da stand ich auf dem Programm auch immer nur da, wo hier auf der Speisekarte der Käse steht."



Weltstädtisch, vital, kulturell anspruchsvoll – Hamburg, eine City, die wieder in Mode kommt

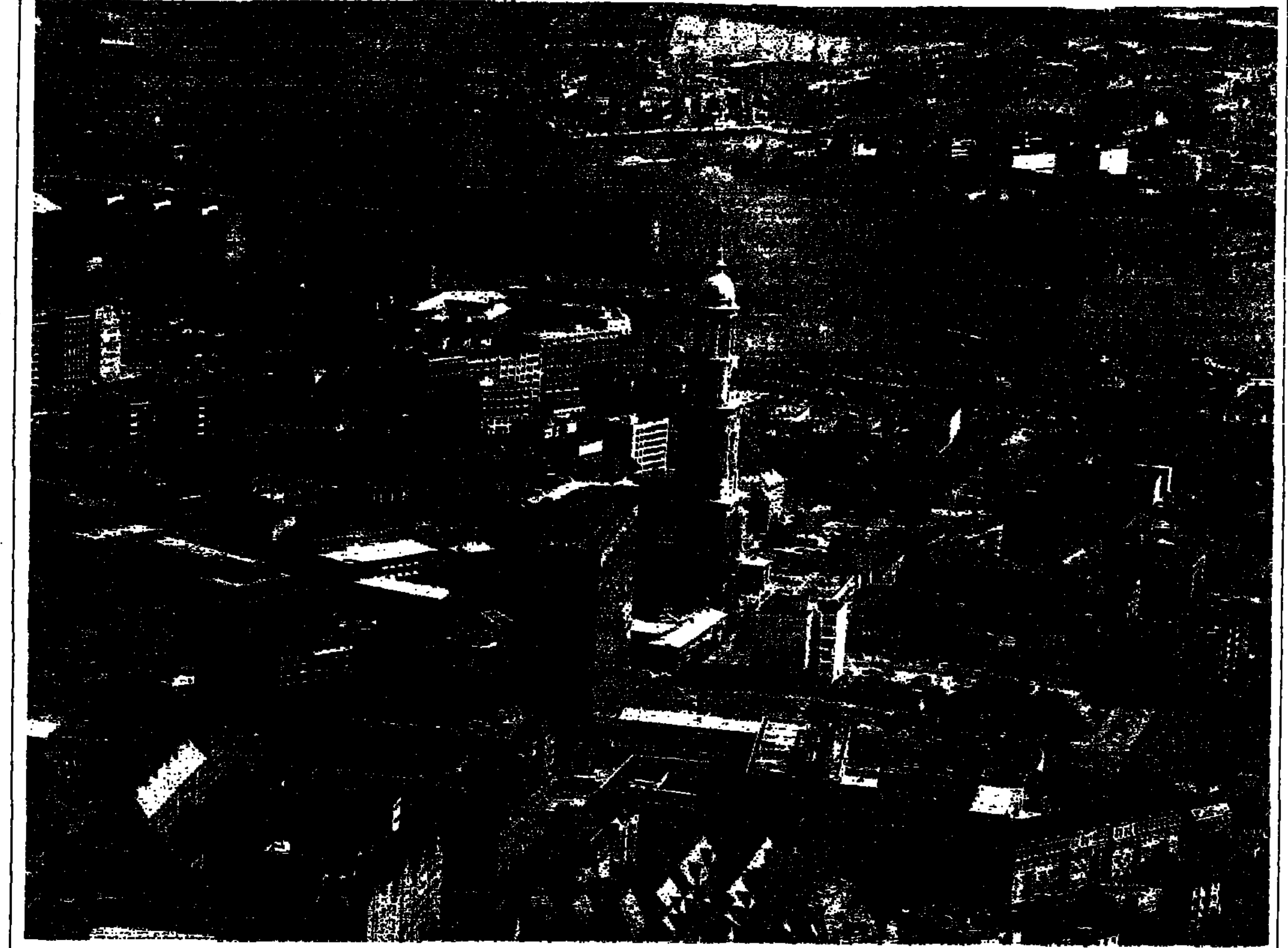


FOTO: BERNT FEDERAU / Freigegeben Luftamt Hamburg Nr. 281/85

Hamburg ist eine Stadt des Lichts, der Farben, und der „Michel" ist ihr Wahrzeichen, 132 Meter hoch, patinagrün und nie aus der Mode gekommen. Aus der Fliegerperspektive erweist sich die Hafenstadt als hell und transparent, aber nicht nur von dort oben. Die norddeutsche Metropole, mit 1,6 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Bundesrepublik Deutschland, ist alles andere als ein schwerfälliger Wohn- und Arbeitskoloß; dazu ist sie eine viel zu pittoreske Verbindung mit dem Wasser eingegangen. Wasser ist Leben und Bewegung, und Hamburg ist wieder durchdrungen von beidem, auch wenn es sein Heil nicht mehr ausschließlich auf den Wogen sieht. Eine Erkenntnis, die schmerzte. Europas große Hafenstadt macht sich zu neuen Ufern auf.

Eine Schönheit provoziert Vorurteile

● ANALYSE

Von JAN BRECH

Der Slogan vom „Hoch im Norden", den Werbemanager für den Stadtstaat Hamburg als Markenzeichen erdacht haben, wird in den südlichen Teilen der Republik meistens wortwörtlich interpretiert: Die Stadt liegt hoch im Norden. Damit verbinden sich unmittelbar Vorurteile, die dem Image der Stadt mehr abträglich denn förderlich sind: stur, kulturlos, kühl, regnerisch. Schauer löst die Nennung des Namens Hamburg auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion aus. Die Süd-Nord-Schaukel ist auf dem unteren Teil mit Schlagworten wie Werften und Schiffahrt, Arbeitslosigkeit und Finanzchaos besetzt.

Wer zu Gast in der Stadt ist, merkt sehr schnell, daß die Vorurteile nicht stimmen. Die Elbmetropole mit ihren 1,6 Millionen Einwohnern präsentiert sich als weltstädtisch, sie ist vital, kulturell anspruchsvoll und eine Schönheit unter den Städten Europas. Binnen- und Außenalster mitten in der Stadt, die Grünanlagen und Parks, die Kanäle, über die mehr Brücken als in Venedig führen, oder die prunkvollen Altbaugebiete in Harvestehude, Winterhude oder Eppendorf faszinieren Besucher und Hamburger Bürger gleichermaßen. Der „Hamburger Sommer 1986" hat noch mit weiteren Klischees aufgeräumt, etwa denen, die Küche Hamburgs sei einfallslos und schwer, oder die Hansesaten seien unfähig zur urbanen Fröhlichkeit.

Besucher kommen auch sehr bald zu der Überzeugung, daß es wirtschaftlich der Stadt so schlecht wohl doch nicht gehen kann. Über Hamburgs Straßen rollen mehr Limousinen der Luxusklasse als in jeder anderen deutschen Großstadt, in ihren Mauern gibt es die meisten Vermögensmillionäre, an Elbchaussee oder in den nördlichen Stadtteilen, genannt „die Walddörfer" stehen Villen, die soliden finanziellen Background erkennen lassen.

Der Nachweis wirtschaftlicher Kraft erschöpft sich nicht in diesen Äußerlichkeiten. Hamburg ist nach wie vor die größte westdeutsche Industriestadt mit Unternehmen, die Weltruf genießen. Von den 500 umsatzstärksten deutschen Unternehmen hat jedes zehnte seinen Sitz in Hamburg, von den zehn größten allein sieben. Manche Branche ist fast vollständig hier vertreten. Die Produktionspalette reicht von A wie Airbus bis Z wie Zigaretten.

Unbestritten ist auch Hamburgs Stellung als führender Außenhandelsplatz. Der Hafen ist in höchstem Maße leistungsfähig, die traditionsreichen Außenhandelshäuser haben Verbindungen in alle Ecken der Welt. Bei finanziellen Dienstleistungen wie Banken und Versicherungen nimmt der Hamburger Platz eine zentrale Funktion ein, als Medienstadt hat Hamburg überregional starkes Gewicht; die Stadt hat nach New York die meisten Konsulate auf der Welt.

Es gibt weitere Meßlatten, die die Wirtschaftskraft Hamburgs belegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt die Stadt mit fast 180 Punkten (Bundesdurchschnitt gleich 100) weit an der Spitze. Die Steuerkraft ist überdurchschnittlich, was bislang dazu führt, daß Hamburg den höchsten Beitrag im Länderfinanzausgleich aufbringen muß. Das Einkommensniveau liegt ebenfalls weit über dem Bundesdurchschnitt, die EG hat Hamburg vor einigen Jahren sogar zur reichsten Region der Gemeinschaft erklärt.

Spätestens bei diesen Meßdaten wird allerdings eine Relativierung der Superlative notwendig. Bei einem Stadtstaat wie Hamburg führen Wohlstandsvergleiche zu Fehldeutungen, die das Bruttoinlandsprodukt auf die Wohnbevölkerung beziehen. Für die Entstehung des Bruttosozialprodukts ist die Wirtschaftsbevölkerung entscheidend. Dazu zählen in Hamburg die zahlreichen Einpendler aus den benachbarten Bundesländern, die ihren Teil zum Sozialprodukt beitragen. Die Hamburger Pro-Kopf-Werte sind erheblich niedriger, legt man die Wirtschaftsbevölkerung zu Grunde. Etwas anderes kommt hinzu. Da die Umsätze wichtiger Hamburger Industriebranchen wie Mineralöl und Tabak mit einem hohen Anteil indirekter Steuern aufgebläht werden, ist das zu Marktpreisen gemessene Hamburger Bruttoinlandsprodukt künstlich überhöht. Berücksichtigt man diese Faktoren, fällt Hamburg bei der Pro-Kopf-Betrachtung ins Mittelfeld zurück. Auch das höhere Einkommensniveau macht die Hamburger nicht reicher als andere. Die Kaufkraft wird eingeschränkt durch ein höheres durchschnittliches Preisniveau.

Das Stichwort Getränkesteuer mahnt schließlich zu einer relativierenden Betrachtung der Fianazkraft Hamburgs. Als Bundesland hat Hamburg unabhängig von seiner Größe zusätzliche Regierungs- und Verwaltungsaufgaben zu übernehmen und als Großstadt höhere Kosten für Sicherheit und höhere Soziallasten zu tragen. Allein an Sozialhilfe wird die Stadt in diesem Jahr fast eine Milliarde Mark aufbringen. Außerdem muß die Stadt für die gesamte Region teure Metropolfunktion übernehmen. Die Möglichkeit, diese Zusatzbelastungen, wie es andere Großstädte wie Frankfurt oder München können, mit Hilfe eines „kommunalen Finanzausgleiches" zu finanzieren, hat Hamburg nicht.

Seit Jahren reichen die der Stadt verbleibenden Steuereinnahmen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Aufgaben aus. Trotz restriktiver Ausgabepolitik und stetiger Griffe in die Taschen der Bürger (etwa höhere Gebühren und zusätzliche Steuern) läuft der Etat aus dem Ruder.

Alle Superlative, mit denen sich Hamburg schmücken kann, reichen denn auch nicht aus, um die wirtschaftlichen Probleme des Stadtstaates zu überdecken. Die Nebel, die vor rund zehn Jahren zum erstenmal über der Wirtschaft der Stadt aufgezogen sind, haben sich, über lange Zeit fast unbeachtet, zu Wolkenbergen aufgetürmt: Zerrüttete Finanzen,

● Fortsetzung auf Seite XI

Hamburg startet durch

Hamburg hat eine lange und in vielerei Hinsicht besonders erfolgreiche Geschichte. Doch mit einer erfolgreichen Vergangenheit allein lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit nicht bestehen.

Für Hamburg als Wirtschaftsstandort bedeutet das, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt durch aktive Strukturentwicklung zu verbessern. Die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Hansestadt ist die einzig mögliche Antwort auf den tiefgreifenden Strukturwandel, den der gesamte Norden der Bundesrepublik derzeit durchläuft.

Die Maßnahmen des Senats reichen von der Modernisierung des Hafens, der Verbesserung der Verkehrsstrukturen, der Stärkung der Handelshäuser, durch Ausbau des Sprachunterrichts in den Schulen, dem Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg bis hin zur Wirtschaftsförderung und -beratung.



Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: Klaus von Dohnanyi FOTO: KÜHL

Neue Einrichtungen wie das Technologieberatungszentrum und das Hamburger Institut für Technologieförderung mit seiner Gründerwerkstatt beraten besonders kleine und mittelständische Unternehmen.

Mit dem Hamburger Mediengesetz konnten wir sicherstellen, daß die Informations- und Kommunikationsmetropole Hamburg ihre Vorrangstellung ausbaut. Wissenschaft und Forschung werden in den Bereichen Mikrobiologie, Biotechnologie, Meereswirtschaft und Umweltschutztechnologie ausgebaut.

In den vergangenen Jahren ist Hamburg gerade durch private Investitionen immer mehr Einkaufszentrum Norddeutschlands geworden. Der Senat weiß, daß Hamburg diese Metropolenfunktion nicht zuletzt einem breiten großstädtischen Kulturangebot verdankt.

Diese Politik der letzten Jahre wird Erfolge zeitigen. Solange jedoch der Strukturwandel von Schiffahrt, Schiffbau und Verarbeitungsindustrien seine Tiefenwirkung zeigt, bleibt die Arbeitslosigkeit in Hamburg wie im gesamten Norden der Bundesrepublik das Problem. Der Senat hat Initiativen auf verschiedenen Ebenen ergriffen: zusätzliche Ausbildungsplätze und der Auf- und Ausbau eines „zweiten Arbeitsmarktes" als Zwischenlösung.

Hamburg ist ein Anziehungspunkt für Besucher, ein attraktiver Standort für Unternehmen und vor allem für alle ein lebenswerter Wohnort. Diese Position zu stärken, ist Aufgabe der Politik.

KLAUS v. DOHNANYI



Extra SONNTAG öffnen wir von 11 bis 18 Uhr zusätzlich zur Besichtigung.

Keine Beratung, kein Verkauf.

Kaufen Sie aus unserer beispielhaft sortierten Großauswahl!

Mitten in Hamburg am Burchardplatz

Neue Orient-Teppich Preisherabsetzungen

Einkaufen mit Gewinn!

Hier einige Beispiele aus unserer großen Auswahl total im Preis herabgesetzter Orient-Teppich-Einzelstücke:

Provenienz	Maße in cm	Bisher gültiger Preis	Sonder-Angebots-Preis
Sarugh, alt, Naturfarbe, Persien	120x 60	6.980,-	**2.900,-**
Bidjar, alt, Naturfarbe, Persien	165x107	8.950,-	**3.900,-**
Ghom, reine Seide, Persien, beige, Tierparadies	148x104	12.480,-	**4.900,-**
Hereke, reine Seide, superfein, ca. 1.100.000 Kn.	136x 98	16.900,-	**8.450,-**
Hereke, reine Seide, ca. 1 Mill. Kn.	183x124	34.800,-	**17.400,-**
Hamedan, alt, rustikal, Persien	200x138	3.270,-	**1.600,-**
Ghom, Kork, fein, altrosa	214x137	6.950,-	**3.900,-**
Bidjar, fein, Persien	216x140	8.900,-	**4.800,-**
Sarugh, hell, Persien	215x136	9.695,-	**4.750,-**
Täbriz, Kork, m. Seide, sehr fein, Persien	487x340	89.900,-	**44.450,-**
Isfahan, alt, rostrot, durchgem., Persien	548x410	128.850,-	**59.300,-**
Sarugh, alt, Feldermuster, Persien	433x320	48.000,-	**23.500,-**
Ghom, Kork, alt m. Seide, hellblau, a. Seide, Persien	200x130	18.740,-	**9.350,-**
Isfahan, selten, Kork a. Seide, m. Seide, hellgrün, Persien	174x114	19.350,-	**8.700,-**
Keschan, alt, Naturfarbe, Korkwolle	151x101	23.850,-	**11.300,-**
Bidjar, alt, Naturfarbe, durchgem., blau	183x137	23.945,-	**11.800,-**
Bidjar, alt, Persien	330x225	27.760,-	**13.800,-**
Keschan, fein, Persien	367x260	19.800,-	**8.900,-**
Dolatabad, rot	342x242	7.950,-	**3.900,-**
Varkan, Persien	350x242	6.950,-	**2.900,-**
Sarugh-Mir, Persien, durchgem., rostrot	253x220	7.250,-	**3.850,-**
Moud, durchgem., fein, hellbeige, Persien	202x203	8.330,-	**3.900,-**
Kirman, Lawar, fein	197x194	8.900,-	**4.200,-**
Bachtiar, alt, rustikal	310x202	7.980,-	**3.750,-**
Nain, m. Seide, Kork, hellbeige	404x225	59.965,-	**27.800,-**
Kirman-Lawar, alt	387x292	38.850,-	**19.500,-**
Lahore-Super, selten, m. Seide	320x 97	3.890,-	**1.930,-**
Dolatabad, selten	492x 81	4.690,-	**2.350,-**
Filpai, Afghan	272x202	5.790,-	**2.800,-**
Kars, alt, Adlermuster	186x150	4.710,-	**2.300,-**
Keschan, Kork, sehr fein, rostrot, hellbeige, Persien	302x226	16.870,-	**8.300,-**
Täbriz, Kork, sehr fein, Persien	302x200	19.600,-	**9.750,-**
Original, Yamud, russ.	265x187	17.410,-	**8.800,-**
Lahore-Super, Feldermuster	268x189	4.800,-	**2.300,-**
Mesched, bordeauxrot, Persien	295x182	8.950,-	**3.900,-**
Bachtiar, alt, Feldermuster	291x223	6.450,-	**3.300,-**
Nepal, Tibet, hellbeige, altrosa, hellblau	304x200	6.950,-	**3.480,-**
Nepal, Tibet, braunbeige, Naturfarbe	95x 77	1.960,-	**880,-**
China, alt, blau, Naturfarbe	118x 65	1.890,-	**900,-**
Nepal, Tibet, altrosa, beige, blau	296x 81	2.880,-	**1.390,-**

Verschenken Sie kein Geld beim Orient-Teppich-Kauf!

Nutzen auch Sie unsere enormen Preisvorteile!

Orient-Teppiche aus Persien verkaufen wir preisgünstiger:

Als Direkt-Importeur haben wir folgende Beschaffungs-Pluspunkte sofort genutzt und geben die Vorteile voll an unsere Kunden weiter ● **Der günstige Dollarkurs, weil auf Dollarbasis eingekauft wird.** ● **Die Wertsteigerung der DM.** ● **Hohe iranische Exportvergütungen.**

HAMBURGER ORIENT · TEPPICH GALERIE
ALI GMBH

Norddeutschlands größtes Fachgeschäft

DIREKT-IMPORTE AUS ALLEN URSPRUNGSLÄNDERN

Burchardplatz
2000 Hamburg 1

gegenüber Chilehaus · Tel. 040/33 18 48/49

Eigene Kundenparkplätze

Das sollten Sie wissen:

In unserem Haus erwartet Sie ein Sortiment von über 15.000 Auswahlmöglichkeiten auf 1.400 m² Ausstellungs- und Verkaufsfläche. Facherfahrungen von 3 Generationen garantieren Ihnen ***beste Qualitäten zu Niedrigpreisen, die wohl zu den günstigsten in Deutschland zählen dürften.***



Geprüfte erlesene Qualität

Jetzt haben wir hochwertige Orient-Teppich Einzelstücke 50% im Preis herabgesetzt

Von Garmisch bis Flensburg dürften unsere Niedrigpreis-Höhepunkte einzigartig sein. Deshalb lohnt sich wirklich der weiteste Weg.

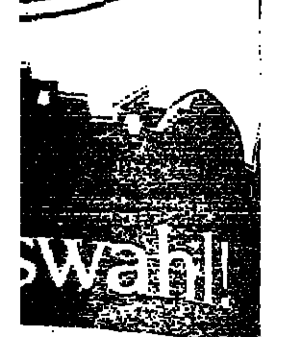
Beachten Sie bitte bei Ihrem nächsten Besuch in unserem Haus die bildschönen, handgeknüpften Stücke »vom Dach der Welt«, aus Tibet.

EXTRA GROSSE TIBETTEPPICH
ABTEILUNG

Eine riesige Sendung hauseigener Direkt-Importe hochaktueller Teppiche, Brücken und Läufer ist soeben eingetroffen und steht außergewöhnlich preiswürdig zu Ihrer Wahl.



- Wir bieten Ihnen eine **Großauswahl hauseigener Direktimporte**, die jeden Ihrer Teppichwünsche erfüllen wird.
- Wir garantieren Ihnen **großzügige Service-Leistungen**, die Ihnen stets einen lohnenden Kauf sichern. Neben fachgerechter Bedienung gewähren wir Ihnen ein Umtauschrecht sowie eine völlig unverbindliche Teppichvorlage in Ihrem Heim. Jeder unserer Teppiche besitzt ein Echtheits-Zertifikat.
- Wir bieten Ihnen ständig **Sonder-Angebote aus den verschiedensten Knüpfkunstländern der Erde.**



Esprit gesucht: Philips braucht 400 Könner

Ein Minichip hält eine Stadt in Atem

Das erfreuliche Ende eines langen Tauziehens. Philips investiert eine halbe Milliarde Mark.

Selbst für Philips, Europas größten Chip-Hersteller, bedeutet die geplante Produktion der 1 Megabit SRAM Chips eine Herausforderung. Schon die Entwicklung dieses Minnichips mit seinen nur siebenzehntausendstel Millimeter dünnen Strukturen stieß an die Grenzen optisch-physikalischer Möglichkeiten und erforderte einen Aufwand von 1,3 Milliarden Mark.

Durch das neue Werk, das die Valvo, eine 100prozentige Tochter der Philips, 1987 errichtet, wird Hamburg seine europäische Spitzenstellung in der Mikroelektronik festigen, denn, so Cornelis Bossers, Vorstands-Vorsitzender der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie (Alldephi), „es geht hier um sehr viel mehr als um eine Investitionsentscheidung und Standortwahl. Es geht um die europäische Zukunft in der Elektronik."

Um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben, muß Philips mit dem rasanten Tempo in der Mikroelektronik Schritt halten. Die Halbleiter, ohne die Datenverarbeitungsanlagen, Geräte der elektronischen Unterhaltung und selbst manche Hausgeräte nicht mehr funktionieren, müssen immer billiger produziert werden. Die Zielrichtung der Forschung ist die Minimalisierung der Chips. So erzielte die Mikroelektronik bisher alle zwei Jahre eine Verdoppelung der Funktionen-Zahlen auf den Chips, während die Kosten einer Funktionseinheit von drei Mark (1970) auf einen hundertstel Pfennig (1987) sanken.

Valvo *nimmt* jetzt erstmalig die *Massenfertigung einer Chipgeneration* auf, deren Strukturen kleiner als eintausendstel Millimeter (1 Mikron) sind, wagt also den Schritt in die Submikron Technik.

Während Siemens in dieser Technologie an einem 4 Megabit DRAM, einem dynamischen Speicher arbeitet, konzentriert sich Philips auf die Produktion des 1 Megabit SRAM, eines statischen Speichers.

Doch der Weg in diese Zukunftstechnologie erfordert erhebliche Investitionen. Kostete 1984 eine Fertigungsstraße für herkömmliche Chips mit 1,5 Mikron Struktur noch ca. 100 Millionen Mark, muß Philips für die geplante Fertigungsstraße in Hausbruch bei Hamburg 500 Millionen Mark investieren.

Für die Produktion im Submikronbereich waren neue optische Geräte für die Belichtung, neue Diffusionsgeräte sowie Maschinen erforderlich. Leistungsfähige Datenverarbeitungsanlagen und fortgeschrittene Software sind ebenso notwendig wie eine höchst aufwendige Klimatechnik. Mit der Verfeinerung der Strukturen steigen die Reinlichkeitsanforderungen an die Luft. Die sonst umweltneutrale Produktion muß nun selbst geschützt werden; nur 10 Staubteilchen pro Kubikmeter Luft sind in den Arbeitsräumen noch zulässig.

Die Nähe zur Philips Tochter, Valvo Bauelemente in Lokstedt, war für den Konzern ein wesentlicher Faktor, sich für den Standort Hamburg entschieden zu haben. Seit 1966 werden in Lokstedt bereits integrierte Halbleiter-Schaltungen gebaut. 2700 Beschäftigte arbeiten in diesem, Deutschlands größten Hersteller für Bauelemente, für alle Anwendungsbereiche der Elektronik, von der Unterhaltungselektronik bis zu industrieller Steuer- und Regeltechnik, von Meßgeräten für wissenschaftliche Aufgaben bis zur Automatisierung im Haushalt und zur Computertechnik.

Ein weiterer Grund, den Standort Hamburg zu wählen, ist eines der acht philipseigenen, weltweit aufgebauten Forschungslaboratorien, in dem hier 400 Mitarbeiter tätig sind. Zum anderen begrüßt Philips die Nähe zur Technischen Universität Harburg. Dennoch wird es schwierig sein, die fast 400 hochqualifizierten, wissenschaftlichen Mitarbeiter für die neue Produktion zu finden. „Der Arbeitskräftemarkt ist wie leergefegt", bedauert man bei der Alldephi.

Für die Hansestadt mit ihren zahlreich kränkelnden Branchen gibt es strukturpolitisch nur die Möglichkeit, selektiv zukunftsorientierte Industriezweige anzusiedeln. Nicht ganz 100 Millionen Mark zahlte der Senat denn auch als strukturpolitische Förderung an Philips, um gegenüber den anderen erheblich subventionierten Standortangeboten aus dem schleswig-holsteinischen Zonenrandförderungsgebiet (Neumünster und Berlin) konkurrenzfähig zu bleiben. Doch der Einsatz hat sich gelohnt. Die neue Chip-Produktion der Philips Valvo und Hamburg als Zentrum der deutschen Philips-Aktivitäten wird die Ansiedlung weiterer Zulieferer für die elektronische Industrie mit sich bringen.

Mit gut 20 500 Beschäftigten, über vier Milliarden Mark Umsatz, Anstieg der Beschäftigten (1985) um 3,5 Prozent und Umsatzanstieg um sieben Prozent ist die elektronische Industrie schon jetzt Hamburgs bedeutendster Industriezweig mit Zukunft.

BETTINA SCHULZ

Hamburgs größter Arbeitgeber

Mit 8700 Beschäftigten ist Hamburg größter Standort des niederländischen Elektrokonzerns Philips Gloeilampenfabrieken in Deutschland. Philips ist damit gleichzeitig größter privatwirtschaftlicher Arbeitgeber der Hansestadt. Sowohl die Holding, die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, als auch ihre Tochter, die Philips GmbH, haben ihren Sitz in Hamburg. 1927 übernahm Philips die C.H.F. Müller in der Röntgenstraße. Dort entstanden schon 1896 die ersten Röntgenröhren. Heute arbeiten dort 2200 Mitarbeiter. Bei Valvo sind es 2700 Beschäftigte. 1985 setzte die Philips-Gruppe in der Bundesrepublik mit 36 500 Mitarbeitern 8,5 Milliarden Mark um. Weltweit agiert der Konzern mit 346 000 Mitarbeitern und erzielte 1985 / 86 einen Umsatz von 50 Milliarden Mark. bs

Gespräch mit Danielmeyer, Gründungsrektor der TU Harburg: Was geändert werden muß

Der Bit beißt sich durch – freie Bahn den Chips

Wo liegt Hamburgs Zukunft? Die WELT sprach mit Professor Günter Danielmeyer, Gründungsrektor der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Das Gespräch führte WELT-Redakteur Dieter F. Hertel.

Hamburgs Chance liegt eindeutig im Ausbau zukunftsorientierter Branchen, nimmt Danielmeyer das Fazit vorweg. Nur hier gebe es sichere Arbeitsplätze. Der Wissenschaftler warnte zugleich davor, „überalterte Strukturen" mit Subventionen am Leben zu erhalten: **„Das verlängert nur deren Sterben. Das dafür aufgewandte Geld ist doppelt verloren. Weil es doch keinen Nutzen bringt und an anderer Stelle fehlt."**

Auf die Frage, was Hamburg tun kann, um auch in Zukunft eine führende Rolle unter den Regionen Europas einzunehmen, sagte Danielmeier: **„Das wichtigste ist, daß Hamburg seine Mittel konzentriert auf wenige, aber dann entscheidende Durchbrüche in die Zukunft. Man kann das Geld nicht verzetteln im Versuch, unhaltbare Arbeitsplätze zu verlängern."**

Zukunftsarbeitsplätze sieht Danielmeier vor allem auf den Gebieten der Biotechnologie und Elektronik: **„Ein Lob dem, der dafür gesorgt hat, daß der Mega-Chip und sein Umfeld in Hamburg eine Chance bekommen. Ein paar Bits können in Zukunft wertvoller sein als ein paar Tonnen Schiffsladung."** Ganz wichtig ist für ihn auch die Kommunikationswirtschaft und die technische Informatik. Auch den Flugzeugbau zählt er zu den Zukunftstechnologien.

Für Schiffahrt und Schiffbau weist Hamburg das auf, was man „natürliche Standortvorteile" nennt. Für die Zukunftstechnologien hat die Stadt nichts dergleichen. Weshalb soll sie sich dennoch darauf stützen? Danielmeyers verblüffende Antwort: **„Weil in unserer heutigen Welt die natürlichen Standortvorteile keine Bedeutung mehr haben. Beispiel Japan: Das Land hat keinerlei Rohstoffe. Alles muß importiert werden, und dennoch ist Japan eine reiche Nation geworden."**

Der Wissenschaftler geht noch weiter, wenn er postuliert: **„Die, die auf ihren natürlichen Standortvorteilen sitzen bleiben, haben das Nachsehen."** Und er zieht sogleich die Nutzanwendung: „Niemand sagt, daß der Hafen abgebaut werden soll. Aber die Investitionen müssen anders kanalisiert werden. Hamburg hat das nicht rechtzeitig und zum Teil heute noch nicht eingesehen. Allenfalls die Spitzenpolitiker haben das erkannt, das Handwerk auch, und die Hochschulen. Doch das reicht nicht. Die öffentliche Meinung scheint mir noch nicht in der Moderne angelangt zu sein."

Auf die Frage, wo die soziale Komponente bleibe, wenn überalterte Strukturen abgebaut werden, antwortet Danielmeyer: **„Die beste soziale Leistung, die die Wirtschaft erbringen kann, ist, gute Arbeitsplätze hinzustellen. Das Mangement, das rechtzeitig Chancen für die Zukunft aufspürt, handelt sozial. Will es überaltete Strukturen halten, wird es seiner Aufgabe nicht gerecht. Das kann man auch von der Politik sagen."**

Ganz präzise nimmt Danielmeyer die Werften aufs Korn: **„Ihre Erhaltung wird hauptsächlich einen Bremseffekt haben für die ganze norddeutsche Region. Hätten wir Legislaturperioden von 15 oder 20 Jahren, würde sich das niemand erlauben. Dann würde man langfristig denken und investieren. Man muß ja auch sehen, daß die Infrastruktur, die sich in Hamburg gelohnt hat, als die Werften noch liefen, bereits zum Teil kaputt ist. Man denke nur an den Stahlgroßhandel. Jetzt werden die Schiffbaubleche aus dem Ruhrgebiet geordert. Das ist zu teuer."**

Was sollen die Werftarbeiter sagen, deren Arbeitsplätze mit dieser rationalen Denkweise abgeschafft werden? Danielmeyer: **„Ich höre überall bei den Firmen hier Klagen über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Jeder, der einen Gesellen- oder Meisterbrief hat, braucht sich keine Sorgen zu machen."**

Von „staatlich organisierter Technologieberatung" hält Danielmeier nichts: **„Der Staat kann dies schlechter als die Wirtschaft. Man darf dazu nicht am Amtstisch sitzen, sondern muß das Ohr am Puls der Weltwirtschaft haben. Reisen allein hilft auch nicht. Wer beraten will, muß Technologe sein ... Es gibt nichts, was sich weniger für eine staatliche Betreuung eignet als die Technologie."**

Die Rolle des Staates, der Stadt Hamburg, sieht Danielmeier auf einer anderen Ebene. Auf die Frage, ob der Senat einen Zukunftsdenker oder eine Leitstelle Zukunftsplanung braucht, antwortet er: **„Ich bin kein Freund einer politischen Stelle. Andere Länder holen sich für diese Felder die besten Experten – ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Ein Parteitag ist die schlechteste Art, ein solches Programm zu gestalten."**

Seit Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sein Amt antrat, hat Hamburg in den Augen des Professors seine frühere Verweigerungshaltung gegenüber der Zukunft aufgegeben: **„Hamburg kann die Welt nicht ändern, aber sich selber – und es ist jetzt auf dem besten Weg dazu."**

Ein Beispiel könnte sich Hamburg, so Danielmeier, an Boston nehmen. Dessen Hafen hat mangels wirtschaftskräftigen Hinterlandes seine Bedeutung verloren. Auch die agrargeprägte Umgebung lieferte keine Zukunftsimpulse. Als **„bewußter Akt der Strukturförderung"** wurde die **„Route 128"**, eine sechsspurige Schnellstraße, in weitem Bogen um die Stadt geführt. An deren Rand haben sich, angezogen auch von der nahe gelegenen, weltberühmten Denkfabrik MIT, Hunderte von Firmen angesiedelt, in parkartigen Grundstücken. „Daher der Name Industriepark. In Hamburg aber ist das Wort Industrie immer noch negativ besetzt. Wir müssen auf positive Beispiele setzen."

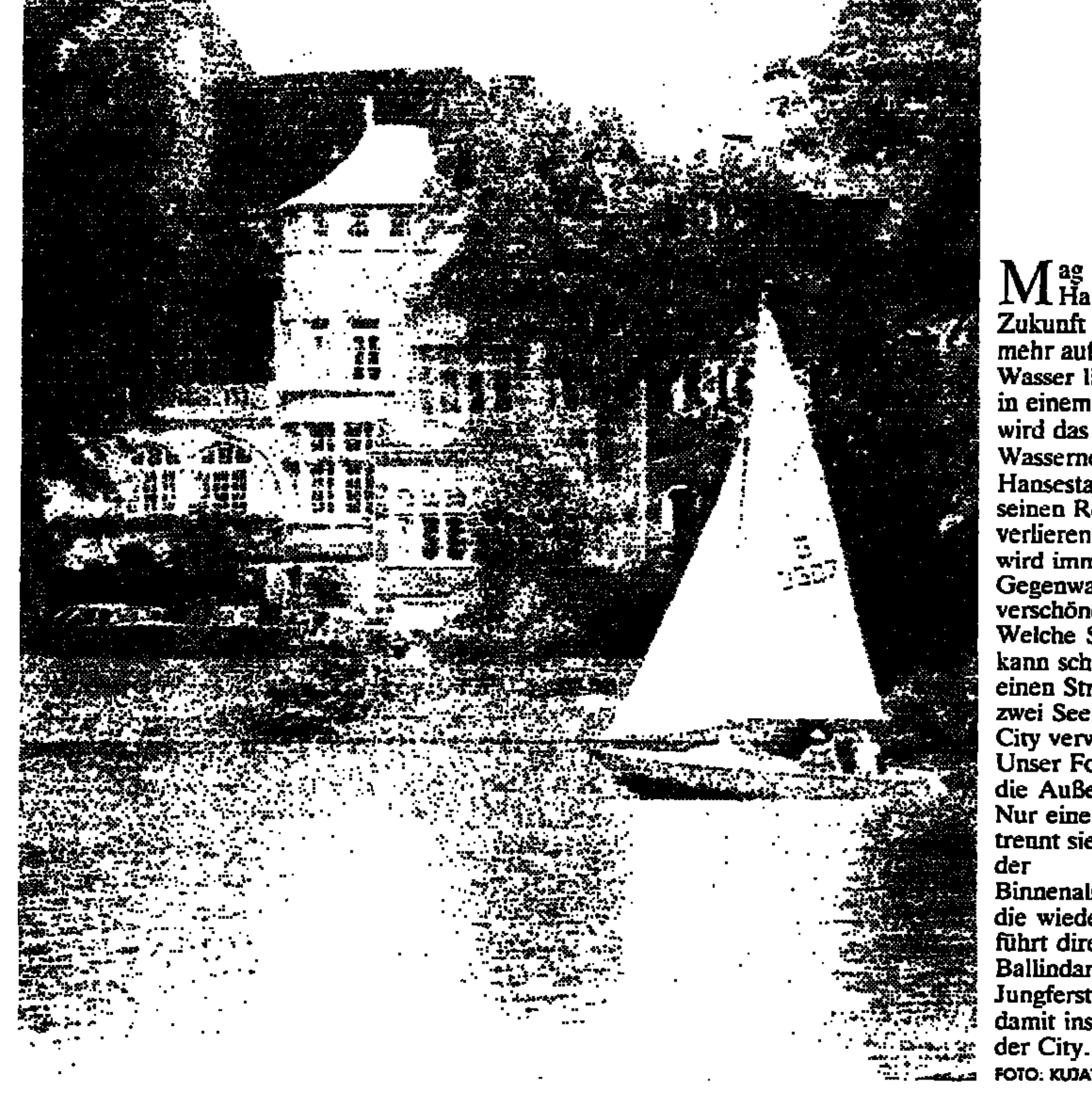
Eine direkte Übertragung des Modells Boston ist natürlich nicht möglich: **„Für Hamburg ist es tragisch, daß im Umland so stark gefördert wird. Hamburg hätte gar keine Probleme, wenn sein Gebiet viermal so groß wäre."** Doch andere Straßenbaumöglichkeiten sind ja durchaus vorhanden. Danielmeier denkt an die A 26: **„Es ist schon abenteuerlich, was der Region mit der B 73 von Hamburg über Stade nach Cuxhaven zugemutet wird."**

Nicht nur, aber auch auf Hamburg bezogen fordert Danielmeier eine Änderung des Verhaltens gegenüber der Technik. Nicht Techniker – Politiker haben Deutschland bisher in Schwierigkeiten gebracht, meint er. Natürlich sei Technik Kritik unterworfen. Aber: „Nicht in Ordnung finde ich, daß die Technik-Kritik von berufener Seite nicht immer objektiv ist."

Drei Beispiele: **Erstens: „Man kann nicht auf der einen Seite gegen Schädlingsbekämpfungsmittel sein und auf der anderen Seite den Hunger in der Dritten Welt bedauern." Zweitens: „Man kann nicht gegen Kraftwerke sein und gleichzeitig keine Bereitschaft zeigen, auf liebgewordene Gewohnheiten zu Hause zu verzichten." Drittens: „Es hilft nichts, immer nur auf den Problemen, die die Technik bringt, herumzureiten, wenn niemand bereit ist, zu den Problemen zurückzukehren, die wir ohne die Technik hatten."**

Zwei Sätze Danielmeyers zum Abschied von Hamburg: „Die Stadt soll auf dem eingeschlagenen Kurs weitermachen. Sie soll den Rat von Nicht-Hamburgern einholen – von außen sieht sich manches anders an als von innen."

Prof. Danielmeyer wechselte in die Geschäftsführung der Siemens AG.



Mag auch Hamburgs Zukunft nicht mehr auf dem Wasser liegen – in einem Punkt wird das Wassernetz der Hansestadt nie seinen Reiz verlieren – es wird immer die Gegenwart verschönen. Welche Stadt kann schon auf einen Strom und zwei Seen in der City verweisen? Unser Foto zeigt die Außenalster. Nur eine Brücke trennt sie von der Binnenalster; die wiederum führt direkt zum Ballindamm und Jungferstieg und damit ins Herz der City. FOTO: KUJATH

Spielraum für mehr Wachstum

Hamburg ist nicht nur nach dem Urteil der Lokalpatrioten die schönste Stadt Deutschlands. Aber die Stadt hat auch mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.

Die Hamburger Betriebe, Unternehmer und Arbeitnehmer, sind entschlossen, diese Schwierigkeiten rasch zu überwinden.

Der Politik ist aber die Aufgabe gestellt, der Hamburger Wirtschaft bei ihrem Anpassungs- und Umstellungsprozeß zu helfen. Dieser Aufgabe fühlen wir uns besonders verpflichtet. Denn wir verstehen grundsätzlich Wirtschaft und Politik als Partner, nicht als Gegner.

● Um die Kostenbelastung der Unternehmen zu verringern, wollen wir die Gewerbesteuer senken. Das schafft finanziellen Spielraum für mehr Investitionen, für wirtschaftliches Wachstum – und damit natürlich auch für neue Arbeitsplätze.

● Der Hafen befindet sich in einer schwierigen Wettbewerbsituation mit geographisch günstiger gelegenen westeuropäischen Häfen. Durch weniger staatliche Kosten wollen wir das Herz der Hamburger Wirtschaft stärken.

● Die Wirtschaft braucht verläßliche Rahmenbedingungen. Wir werden deshalb geraden Kurs steuern und auch nicht aus der Kernenergie „aussteigen".

● Mehr Partnerschaft und Zusammenarbeit: Das wollen wir auch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erreichen. Gegenseitige Berührungsängste darf es nicht mehr geben. In der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und im technischen Fortschritt liegen unsere wirtschaftlichen Chancen. Die wollen wir entschlossen nutzen.

● Die Attraktivität eines Standorts hängt von vielen Faktoren ab: Deshalb wollen wir die Verkehrsverbindungen verbessern, das Kulturangebot ausweiten, die Eigentumsbildung erleichtern, mehr Sicherheit durch effektivere Verbrechensbekämpfung schaffen und die Verhältnisse in den Schulen verbessern. Unsere Konkurrenten sollen wissen: Wir sind entschlossen, mit Hamburg in den Wettbewerb der Metropolen einzusteigen und ihn für uns zu entscheiden.

HARTMUT PERSCHAU



Hartmut Perschau, Oppositionschef und CDU-Bürgermeisterkandidat FOTO: KUJATH

Die Abkoppelung von der Arbeitsmarktentwicklung in anderen Teilen der Bundesrepublik ist kein temporäres Problem

Wirtschaftspolitik des Nordens ist in ihrer Gesamtheit gefordert

Von ECKART van HOOVEN

Dr. Eckart van Hooven, 60, ist Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Der gebürtige Hamburger wollte ursprünglich Journalist werden, studierte dann Rechtswissenschaften und trat 1955 in die Deutsche Bank ein, der er das breite ***Privatpublikum*** **erschloß.** ***In den Vorstand*** **wurde Eckart van Hooven 1972 berufen. Er ist seither in der Leitung der Bank fachlich zuständig für das Privatkundengeschäft, die Baufinanzierung und Werbung, überdies regional verantwortlich für die vier Küstenländer. Am 15. August erklärte der Bankier sich bereit, nach der Wahl vom 9. November in einer von der CDU geführten Landesregierung das Amt des Wirtschaftssenators zu übernehmen. Dieser Entschluß entsprang unter anderem auch dem Wunsch, für andere Top-Manager ein Beispiel zu geben.**



Die deutsche Konjunktur befindet sich im Aufwärtstrend. Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik wachsen dank einer kräftig expandierenden Binnennachfrage. Angesichts des günstigen Umfeldes sowie des gefestigten Vertrauens in die Kontinuität der deutschen Wirtschaftspolitik über den 25. Januar 1987 hinaus werden die Perspektiven der deutschen Wirtschaft trotz weltwirtschaftlicher Risiken positiv eingeschätzt.

Für Norddeutschland gilt dies nur eingeschränkt. Zwar geht der Aufschwung auch an den Küstenländern nicht spurlos vorbei. Die positiven Ausstrahlungen sind hier aber deutlich schwächer als im Bundesdurchschnitt. Spiegelbild dafür ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt. In Hamburg und Bremen ist die Arbeitslosenzahl im bisherigen Jahresverlauf entgegen dem Bundestrend weiter gestiegen. In Schleswig-Holstein, wo sich die Situation etwas gebessert hat, ist vor *dem Hintergrund* der Werftenkrise eine erneute Veschlechterung vorgezeichnet. In Niedersachsen liegen die Arbeitslosenquoten trotz *eines leichten Rückgangs nach* wie vor doppelt so hoch wie in Süddeutschland.

Die Abkoppelung des Nordens von der *Arbeitsmarktentwicklung in* anderen Teilen der Bundesrepublik ist kein temporäres Problem. Wichtige traditionelle Wirtschaftszweige in den *Küstenländern, insbesondere* des maritimen Sektors, befinden sich in einer schweren Krise. Gleichzeitig ist das Gewicht der industriellen *Wachstumsbranchen vergleichsweise* gering.

Das trägt dazu bei, daß die Förderungsmittel des Bundes für neue Technologien und Entwicklungen immer stärker am Norden vorbeifließen. Damit wächst die Gefahr, daß die Wachstumsdynamik und *Beschäftigungsmöglichkeiten* der nördlichen Bundesländer nachhaltig hinter dem Süden unseres Landes zurückbleiben. In dieser Situation ist *die Wirtschaftspolitik des Nordens in* ihrer Gesamtheit gefordert. Ihre Schwerpunkte sollten vor allem sein:

● Die Wirtschaftsstruktur muß verbessert werden *mit dem Ziel, sie* weniger krisenanfällig zu machen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik muß *die innovativen* Kräfte in der Wirtschaft stärken, geeignete Rahmenbedingungen für ihre Entfaltung schaffen und Hilfestellung bei der Anpassung an veränderte Marktbedingungen geben.

● Die Attraktivität des Nordens als Wirtschaftsstandort muß gestärkt werden. Dazu gehören die Erschließung und Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen zu attraktiven Bedingungen auf der Basis eines langfristigen Konzepts sowie Verkehrsanbindungen, die den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen. Kommunale Gebühren und Abgaben, aber auch Instanzenwege und Genehmigungsverfahren müssen daraufhin geprüft werden, ob sie Investitionen erschweren oder blockieren. Vor allem aber muß ein Klima der Aufgeschlossenheit für die Belange der Wirtschaft geschaffen werden.

● Der Mittelstand muß noch gezielter als bisher gefördert werden. Kleine und mittlere *Unternehmen* sind gerade in schwierigen Zeiten erfahrungsgemäß anpassungsfähiger als Großunternehmen. Das Beschäftigungspotential mittelständischer Unternehmen ist dank ihrer Kreativität und Flexibilität besonders groß. Die zu nutzen erfordert eine aktive Mittelstandspolitik, angefangen von Technologie- und Innovationsberatung bis hin zur Vermittlung von Kooperationspartnern im In- und Ausland.

Manches davon ist bereits in Angriff genommen, vieles bleibt noch zu tun. Wenn die Ergebnisse in der Praxis bisher wenig befriedigend sind, so gibt es dafür eine Reihe von Gründen. Dazu gehören ungünstige äußere Einflüsse wie zum Beispiel Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel, Wechselkursverschiebungen oder der weitgehende Ausfall traditioneller Handelspartner aus der Dritten Welt infolge der internationalen Verschuldungskrise.

Diese Faktoren liegen nicht in der Verantwortung der nationalen Politik. Anders ist es bei den „hausgemachten" Ursachen. Hierzu zählen zum Beispiel ein ungünstiges politisches Klima und fehlendes Durchsetzungsvermögen der für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen gegenüber der eigenen Basis – Probleme, die in Hamburg nicht unbekannt sind.

Ein wesentlicher Grund für die bisher unzureichende Schlagkraft der Wirtschaftspolitik des Nordens liegt aber auch in seiner ungünstigen politischen Struktur. Landesgrenzen zerschneiden hier in weit stärkerem Maße als im übrigen Bundesgebiet gewachsene Wirtschaftsräume. Sie erschweren unternehmerische Entscheidungen, verzerren die Wirtschaftskraft der nördlichen Bundesländer und verlängern Verwaltungswege.

Wie in einem Brennglas bündeln *sich diese Probleme im Fall der* beiden Stadtstaaten, wo die Stadtgrenze zugleich Landesgrenze ist und Probleme schafft, die in der Bundesrepublik – von Berlin als Sonderfall abgesehen – nirgendwo sonst in dieser Form existieren.

Die politische Zersplittung des Nordens leistet einem Subventionswettlauf der vier Küstenländer untereinander Vorschub, der den Steuerzahler viel Geld kostet, ohne etwas zu bringen. Vor allem aber erschwert die ungünstige politische Struktur der Küstenregion gemeinsame, überzeugende *Lösungskonzepte* für die Wachstumsprobleme der Gesamtregion. Das Trauerspiel um einen tragfähigen Sanierungsplan für die Werften *ist dafür das jüngste Beispiel.*

Wettbewerb der Ideen und Konzepte mag anderswo Sinn machen, in der regionalen Wirtschaftspolitik führt er *nur zu einer Zersplitterung* und Verzettelung. Für den Norden kann die Maxime nur lauten: Die eigenen Kräfte bündeln, gemeinsame Lösungen entwickeln und sie mit dem *notwendigen* Nachdruck sowohl „vor Ort" wie auch in Bonn und Brüssel vertreten.

Gemessen an Aktionsprogrammen, Memoranden oder der Zahl von Arbeitskreisen haben wir eine solche Kooperation der vier Küstenstaaten über Partei- und *Landesgrenzen* hinweg bereits seit langem. Im harten politischen Alltagsgeschäft funktioniert sie aber noch längst nicht zufriedenstellend. *Nach wie vor wird im* benachbarten Bundesland mehr der lästige Konkurrent gesehen, den es auszutrumpfen gilt, als der Partner, mit dem *man im gleichen Boot sitzt.* Das im Norden weitverbreitete gegenseitige Abwerben von Firmen ist Ausdruck dieses Konkurrenzdenkens.

Nur gemeinsam werden wir die Wirtschaftskraft des Küstenbereichs ausreichend stärken und seine Anzie*hungskraft für Menschen und Unter*nehmen in anderen Teilen der Bundesrepublik verbessern können. Hamburg fällt in diesem Konzept eine wichtige *Rolle zu.* Seine unbestrittene Metropolfunktion für den Norden sollte Verpflichtung und Anreiz zugleich sein, Impulsgeber für *neue Ideen und Wege zu werden.* Die Voraussetzungen dafür bringt Hamburg mit. Wirtschaftspolitik und politisches Klima hier in Hamburg sind *damit nicht nur von Bedeutung für* die Stadt und ihre Bürger. Politik in und für Hamburg muß sich daher auch daran messen lassen, ob sie *aktiv dazu beiträgt, daß der Norden* künftig mit vereinten Kräften sein Schicksal in die Hand nimmt.

Tausend Jahre Feuer und Flut getrotzt

Normannenüberfälle, Brände, Hochwasser, Schneekatastrophen – der historische „Steckbrief" zeigt, daß sich die Hamburger immer durchbeißen konnten:

Im 7. Jahrhundert nach Christus entsteht die Urzelle Hamburgs, eine sächsische Burg.
Nach 800 bauen die Franken auf dem Domplatz eine Befestigungsanlage, die Hammaburg.
831 wird das Erzbistum Hamburg gegründet.
845 überfallen die Normannen die Burg und äschern sie ein.
983 brennt Hamburg. Obodritenfürst Mistewoi hat es angezündet.
1066 und 1072 überfallen die Wenden die Stadt.
1111 beginnt die Herrschaft der Schauenburger Grafen in Hamburg und damit die Entwicklung zur Stadt.
1189 stellte Kaiser Friedrich II. Hamburg mit seinem Freibrief den Geburtsschein aus.
1227 befreit sich Hamburg mit Lübeck und holsteinischen Fürsten in der siegreichen Schlacht von Bornhöved von der Dänenherrschaft.
1270 wird das Stadtrecht verfaßt.
1321 tritt Hamburg in die Hanse ein.
1367 erklären 77 Hansestädte dem Dänenkönig den Krieg – drei Jahre später muß er ihre Rechte bestätigen.
1401 stirbt der Seeräuber Klaus Störtebecker auf dem Grasbrook.
1410 erzwingen Bürgerunruhen die erste Verfassung.
1510 erklärt der Kaiser Maximilian Hamburg als freie, Reichsunmittelbare Stadt.
1528 wird Hamburg evangelisch.
1558 erhält Hamburg die erste Börse in Deutschland und Nordeuropa.
1567 öffnet Hamburg seine Tore den Merchant Adventurers – der Beginn des freien Handels.
1618 wird Hamburg als freie Reichsstadt anerkannt. Der Streit mit den Dänen geht weiter.
1619 wird die Hamburger Bank gegründet.
1616–25 bekommt die Stadt eine neue Befestigungsanlage. Den 30jährigen Krieg übersteht Hamburg durch geschicktes politisches Taktieren unzerstört.
1665 wird die Commerzdeputation gegründet, die spätere Handelskammer.
1676 wird nach einem Großbrand *die Feuerkasse gegründet.*
1678 Das erste deutsche Opernhaus wird am Gänsemarkt eröffnet.
1686 erschüttern innere Wirren die Stadt – die Bürgerrechtler Schnitger und Jastram werden hingerichtet.
1712 enden die anhaltenden Unruhen mit einer neuen Verfassung.
1765 wird die Patriotische Gesellschaft gegründet.
1768 endet mit dem Gottorper Vertrag die hamburgisch-dänische Fehde.
1806 wird die Kaiserliche freie Reichsstadt zur Freien Hansestadt Hamburg.
Im November 1806 besetzen Napoleons Soldaten Hamburg. Die Franzosenzeit dauert bis 1814. Hamburg wird zur Freien und Hansestadt.
1816 kommt das erste Dampfschiff nach Hamburg.
1842 zerstört der Große Brand das Stadtzentrum. Die Eisenbahn fährt bis Bergedorf.
1860 wird die Torsperre aufgehoben. Hamburg erhält eine neue Verfassung.
1888 wird der Freihafen eingeweiht.
1892 wütet die Cholera in Hamburg.
1895 wird der Nord-Ostsee-Kanal eröffnet.
1897 wird das Rathaus eingeweiht.
1906 ist der Hauptbahnhof fertig. Der Michel brennt.
1911 wird der Elbtunnel eröffnet.
1919 erhält Hamburg seine Universität.
1924 markiert das Chilehaus das neue Kontorhausviertel.
1933 übernimmt der Gauleiter Karl Kaufmann die Macht im Rathaus.
1937 schafft das Groß-Hamburg-Gesetz das heutige Stadtgebiet.
1943 sterben bei den Bombenangriffen 45 000 Hamburger in einer Nacht.
1945 wird Rudolf Petersen Erster Bürgermeister.
1946 eröffnen die Engländer die Bürgerschaft.
1962 sterben bei der Flutkatastrophe über 300 Menschen.
1974 werden die Köhlbrandbrücke und der zweite Elbtunnel eingeweiht.
1979 erstickt Hamburg im Schnee.

Die Hochschulen müssen sich den Herausforderungen der Zukunft stellen

Mit diesem Pfund läßt sich wuchern

Die Bedeutung der Wissenschaft für die moderne Gesellschaft wird teils überschätzt, teils unterschätzt. Wenn Jürgen Habermas Wissenschaft und Technik als „Produktivkraft Nr. 1" bewertet, so muß man dem entgegenhalten, daß Wissenschaft allein nicht die Probleme der Welt lösen kann. Andererseits ist richtig, daß in einer hochtechnisierten Welt die Wissenschaft immer gefordert wird – sei es auch nur, um die Probleme, die sie selbst geschaffen hat (z. B. im Bereich der Kernkraft und der Gen-Technik), in den Griff zu kriegen.

Auch Hamburgs Hochschulen müssen sich den Herausforderungen der Zukunft stellen. Sind sie dazu in der Lage? Ist das Klima in Hamburg wissenschaftsfreundlich?

Persönliche Erfahrungen sind die zuverlässigste Information. Ich habe an vier Universitäten (Frankfurt am Main; Freie Universität Berlin; Ruhr-Universität Bochum; Hamburg) gelehrt. An keiner habe ich soviel Bürokratismus erlebt wie in Hamburg. Ich habe in keinem anderen Bundesland einen Wissenschaftssenator wie Professor Meyer-Abich erlebt, der über „gewalttätige herrschaftsbezogene Technik" philosophiert, aber unfähig ist, Probleme in Hamburgs Universität zu verstehen.

Zum Nachfolger des im In- und Ausland hochangesehenen Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Wolf Graf Baudissin, wurde auf Betreiben des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi der SPD-Politiker Egon Bahr bestellt – selten ist die Spitze eines wissenschaftlichen Institutes dreister zur SPD-Baracke umfunktioniert worden als in diesem Fall. Der ideologische Muff ist besonders peinlich, wenn anläßlich der Eröffnung eines wissenschaftlichen Kongresses im Grußwort des Senators an die Teilnehmer der Kongreß für eigentlich überflüssig erklärt wird – so geschehen beim Kongreß für Hochbegabtenforschung. Es ist nur allzu verständlich, wenn hochangesehene Wissenschaftler Hamburg verlassen, um an süddeutsche Hochschulen zu gehen. Der Wegzug der Gehirne („brain drain") nach Süddeutschland ist in seinen Auswirkungen genauso ernst wie manche andere negative Entwicklung in Hamburg.

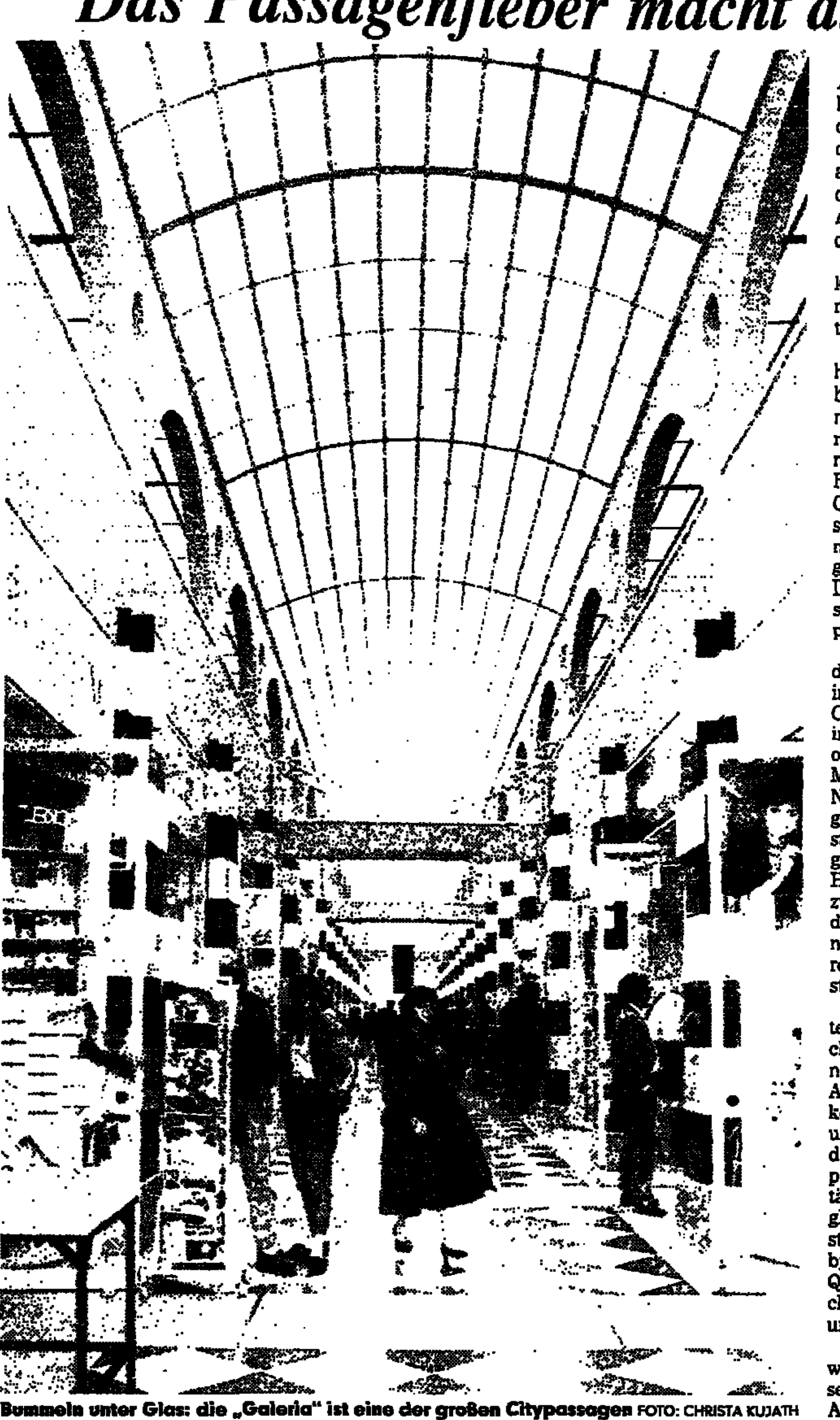
Die roten Zahlen in Hamburgs Wissenschaftsbilanz dürfen jedoch nicht zu Resignation verleiten. Für totalen Pessimismus besteht kein Anlaß. Hamburgs Hochschulen sind trotz allem ein erheblicher Aktivposten der Hansestadt.

Eine große Chance liegt zunächst in der Vielfalt so vieler Hochschulen an einem Platz. Die Möglichkeiten wechselseitiger Ergänzung und Zusammenarbeit könnten mehr als bisher genutzt werden. Wissenschaft wird in Hamburg auch nicht nur an den Hochschulen betrieben, sondern in zum Teil hochangesehenen Forschungsinstituten. Alles dies zusammengenommen bedeutet ein Pfund, mit dem Hamburg durchaus wuchern könnte.

Eine große Chance für Hamburg liegt auch in seiner internationalen Tradition und seinen internationalen Verbindungen. Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv, das Institut für Afrika-Kunde, das Institut für Asien-Kunde, das Institut für Iberoamerika-Kunde, das Deutsche Orient-Institut, das Max-Planck-Institut für ausländisches und Internationales Privatrecht (um nur einige zu nennen) sind Forschungsstätten, die den Anspruch Hamburgs auf Internationalität in der Wissenschaft untermauern. INGO VON MÜNCH

Der Autor ist Professor für Staatsrecht an der Universität Hamburg und Vorsitzender der FDP in der Hansestadt.

Das Passagenfieber macht die City attraktiv



Bummeln unter Glas: die „Galeria" ist eine der großen Citypassagen FOTO: CHRISTA KUJATH

Als 1971 die Alte Post in der Innenstadt ausgekernt und neugebaut wurde, stieß eher die Erhaltung des historischen Gebäudes auf Beachtung als der Ladendurchgang im Parterre. Auch in der Ladenzeile in der Landesbank am Gerhart-Hauptmann-Platz kehrte bald nach der Eröffnung 1974 der Einkaufsalltag ein.

Nach dem Bau des Gerhofes 1977 und dem Umbau des Kaufmannshauses mit Ladenzeilen im Inneren wurden die Hamburger neugierig. Und mit dem Hamburger Hof und der Gänsemarkt-Passage, und schließlich im Jahr danach mit dem Hanse-Viertel, begann das Passagen-Fieber: Die Hamburger erschlossen sich das außerplanmäßige Wegenetz.

Es gibt auf der Welt eindrucksvollere Passagen als in Hamburg. Die berühmte Galleria Vittorio Emanuele in Mailand zum Beispiel, oder die kolossale „Galleria Mall" in Toronto. Aber ein Netz von überdachten Wegen quer durch die Innenstadt, ein Puzzle aus Passagen durch alte und neue Häuser vom Rathaus bis zum Gänsemarkt und in die Colonnaden, das gibt es nur hier: Hamburg ist Europas Passagen-Hauptstadt.

Über eineinhalb Kilometer lang sind die regensicheren Nebenwege, auf denen Passanten nicht von Autos belästigt werden können. 20 000 Menschen und mehr eilen, schlendern, suchen, unterhalten, probieren und kaufen sich täglich durch jede dieser glänzenden Fußgängerstraßen unter Dach, ein Labyrinth mit etwa 35 000 Quadratmetern Ladenfläche und 300 Geschäften und Restaurants.

Historische Ladenzeilen wie die Alsterarkaden passen sich in das Viertel ein. Als jüngste Einkaufswege kamen Galleria und Neuer Jungfernstieg hinzu. Verbindungen zwischen den Passagen – am Hamburger Hof und am Gerhof – wurden geschlossen. Weitere Passagen sind mit Neubauten in der City geplant.

Der Erfinder der überdachten Einkaufspassage war der Herzog von Orleans im Revolutionsjahr 1789. Seine Passage im Palais Royale fand Nachfolger in Paris. In Hamburg ließ sich der Kaufmann W. Sillem, nach dem großen Brand von 1842, zum Bau seines Bazars verleiten, dort wo heute der Hamburger Hof steht. Die Passage wurde als Bauwunder gefeiert. Nach Hamburg fahren und Sillem's Bazar nicht sehen, schwelgte Försters Allgemeine Bauzeitung, ist wie Rom ohne den Papst.

Die Leute kamen, sahen und staunten, aber sie kauften nichts. Sillems Bazar führte nämlich ins Nichts. Was der Kaufmann damals nicht ahnte, haben die heutigen Passagen-Schöpfer gelernt: Die Ladenzentren funktionieren nur, wenn sie echte Wegeverbindungen bieten. Je besser die Verbindung, desto mehr Passanten und Käufer.

Hat man die Flanierer auf dem rechten Weg, schafft die wohlkomponierte Mischung aus Architektur und Angebot, aus „Branchenmix" und Optik den Wunsch zum verweilen. Restaurants und Schlemmerstände sind heute zu beliebten Treffpunkten geworden; wo noch Mitte der siebziger Jahre renovierungsbedürftige Fassaden das Ende der Großen Bleichen markierten, ist es jetzt lebendig. Und das Nationalwetter? Gegen Passagen ist der Regen machtlos. Die Straßen dazwischen sind gottlob schmal. GISELA SCHÜTTE

Die Kraft des verborgenen Riesen

Der Standort Hamburg ist ohne ein intaktes Handwerk nicht lebensfähig. Mit 13 400 Betrieben und 106 000 Beschäftigten ist das Hamburger Handwerk der zweitgrößte Wirtschaftsbereich in der Stadt. Jeder achte Erwerbstätige in der Hansestadt hat einen sicheren und vielseitigen Arbeitsplatz im Handwerk.

Von den 126 Handwerksberufen sind im Hamburger Handwerk 113 vertreten. Hinzu kommen 26 handwerksähnliche Berufe. Täglich werden unverzichtbare Güter und Dienstleistungen für die privaten Haushalte, für die gewerbliche Wirtschaft und für den Staat erbracht. Das Handwerk ist in den vergangenen Jahren wiederentdeckt worden. Mit seiner vorwiegend klein- und mittelbetrieblichen Struktur, bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von neun Beschäftigten, ist das Handwerk letztlich ein verborgener Riese. An die Adresse von Politik und Verwaltung gerichtet, plädiere ich für mittelstandsfreundlicheres Handeln, für bezahlbare Gewerbeflächen in Wohnungsnähe, damit sich die Expansionskraft des Hamburger Handwerks nicht ins Umland verlagert.

Die Handwerkskammer Hamburg hat sich an veränderte Rahmenbedingungen angepaßt, ja zum Teil auch Änderungen vorweggenommen. Ich erinnere an die Gründung des Zentrums für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU) vor gut einem Jahr, eine Einrichtung, die Handwerksbetriebe aus Hamburg und interessanterweise auch aus dem süddeutschen Raum besonders nutzen, um wichtige neue Marktfelder zum Wohle einer gesunderen Umwelt zu erschließen. Ich nenne aber auch die Gewerbeförderungsanstalt der Handwerkskammer (GFA), die eine technologische Spitzenstellung nicht nur für das Handwerk einnimmt. Und erwähnen möchte ich die Gründung der Bildschirmtext-Gesellschaft des Hamburger Handwerks: ABC-Handwerker-Service, die in kürzester Zeit das erste elektronische Branchenbuch des Handwerks geschaffen hat und die neuen Medien für den geschäftlichen Bedarf ausbaut.

Das Handwerk tut also sehr viel, um die Standortbedingungen für die kleineren und mittleren Betriebe zu verbessern. Verstärkt muß aber auch Politik nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" das Handwerk unterstützen, damit die große Zahl der kleineren Betriebe ihre hohe Leistungskraft zum Wohle aller in unserer Stadt entfalten kann. FRANZ EBLE

Der Autor ist Präsident der Handwerkskammer Hamburg

Rückzug auf Gas, Kohle und Fernwärme

Für die Versorgung der Stadt mit Strom und Fernwärme sind die Ende des vorigen Jahrhunderts gegründeten Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) zuständig. Auf dem Gebiet der Fernwärme sind die Hanseaten Vorreiter gewesen. Seit 1893 wird das Rathaus beheizt – zur Zufriedenheit von Bürgerschaft und Bürgermeister.

Die Stromversorgung der Stadt basiert auf Energie aus den Kernkraftwerken Stade, Brunsbüttel und Krümmel an der Oberelbe. In diesen Tagen wurde die Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf gegeben. Die vier Meiler werden zusammen mit der in Hannover ansässigen PreussenElektra betrieben. In Krümmel und Brunsbüttel liegt die Betriebsführung der Kernkraftwerke bei den HEW.

Das Werk Stade, das älteste der vier Grundlastkraftwerke, und Brokdorf werden vom Partner geführt. Aufgrund der in der Hansestadt besonders heftig geführten Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie, trennten sich die HEW auf Weisung des Senats von einem Teil der Beteiligung am Kraftwerk Brokdorf.

Die Kohlekraftwerke werden in den nächsten Jahren mit Milliardenaufwand umweltfreundlich modernisiert. Mit Staubfiltern, durch das Einblasen von Kalk in die Rauchgase und mit dem Einsatz von schwefelarmer Kohle soll der Schadstoffausstoß so vermindert werden, daß keine Belastungen für die Umwelt mehr auftreten. Sogar amerikanische Kraftwerksexperten holten sich erst kürzlich fachlichen Rat, um ebenfalls ihre Kraftwerke umzurüsten.

Für die Erzeugung von Fernwärme in den Heizkraftwerken soll es beim Einsatz von Kohle bleiben. Die anfallenden Strommengen sind für die Mittellast und die Spitzenlast vorgesehen. Für den kurzfristigen Bedarf stehen noch das Pumpspeicherwerk Geesthacht und Gasturbinen-Anlagen zur Verfügung. Die Elektricitäts-Werke sind in der Lage, alle Energieanforderungen zu erfüllen.

Für die moderne Bürostadt „City Nord", in der sich große Dienstleistungs- und Mineralölunternehmen seit den 60er Jahren angesiedelt haben, haben die HEW ein Klimawerk errichtet. Im Sommer wird hier Kälte erzeugt und an die Klimaanlagen der Bürobauten verteilt.

Neben der Versorgung mit Strom und Fernwärme durch die HEW bieten auch die Hamburger Gaswerke (HGW) preisgünstige Energie an. Industrie und Haushalte schätzen, daß die Erdgasversorgung bis weit in das nächste Jahrhundert gesichert ist. Mit seinen Energiepreisen liegt die Stadt im unteren Drittel der Großstädte. PETER ZERBE

Alles Gute kommt aus dem Osten

„So furchtbar gut sehen wir ja nicht aus mit unserem Wetter hier in Hamburg", weiß Frank-Ulrich Dentler, Diplom-Meteorologe vom Seewetteramt. Aber wenn man den Juni, Juli und August betrachtet – doch kein schlechter Sommer! Mit einer Durchschnittstemperatur von 17,3 Grad Celsius wurde die Witterung der Hansestadt ihrer wissenschaftlichen Bezeichnung „warmgemäßigtes Klima mit Regen zu allen Jahreszeiten" gerecht.

Doch das maritime Klima hat auch seine Vorzüge, es ist ausgeglichen. Zwar hat Hamburg durchschnittlich nur 22 Sommertage, an denen das Quecksilber über 25 Grad steigt – in München sind es 31 –, dafür gibt es auch keinen Monat im 25jährigen Durchschnitt, der mit einer Mitteltemperatur unter 0 Grad aufwartet. Was allerdings nicht ausschließt, daß – im Einzelfall, wie in diesem Jahr – der Februar Hamburg doch mal Dauerfrost beschert.

Aber was ist das schon verglichen mit Neufundland, das wie Hamburg am 54. Breitengrad liegt, aber im Frühjahr vereiste Meeresgebiete aufweist. Oder München: Dort regnete es im Mai doppelt soviel wie an der Elbe. Gerade beim Thema Regen steht Hamburg – statistisch betrachtet – unerwartet gut da: 747 Millimeter im Gegensatz zu südlichen 946. Unwetter gibt es hier so gut wie nie, wenn man mal vom diesjährigen 17. Juni absieht, dem aber auch die Rekordtemperatur von 30,7 Grad vorausging. Ansonsten müssen sich die Hamburger die Wärme aus dem Jahresmittel holen, das liegt mit 8,5 Grad gegenüber 7,8 in Bayern gut im Rennen. Anders die Sonnenstunden: Hamburg begnügt sich im Durchschnitt mit 1584 Stunden. Der weißblaue Süden hat da rund zehn Prozent mehr zu bieten.

Für die steife Brise in und um Hamburg sind die vorherrschend west- bis südwestlichen Winde zuständig, die wolkenreiche Luft vom Atlantik mitbringen. Alles Gute, das heißt die Schönwetterperioden, kommt in diesem Fall aus Ost- bis Südost, wenn sich kontinentale Luft nach Hamburg bewegt. Allzuviel Optimismus ist allerdings im Augenblick nicht angebracht, denn der von den „Wetterfröschen" als markant bezeichnete stürmische Oktober hat erst angefangen. Und – von seinen durchschnittlich 159 Tagen ohne Niederschlag hat Hamburg 141 schon gehabt. RENATE FRANK

Schwungvoller Handel auch mit der Kunst

Ihren Ruf als nicht immer kunstsinnige Krämerseelen haben die Hamburger durch eigene Schuld gefestigt – vor allem, als sie Anfang des 19. Jahrhunderts ihren mittelalterlichen Dom abbrachen und stückweise verhökerten. Mit dem Gelände verdient die Stadt jetzt Parkgroschen.

Inzwischen kommen die Hanseaten der Kunst als Händler und als Sammler näher. Nach Jahren der Abwanderung gibt es in Hamburg jetzt 55 größere Galerien; verglichen mit Köln ist das wenig, weniger auch als die Zahl der Konsulate in Hamburg (derzeit 77), dennoch mehr als in den vergangenen Jahren.

Was den Umsatz mit Kunst und Antiquitäten angeht, sind die Galeristen und Händler eher verschwiegen. 65 bis 70 Millionen Mark sollen dafür jährlich in Merkurs Stadt umgesetzt werden. Genaueres wird diskret verschwiegen.

Den Markt teilen sich vergleichsweise wenige Antiquitätenhändler der Spitzenklasse mit einer größeren Zahl von Geschäften, die solides Mittelmaß anbieten, mit zahlreichen Läden für Trödel, Kitsch und nostalgische Versatzstücke, mit großen und kleineren Auktionshäusern, Antiquariaten und einer wachsenden Zahl von Messen und Märkten.

Viele Geschäfte liegen in traditionellen Vierteln. Die Adresse markiert oft die Preisunterschiede im Angebot. Das Antiquitätenquartier zwischen Gänsemarkt, ABC-, Poststraße und Hohen Bleichen, in der Nachbarschaft der Passagen beliebtes Touristenziel, wird sich mit Hotel- und Bürohaus-Neubauten noch vergrößern. Besonders Feines findet man auch in Pöseldorf oder Blankenese. Angestammte Kunst- und Antiquitäten-Quartiere liegen auch in Eppendorf und rund um die Universität.

Niederlassungen der traditionsreichen Auktionshäuser Christie's und Sotheby können als Indiz gelten, daß der Kunst-Handelsplatz Hamburg an Interesse gewinnt. Und die einheimischen großen Auktionshäuser sorgen dafür, daß Rekordpreise die Stadt in die Schlagzeilen bringen.

Zur ersten Adresse ist Hamburg für Auktionen Moderner Kunst geworden, vor allem bei den Deutschen Expressionisten. Das Auktionshaus Hauswedell und Nolte hat über Jahre die Preisrekorde für Nolde-Aquarelle gehalten. Mit 240 000 Mark wurde der bisher höchste Preis für ein Aquarell des Künstlers in Hamburg erreicht. Das seit 1795 bestehende Antiquariat Dörling brachte Hamburger Kunstauktionen mit dem Verkauf eines Thomas-Murner-Manuskripts (16. Jahrhundert) für 750 000 Mark ins Gespräch. Hier wurde auch mit 145 000 Mark ein deutscher Preisrekord für einen Teppich erreicht. gs

Markenartikel von der Elbe in aller Welt geschätzt

„Made in Germany" kommt oft aus Hamburg

Made in Germany" hat auch heute noch in aller Welt einen guten Namen. Viele Produkte mit diesem Signum werden gegenüber Waren aus anderen Ländern bevorzugt. Man weiß es zu schätzen, daß die in Deutschland hergestellten Exportartikel marktgerecht, auf dem letzten Stand der Technik und von äußerster Präzision sind. Daß viele Produkte auch den Stempel „Made in Hamburg" tragen könnten, ist den wenigsten Anwendern bewußt. Hier einige Hamburger Firmen, deren Erzeugnisse weltweit gefragt sind.

In der Kieler Straße im Hamburger Stadtteil Stellingen haben die Rotring-Werke ihren Sitz. Begonnen hatte es 1928, als der Kaufmann Wilhelm Riepe die Produktion eines von ihm entwickelten „Füllhalters mit Schreibröhrchen und Schreibspitze" aufnahm. Sein Name: „Tintenkuli" – der eigentliche Vorläufer aller später konstruierten Röhrchentuschefüller. 1936 umfaßt die Produktpalette mehrere hundert Positionen – vom Tuschefüller bis hin zur rechnergesteuerten Maschine zum Zeichnen.

Kaum ein Land, das nicht beliefert wird. In Japan sind die Hamburger sogar Marktführer. Ihr Anteil beträgt hier knapp 80 Prozent. Im vergangenen Jahr setzte das Unternehmen 451 Millionen Mark um, das Stammhaus Hamburg 216 Millionen Mark. Der Exportanteil beträgt fast 70 Prozent. Insgesamt beschäftigt der Konzern 3000 Mitarbeiter, davon 1700 in Hamburg.

Kunststoffteile für die Elektorindustrie gehören heute zur Produktionspalette des Stammwerkes in Hamburg-Harburg sowie der Betriebsstätten in Hildesheim, Reinsdorf bei *Helmstedt und in Sterbfritz /* Oberhessen.

Die Brüder Louis und Albert Cohen, Söhne eines Hamburger Kaufmannes, gründeten 1856 das Unternehmen als Gummischuhfabrik. Auch heute noch gehören Berufs- und Sicherheitsstiefel zum Produktionsprogramm. 1872 schloß man sich mit der ältesten Gummiwarenfabrik des Kontinents, dem Wiener Unternehmen J. N. Reithofer, zur Vereinigten Gummiwaarenfabriken Harburg – Wien zusammen. Nach der Aufnahme der Produktion von Fahrradreifen im Jahr 1894 begann 1902 die Fertigung von Autoreifen, die aber Anfang der 80er Jahre aufgegeben wird. Führend sind die Harburger *heute unter anderem mit Metall-*Gummi-Elementen.









Unternehmen, die Hamburgs Namen in alle Welt tragen: Phoenix / Gummi und Kunststoff, Maihak / Meßgeräte, Montblanc / Schreibgeräte, Rotring / Zeichengeräte, Körber-Hauni / Zigarettenmaschinen, C. Plath / Navigationsgeräte

*

Eines der angesehensten Unternehmen der Hansestadt feiert im nächsten Jahr sein 150jähriges Bestehen: Die Firma C. Plath, seit ihren Anfängen auf die Fertigung von nautischen Instrumenten spezialisiert. Klassisches Erzeugnis war über Jahrzehnte der technisch ständig verbesserte Sextant zur Bestimmung der Position auf See.

Gegründet hatte das Unternehmen *1837 ein gewisser D. Filby, der im da*maligen Adreßbuch als „Optikus und Mechanikus" firmierte. 1863 übernahm Carl Plath das Unternehmen und begann alsbald mit der Produktion nautischer Instrumente. 1930 brachte das Unternehmen einen Kompaß für Flugzeuge heraus.

Bis Kriegsende wuchs die Zahl der Beschäftigten ständig an. Der zweite Schub kam 1950. Die Firma kam mit neuen Produkten auf den Markt: Der Kreiselkompaß setzte sich durch – *auch in den* USA *und Japan, made in* Hamburg. 1961 trat die amerikanische Firmengruppe Litton bei Plath ein. Damit steht die Produktion heute auf einer breiten Basis. Und der Name C. Plath hat jetzt wie damals einen guten Klang.

*

Made in Hamburg" wird weltweit mit der Herstellung von Zigaretten assoziiert: 90 Prozent aller Filterzigaretten der Erde entstehen auf Hauni-Maschinen. Die „Hanseatische Universelle" (Hauni) wurde 1946 in zwei Räumen einer demontierten Fabrik von dem Ingenieur Kurt A. Körber gegründet. Der Weg vom Handschneider für den Tabak Marke „Siedlerstolz", führte über die erste Filterzigarette 1950 bis zur „Protoscompas-Linie", die in jeder Minute 6000 Filter-Zigaretten „ausspuckt". Von den 4600 Mitarbeitern der Körber-Gruppe weltweit gehören mehr als 3000 Beschäftigte zu den Hauni-Werken. Alle Maschinen und Anlagen, die in den Hallen der Körber-Gruppe gebaut werden, sind eigene Schöpfungen; das Unternehmen hat in seiner vierzigjährigen Geschichte mehr als 7000 Patente angemeldet.

*

Kaum ein Auto aus westeuropäischer Produktion, das nicht mit Gummi- und Kunststoffteilen von Phoenix ausgerüstet ist. Aber auch technische Gummierzeugnisse und

*

Überall, wo gemessen wird, sind Instrumente von Maihak installiert. Ob auf Bohrinseln, in Straßentunneln oder chemischen Fabriken, das 1885 in der Hansestadt gegründete Unternehmen gehört heute zu den Marktführern weltweit.

Georg Klug und Hugo Maihak gründeten ein Büro für den Import und Vertrieb von Armaturen und Meßgeräten. Um die Jahrhundertwende vollzog sich der Wandel vom Handel zur Fabrikation. Die aufstrebende Industrie brauchte Meßgeräte, und Maihak tüftelte. Bunkerstandsanzeiger und Rauchgasprüfer, um *nur zwei Beispiele zu nennen, ließen* sich gut verkaufen.

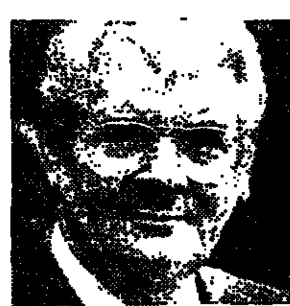
Forschung und Erfahrung haben das Barmbeker Unternehmen an die Weltspitze geführt. 1935 übernahm die amerikanische Westinghouse Electric Corporation die Aktiengesellschaft. Heute liegt der Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung mikroprozessorgestützter Meßverfahren für die Gas- und Flüssigkeitsanalyse sowie auf der Projektierung von kompletten Anlagen zur Prozeßsteuerung und Überwachung, vorzugsweise in der chemischen Industrie und der Energieversorgung.

*

Im Jahre 1906 schlossen ein Hamburger Schreibwarenhändler, ein Bankier und ein Berliner Ingenieur ein Abkommen zur Herstellung von Füllfederhaltern. Bei einer Skatpartie der Geschäftsleitung wurde dann 1910 der heute weltweit geachtete Name Montblanc gefunden: „Der Montblanc ist unten schwarz, oben weiß und der größte unter seinesgleichen in Europa." Den internationalen Durchbruch brachte 1924 der Füllhalter „Meisterstück", der noch immer als das klassische Schreibgerät in aller Welt gilt. So werden zum Beispiel in Bonn und anderen Hauptstädten internationale Verträge *mit einem* „Meisterstück" unterzeichnet.

Nach dem Kriege wurde dieser Füllfederhalter um einen Drehbleistift und einen Kugelschreiber ergänzt. Die auf jede Goldfeder eingravierte Höhe des Bergmassivs von 4810 Meter symbolisiert die noch immer gültigen höchsten Qualitätsansprüche des Unternehmens.

Was Bürgermeistern spontan zu Hamburg einfällt



Klaus Bungert, Oberbürgermeister von Düsseldorf:

„Als allererstes fällt mir natürlich Helmut Schmidt ein, wenn ich Hamburg höre. Danach denke ich spontan an die wunderbare städtebauliche Situation der Innen- und Außenalster, die sicherlich in der Welt einmalig ist. Natürlich denke ich an den Hafen mit seinen weltweiten Verbindungen und am Ende auch an die Reeperbahn, obwohl ich da seit vielen Jahren nicht mehr gewesen bin."



Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart:

„Weltstadt – Hafen – ein Rathaus in einer Dimension, die selbst einem Kaiser imponierte – S-Bahn – eine der schönsten Städte der Welt – Ölgemälde von Ozeandampfern im Maßstab 1 : 1."



Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin:

„Hamburg – Berlins schöne Schwester, der HSV, Axel Springer, die Elbchaussee, Uwe Seeler, eine frische Brise, Hagenbecks Tierpark, die imponierende Köhlbrandbrükke, die Sache mit der Neuen Heimat, Reeperbahn, Hans Albers, der Unvergeßliche, Inge Meysel, Blankenese, eine Rundfahrt im Hafen, die Melodie des Schifferklaviers, Segel auf der Alster ... das alles verbindet sich für mich mit Hamburg am Elbestrand."



Georg Kronawitter, Oberbürgermeister von München:

„In Hamburg fasziniert mich bei jedem Besuch immer wieder die wunderschöne Situation mit der Binnen- und Außenalster. Eine Stadt, die soviel Wasser und Grün hat, die so eine wunderschöne alte Bausubstanz besitzt, kann sich glücklich schätzen. Wenn man mich aus München verbannen würde, dann würde ich zuallererst Zuflucht in Hamburg suchen."




Hans Daniels, Oberbürgermeister von Bonn:

„Die Hansestadt, die Elbe, der Hafen, Hamburg als ein Tor der Deutschen zur Welt. Ich denke an Geschäftstüchtigkeit und hanseatischen Fleiß. Hamburg ist ein Platz, von dem wichtige Impulse für die Medienlandschaft ausgehen. Mir fallen Hans Albers, der unvergessene Mime, aber auch Heine, Brahms und Zender ein, Namen, die Bonn und Hamburg verbinden.

Bürgermeister v. Dohnanyi: Der klassische Hamburger Standortvorteil ist die Drehscheibenfunktion

Es gibt kein Patentrezept für den Fleiß

Hamburgs Standortvorteile sind immer noch immens. Mit dem Ersten Bürgermeister der Hansestadt sprach WELT-Redakteur Herbert Schütte.

WELT: Senat, Bürgerschaft und *SPD haben nach Ihren Worten die* Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs in den letzten vier Jahren deutlich gestärkt. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit Hamburgs höher denn je. Wie lösen Sie diesen Widerspruch auf?

Dohnanyi: Die Arbeitslosigkeit ist zunächst einmal in den letzten fünf Jahren in der ganzen Bundesrepublik erheblich gestiegen: Seit 1982 um fast eine halbe Million, und der Norden – zumal die Großstädte – war davon noch stärker betroffen. Für Hamburg kommt es darauf an, innerhalb dieser Rahmenbedingungen unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Rahmenbedingungen selbst, die bestimmt werden durch internationalen Schiffbau und Werftenkrise zum Beispiel, oder die Rahmenbedingungen, die bestimmt werden durch Veränderungen in der Nachfrage im Bereich der Verarbeitungsindustrie bei Mineralöl, beim Tabak, die können wir von hier aus nicht ändern. Was wir tun können, ist diesen Industrien einen möglichst guten Standort zu bieten. Ich glaube, wir haben das im Bereich der Medien und der neuen Technologien geschafft – siehe Ansiedlung Philips. Die Gesamtentwicklung im Norden ist allerdings auf absehbare Zeit sehr schwierig. Hamburgs Position hat sich innerhalb dieses gesamten Nordens nicht verschlechtert, und in einigen Feldern sind wir gegen dem Süden auch wieder stärker geworden.

WELT: Hat Hamburg noch zu viele überholte Industrien?

Dohnanyi: Ja. Ich meine damit Industrien, die in Zukunft erheblichem Druck ausgesetzt sein werden. So können Verarbeitungsindustrien z. T. anderswo günstiger produzieren.

WELT: Wo sehen Sie Hamburgs Standortvorteile?

Dohnanyi: Der klassische Hamburger Standortvorteil ist die Drehscheiben-Funktion: zwischen Süden und *Norden in Europa und zwischen Ost* und West.

WELT: Sie haben immer wieder auf die Prioritäten Standortpolitik und Wirtschaftsförderung hingewiesen. War Hamburgs Wirtschaftspolitik für diese Themen zu wenig sensibilisiert, hat der Senat die Zeichen der Zeit verschlafen?

Dohnanyi: Bis Mitte der siebziger Jahre gingen alle in der Bundesrepublik davon aus, daß das, was war, auch in Zukunft so sein werde. Der *Ölschock hat aber nicht nur das* Bewußtsein, sondern auch die Wettbewerbslage schlagartig verändert. Hätte man die Veränderung der Wettbewerbsbedingungen für Hamburg schon vor der Ölkrise in Hamburg erkannt, hätte man also schon in den sechziger Jahren etwas getan, hätte man jetzt eine bessere Grundlage. Dies gilt übrigens für Staat und Unternehmen. Zum Beispiel: Ausbau der Technischen Universitäten. Insofern lautet die Antwort: Wir sind in manchen Bereichen zu spät, aber so war eben damals das Denken.

WELT: Es gibt aber doch andere Bundesländer – Baden-Württemberg –, die haben schon früher die Wichtigkeit der Einrichtung von Technologie- oder High-Tech-Zentren erkannt ...

Dohnanyi: Das ist richtig. Nur man muß sehen, Baden-Württemberg und Bayern hatten die natürlichen Standortvorteile Hamburgs nicht, und mußten deswegen schon im letzten Jahrhundert mit Technik anfangen. Hamburg, da ist kein Zweifel, hatte bis in die siebziger Jahre große Vorteile in der Verkehrslage, für Verarbeitungsindustrien, im Anlanden von Rohmaterialien. Wir hatten Vollbeschäftigung und sind gewissermaßen Opfer unseres Erfolgs geworden: Bayern und Baden-Württemberg waren früher eher arme Länder. Aber gerade deswegen ist wohl in München die Technische Universität genau hundert Jahre vor der Hamburger gegründet worden. Und dann hat man natürlich die Teilung Deutschlands nicht voraussehen können.

WELT: Wo müssen nach Ihrer Meinung die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik gesetzt werden?

Dohnanyi: Zunächst generell in guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Dann müssen wir die Stärken, die wir haben, ausbauen, müssen den Hafen wettbewerbsfähig halten, das damit verbundene Handelsgeschäft fördern durch viele Einzelbeiträge, so durch vermehrten Sprachunterricht, und müssen dazu den Standort für die Medien ausbauen. Dann müssen wir die Schwächen ausgleichen – insbesondere im Bereich der Feinmechanik, des Maschi*nenbaus, aber auch im oft genannten* High-Tech-Bereich. Unsere Strategie heißt also, die Stärken stärken und die Schwächen ausbügeln, aber es gibt kein Patentrezept für den Fleiß.

WELT: Wenn Sie von einem Unternehmen hören, daß es keine Vergrößerungsmöglichkeit hat oder aus anderen Gründen weg möchte – gibt es da so eine Art Frühwarnsystem oder schalten Sie sich von selber ein?

Dohnanyi: Bei jedem Fall, der zu mir kommt, versuche ich, über Wirtschaftsbehörde oder Wirtschaftsförderungsgesellschaft etwas zu tun; ich höre natürlich nicht von allen Fällen ...

WELT: Gibt es für Sie für den Vierjahreszeitraum ein festes Ziel auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik?

Dohnanyi: Ja. Am Anfang steht selbstverständlich ein gerechter Finanzausgleich. Es geht nicht an, daß Hamburg weiterhin ausgeblutet wird und Ausgleichssteuern an angeblich ärmere Bundesländer zahlen muß, die dann ihre Städte im Wettbewerb mit Hamburg deutlich besser ausstatten. Von der Bundesrepublik hängt aber auch die Arbeitsmarktpolitik ab. Wir können die notwendigen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur ganz begrenzt in Hamburg handhaben. Die hohe Arbeitslosigkeit in Niedersachsen und Schleswig-Holstein drückt in wachsenden Pendlerströmen auf Hamburg. Ar*beitszeitverkürzung* z. B. *als Gesamt*entwicklung ist eine Frage an die Tarifparteien, aber auch eine Frage der Politik des Bundes. Die Frage von mehr öffentlichen Investitionen richtet sich an die Gemeindesteuern und an den Finanzausgleich. Arbeit schaffen durch die Lösung von Umweltproblemen ist eine Sache, die aus Wettbewerbsgründen der Bund machen muß. Und schließlich ist der Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes eine Frage der Praxis, die mit *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* verbunden ist. Ich glaube, man könnte bis Anfang der 90er Jahre die Arbeitslosigkeit in Hamburg halbieren, wenn man all diese Instrumente richtig nutzen würde. Aber allein können wir es nicht packen.



Ein Hauch von Renaissance umgibt das Hamburger Rathaus. Doch die Patina ist nicht einmal 100 Jahre alt. 1886 war Baubeginn, 1897 zogen Senat und Bürgerschaft ein. Sieben Architekten haben sich fürs Rathaus von der Architekturgeschichte inspirieren lassen. Elf Millionen Mark zahlte die Stadt. Hinter der historistischen Fassade verbirgt sich allerdings erstaunlich moderne Technik von der Heizung bis zur Belüftung. Und die Hanseaten leisteten sich mit 650 Räumen mehr Rathauszimmer als die Queen im Buckingham-Palast.

Verkehr oder Wie man über die Elbe kommt

Ein flüchtiger Blick auf die Landkarte zeigt es deutlich: Hamburg ist der Verkehrsknotenpunkt im Norden Deutschlands. Alle Wege treffen sich hier, aber sämtliche Routen werden von Hamburgs Hauptschlagader, der Elbe, durchschnitten. Die Folge davon ist, daß die Übergänge über dieses Hindernis wie in kaum einer anderen Region hier gebündelt werden müssen.

Heute haben mächtige Brücken und Tunnel die alten Elbfähren ersetzt. In den Spitzenzeiten, wenn sich der Berufsverkehr mit den Ferntransporten mischt, ist die A 7 im Bereich des Elbtunnels überlastet. Die sechsspurige Autobahn kann den Verkehr nicht mehr bewältigen. Täglich werden in diesem Abschnitt 100 000 Autos in beiden Richtungen gezählt, eine Zahl, mit der nicht einmal die Planer rechneten. Staus während der Rush-hour sind die Folge. Erst ein Ausbau der A 7 *mit zwei zusätzlichen* Fahrbahnen und eine Erweiterung des Elbtunnels kann eine spürbare Entlastung bringen. Der Verkehr aus dem Süden in Richtung Lübeck / Skandinavien und Berlin wird östlich am Stadtgebiet vorbeigeführt. Probleme gibt es nicht.

Ganz anders sieht es jedoch bei der Bahn aus. Sie hat noch immer mit den „Hamburger Verhältnissen" aus dem vorigen Jahrhundert zu kämpfen. Ihr stehen im Süd-Nord-Verkehr nur die Elbbrücken zur Verfügung. Um die „Durchlässigkeit" Hamburgs zu verbessern, wird die Bahn etwa bis 1995 ihr Schienennetz der Süd-Nord-Magistrale erneuern und dafür voraussichtlich eine Milliarde Mark ausgeben. Dies ist schon deshalb notwendig, weil, wie der Präsident der Bundesbahndirektion Hamburg be*tont, die europäischen Eisenbahnen* angetreten sind, an die Straße verlorene Güter zurückzuerobern. Und dabei ist eine schnelle Beförderung Voraussetzung. Auch der Ausbau der „Vogelfluglinie", die die Hauptlast im Verkehr nach Skandinavien trägt, wird deshalb vorangetrieben. Sogar eine Elektrifizierung der noch mit Dieseltraktion betriebenen Hauptstrecken Schleswig-Holsteins wird von der Bahn geprüft.

Der Flughafen Fuhlsbüttel ist, neben dem Hafen, Hamburgs wichtigstes Verbindungsglied mit der großen weiten Welt. Im innerdeutschen Luftverkehr ist vor allem die Strecke Hamburg – Frankfurt gut ausgelastet. Die Jets der Deutschen Lufthansa verkehren stündlich, in Stoßzeiten sogar alle 30 Minuten.

Um dem Verkehr von morgen gerecht zu werden, beginnt im nächsten Jahr der großzügige Ausbau des Flughafens. Fliegen heute jährlich knapp fünf Millionen Passagiere über Hamburg, so will die Flughafenleitung, wie Direktor Claus Lau betonte, künftig Faszilitäten für sieben bis acht Millionen Fluggästen jährlich vorhalten. Dafür sind Investitionen von 300 Millionen Mark für die erste Ausbaustufe bis 1993 vorgesehen. Ein weiterer Ausbau für zehn Millionen Passagiere um die Jahrtausendwende kostet nach heutigen Vorstellungen weitere 700 Millionen Mark. In dieser Summe ist auch die Anbindung des Flughafens an die Autobahn enthalten.

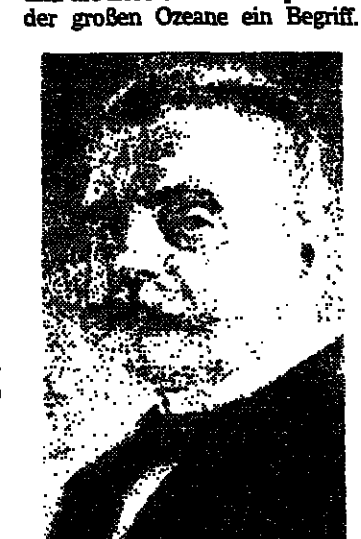
Nach jahrelangen Auseinandersetzungen gewinnt die Verkehrsplanung auf allen Ebenen an Fahrt. Auch im Hamburger Rathaus weiß man inzwischen, daß der Streit in der SPD über Verkehrsvorhaben der Stadt geschadet hat. Erst die drohende Abwanderung von Firmen und der Verlust an Arbeitsplätzen – und damit ein minderes Steueraufkommen – haben in dem seit Jahren von der SPD geführten Senat die Pragmatiker zum Zuge kommen lassen – zum Wohle Hamburgs.

PETER ZERBE

Herz der Stadt ist die Alster

Der Dichter Detlev von Liliencron (1844–1909), der viele Jahre in Hamburg-Rahlstedt lebte, hat einmal gefordert: Jeder in Hamburg Geborene müßte verpflichtet sein, wenigstens einmal in seinem Leben an einen bestimmten Ort zu gehen und dort mit übereinandergeschlagenen Armen eine tiefe Verbeugung zu machen, weil Hamburg diesem Ort seinen schönsten Schmuck zu verdanken hat. Der Ort, den der Dichter meinte, ist die Alsterquelle im Henstedter Moor. Aber wer, mit Verlaub, verbindet Hamburg zu allererst mit der Alsterquelle?

Elbmetropole wird Hamburg oft genannt. Doch niemand verbindet die Elbe, der Hamburg seine jahrhundertealte Blüte der Wirtschaft *und des Handels* verdankt, mit romantischen Gefühlen wie den Rhein. Heidelberg und die Lorelei sind auch jenseits der großen Ozeane ein Begriff.

Balladen und Gedichte Liliencrons wurden vielfach vertont. Das Foto zeigt ein zeitgenössisches Gemälde

Keine Burg, kein Schloß, keine Residenz lockt Touristen automatisch in die alte Stadtrepublik Hamburg, die nach jüngsten archäologischen Ausgrabungen weit über 1000 Jahre alt ist und die in drei Jahren ihren 800. Hafengeburtstag feiern wird.

Woran liegt es also, daß jeder, der Hamburg zum erstenmal besucht, so fasziniert von dieser Großstadt ist? Mit dieser Frage sind wir wieder bei Detlev von Liliencron und seinem Schwärmen für die Alster, jenem Nebenfluß der Elbe, dessen Lauf auf seinem 54 Kilometer langen Weg von der Quelle bis zur Mündung bei den St. Pauli-Landungsbrükken mitten durch das Herz Hamburgs führt. Und wir sind bei einem Müller namens Reese, der im Jahre 1245 einen Staudamm bauen ließ und die Alster zu seinem Mühlenteich aufstaute.

So besitzt Hamburg heute eine weltweit wohl einmalige Attraktion, die außergewöhnlichsten innerstädtischen Plätze aller Großstädte der Erde, die Binnen- und die Außenalster, auf denen die weiße Flotte der Alsterdampfer, die über 1000 Segelboote und die majestätischen Alsterschwäne den ganzen Sommer über Ferienstimmung verbreiten.

Jahrzehntelang galten etwa Hagenbecks Tierpark oder die Parklandschaft des Ohlsdorfer Friedhofs, des zweitgrößten der Welt übrigens, als Sehenswürdigkeiten. Besucher. Sie sind es noch heute. Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß Hamburg eben nicht eine graue Industriemetro*pole ist, sondern zur Überra*schung jeden Erstbesuchers die wohl grünste unter allen vergleichbaren Großstädten. Hamburg schmückt sich mit über 160 000 Straßenbäumen, und die Waldflächen in der Stadt sind 28mal größer als Binnen- und Außenalster zusammen.

Und inzwischen hat man in Hamburg die Wasserseite der Stadt entdeckt. Denn nicht umsonst ist Hamburg wegen seiner unzähligen *Kanäle und Fleete,* wie hier die Kanäle in der dichtbebauten Innenstadt heißen, die brückenreichste Stadt Europas. Es sind zur Zeit genau 1302. Venedig besitzt rund 400.

Die vielen Theater, sogar ein Theaterschiff, die Museen, die ungezählten Musikkneipen und Kleinkunstbühnen sind über die ganze Stadt verstreut. Im Zentrum hat sich Hamburg eine neue Attraktion gebaut. In wohl keiner anderen Stadt gibt es ein derart weit verknüpftes Netz von Passagen und Arkaden, in denen ein Bummel auch bei Winterkälte ein Vergnügen nach dem Motto „Sehen und gesehen werden" ist.

In Blankenese mit seinen Treppengassen *fühlt man sich wie in* einem Mittelmeerferienort, in den Elbmarschen wie in Holland, in Harvestehude und Othmarschen wie in Londons Nobelstadtteil Chelsea. Vielleicht ist es diese Vielfalt, die Hamburg zu einer der schönsten Städte des Kontinents macht.

DETMAR MÜLLER-LANDRÉ

PHILIPS

Philips High Tech:

Warum Europa die Submikron-Technologie braucht.

„Wer die Submikron-Technologien nicht beherrscht, die zum Bau moderner Halbleiter-Massenspeicher erforderlich sind, der hat in der Mikroelektronik der Zukunft keine Chancen."

Mit dieser Aussage kommentiert der Valvo Unternehmensbereich Bauelemente der Philips GmbH, Hamburg, die Entscheidung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und der niederländischen Regierung, das gemeinsame Submikron-Entwicklungsprojekt von Philips und Siemens zu fördern.

Dieses bilaterale Programm der Bundesrepublik und der Niederlande zielt darauf ab, die Leistungsfähigkeit der beiden bedeutendsten europäischen Unternehmen auf dem Gebiet der Mikroelektronik zu erhalten und den Erfordernissen der Zukunft anzupassen.

Mit Hilfe eines Rasterelektronenmikroskops wurde die Aluminium-Struktur der Oberfläche eines statischen Schreib-Lesespeichers (SRAM) in 2500facher Vergrößerung aufgenommen. Bei der angewendeten Halbleiter-Technologie handelt es sich um einen CMOS-Prozeß mit 2 µm-Stukturen. In der Submikron-Technologie reduzieren sich die Strukturbreiten auf ein Drittel.

In den USA und in Japan wird die Mikroelektronik-Entwicklung auf sehr intensive, direkte und indirekte Weise gefördert. Das europäische Gemeinschaftsprojekt soll die Wettbewerbsnachteile ausgleichen helfen, die sich dadurch zwangsläufig ergeben hätten.

Denn bei diesem Projekt handelt es sich nicht einfach um die Entwicklung irgendeines Chips, sondern um den Einstieg in die Submikron-Technologie – eine Schlüsseltechnologie der Zukunft.

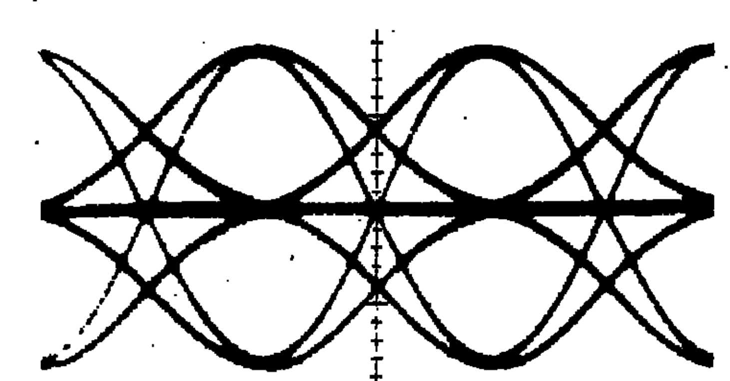
Die Strukturen, die dabei erzeugt und kontrolliert werden müssen, sind kleiner als ein tausendstel Millimeter. Diese Technologie ermöglicht es, eine Million Speicherstellen auf 80 Quadratmillimetern Silizium zu komprimieren. Darüber hinaus wird die Submikron-Technologie die gesamte Mikroelektronik weitreichend beeinflussen. Hier entsteht nicht nur ein einzelner Speicherbaustein, sondern eine ganze Generation höchstintegrierter Schaltungen. Dieses Projekt wird mit positiven Impulsen für vielfältige neue Anwendungen in die gesamte Wirtschaft hineinwirken.



In der Mikroelektronik-Fertigung ist die „Fabrik der Zukunft" schon heute Realität. Die Reinsträume müssen für das neue Projekt die Klasse 1 (1 Partikel kleiner als 1 µm je Kubikfuß) erfüllen. Für die Produktion im Submikron-Bereich steigen die Reinheitsanforderungen damit um den Faktor 100 gegenüber den Fertigungsbedingungen der Gegenwart.

In Hamburg-Hausbruch entsteht ein neues Valvo-Werk für Submikron-Technologie mit etwa 400 Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Mitarbeiter. Philips investiert in der ersten Phase 500 Millionen DM.

Die Weichen sind gestellt, damit Europa auf diesem wichtigen Gebiet den Anschluß nicht verpaßt.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

In den Speichern lagern geknüpfte Kostbarkeiten für 1,5 Milliarden

Jeder zweite Orientteppich nimmt den Weg an die Elbe

Nicht das ferne Teheran im Zentrum der persischen Teppichknüpfkunst, nicht Amsterdam, New York oder London, nein, Hamburg ist das Zentrum des internationalen Handels mit Knüpfteppichen.

Erst in den 50er Jahren hat die Stadt an der Elbe diese Position errungen. Sie konnte dies, weil sie zu jenem Zeitpunkt dafür die besten Voraussetzungen mitbrachte: Hier lebte eine kopfstarke iranische Kolonie. Deren Mitglieder warfen sich auf den Teppich-Handel und lösten dabei ihre Vorgänger und Kollegen in den Niederlanden und England ab.

Dabei half ihnen die Existenz der Speicherstadt im Freihafen. Hier konnten die damals sehr hoch mit Zöllen belasteten Orientteppiche abgabenfrei bis zum Verkauf an den Endverbraucher gelagert werden. Der Hafen selbst war ohnehin ein guter Ausgangspunkt für den Einstieg in das Geschäft mit den textilen Kostbarkeiten: Sie kamen in aller Regel per Schiff aus den Ursprungsländern nach Europa.

Das alles traf mit einer weiteren Erscheinung zusammen: In Deutschland war der Orientteppich schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit einem hohen Prestigewert versehen. Nicht nur Reiche und Superreiche, sondern auch Angehörige des Mittelstandes hatten den Wunsch, ihre Wohnung mit einer derartigen handgeknüpften Kostbarkeit aus den Ländern des Orients zu schmücken. Das Wirtschaftswunder tat ein übriges: Bald konnten sich viel mehr Menschen als früher „einen echten Perser" leisten – auch wenn er aus der Türkei, aus Indien oder Afghanistan kam. In den anderen Ländern Westeuropas und in den USA blieb der Orientteppich hingegen noch lange eine Art Privileg der Oberschicht.

Was vor 30 oder 40 Jahren galt, das gilt heute nicht mehr. Die hohen Zölle sind weggefallen. Nur für wirklich echte Perser wird noch ein minmaler Zoll von wenigen Mark pro Quadratmeter erhoben. Offene Zollager überall im Lande ermöglichen die Lagerung der Teppiche ohne Zahlung der Einfuhr-Umsatzsteuer von 14 Prozent vor dem tatsächlichen Verkauf. Der Transport erfolgt immer häufiger nicht mehr per Schiff, sondern per Straßengüterverkehr oder bei wertvolleren Stücken per Luftfracht. (Das ist nicht zuletzt eine Folge der langjährigen Sperrung des Suezkanals. Da suchte sich viele Güter neue Verkehrswege – und bei denen blieb es dann auch, als der Kanal wieder frei war.) Auch in anderen Ländern steigt der Bedarf an Orientteppichen. Doch Hamburg hat diese grundlegenden Veränderungen „abgewettert". Noch immer laufen 40 bis 50 Prozent aller international gehandelten Knüpfteppiche via Hamburg.

Wie ist es der Stadt gelungen, ihre starke Stellung trotz aller Widrigkeiten zu halten? Es muß wohl vor allem am Atmosphärischen liegen. Echte Knüpfteppiche sind nun einmal keine massenhaften Manufakturwaren. Sie sind angesiedelt in dem weiten Feld zwischen Kunst und Handwerk, sie sind Erzeugnisse eines Kunsthandwerks ganz eigener Art. Zu ihrem Kauf und Verkauf gehört quasi naturnotwendig ein Hauch von Orient, eine Brise Basar-Ritual. Wo aber findet sich dieses Ambiente besser als in jenen Hafenspeichern, die gefüllt sind mit den Wohlgerüchen Arabiens, dem Duft der Tabake aus vieler Herren Ländern, dem Aroma der Gewürze fremder Kontinente und Inseln? Dort sitzen die Konkurrenten beinahe hautnah nebeneinander. Durch die kleinen Fensterluken dringen die vielfältigen Geräusche der Hafenarbeit an das Ohr der Käufer. Und die *dampfende* Tasse mit Tee oder Kaffee steht fast immer dabei, wenn über die Preise geredet wird ...



Stapelweise warten die Teppiche in der Speicherstadt auf Wiederverkäufer und Endabnehmer FOTO: CHRISTA KUJATH

Auf rund anderthalb Milliarden Mark Importwert schätzen die Fachleute vom Bundesverband der Orientteppich-Importeure, dem etwa hundert Firmen angehören, den Wert jener Teppiche, die jederzeit in den Hamburger Lagerhäusern und -hallen ruhen. Mehr als 100 000 Quadratmeter groß sind die Lager allein in der Speicherstadt. Hinzu kommen Freilager im Stadtgebiet, davon eines an der Borsteler Chaussee mit 25 000 Quadratmetern. Rund fünf Millionen Quadratmeter *Knüpfware* sind es, die hier und dort auf Wiederverkäufer oder Endabnehmer warten.

Im vorigen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland Orientteppiche für etwa 800 Millionen Mark abgesetzt. Der Wert der Wiederexporte lag bei weiteren 160 Millionen Mark. Das waren gegenüber dem Vorjahr Rückgänge um 160 Millionen Mark bei den Binnen- und um 15 Millionen Mark bei den Außenverkäufen. Eine Ursache dafür war die anhaltende Arbeitslosigkeit, die zur Verschiebung vieler Kaufabsichten beitrug. Eine weitere Ursache: die zum Teil erheblichen Preissenkungen der Exportländer. Die wollten damit ihre Marktposition stärken, was gerade bei Nachfrageschwäche ohne Preiszugeständnisse fast aussichtslos ist. Seit die Konjunktur wieder mehr Fahrt aufgenommen hat, läßt die Käuferzurückhaltung erheblich nach, sehr zur Freude der Importeure und Wiederverkäufer. DIETER F. HERTEL

Außenwirtschaft erlitt schwere Einbußen

Viele Ströme laufen an Hamburg vorbei

Hamburgs außenwirtschaftliche Position schmilzt, die Ströme des Im- und Exports laufen zunehmend an Hamburg vorbei. Heinz Arno Waschek, Vorstandsmitglied der Vereins- und Westbank und unter anderem verantwortlich für den Geschäftsführungsbereich Ausland, räumt ein: „Wenn man sich die Zahlen ansieht, dann ist das schon erschreckend." Die Daten, die er meint, klingen nüchtern so: Das reale Bruttosozialprodukt stieg in der Bundesrepublik von 1970 bis 1984 um 35 Prozent, in Hamburg lediglich um 24 Prozent. Die Expansion im Außenhandel von 1975 zu 1985 betrug bundesweit 147, in Hamburg nur 119 Prozent. Die Einfuhr nahm in diesem Zeitraum *im Bundesgebiet um* 152 Prozent, in der Hansestadt lediglich um 105 Prozent zu. Bei einem Vergleich über drei Jahrzehnte fällt auf, daß Hamburg 1955 noch mit 21 Prozent am Außenhandel der Bundesrepublik beteiligt war, im vergangenen Jahr lag die Quote nur noch bei elf Prozent.

Waschek, der sieben Jahre in den USA und in Hongkong als Banker tätig war, nennt eine Fülle von Gründen für Hamburgs schrumpfende Position als Handels- und Industrie-Metropole. In zunehmendem Maße wickeln die großen Unternehmen der Bundesrepublik ihren Im- und Export über eigene Außenhandels-Abteilungen ab, zumal inzwischen 70 Prozent des deutschen Im- und Exports mit europäischen Ländern stattfinden. „Hamburger Außenhändlern bleiben im Prinzip nur die schwierigen Märkte Afrika und Lateinamerika", stellt Waschek fest.

Nur noch auf dem sechsten Rang

Im Ländervergleich der Bundesrepublik nimmt Hamburg beim Im- und Export nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen nur den sechsten Platz ein. Überdurchschnittlich hoch ist bei dem Warenumschlag über Hamburg der Anteil von Rohstoffen und Halbwaren, während der Anteil von profitablen Fertigwaren weit unter Bundesdurchschnitt liegt. Gerade Rohstoffe sind – so Waschek – in großem Maße von Schwankungen auf dem Weltmarkt abhängig, hier jedoch gehen die Preise seit Jahren im Prinzip nach unten.

Der Außenwirtschafts-Experte der großen norddeutschen Regionalbank erkennt aber auch noch andere Faktoren: einen Senat, in dem sich Ideologen und Realisten gegenüberstehen und in dem viele wirtschaftsfördernde Rahmenbedingungen blockiert werden, gebremst von Politikern eines Flügels, der nach Waschecks Worten die Frage aufwirft: „Ist *Leistung* mit unseren gesellschaftspolitischen Zielen überhaupt vereinbar, ist Gewinnmachen noch erlaubt?"

Zu wenig Mut zum Risiko

Waschek macht aber auch verkrustete Strukturen in der Hamburger Außenwirtschaft aus. „Die großen alten Männer haben sich zu lange auf die Vergangenheit konzentriert", meldet der Banker Kritik an. Er stellt bei vielen von ihnen einen Mangel an Risikobereitschaft bei Investitionen fest. Noch immer seien patriarchalisch geführte Unternehmen anzutreffen, in denen Entscheidungen „aus dem Gefühl", aber nicht als Folge systematischer Vorbereitung und Analyse gefällt würden.

Die Ansiedlung hochtechnologischer Industrien hängt nach Waschecks Auffassung sehr eng mit den Rahmenbedingungen des Ausbildungsniveaus zusammen. Nur wo Forschung eine bedeutende Rolle spiele, wo ein hohes Bildungsniveau vorhanden sei, würden sich zukunftsorientierte Industrien nach dem Muster von Silicon Valley niederlassen. Diese Erkenntnis sei von der Hamburger Politik ignoriert worden. „Wer expandieren will" – so betont der Auslandsexperte der Vereins- und Westbank – „stellt sich vorher die Frage ‚Habe ich den entsprechenden Zugriff auf Facharbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler und Führungskräfte?'" Waschecks Antwort lautet: Das Hamburger Ausbildungsniveau kann mit dem, was in Bayern und Baden-Württemberg angeboten wird, nicht mithalten.

HERBERT SCHÜTTE

Eine riesige, prall gefüllte Vorratskammer ohne Zollbeschränkung

Der Freihafen muß dieser Stadt erhalten bleiben

Hamburg hat nicht nur einen der ältesten, sondern auch einen der größten, vielleicht sogar den größten Freihafen der Welt. Als der Hamburger Freihafen *1888* beim *Anschluß* der Hansestadt an das Zollgebiet des Deutschen Reiches geschaffen wurde, ahnte wohl niemand die Bedeutung dieser Entscheidung. Noch heute ist der Freihafen-Status für den Hamburger Hafen und auch für die Hansestadt insgesamt von existenzieller Bedeutung.

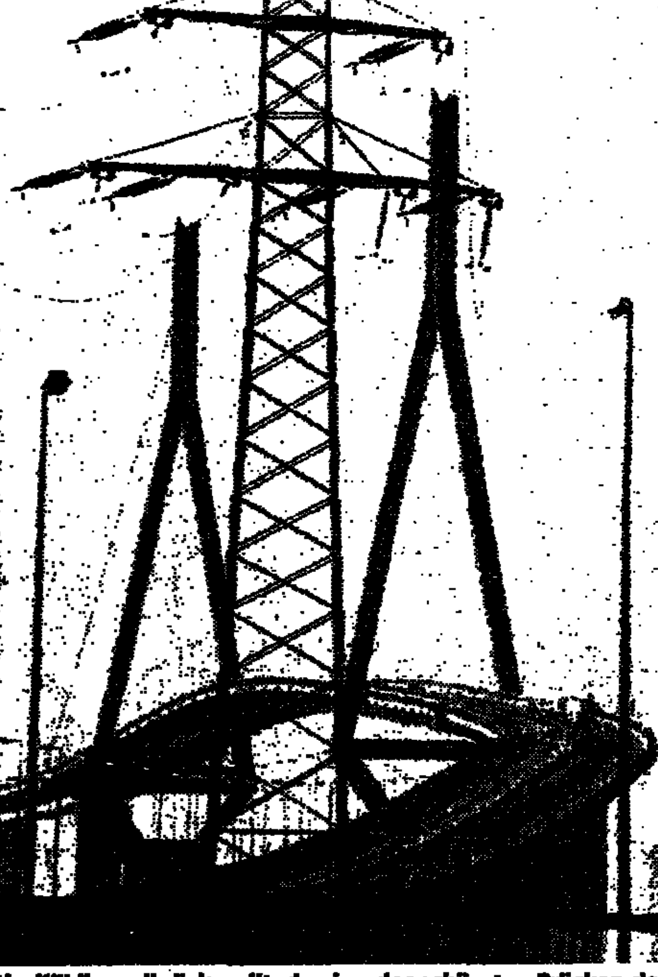
Das Freihafengebiet ist „zollrechtliches Niemandsland". Ein- und ausgehende Schiffe dürfen im Freihafen ohne zollrechtliche Beschränkungen verkehren, ausländische Waren dürfen ohne Zollabfertigung gelöscht, geladen, transportiert und gelagert werden. Außerdem dürfen diese Waren innerhalb des Freihafengebietes gehandelt, besichtigt und sogar be- und verarbeitet werden.

Für die am Warenverkehr beteiligten Unternehmen ergibt sich eine erhebliche Erleichterung und damit eine Förderung des seewärtigen Warenverkehrs. Indirekt wird damit aber auch der Hafen Hamburg und der Wirtschaftsstandort Hamburg insgesamt gestärkt. Denn je mehr Waren im Freihafen gelagert oder auch verarbeitet werden, je mehr sogenanntes „Loco-Gut" im Hafen anfällt, desto stärker wird die Bindung der Seeschiffe an den Hafenstandort Hamburg. Die Erhaltung des Freihafenstatus und seiner Möglichkeiten ist daher für den Hamburger Hafen eine Existenz-Frage.

Politisch ist der Freihafen in den letzten Jahren vermehrt ins Gerede gekommen. Durch die EG-Freizonen-Richtlinie von 1969 trat zunächst etwas Ruhe in der Diskussion ein. Im vergangenen Jahr hat nun die EG-Kommission einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der die alte Richtlinie ersetzen soll. Er weicht das Freihafenprinzip stark auf und ist daher in dieser Form völlig inakzeptabel. Hierin sind sich Hamburg und Bonn grundsätzlich einig.

Worin liegen nun die zukünftigen Chancen des Hamburger Freihafens? Traditionell werden im Freihafen Waren zwischengelagert und auch gewisse Serviceleistungen dazu angeboten. Traditionelle Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, Trockenfrüchte und Kautschuk werden auch künftig ihren Platz im Freihafen haben. Das Spektrum der Schuppen und Speicher im Freihafen ist jedoch weitaus größer: Hier findet sich praktisch alles, von den verschiedensten Produkten der Unterhaltungselektronik über Teppiche und Textilien bis hin zu Motorrädern.

In der gesamten Transportwirtschaft zeichnet sich in den letzten Jahren ein Trend zu Paketlösungen ab. Gefragt sind Transportketten, mit deren Hilfe das benötigte Gut von Haus zu Haus befördert wird. Dabei kommt es nicht nur auf Schnelligkeit und Wirtschaftlichkeit, sondern vor allem auf Zuverlässigkeit an. Dabei spielt die Bündelung aller für eine Sendung wichtigen Daten in einem zentralen Informations- und Kommunikationssystem – wie dem in Hamburg entwickelten „Datenkommunikationssystem" (DAKOSY) eine entscheidende Rolle. Dadurch wird der Hamburger Hafen noch intensiver in den Ladungsfluß der Transportketten integriert.



Die Köhlbrandbrücke gilt als eine der schönsten Brücken der Welt – und als Magnet für Fotografen FOTO: MÜLLER-PREISSER

Vor diesem Hintergrund ist im Hamburger Freihafen in den vergangenen Jahren ein Dienstleistungsbereich in eine neue Dimension hineingewachsen: Die sogenannten „Physical Distributions", oder Verteilerzentren. Das bedeutet, daß eine Firma für Importprodukte dort, wo sie ohnehin durchlaufen, nämlich im Hafen, ein Zentrallager einrichtet, von dem aus die benötigten Waren termin- und bedarfsgerecht geliefert werden. Zum einen werden so die Unwägbarkeiten des Seeverkehrs ausgeschaltet. Zum anderen müssen Zollformalitäten erst dann erledigt werden, wenn die Ware das Freihafengebiet verläßt. So werden vom Freihafen aus nicht nur das angrenzende Umland und das Bundesgebiet *insgesamt* beliefert. *Große* Konzerne haben den Freihafen in den vergangenen Jahren vermehrt als Standort für die Versorgung weiter Teile Europas ausgewählt. Diese Entwicklung zeigt, daß der Hamburger Freihafen auf dem richtigen Weg ist.

DIRK FISCHER

CDU-MdB, Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Ein Mann hat eine Vision: Hamburg als musikalisches Experimentierfeld/„Holt die Großen an die Alster“

Die Stadt braucht eine Art kulturellen Rotary-Club

Von JUSTUS FRANTZ

Hamburg ist auch eine Kulturmetropole, doch nur im Rahmen von Festspielen kann sie die Aufmerksamkeit erringen, die ihr wirklich zukommt. Im Sommer ist Hamburg eine herrliche, aber verschlafene Stadt. Wir sollten die Atmosphäre des Sommers als Inspiration nutzen, große Kultur zu vermitteln.

Der Sommer eignet sich besonders dafür, Kunst zu „popularisieren.“ Die Menschen sind erholter und aufnahmefähiger – und diese Chance sollten Politiker und Künstler gleichermaßen nutzen. Künstler und Politiker sollten sich deshalb um einen Tisch versammeln, sollten überlegen, was sie gemeinsam tun können. Ein Beispiel: Ist es wirklich notwendig, daß alle Kultur-Orchester in Hamburg gleichzeitig in die Ferien gehen? Das hängt zwar mit der Schulferienregelung zusammen, die ja aber auch schon mindestens einmal von den Hamburger Symphonikern wegen ihres Engagements bei den Eutiner Sommerspielen durchbrochen wird.

Eine andere Frage: Werden – die Programme dann auch so gemacht, daß sie das „Hoch im Norden“ auch kulturell verdeutlichen? Haben wir eine PR, die den New Yorker Bürger überzeugt, daß nicht nur in Süddeutschland, sondern eben auch in Norddeutschland Großes stattfindet?

Großes, das heißt:

- Könnten wir in Hamburg nicht ein Experimentierfeld schaffen für die bedeutenden avantgardistischen Strömungen?
- Könnten wir nicht ganz anders, als es im Winter möglich ist, in unseren Sinfoniekonzerten quasi Konzerte der offenen Tür anbieten, zum Beispiel Promps?
- Könnten wir nicht Open-air-Konzerte machen oder an ungewöhnlichen Spielstätten wie zum Beispiel in der Blumenhalle in legerer Art? So wie es die Engländer machen in der Royal Albert-Hall, wo man das Gestühl ausräumt und sich einfach auf den Boden setzt. Tausende von neuen Zuhörern könnte man so gewinnen. Ich bin sicher, daß sie kommen würden, um einen „Lennie“ Bernstein zu sehen und hören. In einer solchen Atmosphäre focussiert sich alles auf das Wesentliche: auf das Erlebnis Musik.

Hamburg als Gesamtkunstwerk – könnte nicht hier eine Art kultureller Rotary-Club geschaffen werden mit allen Theaterintendanten, allen Museumsdirektoren und den musikalischen Leitern von Orchestern und Musiktheatern? Was für Ideen könnten in einer solchen Runde geboren werden! Ideen, die in allen Bereichen der Kunst und Kultur ihren Niederschlag finden würden.

Aber ich gehe noch einen Schritt weiter. Könnte man nicht Koproduktionen planen – ich jedenfalls habe das vor in meiner Eigenschaft als Intendant des Schleswig-Holstein Musik-Festival mit meinen Freunden Ruzicka und Albrecht. Könnte so etwas nicht häufiger geschehen?

Schwetzingen macht jedes Jahr Koproduktionen mit großen Opernhäusern. Wir alle wissen, daß Hamburg nur mit seiner Umgebung, Nord- und Ostsee, Inseln, Wäldern und Heide attraktiv ist. Attraktiv aber auch, weil es in die sommerliche Kulturlandschaft des großen Festivals im Norden eingebettet ist. Hier sollte aber darüber hinaus auch ein Dialog stattfinden, der sich immer wieder kreativ neu entzündet zwischen Theatern der Umgebung und Hamburg selber.

So schwebt mir im Sommer ein permanentes norddeutsches Theatertreffen vor, das sicherlich in der Lage wäre, Ungewöhnliches auf die Beine zu stellen. Ungewöhnliches auch in der Kirchenmusik. Bestimmte Themen an bestimmten Sonntagen könnten Hamburg ein unverwechselbares Gepräge geben. In Schleswig-Holstein planen wir – und das wird sicherlich auch die großen hamburgischen Kirchen mit einschließen – Kantaten-Gottesdienste mit allen großen geistlichen Kantaten von Johann Sebastian Bach in hundert verschiedenen Kirchen.



Immer in Aktion: Pianist Justus Frantz, das Multi-Talent, hier in seiner Pöseldorfer Wohnung beim Unterricht mit einem Schüler FOTO: DU VINAGE

Hamburg als Gesamtkunstwerk – das sollte einschließen Konzerte für 10 000 bis 20 000 Zuhörer, genauso wie die Konzerte für die Avantgarde, ungewöhnliche Spielstätten nach dem Vorbild des alternativen Theatertreffens in der Kampnagelfabrik. Vor allem aber müßte eine flexible Urlaubsregelung dergestalt gefunden werden, daß eben nicht – wie es bisher war – im Sommer mit wenigen Ausnahmen Hamburg kulturell ein luftleerer Raum im Norden war.

Hamburgs Ruf aber wird in der Welt durch eine Kulturpolitik geprägt, der es in den letzten Jahren gelungen ist, Theatermacher vom Range eines Zadek und Flimm zu holen. Doch die Chance, Besucher und Kulturtourismus hierher zu lenken, besteht nur dann, wenn sie nicht alle im Sommer in Italien oder Sylt Urlaub machen.

Das Loch im Sommer soll ein Hoch im Norden werden. Klassische Konzerte kann ich mir übrigens genauso wie Pop-Konzerte in Fußball-Stadien vorstellen. Oder – wie Liebermann es vorhat – große Solisten auf dem Rathausplatz auftreten zu lassen. Im Sommer ist alles möglich; die Menschen sind dafür aufnahmebereit. Der Urlaubsschwund in den Portemonnaies erlaubt dann gerade solche Massenveranstaltungen – alles Elitäre sollte vergessen sein: eine Sommerliche Bürgerbewegung, die Hamburg als Gesamtkunstwerk umschließt, die aber auch dem einzelnen Bürger erlaubt, sich aktiv zu engagieren und nicht alles den Bürokraten zu überlassen. So könnte der Weg in die experimentelle Richtung gehen. Wir brauchen zum alternativen Kulturwesen für Randgruppen die Alternative, damit auch Hamburg genauso wie Schleswig-Holstein im Sommer attraktiv wird. Hamburg hätte alle Chancen: Es muß nur wollen.

Der Autor ist Professor an der Hamburger Musikhochschule, Initiator und Intendant des Schleswig-Holstein Musik-Festivals.

Der City-Bürgermeister will die östliche Innenstadt attraktiver machen

Laßt Touristen zu uns strömen

„Hamburg hat es früher nie nötig gehabt, für sich zu werben.“ Hubert Jungesblut, Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte und damit gleichsam Bürgermeister der City nebst angrenzenden Stadtteilen und Kernstücken des Hafens, zieht diese Reminiszenz. Hamburg hat, so meint Jungesblut, immer nur auf seine Hafenwirtschaft gesetzt – „und den Tourismus versäumt“. Zwar sei der Dienstleistungssektor ausgeweitet, aber eben nicht genug für den Tourismus getan worden. Vor einigen Jahren sei das Steuer herumgeworfen worden, erkennt er an: „Aber, es ist schon sehr spät, anderen Fremdenverkehrszielen den Rang abzulaufen.“

Sehr spät, aber nicht zu spät. Jungesblut verweist darauf, daß Hamburg viele Attraktivitäten hat. Die müssen marktgerecht verkauft werden. Der City-Bürgermeister nennt gleich ein Beispiel: „Die Wasserorgel in Planten un Blomen ist in Amerika viel bekannter als bei uns selbst. Die ist ein echter Anziehungspunkt für Touristen aus USA.“

Er hat gleich ein zweites Beispiel parat, das allerdings noch Zukunftsmusik ist. Gemeint ist der Japanische Garten, der bei der Umgestaltung der Wallringanlagen entstehen soll. Der, davon ist er überzeugt, wird viele japanische Touristen nach Hamburg locken. In Augsburg, so weiß er zu berichten, wimmelt es von Besuchern aus Japan, seit dort ein (wesentlich kleinerer) japanischer Garten angelegt worden ist.

Bei der Steigerung der Anziehungskraft Hamburgs setzt Jungesblut nicht so sehr auf die öffentliche Hand, sondern stark auf private Initiativen. Aufgabe der Stadt ist es für ihn vor allem, die Rahmenbedingungen zu setzen.

Wie er das meint, macht er am Beispiel des Stadtteils St. Pauli deutlich. Dieses weltbekannte Amüsierviertel ist in den vergangenen 30 Jahren immer weiter heruntergekommen. Erst jetzt setzt eine Gegenbewegung ein. Immerhin: Von rund 300 Lokalen fallen nur noch acht ausgesprochene Nepplokale auf.

Doch solange die Bebauung zwischen Reeperbahn und Spielbudenplatz nicht attraktiver gestaltet ist, wird diese Gegend nicht wieder zur Flaniermeile der Hamburger werden. Voraussetzung für eine neue Bebauung aber wäre die Umwidmung der Straße Spielbudenplatz zur Fußgängerzone. Damit ist die Stadt gefordert. Ein Weingarten könnte hier entstehen, vielleicht auch Vergnügungslokale „ohne harten Sex“. Der kann der Großen Freiheit vorbehalten bleiben, wenn denn schon Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Gern gebraucht Jungesblut den Ausdruck „Mosaiksteine“. Er versteht darunter: Hier eine punktuelle Verbesserung, dort eine weitere, und an anderen Stellen eine dritte, vierte, fünfte. Die wirken dann, jede für sich, und doch auch im Gesamtzusammenhang, zum höheren Ruhme der Stadt (und hoffentlich auch zum Nutzen ihrer Initiatoren).

> „Wir haben Pfunde, von denen viele Hamburger gar nichts wissen, und mit denen müssen wir wuchern.“
> HUBERT JUNGESBLUT

Rund um die Reimerstwiete, auf der sogenannten Cremoninsel, ist jüngst ein neues Innenstadtwohnquartier entstanden, mit Restaurants und Geschäften. Das ist ein solcher Mosaikstein. Wenn dann bald auch die Rahmenbedingungen stimmen, und das heißt hier, wenn die neue Hafenrandstraße fertiggestellt ist, wird dieses Quartier mit seinen ansprechenden alten und neuen Fassaden sicher viel mehr Aufmerksamkeit finden, als dies heute noch der Fall ist.

Die Kneipen und Restaurants rund um die Ditmar-Koel-Straße nahe dem Hafentor gelten zur Zeit noch als Geheimtip unter Insidern. Wenn erst Gruner & Jahr seinen Neubau an den Vorsetzen errichtet und bezogen hat, dürften die vielen Mitarbeiter und Besucher dieses Verlagshauses dafür sorgen, daß hier ein zweiter Großneumarkt, ein Treffpunkt für viele Bürger und Gäste Hamburgs entsteht.

Hubert Jungesblut gibt sich mit derlei Perspektiven nicht zufrieden. Er denkt an eine Erweiterung des Parkhauses Große Bleichen bis hin zum Bleichenfleet. Am Fleet entlang, so träumt er, könnte dann eine Passage eingerichtet werden. Die wiederum stellte dann den Anschluß her vom Passagensystem der westlichen Innenstadt zu dem Hotel-Neubau auf der Fleetinsel. Eine weitere Passage sieht er zusammen mit dem Neubau des Hotels Marriott hinter dem Gänsemarkt entstehen.

Der Bezirksamtsleiter sinniert: „Wenn es gelingt, die östliche Innenstadt wieder attraktiver zu machen, wäre Hamburg vom Angebotsvolumen her unschlagbar in Deutschland.“ Als probates Mittel, die Innenstadt zu beleben, sieht er dort angesiedelte Feste. Er verweist auf den großen Erfolg, den das Stuttgarter Weindorf auf Anhieb auf dem Rathausmarkt für sich verbuchen konnte – und der auch zugleich eine erfolgreiche Hamburg-Werbung in Süddeutschland war.

Ein weiterer Mosaikstein im Gedankengebäude des City-Bürgermeisters sieht so aus: Überbauung der Bundesbahngleise zwischen dem Museum für Kunst und Gewerbe und dem Horten-Kaufhaus mit einem Bürogebäude, das auf Straßenniveau den ZOB (Zentraler Omnibus-Bahnhof) aufnimmt. Dann wird der bisherige ZOB frei, möglicherweise als Parkplatz, und der östlich davon gelegene Parkplatz könnte so hergerichtet werden, daß dort beispielsweise der Circus Roncalli gastieren kann.

Für das Karolinenviertel hofft Jungesblut, daß dort endlich die von Hamburg so dringend benötigte große Sporthalle gebaut wird. Doch zuvor muß das alte Heizkraftwerk Karoline abgerissen werden. Die neue Sporthalle, daran läßt er keinen Zweifel, muß auch zugleich als Messehalle nutzbar sein. Das wäre dann eine gute Ergänzung zur Messehalle 13, die ebenfalls im Karolinenviertel hochgezogen werden soll.

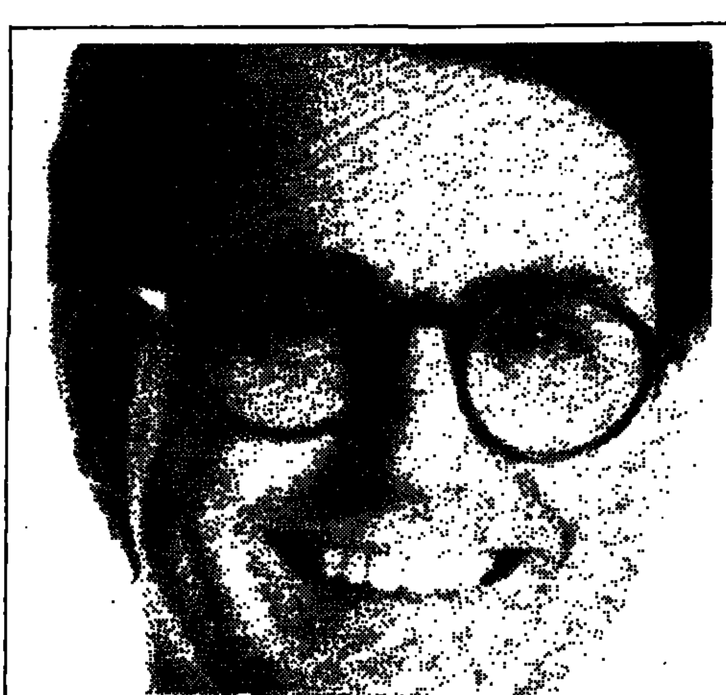
Alljährlich fahren in der Vorweihnachtszeit Sonderzüge der Bundesbahn nach Nürnberg, zum Christkindlesmarkt. Wenn Hamburg es richtig anstellt, so meint Jungesblut, wird es schon in einigen Jahren ähnliche Sonderzüge nach Hamburg geben. Aus der Bundesrepublik Deutschland und aus den skandinavischen Ländern sollen dann die Menschen nach Hamburg strömen, um hier nach Herzenslust einzukaufen, zu schlemmen, zu bummeln. Auch die Hotellerie wird davon profitieren. Originalton Jungesblut: „Es schadet gar nichts, wenn wir jedes Jahr die Zahl der Hotelbetten um 2,5 Prozent erhöhen. Wichtig ist nur, daß die Zahl der Übernachtungen um fünf Prozent steigt.“

DIETER F. HERTEL

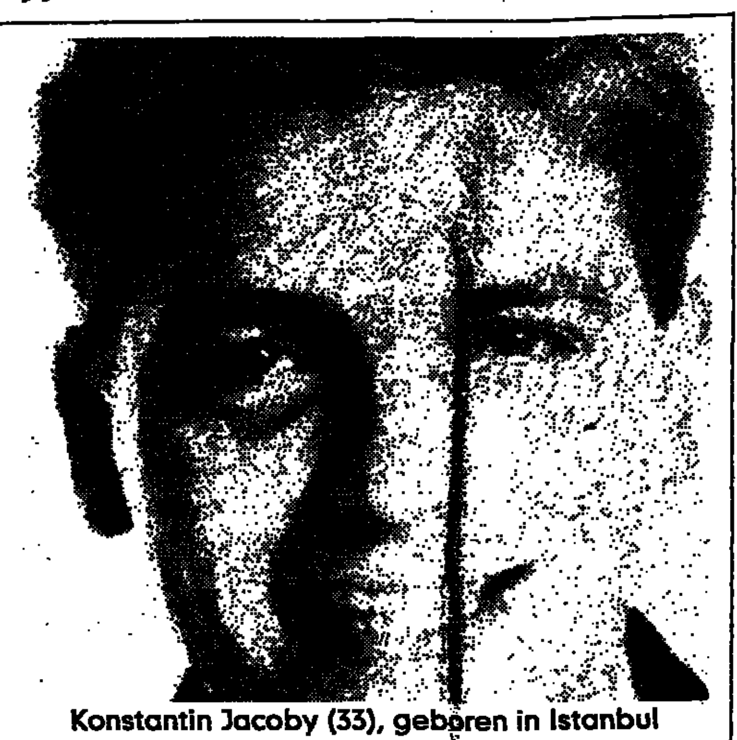
Zwei Werbeleute sprudeln vor Ideen: Hamburg als Wasser- und Brückenstadt, Medienmetropole und Kreativ-Zentrum Deutschlands

Alster ade – wir baden im „Nivea-See"

Die Hamburger Werbeszene ist heute lebendig, spritzig, witzig. Kreative aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland zieht es in die Hansestadt. Das haben vor allem zwei Männer bewirkt: Reinhard Springer (38) und sein Partner Konstantin Jacoby (33). Redaktion und Verlag von „Horizont / Advertising AGE" erkoren sie im vergangenen Dezember zu „Männern des Jahres '85 – als Bespiel für Konsequenz und Leistung. Beim Art Directors Club ist die Agentur Springer & Jacoby auf Medaillen ebenso abonniert wie in Cannes auf Bronzene Löwen. Seit 1983 sind Springer und Jacoby zusammen. Mit originellen Entwürfen haben sie ihr junges Unternehmen in die Spitzenreihe deutschsprachiger Agenturen katapultiert. Mit 44 Mitarbeitern betreuen sie zur Zeit 20 Kunden mit 33 Etats. Das bedeutet ein Werbevolumen von 58 Millionen Mark und Platz 50 unter den 2000 Werbeagenturen der Bundesrepublik. Mit den beiden sprachen die WELT-Redakteure Carin Stavenhagen und Knut Teske.



Reinhard Springer (38), geboren in Hamburg



Konstantin Jacoby (33), geboren in Istanbul

WELT: Hamburg ist eine traumhafte Stadt. Und doch fehlt ihr was? Was ist es nur?

Jacoby: Das Image, hier geschieht was, hier entstehen Visionen.

WELT: Oder ist es nur das Wetter?

Springer: Man muß die Stadt eben so gestalten, daß man trockenen Fußes überall auskommt.

WELT: Hamburg ist schließlich Europas Passagen-Hauptstadt . . .

Jacoby: . . . nur ein müder Anfang. Warum überdacht man nicht die Ecke Mönckebergstraße / Spitalerstraße, peppt sie mit Rolltreppen auf, verbindet sie mit dem Hauptbahnhof?

WELT: Was also fehlt?

Springer: Ein Konzept, das Sinn macht. Wir sind eigentlich Talente für teure Plätze – Gänsemarkt, Rathausmarkt, Karl-Muck-Platz – Plätze, ohne Nutzen und Charme. Warum hat man auf dem Gänsemarkt nicht ein kleines Theater in den Boden geschraubt. Statt dessen haben sie drei mickrige Bäumchen gepflanzt. Kein Café, keine Sitzecken – langweilig, zugig, phantasielos. Das gleiche gilt für den Rathausmarkt – dort zieht dir ja permanent der Wind durch die Backen. Wäre doch schlau gewesen, du hättest dort eine Holzüberdachung, ähnlich wie Boston, etwas Geschlossenes, einen ständigen Markt, wo das Leben sprudelt. So aber wird jedes Würstchen, das du dort zu dir nimmst, zum Härtetest. Aber das entspricht ja auch dem Hamburger Geist, gepflegte Langeweile zu verbreiten. Hamburgs schönster Brunnen steht hinter dem Rathaus – davor gehörte er!

WELT: Wie soll man Spontaneität einfangen?

Jacoby: Man muß Leute mit Ideen suchen. Diese Stadt hat doch angeblich mehr Brücken als Venedig. Nur man findet sie nicht. Warum wird sie nicht als Brückenstadt „verkauft"? Dann die Fleete, zauberhafte Wasserwege. Man hat gerade die Gerhofstraße planiert. Warum hat man da nicht ein kleines Fleet durchlaufen lassen? Jetzt ist die Straße sieben von zwölf Monaten kahl, ohne Leben. In sechs Wochen wird auch die Stadt darauf gekommen sein und dort einfach ein paar von diesen Waschbeton-Blumenkübeln hingestellt haben. Das machen sie in Pinneberg ja besser. Bisher wurden die Unzulänglichkeiten auf der Gerhofstraße kompensiert durch die Kreativität der Anwohner. Die haben Tische gekauft, hingestellt und abends Stimmung gehabt wie bei Fellini, Roma.

WELT: Der einzige Platz, der geglückt ist, ist der Großneumarkt. Da herrscht Leben.

Springer: Geglückt auch nicht. Warum fließt da nichts, warum sind keine Brunnen da? Typisch, Hamburgs tollster Brunnen steht hinter dem Rathaus, statt davor.

WELT: Stimmt – Hamburg ist eine Wasserstadt, doch davon merkt man nichts.

Jacoby: Weil die Stadt keine kreativen Köpfe hat. Zu wenig Architekten-Wettbewerbe. Dabei hat es zur Neugestaltung des Fischmarktes tolle Vorschläge gegeben. Aber die Behörden machen wieder gepflegte Langeweile draus.

WELT: Was wäre der Gegensatz?

Springer: Heiterkeit und Leichtigkeit.

WELT: Warum leben Sie hier?

Jacoby: Nun wollen wir das mit der Langeweile nicht überstrapazieren. Wir sind beide Wasserliebhaber, wir haben auch diese frische Luft gern, den Nord- und Ostseewind.

WELT: Ist das wirklich alles?

Springer: Es läßt sich hier gut arbeiten. Schönes Wetter lenkt einen ja nicht allzuoft ab. Wir leben hier in einer unglaublich lebhaften Medienstadt mit superkreativen Leuten. Das stimuliert.

WELT: Hamburg – Medien- oder Hafenstadt?

Jacoby: Hamburg muß die Medienhauptstadt werden.

WELT: Und der Hafen?

Springer: Den sollte man für die 800-Jahr-Feier zum Touristenknüller umrüsten. Das ist eben der Wahnsinn. Ich sage mal, eine Leiche wird noch geschminkt; vielleicht ist „Leiche" etwas hart, aber es scheint nicht gerade das Trendprodukt des nächsten Jahrtausends zu sein, das sind die Medien. Da hat Hamburg mehr zu bieten als ganz Europa; Paris und London ausgenommen.

WELT: Wie will man das noch steigern?

Jacoby: Die Kommunikationstechnik ist erst am Anfang. Gebt jedem seinen eigenen Sender.

WELT: Auch den Grünen?

Springer: Gerade ihnen. Dann können sie sich austoben, ganz nach Belieben.

WELT: Ist Hamburg wenigstens auf diesem Gebiet hellwach?

Jacoby: So sehr, daß man der weltberühmten Medienstadt Ludwigshafen den Kabel-Vortritt gelassen und Radio Schleswig-Holstein mit seinen 50 Mann dem NDR den Rang abläuft.

WELT: Wer schläft da?

Springer: Diejenigen, die in Hamburg das Sagen haben. Und das sind die, die immer schon das Sagen hatten. So eine Marktstruktur, die in Hunderten von Jahren gewachsen ist, wie wollen Sie die aufknacken?

WELT: Was wäre denn zu tun?

Jacoby: Mehr Leute aus den Zukunftsbranchen an den Entscheidungen beteiligen lassen. Dann sähen hier wenigstens die Plätze schon mal ganz anders aus.

WELT: Wird in dieser Medienstadt zu wenig kommuniziert?

Springer: Ja, wahrscheinlich sind die Politiker schlicht und einfach zu einfallslos, Abbilder der Verhältnisse.

WELT: Beschränkt sich das auf Hamburg?

Jacoby: Das glaube ich nicht. Was in Hamburg angesagt ist, politisch, wirtschaftlich, stimmungsmäßig ist eben aus der Tradition heraus zu verstehen. Aber Hamburg ist besonders gediegen. Wie ist es möglich, daß hier vor vier Jahren zwei Männer gegeneinander antraten, die austauschbar waren. Dohnanyi gegen Leisler-Kiep oder wie wir in Düsseldorf damals sagten: Cashmere gegen Burburry.

WELT: Ist Hamburg zu satt?

Springer: Das glaube ich auch nicht. Hier wird ja gearbeitet. Vieles ist eine Mentalitätsfrage. Etwas mehr Tempo, bitte.

WELT: Also gibt's keine Lösungen, Mentalitäten sind schließlich nicht einfach zu ändern.

Jacoby: Schwierig. Dazu kommt noch: Politiker denken im Vier-Jahres-Rhythmus; Visionen brauchen länger . . .

WELT: . . . und gehen auch schief, wie zwei Beispiele beweisen: der Vorhafen Neuwerk und der Superflughafen Kaltenkirchen.

Springer: Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Das hängt immer davon ab, welche Ideen ich habe. Ein hanseatischer Wirtschaftssenator hat einmal gesagt, die Unterelbe sei gut für 30 Kernkraftwerke. Damals eine Vision, auch wenn sie heute nicht mehr ankommt. Wir favorisieren ja eine andere, die der Medienstadt total. Auf jeden Fall birgt sie kein radioaktives Problem.

WELT: Aber erfüllt sie auch die beschäftigungspolitischen Auflagen?

Jacoby: Abgesehen davon, daß die Medien enorm wachsen werden, müssen es nicht immer die Elefantenfirmen sein. Auch Betriebe mit zehn Mitarbeitern können Impulse setzen. Wir hätten die erste Stadt mit Privatsendern sein müssen. Dann hätte alle Welt gesagt: In Hamburg läuft der erste Privatsender Deutschlands. Der Werbewert ist unbezahlbar. Jetzt steht überall, nach Hamburg kommt der letzte Privatsender Deutschlands.

WELT: Und was ist mit High-Tech?

Springer: Die Frage ist, ob wir da nicht hinterherhinken. Deutsch-Südwest ist uns einfach davongezogen. Was geht, ist Mode, weil Mode, Medien und Kommunikation irgendwo zusammenhängen. Und noch ein Vorteil. Die Kommunikation ist krisensicher; High-Tech aber nicht. Kann doch gut sein, daß das in 20 Jahren jemand ganz anders anpackt, daß plötzlich die Elektronik mit Plasma gemacht wird. Dann können wir wieder einsteigen.

WELT: Gibt's in Hamburg überhaupt keine mutigen Leute mehr?

Jacoby: Die Unternehmer in Hamburg sind nicht weniger mutig als anderswo. Was wir eben ein bißchen ketzerisch über den Geist der Stadt gesagt haben, gilt ja nicht für alle und alles. Es gibt hier auch Obermutige. Wir könnten Namen nennen.

WELT: Wenn Sie jetzt den Auftrag erhielten, das Hamburg-Image zu verbessern, was würde Ihnen spontan einfallen?

Springer: Ich würde mindestens die Hälfte aller Entscheidungsgremien abschaffen. Ich würde es den Bürgermeister machen lassen oder einen professionellen Unternehmer – so, wie die Amerikaner ihre Olympiade 1984 organisiert haben. Die Hamburg-Werbung kennt ja kaum jemand. Sie müssen eine Kampagne machen, die munter, lebendig, frisch, temporeich ist; das zieht den vagabundierenden Geist an. Die Leute müssen sagen: in Hamburg ist was los. Hamburg macht Laune. Da muß man hinkommen, selbst wenn man hier 500 Mark weniger verdient. New York ist das beste Beispiel. Vor zehn Jahren pleite, heute eine blühende Stadt. Wieso? Es war die Disco-Welle, der sich niemand entgegengestellt hat. Im Gegenteil. Jetzt herrscht dort Bauboom.

WELT: In und um New York leben aber rund zehnmal soviel Menschen wie hier.

Jacoby: Gut, wir machen ja dann auch nicht die Häuser 50stöckig, sondern vierstöckig. Aber für ein frisches Klima, wie es Justus Frantz mit seinem Musikfestival in Schleswig-Holstein geschafft hat, könnten wir auch hier sorgen.

WELT: Da müßte doch das schöne Hamburg Chancen haben.

Springer: Und wie. Nur was machen wir draus? Sehen Sie sich doch einige Bauten an. Da wurden Millionen verpulvert und heraus kamen Monstrositäten wie die neue Musikhochschule.

WELT: Stichwort: Alster, der schönste Stadtsee Europas . . .

Jacoby: . . . baden möchte man darin.

WELT: In der Alster baden . . .

Springer: Klar, es wäre die schönste Badeanstalt Europas. Man müßte nur einige Hamburger Spitzenmanager dazu bewegen können, zehn Jahre lang zehn Prozent ihres Werbeetats für die Reinigung der Alster aufzuwenden. Da kämen locker 40 Millionen Mark zusammen. Zum Dank dafür würde ich dem Unternehmen, das Hamburg die Spitzenattraktion beschert hat, erlauben, die Alster in „Nivea-See" umzutaufen . . .

Deftige „Delikatessen"

Hein, Fiete und Tetje, Symbole für Hamburger Knappheit, Pfiffigkeit und praktischen Sinn, arbeiten gerade oben auf der Plattform des „Michels". Tetje beugt sich zu weit über die Brüstung und fällt hinunter. Fiete ruft ihm nach: „Brauchst nicht erst wieder raufkommen, ist gleich Feierabend!" Sagt Hein zu Fiete: „Und du, du brauchst ihm das gar nicht sagen, wo er doch sowieso gleich an der Uhr vorbeikommt."

*

Der Hamburger ist praktisch. Torkelt da einer furchtlos auf einen uniformierten Ordnungshüter zu und versucht, seine Frage möglichst fließend zu formulieren: „Schschschutzmmmann", bringt er hervor, „kkkönn' Sie mir sagen, wwwwwwooo . . . ich hier bbbbin?" Der Gefragte antwortet ganz neutral: „Sie sind hier auf dem Holstenglacis." Rückfrage: „Kkkeine Einzelheiten, büisehr – in wwwelcher Stadt???"

*

Kuddl sein Schiff liegt im Hafen, Kuddl hat Landgang. Er steuert ein Geschäft an, denn sein Priem ist alle und er verlangt nun eine neue Stange. „Haben wir leider nicht", sagt der Verkäufer, „aber der Laden links an der Ecke, der hat so was." Kuddl schimpft bannig: „Nich mal Kautabak haben Sie – und denn schreiben Sie da draußen ‚Delikatessen' an?"

Hamburger Mediengesetz vereitelt aus politischen Gründen viele Chancen

Impulse durch die Verlage

Die Fakten und Zahlen unterstreichen: Hamburg ist die Medienmetropole Deutschlands. Etwa 30 000 Beschäftigte arbeiten hier in der Kommunikationsbranche – mehr als in jedem anderen Bundesland. Auch für die Neuen Medien könnte Hamburg ein attraktiver Standort werden.

Das „Aktuell Presse-Fernsehen" (APF), Nachrichtenlieferant für das erste nationale Privatfernsehen SAT 1, ist die größte Gründung im Bereich der Neuen Medien in Deutschland. 140 Zeitungsverlage hatten sich 1984 entschlossen, den gemeinsamen Betrieb in Hamburg anzusiedeln. In der City Nord erstellen bei der APF 120 Mitarbeiter täglich drei Sendungen mit 70 Minuten Nachrichten – mehr als jede öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt ausstrahlt.

Das Landesmediengesetz, das Ende 1985 verabschiedet wurde, unterscheidet sich in einigen gravierenden Bestimmungen von den Mediengesetzen der Nachbarländer: Ein deutlicher Nachteil für eine Umsetzung einer dynamischen Standortpolitik im Bereich der Neuen Medien. Hamburg begrenzt damit aus politischen Motiven alle Chancen, die Medienstadt Nr. 1 auch auf dem Hörfunk- und Fernsehsektor zu werden.

Dennoch sind durch die in Hamburg ansässigen Verlage private Fernsehaktivitäten entstanden. Die Neue Medien – Tochter von Gruner + Jahr, die den altehrwürdigen Namen der UFA übernommen hat – nimmt vom Alsterufer aus die Beteiligung am luxemburgischen Sender RTL plus wahr. Auch wenn die Studios in München stehen, die Geschäftsleitung des Bauer Verlages lenkt von Hamburg aus ihr Engagement im Privatfernsehen.

Der Axel Springer Verlag ist nicht nur an der APF, sondern auch an SAT 1 beteiligt. Im Rahmen dieser Aktivitäten ist eine eigene Fernsehredaktion aufgebaut worden, die Sportbeiträge und Unterhaltungssendungen produziert. Die vielen für SAT 1 erfolgten Exklusivübertragungen wichtiger Fußball-Bundesligaspiele wurden von hier durchgeführt.

Nur wenige Hamburger können allerdings die entstehende Vielfalt des Fernsehens wahrnehmen. Bisher sind nur 28 000 Haushalte verkabelt. Hier sind Stadt und Handwerk aufgefordert, im Zusammenwirken mit der Bundespost nach Konzepten und Modellen zu suchen. Eine Chance für Hamburg, auch auf diesem Feld neue Zeichen zu setzen.

16 Programme aus dem In- und Ausland sind gegenwärtig empfangbar, weitere werden hinzukommen. Die Post hat die Frequenz eines TV-Low-Power-Senders ausfindig gemacht, so daß ein weiteres Fernsehprogramm zukünftig über die Dachantenne empfangbar sein wird. SAT 1 und RTL plus sind beide an ihr interessiert – auf einen Schlag könnten sie 400 000 Haushalte erreichen. Wann aber welcher Sender den Zuschlag bekommt, hat die HAM noch nicht entschieden.

Hingegen sieht die Situation in Hamburg im privaten Hörfunk völlig anders aus. Hier wird es neben den Programmen des NDR bis spätestens Ende 1987 vier zusätzliche Hörfunkwellen geben. Zu hören ist bereits „Radio Schleswig-Holstein", ein von Zeitungsverlegern betriebener Sender. Die ebenso kostenträchtigen wie sinnlosen Hörfunkaktivitäten in den Kabelnetzen anderer Städte sind in Hamburg nicht von den politischen *Institutionen forciert worden.* Auch die Vergabe der Frequenzen ist im Vergleich unkomplizierter über die Bühne gegangen. Die erste von Hamburg vergebene Frequenz ging an „Hamburg Radio", einer Anbietergemeinschaft, die sich aus dem Verleger Gerd Bucerius, dem Bauer-Verlag, der UFA, der „Morgenpost", der „Harburger Anzeigen und Nachrichten" sowie dem Springer-Verlag zusammensetzt. In der Sendezentrale am Speersort bereitet sich die Mannschaft auf Hochtouren vor. Sendebeginn wird der 1. Januar 1987 sein. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch der niedersächsische Sender mit dem Namen „ffn" auf Sendung gehen und in Hamburg zu hören sein. Die Prognosen für diese Privatradios stehen nicht schlecht; nach etwa vier Jahren sollen schwarze Zahlen geschrieben werden.

In Hamburg wird ab Juli 1987 ein weiteres Hörfunkprogramm auf Sendung gehen. Die Vergabe der Lizenz wird noch in diesem Jahr erfolgen.

„Neue Medien" in der Hansestadt gibt es auch in Form von Bildschirmtext, das von vielen schon totgesagte Dialogsystem. In Hamburg sitzt der größte Anbieter in diesem Medium. Die Bundespost startet gerade in diesen Tagen neue Werbekampagnen für BTX.

Die Neuen Medien haben den großen Verlagshäusern den Schritt in die elektronischen Medien ermöglicht. Davon profitieren viele mittlere und kleine Betriebe der Film- und Fernsehbranche.

Wenn Hamburg seine Chance weiter wahrnehmen will, müßte eine unternehmerische Standortpolitik und nicht eine restriktive Gesetzgebung im Vordergrund stehen. Wirtschaft und Kommunikation brauchen Entfaltungsmöglichkeiten und Anreize. Die gegenwärtige Pionierzeit mit vielfältigen Ansätzen im Bereich der Neuen Medien könnte für Hamburg in dem nächsten Jahrzehnt einen deutlichen Aufschwung bringen.

WOLFGANG MÜLLER

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsleitung der Axel Springer Verlag AG

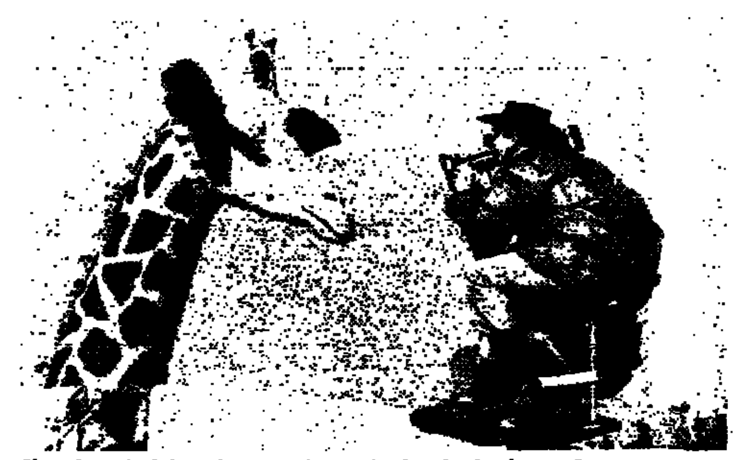
Studio Hamburg – ein Stück Filmgeschichte

Des Teufels General und Prof. Brinkmann

Die „Schwarzwaldklinik", „Engels & Consorten" oder die „Sesamstraße" haben in Hamburg-Wandsbek ein Zuhause gefunden. Sie gehören zu den über 400 Produktionen, die jährlich im Studio Hamburg hergestellt werden. Auf einem 80 000 Quadratmeter großen Gelände arbeiten täglich 1200 Beschäftigte, darunter 600 feste Mitarbeiter.

Begonnen hatte dieses deutsche Filmwunder in einer alten Villa. Vor fast 40 Jahren gründeten Walter Koppel und der schon zu Lebzeiten legendäre Gyula Trebitsch die Real Film GmbH. „Des Teufels General", „Der Hauptmann von Köpenick" und die

sich auch auf Innenausbauten für die Industrie oder Messen. Um unterschiedlichen Kundenanforderungen nachzukommen, wurden so attraktive Töchter wie Studio Hamburg Media Consult International, Fernseh Allianz GmbH, Studio-Hamburg Filmproduktion GmbH und Hamburger Kasino GmbH gegründet. Direkt beteiligt ist Studio-Hamburg an der Polyphon-Gruppe, Multimedia-Gruppe, der Allmedia-Gruppe, der Tellux Provobis GmbH und der Alltransfer Überspielungs GmbH. Die Gesamtleistung der Studio-Hamburg-Gruppe lag im vergangenen Jahr bei über 100 Millionen Mark.



Eine langhalsige Schönheit stellt sich in Positur – Szene aus der Fernseh-Serie „Feuerbohne e. V." FOTO: KUJATH

„Zürcher Verlobung" entstanden an diesem historischen Ort. Stars gaben sich die Klinke in die Hand.

Schon Ende der 50er Jahre erkannte Trebitsch die kommende Bedeutung des Fernsehens und überließ der Norddeutschen Werbefernsehen GmbH, einer Tochterfirma des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und Radio Bremen 80 Prozent der Anteile der neugegründeten Ateliergesellschaft. 1961 wurde die Firma in Studio-Hamburg Ateliergesellschaft umbenannt, die seit 1980 eine 100prozentige Tochter der Norddeutschen Werbefernsehen GmbH ist.

Studio-Hamburg vermietet nicht nur Ateliers, Ausstattungen und Einrichtungen. Der Service erstreckt

Wichtigste Auftraggeber von Studio Hamburg sind dabei die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Aber auch zahlreiche private Produktionsgesellschaften nehmen die perfekten Dienstleistungen des Atelierbetriebs in Anspruch. „Wir freuen uns, wenn wir in Zukunft auch stark für die Privaten arbeiten können", erklärt Geschäftsführer Martin Willich. Für zusätzliche Aufgaben ist das Studio Hamburg gerüstet: Fast 70 Millionen wurden investiert, um die technischen Einrichtungen auf den letzten Stand zu bringen und auszubauen. Außerdem entsteht auf dem Gelände der Neubau für das Landesstudio des Zweiten Deutschen Fernsehens. HANNE-LORE HEILMANN

Braucht Deutschland eine Manager-Schule? / Gespräch mit E.-R. Luckey

Voraussetzungen sind hier ideal

London ist berühmt wegen seiner Manager-Schule. In Harvard und Genf wird ebenfalls hochqualifizierter Nachwuchs ausgebildet. In Deutschland herrscht Mangel daran. Warum keine Manager-Schule in Hamburg gründen?

WELT: Die Wirtschaft klagt über einen Mangel an qualifiziertem Nachwuchs. Teilen Sie diese Meinung?

Luckey: Ja, das kann ich bestätigen. Auf uns bezogen würde ich sagen, daß der Nachwuchs nicht qualifiziert genug sein kann. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung eines Unternehmens.

WELT: Wie müßten Ihrer Ansicht nach die staatliche Verwaltung und die private Industrie den Manager-Nachwuchs ausbilden?

Luckey: Ich sehe einfach den Bedarf einer Manager-Schule für die Bundesrepublik Deutschland. Dafür würde sich der Standort Hamburg sicherlich sehr eignen. Das würde außerdem für die Stadt einen zusätzlichen Anziehungspunkt bedeuten. Die Anforderungen einer derartigen Management-Schule müßten allerdings sehr hoch angesetzt werden, damit sie auch das erreicht, was zum Beispiel die Harvard-University in den Vereinigten Staaten, oder aber die beiden Schweizer Institute International Management Development Institute in Lausanne oder das International Management Institute in Genf bieten. Auch das Institut Europeen d'Administration des Affaires in Fontainebleau bei Paris oder die London Business School könnten Vorbilder für eine deutsche Manager-Schule sein. Nur wenn diese Voraussetzungen auch in der Bundesrepublik erreicht werden können, ist die Einrichtung einer derartig qualifizierten Ausbildungsstätte sinnvoll.

WELT: Wäre Hamburg für diese Institution ein idealer Standort?

Luckey: Das würde ich bejahen. Von der Attraktivität der Stadt gesehen und der weltoffenen Einstellung seiner Bürger her, wäre Hamburg ein guter Platz. Außerdem sind zahlreiche Unternehmen fast aller Branchen ansässig und die Infrastruktur vorhanden. Ferner wäre eine Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten der Stadt von Vorteil. So international wie die Stadt ist, sollte auch der Lehrkörper zusammengesetzt sein.

WELT: Welche Vorteile bietet Hamburg gegenüber anderen deutschen Großstädten?

Luckey: Das Umfeld Hamburgs ist sehr reizvoll. Denken Sie nur an den Freizeitwert dieser Stadt. Die Leute, die die Manager-Schule besuchen, haben ja bereits bewiesen, daß sie befähigt sind, einmal größere Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Und sie brauchen das Flair einer Stadt wie Hamburg, die zugleich Metropole Norddeutschlands ist.

WELT: Wie sollte so eine Schule finanziert werden?

Luckey: Sie sollte sich selbst finanzieren. Absolventen für die weitere Management-Ausbildung stehen ja bereits im Berufsleben und sind sicherlich auch bereit, die Schulgebühren zu bezahlen. Unternehmen, die gezielt Nachwuchskräfte heranziehen wollen, werden sich an der Finanzierung der Ausbildung mit Sicherheit beteiligen. PETER ZERBE

Eberhard-Rainer Luckey (61) ist Sprecher der Vereins- und Westbank.

Mit einer Tüte und viel Optimismus

Mit einer Tüte, zwei Koffern, drei Taschen, einem Walkman sowie mit viel Optimismus kam ich auf dem Hauptbahnhof an.

Hamburg ist für einen eingefleischten Rheinländer wie ich es bin, einen, der seine Heimatstadt Köln wirklich liebt, ungefähr das genaue Gegenteil des Vertrauten. So dachte ich jedenfalls. Irrtum. Schnell habe ich entdeckt, daß es viele Gemeinsamkeiten gibt.

Nachdem ich das übliche Hamburg-Programm mit Rundfahrt, Hafenbesichtigung und dem unvermeidlichen St. Pauli hinter mich gebracht hatte, machte ich mich daran, die Stadt näher kennenzulernen. Nicht zuletzt die wochenlange Suche nach einer preiswerten Wohnung half mir dabei. Man verfährt ja nicht nur Fahrgeld, sondern lernt immer wieder ein neues Stück Hamburg kennen.

Hamburg reizt zum Flanieren, ob es bei schönem Wetter nun ausgedehnte Spaziergänge rund um die Alster sind oder ein Einkaufsbummel bei Regen. Shopping ist hier das Größte. Ich kenne keine andere deutsche Großstadt, die ein so ausgedehntes Einkaufszentrum mit ausgesucht guten und interessanten Geschäften bietet wie Hamburg.

Vom Dammtorbahnhof über den Gänsemarkt, den Jungfernstieg und den Rathausmarkt, die Mönckebergstraße und die Spitalerstraße bis hin zum Hauptbahnhof bieten Geschäfte in verschiedensten Kategorien für jeden Preisbeutel und Geschmack etwas. Bürogebäude und Restaurants fügen sich harmonisch in ein gelungenes Gesamtkonzept. Selbst der etwas trist wirkende „Rote Platz", der Rathausmarkt, wird für allerlei Aktivitäten eingespannt, Freiluftkino, Weinfeste, Alstervergnügen signalisieren: Hier ist was los!

Besonders attraktiv ist Hamburg für junge Leute, man kann geradezu von einer Jugendkultur sprechen. Ich denke an die Fabrik und an Kampnagel, an die vielen gemütlichen Kneipen, die mit jungen Leuten gefüllt sind.

Diese Stadt lebt und beweist jeden Tag ihre Vitalität. Wo andernorts die Stadtväter mühevoll versuchen, Innenstädte zu beleben, sprudelt die Hamburger City vor Betriebsamkeit. Nur abends ist sie manchmal etwas öde. Insgesamt gesehen aber kommt jeder in Hamburg auf seine Kosten, ob er nun Museums- und Theaterbesucher, Feinschmecker oder Nachtschwärmer, Sportler oder Spaziergänger ist. Diese Stadt spornt einen zu Aktivitäten geradezu an. Hier ist Platz für jeden.

Mir gefällt es hier, ich fühl mich wohl! STEPHAN GROSS

Spitzenreiter bei der Dienstleistung

Hamburg ist der Vorreiter auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft." Diese Ansicht vertrat Peter Mählmann, Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse (Haspa), in einem Gespräch mit der WELT. Auf den „tertiären" Sektor entfallen in der Hansestadt bereits mehr als 600 000 der 840 000 Arbeitsplätze oder 75 Prozent und etwa 70 Prozent des Volkseinkommens. Für den Bundesdurchschnitt lauten die Zahlen 53 und 55 Prozent.

Im Handel sind fast 140 000 Menschen beschäftigt. Sie erwirtschaften 14 Prozent der hiesigen Bruttowertschöpfung. Die Hamburger Unternehmen wickeln ein Zehntel des deutschen Außenhandels ab. Damit liegt die Hansestadt vorn. Schließlich wird ein Drittel des Sozialprodukts im Ausland „verdient". Langfristig gesehen, so betonte Mählmann, „wird die internationale Wirtschaftsverpflechtung weiter zunehmen und den Außenhandel stimulieren. Dadurch erlangen Hafenorte wie Hamburg wieder Standortvorteile".

Bei Banken und Versicherungen sind 51 000 Menschen in Lohn und Brot. Auch in Zukunft, so schätzt der Banker, wird die Nachfrage nach Bank- und Versicherungsleistungen ein hohes Niveau aufweisen.

Beim Staat, in den verschiedenen nonprofit-Organisationen und den privaten Haushaltungen sind 166 000 Beschäftigte, im Verkehrsbereich einschließlich der Kommunikationsberufe 100 000 Menschen.

Der übrige Dienstleistungsbereich ist weitgefächert und reicht von den Beratungsdiensten bis hin zur Gaststätte. 150 000 Beschäftigte verdienen hier ihr Geld. Die stürmische Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung wird andauern. „Überproportional expandierte das Wirtschaftsberatungs- und Prüfungswesen. Die klein- bis mittelständische Wirtschaft ist", wie Mählmann es formulierte, „kreativ, flexibel, innovativ und Wachstumsreservoir der Zukunft."

Mählmann hält Hamburg für einen ausgezeichneten Wirtschaftsstandort. „Die Stadt kann hoffnungsvoll nach vorn schauen, weil der Dienstleistungssektor weiterhin floriert und zukunftsträchtige Industriebranchen entstehen." PETER ZERBE

Günstige Preise für Immobilien

Zur Lage auf dem Hamburger Immobilienmarkt befragte DIE WELT den Hausmakler Peter Hoffmann, Mitglied im Ring Deutscher Makler.

WELT: Herr Hoffmann, Hamburg ist die größte Handels- und Industriestadt der Bundesrepublik Deutschland. Wie ist ihr Wohnwert?

Hoffmann: Hamburg ist eine der attraktivsten, wenn nicht gar die attraktivste Großstadt in der Bundesrepublik. Der Wohnwert ist hervorragend: sehr viele restaurierte Altbauten in ansprechenden Altbauvierteln, viel Grünanlagen, und vor allem die zahlreichen Wasserwege.

WELT: Wie ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt? Reicht das Angebot von Wohnungen und Häusern zur Befriedigung aller Ansprüche?

Hoffmann: Entgegen allen Behauptungen reicht der wirklich gesuchte Wohnraum noch längst nicht aus. Leer stehen Wohnungen nur, wenn sie in unbeliebten Lagen liegen oder wenn sie völlig überteuert sind, z. B. bei 15 Mark für den Quadratmeter.

WELT: Wie sind die Preise für Häuser und die Wohnungsmieten etwa im Vergleich zu Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart oder München?

Hoffmann: In Hamburg kann man im Vergleich zu den genannten Städten am preiswertesten Grundeigentum, insbesondere Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen und Mehrfamilienhäuser erwerben. Erstaunlich ist, daß die Mietpreise für Wohnraum in Hamburg genauso hoch sind wie in den genannten Großstädten. Aus diesen beiden Komponenten ergibt sich, daß der Ankauf von Mehrfamilienhäusern und Renditeobjekte in keiner anderen Großstadt günstiger ist als in Hamburg. Wie ich in den letzten Monaten feststellen konnte, siedeln sich Auswärtige z. Zt. wieder sehr viel stärker in Hamburg an.

WELT: Wie steht es mit dem Gewerberaum? Reicht das Angebot aus? Wie liegen die Preise im Vergleich zu anderen Städten?

Hoffmann: Auf dem Bürosektor ist z. Zt. ein Überangebot vorhanden. Bei Industrieflächen u. ä. sind Nachfrage und Angebot ausgeglichen. Gewerbeflächenmieten, egal welcher Art, sind in Hamburg niedriger als in vergleichbaren deutschen Städten.

Schönheit provoziert

● Fortsetzung von Seite 1

Wachstumsschwäche und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit sind die Stichworte hanseatischer Fehlentwicklungen. Mit einer Arbeitslosenquote von 12,9 Prozent rangiert der Stadtstaat nur noch vor Bremen und dem Saarland am unteren Ende der Bundesskala.

Die Probleme der einstigen Wirtschaftshochburg Hamburg sind vielschichtig, zum Teil unverschuldet, zum Teil hausgemacht. Die politische Teilung Europas hat Hamburg das wirtschaftliche Hinterland gekostet, die Bildung der EG mit neuen Wirtschaftszentren und Verkehrsströmen die Metropole in eine Randlage gebracht. Die Industriestruktur ist, historisch bedingt, problembeladen. Hinzu kommt, daß im Außenhandelsplatz Hamburg die exportorientierte Industrie unterproportional vertreten ist.

Diese Probleme, denen Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi „historische Dimensionen" beimißt, haben sich durch politisches Fehlverhalten verschärft. Statt sich den größeren Veränderungen aus der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung rechtzeitig anzupassen, hat Hamburg lange darauf gebaut, daß die Quellen früheren Reichtums bald wieder von allein sprudeln. In der Ansiedlungspolitik neuer Unternehmen ging man auf die Suche nach den „großen Fischen", mit der Folge, daß mittelständisch geprägte, zukunftsorientierte Industriebranchen unterrepräsentiert sind.

Der ständige Verlust von industriellen Arbeitsplätzen, der heute zu der hohen Arbeitslosigkeit führt, fiel so lange nicht ins Gewicht, wie der Dienstleistungsbereich und vor allem der Behördenapparat expansiv blieben. Immerhin ist der öffentliche Dienst in den letzten zehn Jahren um rund 10 000 Mitarbeiter ausgeweitet worden, während die Stadtbevölkerung um 100 000 abnahm.

Schädliches Zickzack

Ausgleich für verlorengegangene Arbeitsplätze zu finden – seit 1960 sind es gut 140 000 – fällt aus mehreren Gründen schwer. Einmal ist der ohnehin wirtschaftsgeographisch nicht optimale Standort Hamburg „heruntergeredet". Umweltskandale, Zickzack-Kurs in wichtigen Fragen regionaler Wirtschaftspolitik geben immer wieder Anlaß für bundesweite Negativ-Schlagzeilen. Zum anderen, und das wiegt schwerer, will es der seit Jahren regierenden SPD nicht gelingen, die drei Grundbedürfnisse Wohnen, Arbeit und Freizeit in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen. Heranrückende Wohnbebauung ist mit hohen Auflagen für angrenzende Industriebetriebe verbunden und schränkt das Grundstücksangebot für ansiedlungsbereite Unternehmen ein. Die Verkehrsberuhigung ganzer Stadtteile behindert den gewerblichen Verkehr. Dahinter verbirgt sich eine Wirtschaftsfeindlichkeit vieler Politiker und mangelnder ökonomischer Sachverstand in den Verwaltungsstellen: Drastisch hat das vor Jahren Ex-Kanzler Helmut Schmidt, Hamburger von Geburt und Gesinnung, so formuliert: „Die Erklärung eines Stadtteils zur atomwaffenfreien Zone erscheint manchen von ihnen bedeutsam; die Ansiedlung oder Erweiterung eines Betriebes erscheint ihnen dagegen mehr lästig."

Faßt man alle wirtschaftlichen Probleme der Stadt zusammen, könnte man meinen, die schon mit leidserhrerschenden Katastrophenmeldungen aus dem „hohen Norden" seien in vollem Maße angebracht. Es scheint aber nur so. Die Stadt hat inzwischen die Gefahren erkannt. Die den Hanseaten von Helmut Schmidt bescheinigte „ungebrochene Fähigkeit zum Neubeginn" ist wieder spürbar.

Hamburg ist keine Insel

Hamburg hat sich einmal darauf besonnen, daß es keine Insel ist. Das Verhältnis zu den Nachbarn ist entspannter geworden. Gestützt von der guten Konjunkturlage hat zudem Hamburgs Wirtschaft an Fahrt gewonnen. Außerdem zeigen die neuen Ansätze Hamburger Wirtschaftspolitik erste Wirkungen. Das Grundmotto hat von Dohnanyi so zusammengefaßt: „Stärkere Binnenorientierung" nicht auf Kosten, sondern in Ergänzung zu Hafen und Welthandel.

Die Regsamkeit läßt sich greifen: Forschung und Entwicklung erhalten höchste Priorität, eine außerhalb des Behördenapparats installierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft bemüht sich, die Industriestruktur ins Lot zu bringen. Die Entscheidung des Philips-Konzerns, ein neues Werk für Superchips in Hamburg zu bauen, räumt mit dem ohnehin nicht haltbaren Vorurteil auf, nur im Süden gebe es „High-Tech". Hamburg ist auch ohne das neue Philips-Werk ein führender Standort für die Produktion von Chips, es ist das Zentrum des deutschen privaten Flugzeugbaus, Spitzenreiter in der Kommunikationswirtschaft.

Den Aufbruch zu neuen Ufern wird die Stadt zudem auch dann nur schaffen, wenn sie die finanzielle Stabilität zurückgewinnt. Die Hoffnung, dies werde sich allein schon aus einer Neufassung des Länderfinanzausgleiches ergeben, ist trügerisch. „Jahrhundertbauten" haben „Jahrhundertschulden" entstehen lassen, die finanziellen Lasten aus aufgeblähten Personaletats nimmt Hamburg niemand ab. Die Finanznot engt alle Möglichkeiten ein, wirtschaftspolitisch zu agieren. Sparsamkeit und die Schaffung eines guten Klimas für den Standort und die Wirtschaft Hamburgs sind die besten Voraussetzungen, die finanziellen Spannungen mittelfristig zu lösen. Das setzt Wirtschaftspolitik mit Realitätsbezug und ohne ideologische Scheuklappen voraus.

Kurs halten und die Erfolge ausbauen

Heute kann man in Hamburg von einem neuen Klima zwischen Wirtschaft und Politik sprechen. Die verstärkte Kooperation zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Staat ist die grundlegende Voraussetzung für eine zukunftsträchtige wirtschaftliche Entwicklung auch über das Jahr 2000 hinaus.

Nach Neuordnung der Wirtschaftspolitik steht Hamburg heute ein breites Angebot privater und öffentlicher Stellen zur Information und Beratung der Wirtschaft und von Förderungsprogrammen für Existenzgründungen und Innovation zur Verfügung. Beispielhaft ist die Hamburger Wirtschaftsförderungsgesellschaft, zu deren Gesellschaftern neben der Stadt und der Landesbank die beiden Kammern, die Hamburger Sparkasse sowie ein Pool von Bankinstituten zählen.



Wirtschaftssenator Lange: Wir haben erste Erfolge zu verzeichnen FOTO: KUJATH

Sie hat im letzten Jahr durch Unterstützung bei Ansiedlung, Erweiterung und Umstrukturierung von Unternehmen über 1300 Arbeitsplätze in Hamburg neu geschaffen und 1600 Arbeitsplätze gesichert. Durch Mittelstandsförderungsprogramme wurden seit 1980 zirka 30 000 Arbeitsplätze in Hamburg gesichert oder neu geschaffen.

Damit ist eine neue Basis für unternehmerische Entscheidungen geschaffen worden. Die Wirtschaft reagiert positiv. Die großen Investitionsentscheidungen der letzten Zeit, der gleichzeitige Neubau von sechs internationalen Hotels, Pläne für neue Handelszentren, Ausbau und Neuansiedlung in zahlreichen Wirtschaftsbereichen sind ein deutlicher Beweis dafür.

Wir wissen jetzt, wohin die Entwicklung gehen muß. Standortpolitik für Hamburg und bei zunehmender Zusammenarbeit der Küstenländer auch für Norddeutschland hat zum Ziel, langfristig Arbeitsplätze zu sichern und die Arbeits- und Lebensbedingungen in Norddeutschland zu verbessern. Erste Erfolge auf diesem Wege werden bereits verzeichnet. Jetzt gilt es, diesen Kurs zu halten und die Erfolge auszubauen. VOLKER LANGE

Landesbank-Chef Fahning erwartet, daß Einkommen und Lebensqualität der Hanseaten bis zum Jahr 2000 erheblich steigen

Die Politiker müssen die Zeichen der Zeit erkennen

Ein überaus optimistisches Bild von der Zukunft Hamburgs bis zum Ende des Jahrhunderts hat der geschäftsleitende Direktor der Hamburgischen Landesbank, Hans Fahning, in einem Gespräch mit der WELT gezeichnet. Er versah dieses Bild jedoch mit einer – entscheidenden – Einschränkung: Die von ihm erwartete Entwicklung wird nur eintreten unter der Voraussetzung, „daß *die Politik die Zeichen der Zeit* erkennt, die Weichen richtig stellt und in stadtpolitischen Entwicklungsfragen Konsens herstellt".

Gesetzt den Fall, die Parteien raufen sich zusammen, sieht Fahning für das Jahr 2000 Hamburg als Großstadt mit sehr sauberer Luft, mit einer Alster, in der man wieder schwimmen kann, und mit viel mehr Bäumen als heute. Der Wohnwert der Stadt wird sehr hoch sein, und genügend Arbeitsplätze wird es auch geben.

Der Chef der Landesbank hofft, daß bis zum Jahre 2000 „die begrenzende Wirkung der Kleinstaaterei" überwunden sein wird. Das gilt nicht zuletzt für das derzeitige Gerangel der Wirtschaftsförderer in den verschiedenen Bundesländern: „Das kostet Unsummen, ist aber volkswirtschaftlich ein Nullsummenspiel."

Hamburg wird viel mehr noch als heute eine „Stadt der Dienstleistungen" sein. Nicht weniger als 80 Prozent der *gleichbleibend rund 850 000* Arbeitsplätze werden zu diesem Wirtschaftssektor gehören. Körperliche Arbeit gibt es dann fast nur noch im Handwerk, bei bestimmten Reparaturleistungen und im Hafen. Der Computer wird seinen Siegeszug abgeschlossen haben. Fahning formulierte das so: „Es wird kaum noch Arbeitsplätze ohne EDV-Unterstützung und Bildschirm geben."

Das Bruttosozialprodukt Hamburgs wird sich, wenn Fahnings Vision eintritt, bei leicht gesunkener Bevölkerungszahl von derzeit jährlich 100 Milliarden Mark bis zum Jahre 2000 auf 150 Milliarden Mark erhöhen. Damit steigen die Einkommen und die Lebensqualität.

Nicht zuletzt als Folge weiterer Arbeitszeitverkürzungen wird daran vor allem die Freizeitwirtschaft profitieren. Das reicht vom außerhäuslichen Essen bis zu Ausflügen, sportlichen Aktivitäten und Fernreisen. Dann florieren nicht zuletzt die Gastronomie- *und Hotelbetriebe. Deren Zahl wird* wachsen, denn: Der Tourismus wird mehr als bisher Hamburg entdecken.

In nur 15 Jahren, so kalkuliert Fahning, könnten „die Produktionsverlagerungen rohstoffverarbeitender Industrien in Drittländer und die Krise der Schiffbauindustrie" ausgestanden sein. Hamburgs Industriestruktur könnte dann geprägt sein von Flugzeugbau und Feinmechanik, Hochleistungsoptik und Elektronik, Informationstechnik und Chemie / Pharmazeutik, Energie-, Bio- und Meerestechnik.

In der Recyclingindustrie sieht der Landesbank-Chef ein weiteres, vielversprechendes Standbein für Hamburgs wirtschaftliche Zukunft. (Dem steht nicht entgegen, daß das in Hamburg entwickelte Wiederaufbereitungsverfahren für Kunststoffe und Autoreifen nicht hier, sondern in einem anderen Bundesland in die Praxis umgesetzt wird.) Bisher jedenfalls sieht Fahning in Deutschland „nur *kümmerliche Anfänge* der Verwertung von Glas, Papier und Textilien". Da liege noch ein gewaltiges Entwicklungspotential, das gerade in Hamburg genutzt werden sollte, meint er.

Die bis zum Jahre 2000 durchgesetzte Harmonisierung der Verkehrsleistungen im europäischen Binnenmarkt wird sich, davon ist Fahning überzeugt, positiv *auf die Hafenwirtschaft* auswirken. In die gleiche Richtung dürfte die von ihm als sicher erwartete „Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft" wirken. Schweden und Norwegen, so meint er, schließen sich der EG an, denn: „Die Frage der politischen Neutralität ist zu trennen von der wirtschaftlichen Neutralität".

Auch die zu erwartende neue Öffnung zum verstärkten Handel mit den sozialistischen Ländern dürfte sich für Hamburg positiv auswirken. Fahning meint: „Dann ist Hamburg die Drehscheibe des Osthandels, das Tor Westeuropas zum Osten".

Weltweit wird die Bedeutung Hamburgs als Sitz zentraler Einrichtungen wachsen. Das geht quer durch viele Sparten, vom Max-Planck-Institut für ausländisches Recht bis zur Schiffbauversuchsanstalt, vom HWWA bis zu den Übersee-Vereinen, von DESY bis zum Tropen-Institut. Parallel dazu wird sich nach Fahnings Vorstellungen „Hamburg zur Messe- und Kongreßmetropole Nordeuropas gemausert haben", in der praktisch das ganze Jahr Hochsaison herrscht.

Das kulturelle Sommerloch wird es *im Jahre 2000 nicht mehr geben. Wird* es nicht von den staatlichen Bühnen zugeschüttet, werden Private ihre Marktchance wahrnehmen.

Zu schön, um wahr zu sein? Fahning meint das nicht. Es kommt eben auf die Politiker (und deren Willen zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit) an. Aber das hat Fahning ja mit ausreichender Deutlichkeit klargemacht.

DIETER F. HERTEL

Siebzig Personen bietet das Oval im großen Sitzungssaal der Handelskammer Platz. Hier werden die Weichen für Hamburgs Wirtschaft gestellt FOTO: CHRISTA KUJATH

Lagerfeld, Sander, Joop, Bechtolf, Zoern:

Namen, die Hamburg zu einer Modestadt machen

Weltruf durch Mode – auch das ist Hamburg. Wer kennt sie nicht: Karl Lagerfeld, Jil Sander, Daniela Bechtolf, Wolfgang Joop, Barbara Bernstorff, Dieter Zoern. Bei dieser Aufzählung markanter Namen fällt nur einer aus der Reihe: Lagerfeld, der Mann mit dem Mozartschopf, der in der Hansestadt zwar aufwuchs, aber in Paris an der Seine Karriere machte. Doch die zu Hause an der Elbe blieben, sind inzwischen kaum weniger berühmt.

Ein paar Tupfer: Da ist Jil Sander. Ihr Gesicht – ein Markenzeichen. Von überdimensionalen *Plakaten der* Hamburg-Werbung ziehen ihre Augen die Betrachter in ihren Bann. Auch ein Fräuleinwunder aus Germany: Botschafterin der Kreativität und des guten Geschmacks. Eine Designerin, deren Name mit den „Göttern" dieser Branche in einem Atemzug genannt wird. Mit Yves Saint-Laurent oder Armani und man traut ihr sogar die Nachfolge der legendären Coco Chanel zu. Nicht nur auf dem Gebiet der Mode. „Chanel Nummer 5" – das duftende Erbe der Grande dame ist noch immer ein Renner. Doch folgt ihr die Hamburgerin mit „Woman pure" auf den Fuß. Aber ihren Namen machte sie sich mit Design: Jil Sander ganz oben. Eine *Frau, die Luxus-Produkte* vermarktet wie keine andere in diesem Lande. Mode, Accessoires, Pelze, Brillen – und natürlich Kosmetik und Duft. Zierlich und zäh und gar nicht zimperlich, wenn es ihrem Ziel dient. Eigenwillig auch, wenn es um das Private geht. Betont unabhängig. Mit Rolls Royce in der Garage, Bauernhaus im Niedersächsischen, Golfspiel, Liebhaberin und Sammlerin moderner Kunst. Privat eher schüchtern. Ehrgeiz, Energie und Egozentrik sind die Triebfedern zum Aufstieg, zum Erfolg, an den Heidemarie Siline Sander immer geglaubt hat.



Die Frau, die Luxus-Produkte vermarktet wie keine andere in diesem Land: Jil Sander

Zweites Beispiel: Fleiß und Kreativität, mit Mut zu Neuem – das zeichnet Wolfgang Joop aus. Der Mann, der *ganz* bewußt *seine* Marke mit einem Ausrufezeichen verbindet. Er strotzt vor Selbstvertrauen. „Innovation in der Mode", sagt er schon ein bißchen selbstgefällig, „Innovationen haben eigentlich immer nur Männer gebracht." Im Gegensatz zu Lagerfeld, der im Ausland berühmt wurde, zog Joop den steinigen Weg vor: Bekanntlich gilt ja der Prophet im eigenen Lande nichts. Im Zickzack verlief der Kurs des gebürtigen Potsdamers, der in der Hansestadt eine Wahlheimat fand. Von „neurotischen Selbstzweifeln" (Joop über Joop) geplagt, emanzipierte er sich vom angestellten Moderedakteur in die erste Linie internationaler Modemacher. Daß er sich auch als Schauspieler versuchte („Tränen in Florenz"), dürfte er eher als Episode abtun. Ehrenvoller ist da schon die Berufung als Gastprofessor an der Berliner Hochschule der Künste. Kein Wunder, daß er jetzt im Oktober die Münchner Modemesse mit einer Gala eröffnen durfte. Dabei munkelte die Fachwelt hinter den Kulissen: auch Joop werde nun bald ein eigenes Parfüm vorstellen – Krone für jeden Modedesigner. Denn es gibt keine besseren Werbeträger für den eigenen Namen. Und ein bißchen Glanz fällt damit auch wieder auf Hamburg.



Der Mann, der ganz bewußt seine Marke mit einem Ausrufezeichen verbindet: Wolfgang Joop

Und drittes Beispiel: Sie ist erst knapp dreißig und schon ein Fixstern am deutschen Modehimmel. Daniela Bechtolf. Wie sie sich durchgesetzt hat? Mit Talent, mit Ehrgeiz. Mit Disziplin. Auch mit Glück. „Es genügt nicht, genial zu sein, aber keinen Knopf annähen zu können", sagt sie. Daniela Bechtolf macht Mode, in der sie sich auch selbst auf die Straße trauen würde. Unablässig sucht sie nach Fehlern, haßt Kritik, fährt einen Renault R 5 mit Beule – aber liebt Champagner. Und sie denkt noch darüber nach, wem „das Mode-Image und Prestige einer aufsteigenden deutschen *Designerin* von *Nutzen sein könnte*".

Drei Namen der Hamburger Szene, die weithin ausstrahlen. Merke: Paris ist nicht mehr alles.

GABRIELE HERLYN

Neue Impulse – neue Ideen

Die Hamburger Wirtschaft hat mit einiger Verzögerung den Anschluß an die bundesweite *Konjunkturentwicklung* erreicht. Vor dem Hintergrund branchenspezifischer Sonderprobleme und der dadurch geprägten Diskussion um das Süd-Nord-Gefälle dürfen Politiker und Ökonomen dies mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis nehmen.

Wenn aber von Hamburg als einer blühenden Metropole die Rede sein soll, dann müssen wir dafür sorgen, daß sich dies nicht nur auf die ausgedehnten Grünanlagen der Stadt bezieht. Wirtschaftlich gesehen weht weiterhin der rauhe Wind des Strukturwandels – in Hamburg aus wirtschaftshistorischen und wirtschaftsgeographischen Gründen noch ein wenig rauher als anderswo.

Die Wirtschaft dieser Stadt ist in der Lage, den Kurs zu neuen Ufern zu halten, nicht indem sie den aussichtslosen Versuch unternimmt, sich dem Wind entgegenzustellen und nicht indem sie sich treiben läßt, sondern indem sie handelt. In dieser Beilage finden sich einige Beispiele für wichtige Markierungspunkte, die gesetzt wurden, und für neue Antriebskräfte, die bereits im Einsatz sind. Daneben gibt es eine ganze Reihe kleiner und mittlerer Unternehmen, die den technischen Fortschritt genutzt und zu ihrem Geschäft gemacht haben.

Hamburg braucht dieses vorhandene Potential für neue Impulse, und Hamburg braucht darüber hinaus neue Ideen und neue Unternehmungen von außen. Allmählich scheint die Überzeugung Platz zu greifen, daß die Stadt als Ganzes sich dem Standortwettbewerb stellen muß. Dabei geht es nicht nur um den Wettlauf um Großprojekte, dem auch Hamburg sich in der aktuellen Lage nicht entziehen kann.

Ebenso wichtig erscheint mir, daß Politiker und Verwaltung sich zweierlei bewußt machen: Sie alle können mit ihrem Handeln die sogenannten Rahmenbedingungen verbessern, unter denen sich der Standortwettbewerb vollzieht.

Zweitens: Sie alle können und müssen durch die Art und Weise, in der Sie Ihre Aufgaben wahrnehmen, ein Klima schaffen, das auch solche Unternehmen anzieht, die den Sonnenschein bislang ausschließlich im Süden vermutet haben. Jeder Hamburger und insbesondere jeder der 100 000 Bediensteten der Stadt muß dafür sorgen, daß jene sich in Hamburg *wohl fühlen*, von denen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, Umweltschutz und soziale Wohltaten wie selbstverständlich erwartet werden.

Es kommt auf die Glaubwürdigkeit derer an, die nach dem 9. November die politische Verantwortung tragen werden. Wer es ernst meint mit der Kooperation zwischen Wirtschaft *und Politik*, wer es *ernst meint mit* der Förderung des Wirtschaftsstandorts Hamburg, sollte seine Absichten nicht durch vordergründigen Populismus in Zweifel ziehen lassen.

CARL-HEINZ ILLIES

Der Autor ist Präses der Handelskammer

Hamburg, eine Messe- und Kongreßstadt

Hamburg ist eine der ältesten deutschen Messestädte. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das Messewesen seinen großen Aufschwung.

Publikumsmessen wie „Du und Deine Welt", „Freizeit und Reisen" haben sich in den letzten Jahren zu einem Renner entwickelt. Schon mehr den Experten ist die „Deutsche Bootsausstellung" vorbehalten. Hier hat Hamburg den Städten Friedrichshafen am Bodensee und Düsseldorf klar den Rang abgelaufen. Zwar gibt es in Düsseldorf mehr Besucher auf der „Boot", aber dafür wird auch mehr Beiwerk geboten. „Aber in Hamburg kaufe ich dann meine Segeljacht", meinte ein erfahrener Düsseldorfer Hochseesegler.

Auch als Kongreßstadt liegt Hamburg auf einem der ersten Plätze in Europa. Die hervorragende Organisation, ein alle Preisklassen abdeckendes Hotelangebot und der hohe Freizeitwert der Stadt an Elbe, Alster und Bille haben dafür gesorgt, daß das Congress Centrum Hamburg (CCH) immer gut ausgebucht ist. Erst vor einigen Wochen entschieden sich in Budapest die Mediziner, den 15. Weltkrebskongreß im August 1990 an der Alster zu veranstalten. Diese Tagung gilt zur Zeit als der Welt größter Kongreß. Erwartet werden rund 10 000 Teilnehmer.

zy

. . . aber ausverkauft ist nicht

Eines Tages sind Hein und Fiete nur zu zweit am Bau, Fiete unten, Hein oben auf dem Gerüst. Gegenüber ist ein Kloster, aus dessen Tor um die Mittagszeit eine mildtätige Nonne mit einem Topf Essen herauskommt. Der Topf ist für die beiden bestimmt. Aber ein bißchen auf den religiösen Zahn fühlen will ihm die fromme Schwester doch vorher, und so fragt sie Fiete: „Kennen Sie denn auch den Herrn Jesus?" Fiete sagt: „Nee, kenn ich nich." Und er ruft hinauf: „Hein, kennst du hier einen Herrn Jesus?" „Nee", ruft Hein, „wat is denn mit em?" Fiete ruft zurück: „Hier is sien Fro, de bringt em wat to eten!"



*

Ökonomisch denken ist auch eine Form der Sparsamkeit. An einem Winterabend klingelt es an der Wohnungstür. Ein Mann steht draußen und fragt den, der ihm öffnet: „Sagen Sie mal, sind Sie der Mann, der heute vormittag sein Leben riskiert hat, um meinen Sohn auf der Alster aus dem Eisloch zu retten?" Der da drinnen Stehende sagt bescheiden: „ja." Der da draußen stemmt die Arme in die Hüften und donnert ihn an: „Und wo ist die Mütze?"

*

Für seine Sparsamkeit war der Theaterchef vom Elyseum, der berühmte Dannenberg, bekannt. Wie, was? Den Chor vergrößern? „Nich nöödig", sagte Dannenberg, „dat Publikum singt doch jümmers mit."

*

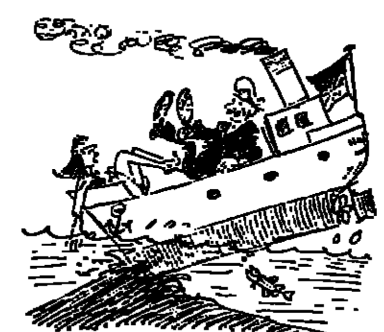
„Keine Krankheit ist so gering, daß nicht ein geschickter Arzt was daraus machen kann" – wer könnte diesen Spruch anderes geprägt haben, als das Original unter den Hamburger Ärzten, Dr. Julius Engel-Reimers.

*

Der alte Doktor Richard Ohnsorg pflegte vor jeder Vorstellung seiner berühmten Bühne durchs Guckloch des Vorhangs zu schauen und seinem Inspizienten stets das gleiche zu sagen: „Der Besuch ist ja gut – aber ausverkauft ist nicht." Der Inspizient war später unter den unzähligen Trauergästen, die dem verstorbenen Direktor das letzte Geleit gaben, und er wiederholte nun vernehmlich den vertrauten Guckloch-Satz seines Direktors.

*

Mol'n beten wat op Platt. Dor is de Loots, de speelt sick hüüt bannig op. He seggt to den Passaschier neben sick: „Ick fohr op disse Streck nu al fiefuntwintig Johr, *un ick kenn hier* jede Bank un jedes Lock . . ."



Rrrummms, mokt de Damper in dissen Ogenblick, un sitt in'n Sand faest. „Seen Se woll", seggt de Loots, „dor is al een."

*

Seemann Kuddl wollte seine Frau nicht kränken, als sie ihn wieder mal ans Schiff brachte und sagte: „Nun bist du wieder wochenlang weg und ich bin so weit von dir – wirst du mich denn auch lieb behalten?" Und Kuddl sagte spontan: „Klar, Mann – je weiter, desto lieber."

Stiftung berät und hilft dem Jungunternehmer

Information, Kontaktanknüpfung, Finanzierungsvermittlung – das sind die Schwerpunkte des Technologie Beratungs-Zentrums Hamburg (TBZ). Es versteht sich nach den Worten seines Direktors *Jochen Fahrenkrug* als Partner der Wirtschaft und als Mittler zwischen Betrieben, Forschungseinrichtunen, Behörden und Kapitalgebern.

Beraten und betreut werden vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, die sich aufwendige Forschungslabors nicht leisten können oder die Schwierigkeiten haben, ihre Produktentwicklungen mangels Kapitaldecke auf den Markt zu bringen. Ziel der Stiftung ist es, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu stärken. Auch die Entwicklung technologisch überlegener, rohstoffsparender, preislich konkurrenzfähiger und umweltverträglicher Produkte und Verfahren gehört zum Aufgabenbereich des TBZ.

Junge Unternehmer, die den Kopf voller Ideen haben, aber kein Kapital, werden von der Stiftung beraten. Hier greift dann die Innovationsfinanzierung. Dabei vermittelt das Zentrum Gesprächspartner bei Banken, hilft bei Anträgen an die Behörden und gibt aufgrund seiner Kontakte zu anderen Betrieben und Instituten Möglichkeiten zur weiteren Information.

zy

Wirtschaftsförderung meldet beachtliche Erfolge

Abwanderung gebremst

Hamburgs wirtschaftliche Basis ist vielfältig und zeigt eine gesunde Struktur dynamischer Unternehmen – anerkannt und führend in den Bereichen Luft- und Raumfahrttechnik, Elektronik und Elektrotechnik, *Medizin- und Pharmatechnik* sowie dem Kommunikations- und Mediensektor. Diese vielgestaltigen Zweige der Hamburger Wirtschaft sind weiter auszubauen und um neue, zukunftsträchtige Wachstumsbranchen zu ergänzen. Hier setzt auch die Arbeit der HWF – Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH an.

Wirtschaftsförderung in Hamburg bedeutet zum einen Förderung und Unterstützung in Hamburg ansässiger Unternehmen in allen standortrelevanten Fragen. Den weitaus größten Teil an diesen Projekten haben derzeit Unternehmens-Expansionen. Sie bedeuten Wachstum und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und Finanzkraft in der Hansestadt.

Firmenabwanderungen in das subventionsbegünstigte Umland konnten durch intensive Unterstützung ansässiger Unternehmen und durch Bündelung der auch in Hamburg gegebenen Förderprogramme mit den Standortqualitäten einer Wirtschaftsmetropole eingedämmt werden.

Neben der Beratung und Betreuung ansässiger Unternehmen ist die Realisierung und Beschleunigung des Strukturwandels eines der wichtigsten Ziele der HWF. Schwerpunkte werden in den Bereich der Automatisierungstechniken, der Informationstechnik, Umwelttechniken und Bio-Technologien gesetzt. Auf dem Gebiet der Bio-Technologie hat Hamburg bereits beachtliche Forschungsschwerpunkte aufzuweisen. Der Ausbau Hamburgs zu einem führenden Bio-Technologie-Zentrum hat demzufolge einen hohen Stellenwert im Konzept der HWF.

Die Internationalität der Wirtschaftsmetropole Hamburg liefert gute Ansätze für geschäftliche Synergien und expansive Geschäftsentwicklungen.

Es ist offenbar, daß sich nach den vom „Club of Rome" prognostizierten „Grenzen des Wachstums" und der seinerzeit in den alten Industriegesellschaften vorherrschenden Fortschritts- und Wachstumsskepsis weltweit wieder industrielle Dynamiken entwickelt haben und neue, zusätzli*che Technologie- und Dienstleistungsstrukturen* entstanden sind. Diese werden die bekannten und heute angewandten Technologien ergänzen und erweitern. Zunehmend wird dies in dienstleistenden Informationssystemen im Handel, den industriellen Prozessen und im Dienstleistungssektor stattfinden.

In dieser, die Industriegesellschaft ergänzenden Informationsgesellschaft wird die menschliche Arbeitsleistung wieder stärker als heute eine dominierende und mündige Funktion einnehmen. Neue Technologien werden sich rasant und anwendungsbreit entwickeln. Darin liegt Dynamik und Wachstumspotential für verschiedene Branchen. Vor dem Hintergrund der in Hamburg bestehenden traditionellen Handels- und Dienstleistungsstruktur sowie der industriellen, zukunftsorientierten Branchen, vor dem Hintergrund der bereits bestehenden breiten Vielfalt der Unternehmungen und der damit verbundenen Kompetenzen und des Know-hows ist die Chance zu Strukturerweiterung für Hamburg und seine Unternehmen und solche, die sich hier ansiedeln wollen, evident.

Derartige Strukturveränderungen sind, was die komplexen Anteile betrifft, nur in Wirtschaftsmetropolen erfolgreich durchführbar. Hamburg als Stadtstaat wird diese Entwicklung vollziehen, was unterstützende und Zusatzfunktionen anbelangt, aber das Umland einbeziehen.

Dr. Urda Martens-Jeebe
Dr. Claus Müller

HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH

WIRTSCHAFTSSTANDORT HAMBURG

Redaktion: Knut Teske, Hamburg

Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Cuno heizte die Inflation an. Schmidt versuchte sie zu stoppen

Hanseaten in der deutschen Politik – nicht sehr zahlreich, aber effektiv

Eintausendeinhudert Jahre vergingen seit der Gründung der Hammaburg, des Ursprungs Hamburgs, bis der erste Bürger der Stadt zum Regierungschef berufen wurde: Nach der Demission des Kabinetts Wirth ernannte Reichspräsident Friedrich Ebert am 16. November 1922 den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie HAPAG, Wilhelm Cuno, zum Reichskanzler. Er bildete ein Minderheitenkabinett der bürgerlichen Mitte. Neun Monate *später, am 12. August 1923, trat Cuno* zurück und wieder an die Spitze der Hamburg-Amerika-Linie.

Sein Name ist heute fast vergessen. Damals wurde er für einen Moment zum Symbol des passiven Widerstandes gegen den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet. „Selten seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs konnte eine deutsche Regierung zumindest für einige Wochen auf ein derart hohes Maß an nationaler Eintracht rechnen", sagt der Historiker Hermann-Josef Rupieper. Der passive Widerstand aber, der großzügig von der Notenpresse finanziert wurde, führte in die Inflation, mit der die Regierung Cuno nicht fertig wurde. Am 6. August 1923 stand der Kurs des Dollars bei 1,6 Millionen Mark. Wenige Tage später demissionierte Cuno. Der langjährige Reichswehrminister Otto Gessler hat Cuno für den „schwächsten Kanzler, den die Republik hatte", gehalten.





Hamburger Politiker: Reichskanzler Wilhelm Cuno, Abgeordneter Ernst Merck, Minister Rolf Dahlgrün, Wehrbeauftragter Karl-Wilhelm Berkhan, Minister Hans Apel, Bundeskanzler Helmut Schmidt (v. l. n. r.)

Schwäche kann man dem zweiten Hamburger, der Regierungschef wurde, Helmut Schmidt, nicht vorhalten. Ob er aber so bedeutend war, wie viele seiner Zeitgenossen meinen, wird die Geschichte zeigen.

Als Nachfolger Willy Brandts wurde Schmidt 1974 Bundeskanzler. Er verlor sein Amt 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum an Helmut Kohl. In Wirklichkeit aber scheiterte er an seiner Partei, die ihm nicht mehr folgte, als er die Konsequenzen aus *der Schuldenwirtschaft der* sozialliberalen Ära zu ziehen begann.

So wenig wie Hamburger in der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Regierungschefs waren, so wenig haben sie sonst in der Reichspolitik eine Rolle gespielt. Hamburg lag weit im Norden dieses bis 1806 bestehenden Reiches. Hamburger haben die Bühne der Politik erst im 19. Jahrhundert betreten. Das begann 1848 / 49 in der Frankfurter Nationalversammlung.

Der Rechtsanwalt Gustav Adolf Heckscher, dessen Vater Teilhaber des Bankhauses Salomon Heine gewesen war, wurde unter dem von der Nationalversammlung gewählten Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich Reichsaußen- und Reichsjustizminister. Der Kaufmann Ernst Merck war Reichsfinanzminister. Der Notar Gabriel Riesser brachte es zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung und beeinflußte – mosaischen Glaubens – die Gestaltung der „Grundrechte des deutschen Volkes" im Sinne der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die Kontinuität des deutschen Parlamentarismus verkörperte der Kaufmann Edgar Ross, der schon der Nationalversammlung angehört hatte, *und Jahrzehnte später Mitglied des* Norddeutschen Bundestages und dann des Reichstages wurde. Auch nach ihm wurde manche Hamburger Stätte benannt. Angehörige der Familien de Chapeaurouge und Woermann gehörten dem kaiserlichen Reichstag an. Ein Nichthamburger, der in Hamburg in den Reichstag gewählt und dort ein bedeutender Parlamentarier wurde, war der Drechslermeister August Bebel, jahrzehntelang Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aus der Frühzeit der Weimarer Republik ragt unter den Hamburger Reichstagsabgeordneten Carl-Wilhelm Petersen hervor, Fraktionsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei und später Bürgermeister von Hamburg. Sein Bruder Rudolf wurde von der britischen Besatzungsmacht zum ersten Nachkriegsbürgermeister ernannt.

Für die späteren Jahre der Weimarer Republik muß man den in Hamburg gewählten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, nennen, der 1944 von den Nationalsozialisten ermordet wurde. Unter den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten: Karl Kaufmann, Hitlers Gauleiter und späterer Reichsstatthalter in Hamburg. Wer erinnert sich aber noch an einen Carl Gottfried Gok, seinerzeit Direktor bei Blohm & Voss, der Hamburg als deutsch-nationaler Abgeordneter im Deutschen Reichstag vertrat?

In der Nachkriegszeit war der langjährige Präsident der Bürgerschaft, Adolph Schönfelder, als Vizepräsident des Parlamentarischen Rates maßgeblich an der Schaffung des Grundgesetzes beteiligt. Bürgermeister wie Max Brauer, Kurt Sieveking oder Herbert Weichmann haben auch als Präsidenten des Bundesrates ihren Beitrag zur Politik geleistet.

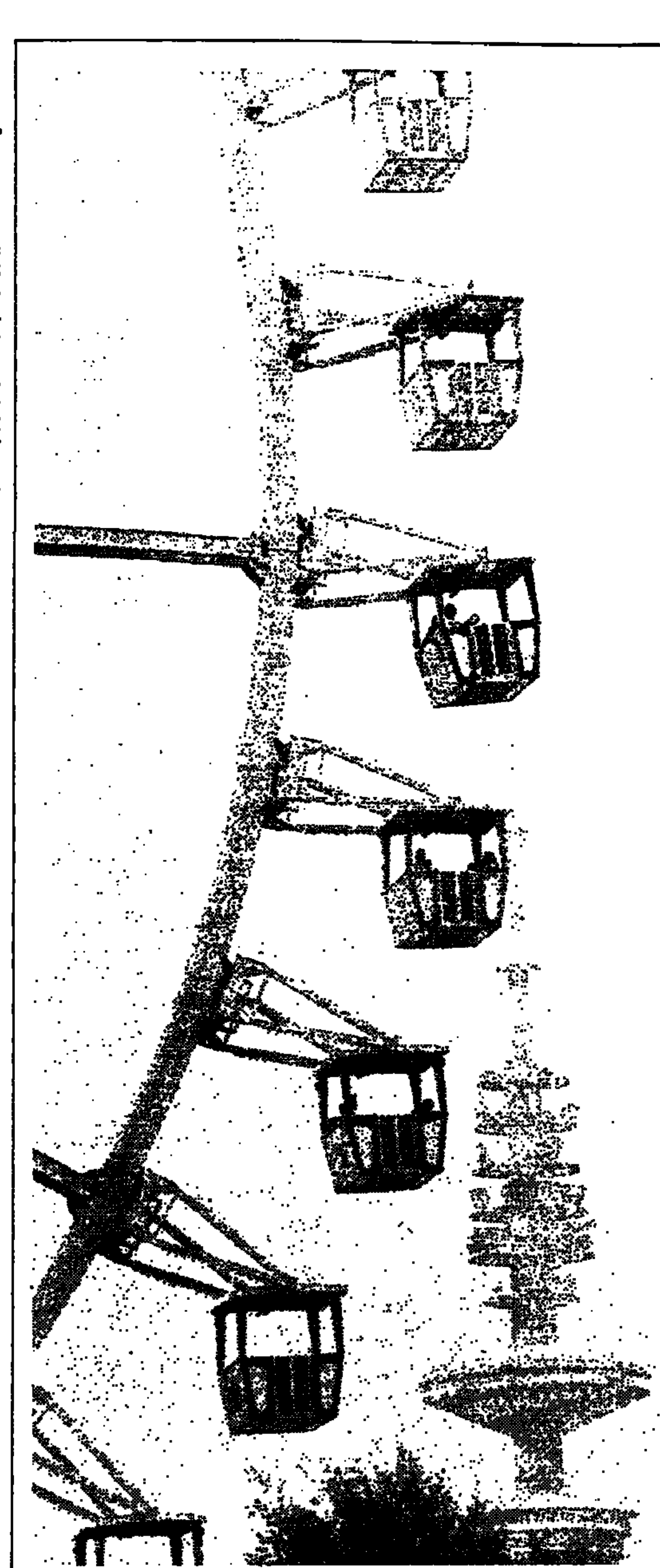
Von großer Bedeutung für die deutsche Politik sind aber Abgeordnete geworden, die in Hamburg seit 1949 in den Bundestag gewählt worden sind: Herbert Wehner ist als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen und mehr noch als Fraktionsvorsitzender der SPD aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht wegzudenken. Hans Apel war – wie Helmut Schmidt – Bundesfinanz- und Bundesverteidigungsminister. Willy Berkhan war respektierter Wehrbeauftragter. Eugen Glombig hat als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung die Sozialpolitik mitgeprägt. Während Schmidts Kanzlerschaft war Hamburg so etwas wie die zweite Hauptstadt der Republik.

Wer hat von den Bundestagsabgeordneten der CDU Spuren hinterlassen? Fachleute mögen sich des Bankdirektors Hugi Scharnberg erinnern, Vorsitzender des seinerzeitigen Ausschusses für Geld und Kredit. Und natürlich ist allen der Europaabgeordnete Erik Blumenfeld bewußt. Gerd Bucerius ist mehr als „Zeit"-Verleger denn als CDU-Bundestagsabgeordneter bekannt.

Und die FDP-Bundestagsabgeordneten? Weiß man noch, daß sie einst mit Hermann Schäfer einen von Adenauers Sonderministern gestellt haben und mit Rolf Dahlgrün einen Bundesfinanzminister? Erloschen ist die Erinnerung an Willy Max Rademacher, einst Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages.

Hamburger in der deutschen Politik. Das ist nur ein erstaunlich kurzes Kapitel in der mehr als tausendjährigen Geschichte Deutschlands und Hamburgs. DIETRICH ROLLMANN

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe in Bonn und war lange Jahre CDU-Mitglied der Bürgerschaft und des Bundestages.



Dreimal im Jahr geht's rund

Der Pessimist könnte es für ein Sinnbild der Talfahrt halten, aber der Kundige weiß: es geht aufwärts. Diese Momentaufnahme von Europas größtem Riesenrad (Durchmesser: 61 Meter) mit dem Fernsehturm im Hintergrund wurde auf dem Hamburger Sommerdom gemacht. Eigentlich handelt es sich bei diesem uralten Kirmisfest ja nur um Deutschlands drittgrößtes, was die Besucherzahlen anbelangt. Da die Hamburger ihren Dom aber dreimal im Jahr feiern, läßt er mit mehr als zehn Millionen Besuchern der Konkurrenz keine Chance. Da verblaßt selbst das Münchner Oktoberfest, von den Cannstatter „Wasen" ganz zu schweigen. Der Ursprung dieser Hamburger Festivität liegt im dunkeln. Fest steht nur, daß er lange im Schatten des Doms, der inzwischen nicht mehr steht, gefeiert wurde. Seit 1893 baut der Markt seine Zelte auf dem Heiligengeistfeld auf. Bis heute freilich ist's DER DOM gebleiben. FOTO: C. KUJATH

350 000 Sportler, aber keine Mehrzweckhalle

Ein Promoter bringt die Stadt auf Trab

Der Hamburger Heinz Brenner (63) ist einer der großen Sport-Promoter in Deutschland; u. a. organisierte er die Internationalen Deutschen Tennismeisterschaften vom Rothenbaum. Über Probleme und Aussichten einer Weltstadt in Sachen Sport sprach Inga Griese mit dem gelernten Architekten.

WELT: Was für Möglichkeiten sehen Sie, Hamburg zu einer wirklichen Sport-Metropole auszubauen?

Brenner: Neben den bestehenden Veranstaltungen wie die Tennismeisterschaften am Rothenbaum, Galopp- und Spring-Derby ist uns in diesem Jahr mit dem hanse-Marathon etwas Neues geglückt. Allerdings auch nur, weil ich als Privatmann für eine Million Mark gebürgt habe. Mit dem Straßenrennen für Radprofis wurde ein weiterer Schritt unternommen. Aber wenn man Hamburg zur Sportstadt Nummer eins machen will, braucht man auch etwas für den langen Winter.

WELT: Doch dafür fehlen die Räumlichkeiten.

Brenner: Ja, und zwar seit mehr als Jahren eine Mehrzweckhalle für rund 12 000 Leute.

WELT: Wie sehen Sie denn die Chancen, daß nun wirklich mal etwas geschieht?

Brenner: Auch die Hamburger Poltitiker haben die Problematik mittlerweile erkannt – vom Bürgermeister angefangen. Alle sagen, laßt uns die Wahl abwarten, dann geht's los.

WELT: Das wurde vor fünf Jahren auch schon gesagt.

Brenner: Die Situation jetzt ist anders. Die Politiker haben erkannt, daß es ihre letzte Möglichkeit ist einzusteigen. Auch die Messe zeigt Interesse. Um große Veranstaltungen zu installieren, benötigt man heutzutage mehrere Jahre Vorlaufzeit.

WELT: Das ganze scheitert ja immer am Geld. Haben Sie ein Finanzierungskonzept?

Brenner: Die Stadt kann nicht allein einsteigen. Ich habe einige Leute an der Hand mit einem fertigen Konzept; sie bringen 55 Millionen Mark Kapital mit. Nur, sie kamen mit ihren Konzepten bisher nie an die Politiker heran. Als Finanzierung wäre denkbar, der Halle 50 Jahre lang den Namen eines Sponsoren zu geben – für 20 Millionen.

WELT: Was aber nur etwa ein Fünftel der Baukosten ausmachte.

Brenner: Es können ja noch andere *einsteigen – auch die Stadt. Sie wäre* ja auch bereit gewesen, für Hunderte von Millionen „Neue-Heimat"-Wohnungen zu kaufen. Das ist aber nur ein Politikum, während der Sport einen Aufschwung für die Stadt bedeuten würde.

WELT: Ist Sport nicht auch ein Politikum?

Brenner: Sicher. Wir haben in dieser Stadt 350 000 organisierte Sportler. Wenn die auf die Straße gingen, wäre das schon eine Macht, die die Politiker erzittern ließe.

WELT: Was hat Hamburg davon, wenn es zur Sportmetropole wird?

Brenner: Die Stadt profitiert vom Umsatz der Gäste und von der Werbewirksamkeit großer Sportereignisse, die die Hamburg-Werbung niemals erreicht. Natürlich wird sich die Halle in den ersten fünf Jahren nicht tragen. Aber dann . . .

WELT: Müssen Sie sich nicht vorwerfen lassen, daß vor lauter Kommerzialisierung vom Sport nichts übrig bleibt?

Brenner: Man kann nur noch mit kommerziellen Konzepten an Veranstaltungen herangehen. Keiner läuft mehr für die Ehre. Heute geht im Sport nichts mehr ohne Geld.

WELT: Ist das eine Entwicklung ins Unendliche?

Brenner: Nein, aber wir haben die Grenze noch nicht erreicht.

Auch das ist Hamburg

Die Staats- und Universitätsbibliothek verfügt über einen Bestand von 2 184 932 Bänden. Dazu kommen 11 854 Handschriften und 7331 „laufende" Zeitschriften.

Die Stadt ist an 177 Unternehmen mit 31 900 Mitarbeitern unmittelbar und mittelbar beteiligt.

1985 wurden 3,9 Millionen Mark aus Parkuhren eingenommen.

Nach der letzten Viehzählung hat die Stadt 526 gewerbliche Hühnerhalter mit fast 57 000 Legehennen.

Es gibt 200 griechische Lokale, 150 italienische, 60 chinesische und 60 jugoslawische.

Seit mehr als 600 Jahren wird hier Bier gebraut. Es gibt noch drei Großbrauereien (Holsten, St.Pauli-Bavaria und Elbschloß) und neuerdings eine Mini-Privatbrauerei „zum Zugukken" in einem uralten Gewölbekeller.

1985 wurden 40 000 Führerscheine ausgestellt, ein Drittel davon für Anfänger.

In den Hamburger Naturschutzgebieten leben Hirsche, Heidschnucken und auch Seehunde – im Watt bei Neuwerk in der Nordsee. Die Insel gehört zu Hamburg.

Wenn es um Versicherungsfragen geht, steht die Hansestadt ganz vorn. Eines der am höchsten versicherten Gebäude in Deutschland ist das Rathaus. Es ist mit 210 Millionen Mark gegen Feuer-, Sturm-, Hagel- und Luftfahrzeugschäden versichert.

Der ganze Himmel kann im Stadtpark bewundert werden. Das Planetarium wird monatlich von knapp 14 000 „Sternguckern" besucht.

Die größten Volksfeste der Elbmetropole sind der Winter-, der Frühjahrs- und der Sommerdom. Jedesmal kommen mehr als drei Millionen Besucher auf den Festplatz am Heiligengeistfeld.

Beim ersten Stadtmarathonlauf waren im Sommer mehr als eine halbe Million Menschen auf den Straßen, um die knapp 8000 Läufer anzufeuern.

Die Bürger können ruhig schlafen: Seit 1881 gibt es eine Berufsfeuerwehr. Außerdem gibt es 95 freiwillige Wehren.

Aber ich bitte Sie

dp – „Ich danke Ihnen vielmals – tausend Dank, ich fühle mich tief in Ihrer Schuld ..." Solchem und ähnlichem Gefühlsüberschwang setzt der Hamburger höchstens ein trockenes „Da nich für" entgegen. Er fühlt sich ein bißchen hilflos, wenn es um äußere Bekundungen innerer Zustände und Empfindungen geht. Das ist ein Teil des ihm zugeschriebenen Understatements, das er auf seine Art mit dem Engländer gemein hat. Falls es „den Hamburger" pauschal überhaupt gibt.

Understatement. was ist das eigentlich in hamburgischem Sinn? Der Hamburger liebt das Untertreiben, angeblich. Große Worte liegen ihm nicht. Ist sein Herunterspielen des Positiven, das ihm etwa zugeschrieben wird, wirklich bescheidene Abwehr, Ablenken vom tatsächlichen Verdienst? Ist es eine Art von Auch-Arroganz, die da befürchtet, das Kind könne kleiner werden, sobald man es beim Namen nennt? Oder ist es vielleicht einfach Stolz?

Hamburger Stolz alter Art ist es, daß der Bürgermeister seine Staatsgäste, auch die gekrönten Häupter, stehend an der obersten Treppenstufe im Obergeschoß empfängt. Nur einmal hat Bürgermeister Nevermann diese Tradition beim Empfang der Queen durchbrochen: Er ging dem hohen Gast treppabwärts entgegen.

Na ja, ein bißchen Überheblichkeit ist wohl auch im Spiel, eine Dosis Selbstgefälligkeit beim Untertreiben: Wir können uns das leisten – was wir wirklich wert sind, kann sowieso nicht in Worte gefaßt werden ...

Aber all dies werden „wir Hamburger" natürlich gar nicht erst ins Gespräch bringen. Das hieße ja, unser Understatement unter den Scheffel zu stellen.

Es gibt da eine gute Lösung, wie mir scheint. Wenn uns jemand sagt, unser berühmtes Understatement gehöre zu den übrigen Eigenschaften, die uns Hamburger auszeichneten, heben wir beide Hände (aber nicht zu hoch, Mann) in bescheidener Abwehr und sagen (aber nicht zu laut, sondern wie beiläufig) „Aber ich bitte Sie ..."

Mit den neuen Reichen und Prominenten kam auch ein neuer Geist in die Hamburger Prachtstraße

Schwanengesang für die alte Elbchaussee

Hamburg hat den höchsten Millionärs-Haufen. In keiner anderen Stadt Deutschlands gibt es so viele Menschen mit siebenstelligen Jahreseinkommen. 3178 Millionäre leben hier. An der Elbchaussee – oder? Dort, wo sich endlose Kiesauffahrten in Vorstadtdschungeln verlaufen. Paravents aus Akazien die weiße Säulenpracht dezent decken. Dort müssen sie doch stecken: der Banker mit Frau Gemahlin, des Reeders reiches Töchterlein. Hamburgs ehrenwerte *Kaufleute, oder?*

Nein. Daß die Elbchaussee eine 8,5 Kilometer lange Gasse von Geld und Geist sei, ist so richtig wie Hanseaten allesamt anglophil / abweisend / kühl / wetterfest sind. Da brausen wir festangeschnallt über sie weg. Gönnen uns rasch sehnliche Blicke zur Seite. Und das Herz geht uns auf. Die Brandt'sche Villa rechts, die wär' grad recht. Zur Not tät's auch links das Bauherrenmodell – mit Sprossenfenster und baumfreiem Blick.

Der schöne Mythos aber zehrt von anderen Zeiten. Um 1800 schwärmte ein amerikanischer Diplomat: „Eine Woche in Nienstedten enthält mehr wirkliche Geselligkeit als ein Jahr in England." Damals trieb es die Gesellschaft raus aus ihren engen Stadtkontoren, rein in die Sommerfrische. Ab Hohenzollernring war Ausland, zuerst Dänemark, später bis 1937 Preußen. Auf ging's zum Mustergut des Baron Voght, in Roosens Landhaus, zu den Jenisch', ins Gartenhäuschen des Salomon Heine. „Hamburgs edlere Kaufleute haben längst dem kleinlichen Krämersinn entsagt, der nur rechnen und zählen kann", „sie haben des Lebens erheiternde und verschönernde Künste zu sich gerufen".

Damals trafen sich hier täglich der junge Tuchhändler Sieveking mit seinen Freunden Caspar Voght und Johann Michael Hudtwalcker. Man ging zusammen zum Strand, frühmorgens wenn die Sonne blaßgelb die bleierne Elbe aufhellt. Besang Liebe, Natur, Freundschaft. Badete in der Festlichkeit des ersten Tages, in den Versen Klopstocks. Exakt neun Uhr ging's ab ins Comptoir.

In Neumühlen entwickelte sich eine Gastlichkeit, die W. von Humboldt als „Elysium an der Elbe" beschreibt. Ein konkretes Arkadien, sehr unhanseatisch abenteuerlich. Etatsrat Donner empfing in seinem Schloß dänische und deutsche Hoheiten. 2000 Weinflaschen per anno – so die Historie – waren ihm die Freßgelage wert. Baron Voght inszenierte im Wiesengrund der Flottbek seiner heimlichen Liebe zuliebe gleich eine ganze Farm. Der schwerreiche Jenisch förderte die zeitgenössische Kunst. Sieveking galt zugleich als Schöngeist, Buchhalter, Freiheitskämpfer. Und alles traf sich auf Abendgesellschaften. Musizierte und rezitierte in literarischen Salons. *Amüsierte sich prächtig* bei Schlittenfahrten mit Korso und Kavalieren.

1937 ist die alte Elbchaussee endgültig dahin. „Die Straße, in der Haus bei Haus eine Kulturstätte war, in der sich Reichtum und vornehme Zurückhaltung begegnen, läßt sich nicht mehr wiederherstellen", schreibt Stadtarchivar Hoffmann. Das Sieveking'sche Handelshaus zusammengebrochen, Donners Schloß abgerissen. Man verkauft, ist bankrott, ausgestorben, weggezogen.

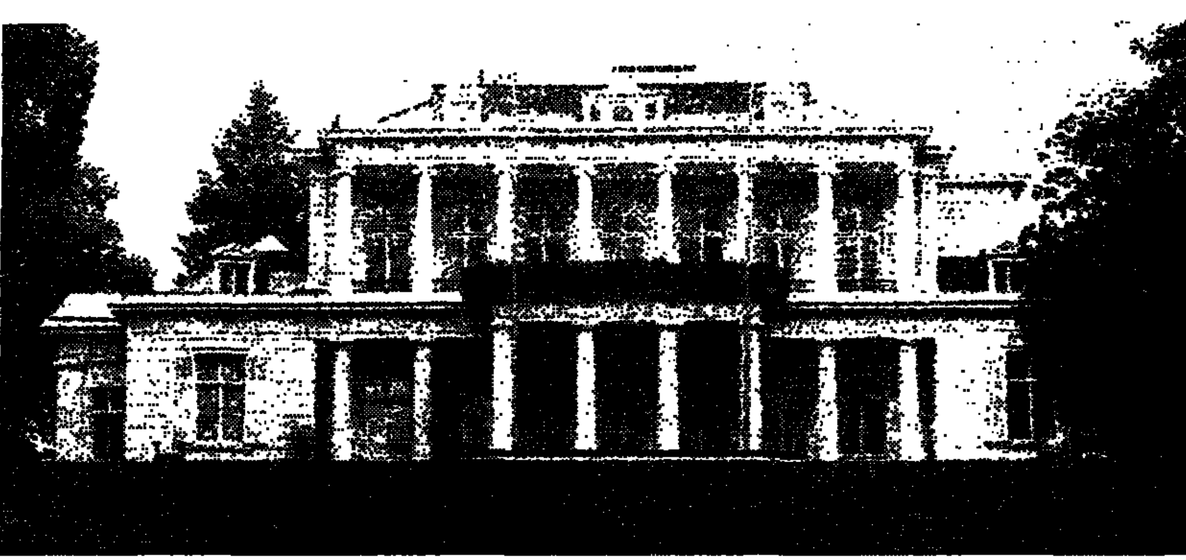
Meine Kindheit verlief die Elbchaussee aufwärts. Schon in den Sechzigern imponierte ihr Flair nur noch unsensiblen Gemütern. Hatte man früher noch Geld und keinen Dünkel, so war es jetzt eher umgekehrt. Die Landsitze derer von Goßler, Hesse, Baur, alle verwertet als Behörden und rochen auch so. Ihre alten Gärten aber, jetzt Parks, wurden unsere Abenteuerinseln. Im Sommer krochen wir unter die staubigen Gewölbe der Rhododendronbüsche am Bismarckstein. Im Herbst liebten wir die Rehe im Hirschpark. Weil sie Eicheln liebten; denn für ein Pfund gab es zehn Pfennige von der Parkverwaltung. Im Winter wurde der Baurspark Alpinpiste, auch wenn das liegengebliebene Laub die Ski zerkratzte. Später zogen wir nach Hochkamp. Zahlenmäßig aufwärts, was im Elbchaussee-Code grundsätzlich gesellschaftlich abwärts heißt. Was wiederum ab Othmarschen umgekehrt richtig ist. Solches Wissen war praktische Heimatkunde und meine Schwester Klassenbeste in diesem Fach. Gleich ihre erste Liebe kam richtig von der Elbchaussee, ein echter Sauerbruch-Enkel. Dabei wohnte er auch nur im Bungalow. Später war's dann der Schlieker-Sohn. Als Vater Willy seine Werft vertat, war's aus mit den schönen Geschichten über goldene Wasserhähne gleich neben dem Jenischpark. Viel später heiratete sie auch richtig in der Nienstedtener Kirche, mit Hochzeitsessen bei Jacobs.

Alle Elbspaziergänge begannen traditionell In de Bost. Wo immer noch Augstein, Oetker, Krause u. a. wohnen. Wer das war, wußte man nicht genau. Sie waren keine geborenen Hamburger. Mein Kindertraum war Nr. 190. Dort, wo vor den Kellerresten des Böhl-Struve-Nöltingschen Landsitzes Kühe mit teurem Blick auf die Tanker weiden. Noch heute zieht die Hausherrin vom Reichshof hier Gemüse für die Hotelküche inkl. Kohlenmonoxyd. *Ein rührendes Zipfelchen der alten Elbchaussee-Ländlichkeit.*

Nix hat sich getan mit dieser Straße seit meiner Kindheit. Die lustvolle Leichtigkeit des 19. Jahrhunderts ist dahin. Unter Kunst versteht man immer noch am besten Barlach.

Der Mythos von der Elbchaussee aber ist ungebrochen. Zieht Glücksritter und gesellschaftliche Aufsteiger an. St. Paulis König Bartels wohnt hier, Waren-Termingeschäftler jetzt, der „Stern"-Vergifter Heidemann einst ... Die letzte Bastion, das Godeffroysche „Weiße Haus" Nr. 547 ist nur noch Gästeheim für Reederin Liselotte von Rantzau. Zu groß als Privathaus. Der alte hanseatische Geldadel hat seine Elbchaussee dem neuen Millionärshaufen überlassen. Den Zahnärzten, Gynäkologen, Steuerberatern, Anwälten. Im Roosenhaus Nr. 388 residiert Dr. Wurm, seine Frau Ingeborg feiert sich und der Hamburger Gesellschaft zuliebe ab und zu Vernissagen. Macht ihre denkmalgeschützte Wohnstube zur Galerie. Dann kommt man gern, bewegt sich sektplaudernd zwischen Bibliothek, Salon und Speiseraum unter neuem Bilderglanz wie zu alten Zeiten. Avantgardismus ist das eben nicht, aber schon wieder revolutionär für die Elbchaussee.

CHARLOTTE GRÄFIN v.SAURMA



Der Goßlersche Landsitz gehört zu den prächtigsten Häusern der Elbvororte. Hier draußen vor den Toren der Stadt genossen die reichen Hamburger einst ihre Sommerfrische mit viel Geselligkeit FOTO: CHRISTA KUJATH

Hansa-Theater, ein heimliches Wahrzeichen

Von Asta bis Josephine

Es findet in der ganzen Bundesrepublik nicht seinesgleichen und hat alles, was ihm einst ebenbürtig gewesen, über Kriege und andere Gefährdungen hinweg überdauert. In den 92 Jahren seines Bestehens hat es nur von September 1943 bis Juni 1945 zwangsläufig en suite pausiert und im übrigen seinen internationalen Ruf gefestigt, Deutschlands einzigartige Varieté-Bühne mit jeweils zehnmonatiger Spielzeit zu sein. Die Rede ist vom *Hansa-Theater*, einem der heimlichen Wahrzeichen der Hansestadt Hamburg.

Schon die äußere Bilanz ist wahrhaft imposant und verleiht mancher ihrer Zahlen eine fast magische Faszination, wie sie im Reich der Artistik mit ihren kleinen und großen Wundern zu Haus ist. Seit der Eröffnungsvorstellung am 5. März 1894 bis zum 30. September 1986 sahen insgesamt *34 239 000* Besucher die Monatsschauen des Hauses am Steindamm in 41 918 Vorstellungen, in denen wiederum 24 347 Artisten aus aller Welt genau 11 622 Darbietungen präsentierten. Kurz: Das Hansa-Theater hat bisher 894 Mal sein Programm gewechselt. Eine vielsagende Bilanz.

Das Faszinosum hoher und höchster Artistik zwischen Kabarett und Zirkus, zwischen nervenzerrender Spannung und scheinbarer Mühelosigkeit, zwischen Kraft und Anmut, Eleganz und Witz ist kaum erklärbar. Doch ist seine Geschichte, seine *Kulturgeschichte* an den großen Namen abzulesen, die seine Kapitel geschrieben haben.

Das Hansa-Theater ist immer auch für die Artisten, für ihren Nachwuchs das Tor in die Wunderwelt des Varietés gewesen, in der Konzentration, Präzision, Mut, Disziplin und Ideenreichtum ihre Geheimnisse dechiffrieren. Schein und Sein sind hier ineinander verwoben und zaubern Realitäten ins diffuse Licht der Illusionen. Und die Rampe ist die meisterliche Kupplerin zwischen den Artisten und ihrem Publikum.

Einmal wenigstens haben sie alle auf der Bühne des Hansa-Theaters gestanden – Hans Albers im zarten Alter von 22 Jahren, Josephine Baker, die zu ihrer Zeit für ihre Bananentänze und den Charleston mit 45 000 Goldmark im Monat dotiert wurde, nur noch übertroffen vom Jazzkönig Jack Hylton mit 60 000 Goldmark – allerdings für sich und sein gesamtes Orchester. Dann folgte auch schon der Clown Grock mit 35 000 Mark, folgten seine Kollegen Noni und Charlie Rivel.

In Glanz und Glorie des Hauses sind sie gekommen und gegangen, die Asta Nielsen, Paul Kemp, die Tänzerin Tamara Karsavina, Yvette Guilbert oder Hein Bötel auf den *Flügeln des Gesangs*, und der unerreichte Jongleur Enrico Rastelli – ein Phänomen für alle Zeiten. Es kamen hoch zu Roß die Kunstreiterinnen Michaela Busch, Therese Renz, Cilly Feindt, und die Houdini, Hanussen und Kalanag verzauberten ihre Bewunderer und waren alle, allesamt eine große Familie – die der königlichen *Unterhalter*, die nicht ihresgleichen hatten.



Jeder Artist möchte hier einmal auf der Bühne stehen FOTO: DW

Und was heute geboten wird, nachdem die Großen von einst, unvergessen, für immer gegangen sind, das ist Spitzenartistik, die sich zumeist nur anonymer gibt als es ehedem en vogue war. Dahinter verbirgt sich die große artistische Leistung, deren Verdienst (und vielleicht auch eigener Nachteil) es ist, ihre Leistungen ins Licht des scheinbar Mühelosen zu tauchen. Aber täuschen wir uns nicht ...

WALTER DEPPISCH